

Johann Gerdes, Hans-Jürgen von Wensierski,
Manuela Kämmerer

Kinder- und Jugendbericht 2005

der Hansestadt Rostock



unter Mitarbeit von Annett Jackisch

Die Autoren:

Gerdes, Johann, Dr. rer. pol., Diplom-Sozialwissenschaftler, Wissenschaftler an der Hochschule Wismar, koordiniert das Forschungsprojekt "Entwicklung nachhaltiger kommunaler Sozialberichtssysteme in den kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns".

Wensierski, Hans-Jürgen von, Dr. phil., Diplom-Pädagoge, Professor für Erziehungswissenschaft am Institut für Allgemeine Pädagogik und Sozialpädagogik der Universität Rostock.

Jackisch, Annett, Diplom-Geografin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Rostock am Forschungsprojekt "Entwicklung nachhaltiger kommunaler Sozialberichtssysteme in den kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns".

Kämmerer, Manuela, Diplom-Pädagogin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Neue Medien gGmbH Rostock.

Impressum: Universität Rostock
Institut für Allgemeine Pädagogik und Sozialpädagogik
Rostock 2005

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
I. Demographische Rahmenbedingungen	4
1. <i>Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Rostock</i>	4
1.1. Bevölkerungsbestand	4
1.2. Bevölkerungsstruktur: a) Altersstruktur	5
1.3. Bevölkerungsstruktur: b) Geschlechterverhältnis.....	5
1.4. Bevölkerungsstruktur: c) Familienstand insgesamt.....	6
2. <i>Bevölkerungsbewegungen</i>	9
2.1. Natürliche Bevölkerungsbewegung.....	9
2.2. Wanderungsbewegungen	11
2.3. Struktur der Wanderungen	12
2.4. Wanderungsquellen und -ziele.....	16
2.5. Gesamtbilanz der Bevölkerungsbewegung.....	17
3. <i>Bevölkerungsentwicklung bei Kindern und Jugendlichen</i>	18
3.1. Kinder und Jugendliche nach Stadtbereichen.....	22
II. Lebenssituation und soziale Lagen der Familien	26
1. <i>Haushalte, Ehe und Familien</i>	26
1.1. Eheschließungen und Ehescheidungen.....	28
1.2. Haushalte und Familien	29
1.3. Alleinerziehende	31
2. <i>Einkommen privater Haushalte</i>	32
3. <i>Sozialhilfe</i>	36
3.1. Sozialhilfe nach Stadtbereichen.....	40
3.2. Sozialhilfeempfänger unter Kindern und Jugendlichen.....	42
4. <i>Wohngeld</i>	43
5. <i>Wohnungsstruktur und Wohnsituation in Rostock</i>	46
5.1. Wohnungsbestand und –struktur	47
6. <i>Arbeitsmarkt</i>	50
6.1. Arbeitslosigkeit	52
III. Kinder und Jugendliche in den öffentlichen Sozialisations-	
Instanzen (Erziehung, Bildung, Jugendhilfe, Beruf)	56
1. <i>Frühkindliche Erziehung und Bildung</i>	56
1.1. Kindertageseinrichtungen	57
1.1.1. Konzeptionen der Einrichtungen.....	58
1.1.2. Platzauslastung	59
1.1.3. Versorgungsgrad	60
1.1.4. Betreuungssituation.....	61
1.2. Tagespflege	62
1.3. Entwicklungen im frühkindlichen Bereich.....	62

2.	<i>Kinder und Jugendliche im Kontext der Jugendhilfe (Erziehungs- und Familienhilfen)</i>	64
2.1.	Jugendhilfe und sozialer Wandel.....	64
2.2.	Erziehungshilfen in Rostock.....	65
2.3.	Heimerziehung.....	66
2.4.	Erziehungs- und Familienberatung.....	67
2.5.	Vollzeitpflege.....	68
2.6.	Sozialpädagogische Familienhilfe.....	69
2.7.	Notdienste und Inobhutnahme.....	69
2.8.	Die Entwicklung der Erziehungshilfen in den Stadtteilen.....	70
2.9.	Entwicklungslinien der Hilfen zur Erziehung (HzE) in Rostock.....	71
2.10.	Regionalspezifische Problemlagen.....	74
3.	<i>Kinder und Jugendliche in Schule und Bildung</i>	75
3.1.	Aktuelle Schul- und Schülerzahlen.....	76
3.2.	Betreuungssituation in den Schulen.....	79
3.3.	Geschlechtsspezifische Differenzierungen.....	79
3.4.	Schulabschlüsse und Schulabgänger.....	80
3.5.	Probleme der Schulen.....	82
3.5.1.	Schule – Erziehung und Bildung im sozialen Wandel.....	82
3.5.2.	Schulverweigerung und Schulschwänzer.....	83
3.6.	Entwicklungslinien von Schule und Bildung in Rostock und M-V.....	84
3.6.1.	Regionale Schule.....	84
3.6.2.	Ganztagsschule und Ganztagsbildung in Rostock.....	84
3.6.3.	Kooperation von Schule und Jugendhilfe - Schulsozialarbeit.....	86
3.6.4.	Schule, Innovation und Zukunft – IT-Bildung und Berufsorientierung.....	87
3.6.5.	Mitwirkung und Mitbestimmung.....	88
3.6.6.	Sanierung der Schulen.....	88
4.	<i>Berufliche Ausbildung von Jugendlichen</i>	88
4.1.	Berufsausbildung der jungen Generation als gesellschaftliche Herausforderung.....	88
4.2.	Situation und Angebot bei Lehrstellen und Ausbildungsplätzen.....	89
4.3.	Berufliche Bildung in Berufsschulen und Fachschulen.....	94
5.	<i>Hochschulen und Studenten in Rostock</i>	95
6.	<i>Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Arbeitsmarkt (Erwerbstätige und Arbeitslose)</i>	99
6.1.	Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen und Heranwachsenden – Anzahl und Entwicklung.....	99
6.2.	Jugend und Arbeitslosigkeit in Rostock.....	101
7.	<i>Religions- und Kirchenzugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen</i>	104
1.	IV. Lebenswelten und Alltagskulturen von Kindern und	
2.	Jugendlichen.....	106
1.	<i>Freizeit und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche</i>	106
1.1.	Spielanlagen, Freiflächen sowie Grünflächen.....	107

1.2. Messen und Events	108
1.3. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit	109
1.4. Die Jugendweihe als Jugendarbeit und Jugendbildung	111
1.5. Freizeitorientierungen und Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen	113
1.6. Problematische Rahmenbedingungen und Herausforderungen an Angebote der Kinder- und Jugendarbeit	115
1.7. Veränderungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendarbeit	116
2. <i>Freizeit und Kultur</i>	117
2.1. Museen	118
2.2. Theater	119
2.3. Filmtheater	119
2.4. Bibliothek	120
2.5. Kulturelle Freizeitangebote von freien Trägern	121
2.6. Kulturelle Gestaltungsinteressen von Kindern und Jugendlichen	121
2.7. Kulturell-Musische Freizeitangebote	123
3. <i>Medienfreizeit und Medieneinrichtungen</i>	123
3.1. Mediatisierung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen	123
3.2. Angebote der freien Medienkompetenzträger	126
3.3. Medieninteressen und Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen	128
3.4. Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten	129
4. <i>Sportliche Freizeit von Kindern und Jugendlichen in Rostock</i>	129
4.1. Sportliche Interessen von Kindern und Jugendlichen und Entwicklungsperspektiven	131
5. <i>Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen und Heranwachsenden</i>	132
5.1. Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen und Heranwachsenden in Rostock	133
5.2. Freies, projektbezogenes Engagement	134
5.3. Organisiertes, vereinsgebundenes Engagement	135
5.4. Das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr	136
5.5. Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten für jugendliches Ehrenamt	137
5.6. Kulturelles Engagement	138
5.7. Rahmenbedingungen für und Herausforderungen an kulturelles Engagement	140
5.8. Politisches Engagement	141
5.9. <i>Jugendliche in politischen Parteien</i>	142
5.10. Projektbezogenes politisches Engagement in Initiativen, neuen sozialen Bewegungen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe	144
5.11. Freies politisches Engagement	146
5.12. Herausforderungen an politisches Engagement	146
V. Soziale Probleme von Kindern und Jugendlichen	148
1. <i>Jugendkriminalität und Delinquenz</i>	148

1.1. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).....	150
1.2. Jugendkriminalität in Rostock nach Angaben der PKS.....	151
1.3. Die Jugendgerichtshilfe (JGH) in Rostock.....	154
1.4. Interventionen und Maßnahmen der Staatsanwaltschaft und der JGH in Rostock.....	156
1.5. Kriminalitätsprävention in Rostock.....	158
1.6. Perspektiven für die Situation der Jugendkriminalität in Rostock	159
2. <i>Rechtsextremismus im Jugendalter</i>	160
2.1. Rechtsextremismus in Rostock unter Kindern und Jugendlichen	162
2.2. Organisationsformen rechtsextremer Jugendlicher in Rostock	163
2.3. Angebotsstruktur und Gestaltungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in Rostock.....	167
3. <i>Suchtverhalten und Drogenkonsum bei Kindern und Jugendlichen in Rostock</i>	168
3.1. Risikoverhalten Jugendlicher in der Adoleszenz.....	168
3.2. Alkohol-, Nikotin- und Drogenkonsum Jugendlicher in Rostock	170
3.3. Das Hilfenetz bei Sucht und Drogen in Rostock	173
4. <i>Jugend und Sexualität (Sexualerziehung, Sexualität und soziale Probleme)</i>	175
4.1. Sexualität im Jugendalter – liberal und sozial verantwortlich.....	175
4.2. Jugendsexualität und Sexualpädagogik in Rostock	176
4.3. Sexualität und soziale Probleme: AIDS, ungewollte Schwangerschaften, Abtreibungen	178
5. <i>Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen in Rostock</i>	179
6. <i>Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Rostock und die Hilfe- und Betreuungseinrichtungen</i>	184
Literaturverzeichnis	190

Vorwort

Der vorliegende Bericht soll einen Überblick über die Lebenssituation und die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen in Rostock geben. Zu diesem Zweck wurden alle verfügbaren Daten, Fakten und Statistiken zusammengetragen und unter sozialwissenschaftlicher Perspektive analysiert. Neben der statistischen Analyse wurden in den Bericht auch Ergebnisse anderer empirischer Studien und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen aufgenommen. Schließlich gehen auch die Einschätzungen und Analysen Rostocker Experten zu den einzelnen Themenbereichen des Berichtes in die Untersuchung ein.

Der Bericht ist der Versuch ein möglichst differenziertes Bild von der Situation der Kinder und Jugendlichen in der Hansestadt zu zeichnen. Er beschränkt sich dabei weitgehend auf die Analyse des Ist-Zustands sowie der Entwicklungen in den letzten Jahren. Die Autoren verzichten ausdrücklich darauf, eigene Vorschläge für die Planung und Entwicklung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, der einschlägigen sozialen Dienste oder der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zu machen. Insofern ist der vorliegende Kinder- und Jugendbericht kein Jugendhilfeplan. Der Bericht versteht sich vielmehr in der Tradition der Sozialberichterstattung, die der Öffentlichkeit, der Politik und Verwaltung fundierte Informationen über die soziale Situation und den sozialen Wandel im Gemeinwesen liefern will, um so eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen und eine verantwortliche und fachliche Planung und Gestaltung der Lebenslagen der Bürger bereit zu stellen. Daher fand im Rahmen des Projekts auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Kooperationsprojekt der Universität Rostock und der Hochschule Wismar zur „Entwicklung kommunaler Sozialberichtssysteme“ statt. Wesentliche Teile der statistischen Analyse wurden aus dem, von Johann Gerdes und Annett Jackisch erarbeiteten, „Lagebericht für die Hansestadt Rostock“ übernommen, was ganz der Intention dieses Lageberichts, nämlich themenübergreifende Analysen als Grundlage für Fachberichte zu liefern, entspricht.

Der Bericht ist in fünf große Kapitel gegliedert. Im ersten Teil werden zunächst die grundlegenden sozialdemographischen Daten und Entwicklungslinien der Bevölkerung in Rostock, insbesondere der Kinder und Jugendlichen untersucht. Das zweite Kapitel widmet sich dann der sozialen Lage der Familien in der Hansestadt. Dabei geht es nicht nur um die Familien- und Lebensformen, sondern auch um die sozioökonomischen Grundlagen der Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Im Kap. III werden dann die öffentlichen und institutionalisierten Sozialisationsinstanzen der Kinder und Jugendlichen, vor allem die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen in Rostock vorgestellt – das Spektrum reicht von Krippe und Kindergarten, über die Erziehungshilfen im Kontext der Jugendhilfe, Schule und Ausbildung bis zu Studium und Beruf der Heranwachsenden. Den Bereichen der jugendlichen Alltags- und Freizeitkulturen widmet sich das Kap. IV; hier wird auch das ehrenamtliche, soziale, politische und kulturelle Engagement der jungen Rostocker sowie ihre Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden dargestellt. Die Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen sind in modernen Gesellschaften von zahlreichen Risiken und sozialen Problemen gekennzeichnet: Gewalt, Kriminalität, Drogen, Gesundheitsrisiken usw. – Dieses Feld der sozialen Probleme in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen untersucht das abschließende Kap. V.

Der Kinder- und Jugendbericht wurde im Auftrag des Jugendamtes der Stadt Rostock erstellt. Der Auftrag bestand darin, die verfügbaren Sozialdaten über die Lebenslagen und Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen in der Hansestadt zusammen zu tragen und auszuwerten. Darüber hinaus sollten mit einschlägigen Fachleuten zum Thema Kindheit und Jugend Experteninterviews durchgeführt werden. Diese Experteninterviews ermöglichen es uns im Bericht, die Vielzahl der Daten und Fakten einzuordnen, zu gewichten und zu beurteilen. Sie liefern also eine zusätzliche qualitative und fachliche Perspektive auf die Daten und Zahlenreihen. Jeder der Interviewpartner ist in Rostock im Rahmen seiner Berufstätigkeit für einen der zentralen Untersuchungsbereiche verantwortlich und in der Regel in der Lage, sein Fachgebiet für die ganze Stadt oder einen bestimmten Stadtbezirk verantwortlich zu überblicken.

Die Experteninterviews reichen von Abteilungs- oder Amtsleitern der einschlägigen Jugend-, Sozial-, Gesundheits-, Kultur- oder Schulämter, über Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände, fachspezifischer Arbeitsgemeinschaften, Vertretern aus Wirtschaftsverbänden, bis zu Fachleuten aus den Bereichen Polizei, Jugendgericht, Medien- und Kultureinrichtungen, Freie Träger der Jugendhilfe, Sucht- und Drogenhilfe, Behindertenhilfe usw.

Insgesamt wurden 55 Experteninterviews durchgeführt und ausgewertet. Die Interviews wurden aufgezeichnet, verschriftet und anschließend in die Analyse der sozialstatistischen Daten einbezogen. Im Bericht ist jeweils durch entsprechende Formulierungen deutlich gemacht, welche Aussagen sich auf die Experteninterviews stützen. Um eine größere Offenheit der Interviewpartner zu erreichen, werden die Experten im Text nicht namentlich zitiert.

Im Rahmen der Berichterstattung wurde somit keine eigene statistische Erhebung durchgeführt und ausgewertet. Für eine solche eigenständige Studie standen weder Mittel noch Zeit zur Verfügung. Diese Entscheidung für eine Sekundäranalyse plus Experteninterviews hat Konsequenzen für die verfügbaren Daten und die Reichweite der möglichen Aussagen. In der Regel können wir nur Aussagen treffen über Bereiche, zu denen öffentlich zugängliche statistische Daten vorliegen. Das sind vor allem Daten der städtischen Ämter, der Ämter für Statistik der Stadt Rostock, des Landes Mecklenburg-Vorpommerns sowie der Bundesrepublik, der Polizeilichen Kriminalstatistik sowie weitere Daten des Innenministeriums, Daten spezifischer Institutionen (z.B. Verbände, Parteien, Kirchen, Unternehmen usw.). Darüber hinaus wurden eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen und Erhebungen einbezogen (z.B. Jugendstudien, Jugendbericht des Bundes). Teilweise beziehen sich diese direkt auf Rostock, teilweise auf Mecklenburg-Vorpommern oder auch auf die Bundesrepublik. Die wissenschaftlichen Studien ermöglichen einerseits einen Blick auf die Lebenswelten sowie auf die Einstellungen und Handlungsmuster von Kinder und Jugendlichen, der allein durch amtliche Statistik nicht verfügbar ist. Andererseits erlauben sie bisweilen die Einordnung der spezifischen Entwicklungen und Phänomene in Rostock in den größeren Kontext des Landes oder der Bundesrepublik insgesamt.

Die vorliegende Studie wurde von den drei Autorinnen und Autoren in Zusammenarbeit mit einer studentischen Projektgruppe der Universität Rostock durchgeführt. Die Diagramme und Grafiken wurden weitgehend von Christoph Schützler erstellt und in den Text eingebaut. Die Studierenden hatten wesentlichen Anteil an der Recherche und Sammlung der verfügbaren Datenbestände und Statistiken. Dar-

über hinaus haben sie – nach einer entsprechenden Schulung – die Experteninterviews durchgeführt und transkribiert. Insbesondere zu den Kapiteln II-V haben die Studierenden jeweils erste Textentwürfe für den Bericht vorgelegt, die in einem mehrstufigen Prozess zwischen den Autoren und den Studierenden überarbeitet, kontrolliert und ergänzt wurden. Die Verantwortung für die vorliegende Fassung liegt allein bei den Autoren des Berichts.

Die Kapitel I und II wurden maßgeblich von Annett Jackisch mit erstellt. Die Autorenschaft und Redaktionsarbeit der Studierenden verteilt sich wie folgt: Kapitel II.: Christin Koch, Christoph Pohl; Kapitel III.: Marit Kootz, Kornelia Miersch; Kapitel IV.1.-4.: Nicole Schroeder, Katja Wittig; Kapitel IV.5.: Melissa Schwarz, Franziska Schäfer, Claudia Schwarz; Kapitel V.1.-2.: Emanuel Loch, Anke Russow, Antje Brettschneider, Claudia Ullrich und Kapitel V.3.-6.: Annett Schuhmann, Ulrike Schuhmacher.

Wir möchten uns abschließend bei allen Mitwirkenden und Helfern an diesem Bericht herzlich bedanken, allen voran bei unseren Auftraggebern beim Jugendamt, stellvertretend bei Herrn Horcher, Herrn Schulz, Frau Böhm und Frau Schwager, die die Entstehung der Studie mit großer Aufmerksamkeit und großem Engagement unterstützt und begleitet haben. Ein besonderer Dank geht an alle Gesprächspartner bei den Experteninterviews für die bereitwillige und offene Auskunft. Bei Christoph Schützler bedanken wir uns herzlich für die Grafiken und die methodische Beratung bei den Daten.

Schließlich bedanken wir uns bei unseren Sekretärinnen Elke Görwitz, Nadine Klein und Claudia Neidhardt für die gewohnt zuverlässige Unterstützung bei den Büro- und Redaktionsarbeiten, sowie bei Claudia Lübcke für die Hilfen bei Recherchen und Texterstellung.

Rostock im Januar 2005

Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski
Dr. Johann Gerdes
Dipl.Päd. Manuela Kämmerer

I. Demographische Rahmenbedingungen

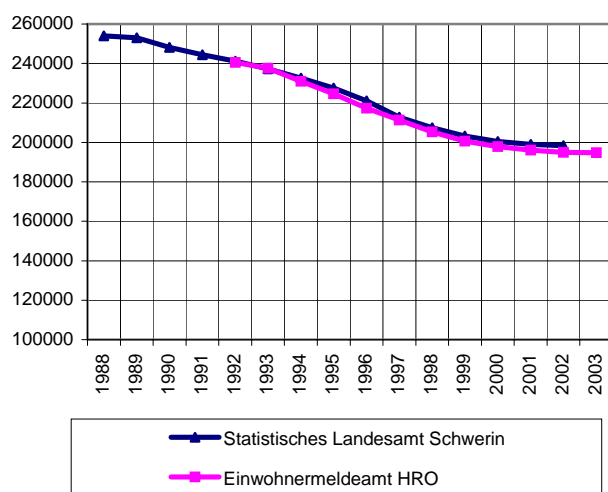
1. Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Rostock

Die Zahl der Einwohner einer Gemeinde wird i.d.R. über die Einträge im Melderegister ermittelt. Das Melderegister erfasst alle Personen, die sich pflichtgemäß bei jedem Umzug haben registrieren lassen. Unterschieden wird dabei zwischen Einwohnern mit *Hauptwohnsitz* in der Gemeinde und Einwohnern mit *Nebenwohnsitz*, deren Lebensmittelpunkt eigentlich in einer anderen Kommune liegt und die nur zeitweise und vorübergehend in der Stadt wohnen. Da Bewohner mit Nebenwohnsitz anderswo zu den Einwohnern mit Hauptwohnsitz gezählt werden, gelten statistisch nur jene mit Hauptwohnsitz als Bevölkerung einer Stadt, weil sich nur so die Gesamtzahl der Einwohner eines Landes ermitteln lässt.

1.1. Bevölkerungsbestand

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes (STALA) aus der Bevölkerungsfortschreibung betrug die amtliche Bevölkerungszahl (mit *Hauptwohnsitz*) in Rostock

Abb. 1: Einwohnerentwicklung in Rostock Ende 1988 bis Ende 2003



am 31.12.2003 genau 198.303 Einwohner. Das Melderegister verzeichnete 195.157 Einwohner mit Hauptwohnsitz¹. Die Zahl der Einwohner hat damit erstmals seit 1989 nach amtlichen Angaben gegenüber dem Vorjahr (2003 zu 2002) um +0,02%, d.h. um +44 Einwohner zugenommen. Auch 2004 ist aufgrund der vierteljährlich erfassten positiven Wanderungsbilanzen mit einem weiteren Zuwachs zu rechnen.

Am 31.12.1988 hatte die Hansestadt Rostock mit 253.990 Einwohnern (Hauptwohnsitz) ihre historisch höchste Bevölkerungszahl erreicht.

¹ Wie die meisten statistischen Zahlen, die im Bericht genannt werden, so stellen auch die Daten aus dem Melderegister letztlich nur annähernde Größen dar und geben nicht 100%tig die tatsächliche Lage wider. Kompliziert wird die Interpretation der Daten dadurch, dass nicht allein die Zahlen des Melderegisters zur amtlichen Festlegung der Einwohnerzahlen herangezogen werden, sondern dass auch die Ergebnisse früherer Volkszählungen einbezogen sind. So wird die amtliche Einwohnerzahl, welche Grundlage für Landeszuweisungen, den Großstadtstatus usw. sind, aus einer komplizierten Fortschreibung der Daten der letzten Volkszählung errechnet. Dabei werden Angaben über Geburten, Sterbefälle und Wanderungen aus den Meldeämtern einbezogen. Weil es eine Fortschreibung ist und weil darin auch rückwirkende An- und Abmeldungen berücksichtigt werden, weicht die amtliche Zahl des Statistisches Landesamtes oft von der aktuellen Bestandszahl, die zum Jahresende aus dem Melderegister gezogen wird, ab. In Rostock liegt diese Abweichung im Durchschnitt bei etwa ein Prozent, d.h. die Daten des Einwohnermeldeamtes liegen etwa ein Prozent unter denen des Statistischen Landesamtes. Im Folgenden werden beide Quellen genutzt, wobei einige Daten zur Bevölkerungsstruktur aus den Zahlen des Melderegisters errechnet werden.

Seitdem ist die Einwohnerzahl um etwa -22% zurückgegangen, d.h. Rostock hat in den letzten 15 Jahren 55.687 Einwohner verloren.

Die Zahl der Einwohner mit Nebenwohnsitz lag 2002 bei 8.979 Personen. Wegen der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer hat sich die Zahl der Einwohner mit *Nebenwohnsitz* seit 2000 fast halbiert. Der Anteil der Bevölkerung mit Nebenwohnsitz an allen Wohnberechtigten beträgt 4,4%.

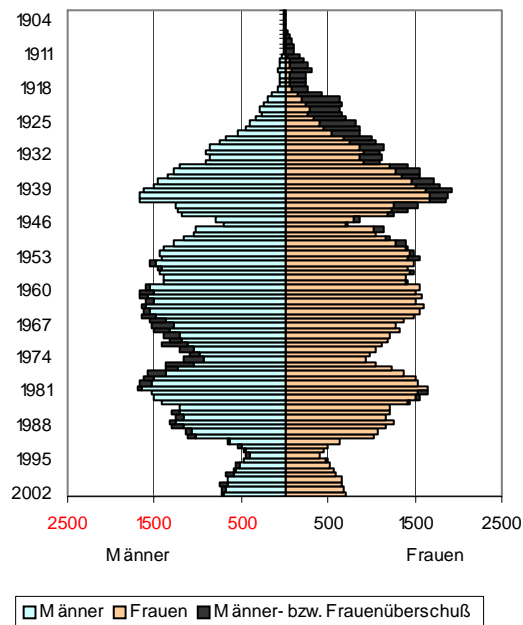
1.2. Bevölkerungsstruktur: a) Altersstruktur

Das Durchschnittsalter der Einwohner (mit Hauptwohnsitz) hat sich in nur 12 Jahren von 35,0 auf 42,8 Jahre in 2002 erhöht. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist dabei um die Hälfte von 21,0% auf 10,2% gesunken. Der Anteil der Erwerbsfähigen im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren hat sich leicht von 69,8% auf 72,5% erhöht. Fast verdoppelt hat sich der Anteil der über 65jährigen von 9,1% im Jahre 1990 auf 17,3% im Jahre 2002 (Quelle: STALA).

Insgesamt zeigt sich eine sehr rasche Alterung der Bevölkerung in der Stadt, die sich aufgrund des immer geringer werdenden Anteils an jungen Menschen auch zukünftig weiter fortsetzen wird (fehlendes Reproduktionspotential).

Das Durchschnittsalter der Bewohner mit Nebenwohnsitz hat sich seit 1992 nur leicht erhöht. 1992 betrug es 29 Jahre und 2002 dann 32,3 Jahre. Diese Erhöhung hat mit einer Strukturveränderung innerhalb dieses Bevölkerungsteils zu tun. 1992 waren mehr als die Hälfte zwischen 20 und 30 Jahre alt (58,1%), also wahrscheinlich überwiegend Studenten und Auszubildende. In den folgenden Jahren hat der Anteil dieser Gruppe abgenommen (41,8% 2002), dafür ist der Anteil der über 30jährigen gewachsen (von 26,5% auf 49,2%). Es ist anzunehmen, dass immer mehr Personen aus beruflichen Gründen und/oder weil sie in Rostock eine Ferienwohnung besitzen, einen Zweitwohnsitz angemeldet haben.

Abb. 2: Alterspyramide (Hauptwohnsitz) 2002



Quelle: Einwohnermeldeamt

1.3. Bevölkerungsstruktur: b) Geschlechterverhältnis

Ende 2003 hatte Rostock 100.736 weibliche und 97.567 männliche Einwohner. Der Anteil der Frauen an der Bevölkerung hat sich dabei von 51,5% im Jahr 1990 auf 50,8% im Jahr 2003 verringert. Dies ist zum einen das Resultat eines geringer gewordenen Frauenanteils bei den über 65jährigen. Frauen dominieren in den Alters-

gruppen ab 50 Jahren, insbesondere ab 80 Jahren, wo der Frauenanteil 76,6% beträgt. Der überdurchschnittliche Frauenanteil resultiert aus der höheren Lebenserwartung der Frauen sowie aus den Kriegsfolgen (Kriegswitwen). Die Bedeutung der Kriegsfolgen für den Aufbau der Alterspyramide hat mit der Zeit aber an Bedeutung verloren, indem der Frauenanteil bei den Älteren von 68% auf 61% zurückging.

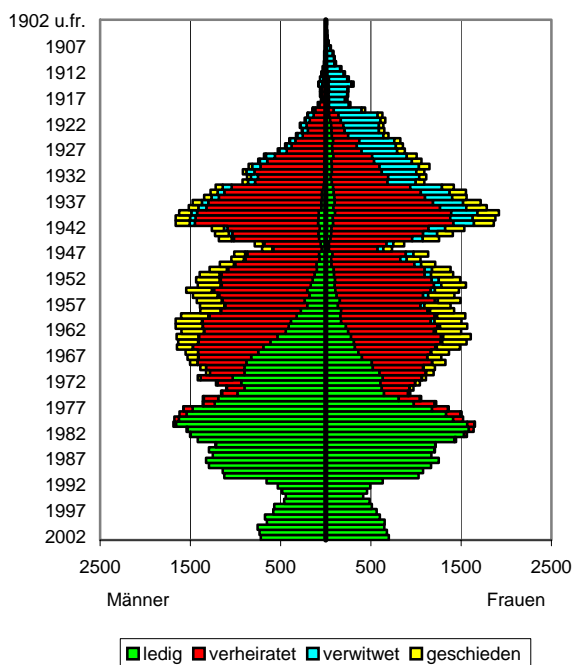
Zum anderen ging der Frauenanteil besonders bei den 25- bis unter 50jährigen stark zurück von 49,8% im Jahre 1990 auf 46,9% im Jahre 2002 (M-V = 47,6%). Am stärksten war der Rückgang bei den 25- bis unter 30jährigen mit -4,2 Prozentpunkten auf 44,8% (M-V = 45,1%). Auch bei den 30- bis unter 40jährigen sank der Anteil der Frauen um -3,6 Prozentpunkte von 49,6% auf 46% (M-V = 47,6%). Im Bundesdurchschnitt hingegen liegen die Quoten der unter 40jährigen bei knapp unter 49%.

Es werden zwar immer etwas mehr Männer als Frauen geboren (bei den unter 5jährigen liegt der Frauenanteil bei 48,3%), aber die geringen Frauenanteile bei den über 20jährigen sind hauptsächlich auf die Abwanderung von jungen Frauen zurückzuführen.

Die Relation von Frauen und Männern unter den Einwohnern mit *Nebenwohnsitz* schwankt. In der Tendenz war aber der Anteil der Männer seit 1992 leicht rückläufig (von 54,7% 1992 auf 51,4% 2002). Der höhere Männeranteil geht hauptsächlich auf die Dominanz der Männer in der Altersgruppe der über 30jährigen mit 56,8% zurück. Bei den unter 30jährigen machen sie nur einen Anteil von etwa 46% unter den Einwohnern mit Nebenwohnsitz aus.

1.4. Bevölkerungsstruktur: c) Familienstand insgesamt

Abb. 3: Alterspyramide mit Familienstand nach Männern und Frauen 2002



Quelle: Einwohnermeldeamt

Insgesamt ist nach Angaben des Einwohnermeldeamtes in Rostock der Anteil der Verheirateten von 48,4% im Jahre 1990 auf 43,4% im Jahre 2002 zurückgegangen. Gewachsen sind dafür die Anteile der Ledigen (von 39,1% auf 41,1%), der Geschiedenen (von 6,9% auf 8,3%) und der Verwitweten (von 5,6% auf 7,2%). Damit fand eine Annäherung an den Bundesdurchschnitt statt, wo 40,7% ledig, 45,6% verheiratet und 13,8% geschieden oder verwitwet sind. Da Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren i.d.R. (von ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen) ledig sind, werden die Anteile stark durch die Zahl der Kinder beeinflusst, diese machen gut ein Drittel aller Ledigen aus. Weil zudem

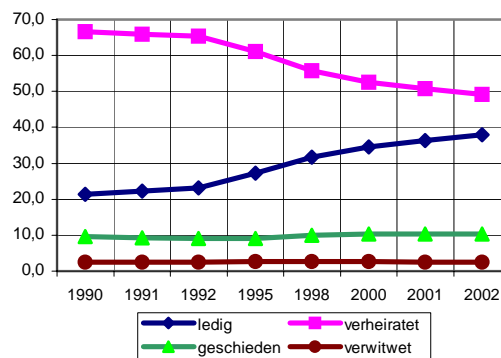
drei Viertel (knapp 76%) aller Verwitweten 65 Jahre oder älter sind bzw. weil der Anteil der weiblichen Verwitweten an der Gesamtbevölkerung mit 13,5% erheblich über dem der Männer mit 2,8% liegt (wegen der höheren Lebenserwartung der Frauen), werden die Gesamtwerte für Ledige, Verheiratete und Geschiedene bei den 18- bis unter 65jährigen beeinflusst. Weil es bei der Frage nach dem Familienstand im weitesten Sinne um das Heiratsverhalten (Nuptialität) bzw. um die Familienbildung geht, soll im Folgenden also nur der Familienstand bei den Erwachsenen zwischen 18 bis unter 65 Jahren berücksichtigt werden.

In dieser Gruppe der 18- bis unter 65jährigen hat der Anteil der Ledigen sich von 21,4% (1990) auf 38% (2002) erhöht und dafür ist der Anteil der Verheirateten von 66,6% auf 49,2% gesunken. Der Anteil der Geschiedenen hat sich leicht von 9,5% auf 10,4% erhöht, während der Anteil der Verwitweten mit leichten Schwankungen zwischen 2,4% und 2,7% relativ stabil geblieben ist.

Nach Altersgruppen betrachtet hat sich vor allem das Verhältnis von Ledigen und Verheirateten bei den 25- bis unter 30jährigen und den 30- bis unter 40jährigen verändert. 1990 waren von den unter 25jährigen immerhin noch 19,3% verheiratet, 2002 nur noch 3%. Bei den 25- bis unter 30jährigen ist der Verheiratetenanteil von 61,1% auf 16,3% gesunken und auch bei den 30- bis unter 40jährigen ging der Anteil sehr stark von 75,4% auf 44,9% zurück. Bei den über 40jährigen sind die Rückgänge etwas moderater, hier spielt nicht nur ein leicht wachsender Ledigenanteil, sondern auch ein zunehmender Anteil von Geschiedenen eine Rolle.

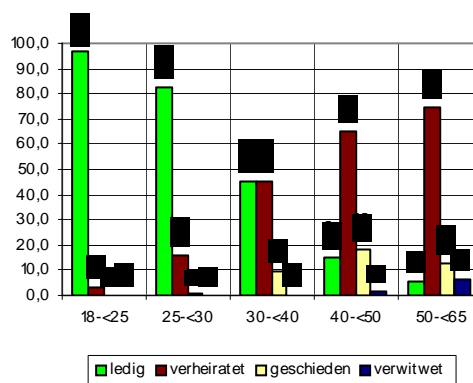
Innerhalb weniger Jahre hat sich damit das Heiratsalter der Rostocker erheblich nach oben verlagert. Dieser Trend ist für die neuen Bundesländer charakteristisch und stellt einen Angleichungsprozess an das westdeutsche Heiratsverhalten dar. Die Lebensplanung junger Frauen wird demnach verstärkt von Ausbildung und Beruf bestimmt, so dass die Heirat bzw. der Prozess der Familiengründung für viele Frauen erst dann virulent wird, nachdem sie ein bestimmtes Qualifikationsniveau und einen festen beruflichen Status erreicht haben. Dabei ist anzumerken, dass in den alten Bundesländern knapp

Abb. 4: Entwicklung des Familienstandes bei den 18- unter 65jährigen 1990 bis 2002 (in Prozent)



Quelle STALA (1990/91), Einwohnermeldeamt (1992-2002)

Abb. 5: Familienstand nach Altersgruppen (in Prozent)



Quelle Einwohnermeldeamt

80% der Paare nach der Geburt eines Kindes die Eheschließung vollziehen, während in Ostdeutschland bei vielen Paaren im Zuge der Familienbildung längere Phasen vorehelicher Elternschaften festzustellen sind, die u.a. als Fortsetzung der Lebensplanung zu DDR-Zeiten, wo nichteheliche Kinder besondere staatliche Förderung erhielten, interpretiert wird. In den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) waren 2002 11,4% aller Haushalte mit Kindern uneheliche Lebensgemeinschaften, in den westlichen hingegen nur 4,2%. Die Nichtehelichenquote ist in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit die höchste und steigt seit 1990 stetig an. So waren 2003 60,8% der Lebendgeborenen Kinder unverheirateter Frauen, im Bundesdurchschnitt sind es hingegen gerade 26,1% (2002), was auf Unterschiede in der gesellschaftlichen Akzeptanz unehelicher Kinder schließen lässt.

Aus diesen Gründen ist davon auszugehen, dass eine wachsende Anzahl von Einwohnern in unehelichen Lebensgemeinschaften zusammenlebt bzw., dass zunehmend Personen allein, d.h. als *Singles* leben. Männer haben schon 1990 einen höheren Anteil an Ledigen aufweisen können als Frauen. Der Ledigenanteil der Männer bei den 18- bis unter 65jährigen ist von 24,7% 1990 auf 42,3% 2002 gestiegen, bei den Frauen von 18,1% auf 33,1%.

Deutlich stärker zurückgegangen ist dafür der Verheiratenanteil bei den Männern. 1990 waren noch gut zwei Drittel aller 18- bis unter 65jährigen verheiratet, sowohl bei den Frauen (67%) als auch bei den Männern (66,3%). Ende 2002 ist der Verheiratenanteil bei den Frauen um 15,5 Prozentpunkte auf 51,5% gesunken und bei den Männern um 19,4 Prozentpunkte auf 46,9%. Hinsichtlich des Familienstandes hat sich die Differenz zwischen den Geschlechtern damit vergrößert.

Tab. 1: Familienstand nach Altersgruppen im Vergleich (1990, 2000 und 2002) (Anteile in Prozent)

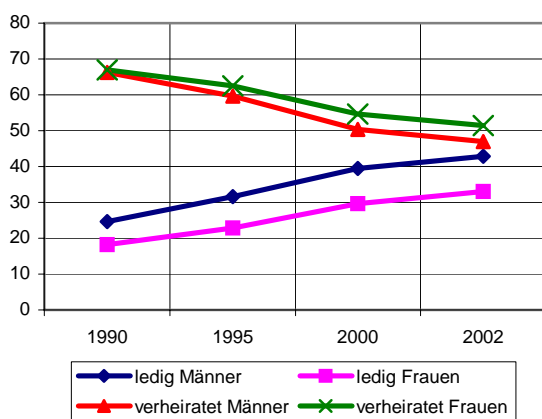
Jahr	Altersgruppe	18 - <25	25 - <30	30 - <40	40 - <50	50 - <65
	Fam.Stand					
1990	Ledig	79,6	32,0	11,8	5,6	4,6
	verheiratet	19,3	61,1	75,4	79,3	78,1
	geschieden	1,1	6,7	12,4	13,4	10,3
	verwitwet	0,0	0,2	0,5	1,7	7,0
2000	ledig	96,7	78,5	38,2	12,3	5,4
	verheiratet	3,2	20,2	50,4	68,3	75,8
	geschieden	0,1	1,2	11,0	17,5	11,9
	verwitwet	0,0	0,1	0,4	1,8	6,9
2002	ledig	96,9	82,6	44,9	14,7	5,8
	verheiratet	3,0	16,3	44,9	65,1	74,7
	geschieden	0,1	1,1	9,8	18,5	12,9
	verwitwet	0,0	0,1	0,4	1,7	6,5

Tab. 2: Familienstand nach Altersgruppen und Geschlecht 2002 (Anteile in Prozent)

	ledig	verheiratet	geschieden	verwitwet
Männer				
18 - <25 J.	98,4	1,6	0,0	0,0
25 - <30 J.	88,0	11,5	0,5	0,0
30 - <40 J.	54,2	38,1	7,6	0,1
40 - <50 J.	18,6	62,6	17,9	0,8
50 - <65 J.	6,5	78,8	12,0	2,7
Frauen				
18 - <25 J.	95,5	4,3	0,2	0,0
25 - <30 J.	76,2	21,9	1,8	0,1
30 - <40 J.	34,4	52,6	12,3	0,7
40 - <50 J.	10,7	67,5	19,1	2,6
50 - <65 J.	5,2	71,0	13,8	10,1

Die größten Veränderungen gab es bei den 25- bis unter 40jährigen. Von den Männern im Alter von 25- bis unter 30 Jahren hat sich der Ledigenanteil von 1990 mit 40,7% auf 88% im Jahre 2002 mehr als verdoppelt und bei den Frauen in der

Abb. 7: Ledigen- und Verheiratetenanteil nach Geschlecht (nur 18- bis unter 65jährige) 1990 bis 2002 (in Prozent)



gleichen Altersgruppe von 23% auf 76% sogar verdreifacht. Bei den 30- bis unter 40jährigen hat sich der Anteil der ledigen Männer von 14,5% auf 54,2% erhöht und der der ledigen Frauen von 9% auf 34,4%.

Frauen haben nicht nur häufiger den Familienstand „verheiratet“, sondern waren auch schon häufiger verheiratet als Männer.

Der Anteil der Geschiedenen beträgt unter den 18- bis unter 65jährigen Frauen 11,5% und bei den Männern

9,3%. Dabei sind die Unterschiede bei den 30- bis unter 40jährigen wieder etwas größer (12,3% Frauen, 7,6% Männer).

Die Anteile an Geschiedenen und Verwitweten in dieser Altersgruppe haben sich bei beiden Geschlechtern nur geringfügig um etwa einen Prozentpunkt erhöht.

2. Bevölkerungsbewegungen

Die im vorangegangenen Kapitel genannten Bevölkerungsbestands- und –strukturveränderungen sind das Ergebnis der *Bevölkerungsbewegungen* im betrachteten Zeitraum. Bei den *Bevölkerungsbewegungen* unterscheidet man zwischen der *natürlichen Bevölkerungsbewegung*, d.h. den Geburten (Lebendgeborene) und Sterbefällen im Laufe eines Jahres und der *räumlichen Bevölkerungsbewegung* durch Zuzüge und Wegzüge (Wanderungen). Bei den Daten zur *Bevölkerungsbewegung* gibt es wiederum leichte Abweichungen zwischen den Angaben des STALA und des Einwohnermeldeamtes, die aber kaum ins Gewicht fallen.

2.1. Natürliche Bevölkerungsbewegung

In der ehemaligen DDR lag die Gesamtfertilität² deutlich über dem Niveau der Bundesrepublik. Das kann zum einen in Zusammenhang mit der damaligen Familien- und Sozialpolitik gesehen werden, die u.a. durch besondere Fördermaßnahmen eine gute Vereinbarkeit von Kind und Beruf ermöglichen sollte; zum anderen war dies aber wohl auch ein Reflex auf die vergleichsweise begrenzten biographischen Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen in der DDR. In Mecklenburg-Vorpommern bzw. den drei Nordbezirken der DDR waren bis zur Wende traditionell die höchsten Geburtenraten in Deutschland zu verzeichnen.

Im Zuge der gesellschaftlichen Transformationsprozesse nach 1990 vollzog sich ein sprunghafter Rückgang der Geburten, dessen Ursachen äußerst vielschichtig sind. Die durch den Systemwechsel hervorgerufenen sozialen und persönlichen Unsicher-

² Fertilität = Fruchtbarkeit, gemessen an der Kinderzahl pro Frau

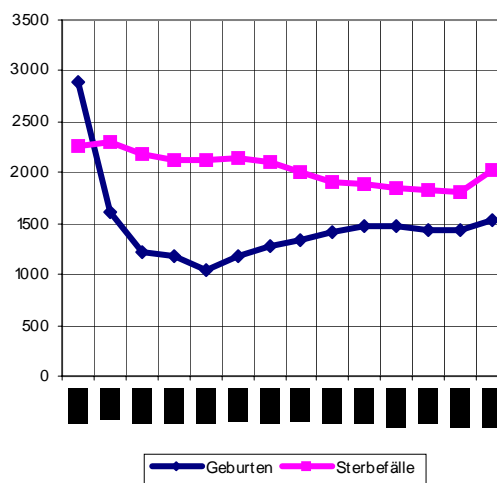
heiten, aber auch die neuen biographischen Optionen und die Erweiterung der Bildungschancen im Gefolge der deutschen Einheit führten zu einer schnellen Änderung im generativen Verhalten der Frauen, das sich in der Erhöhung des Alters bei der ersten Geburt und in einer deutlich verringerten Kinderzahl je Frau ausdrückt. So waren noch Ende der 80er Jahre in Ostdeutschland die höchsten Geburtenraten in der Altersgruppe der 22 bis 24jährigen Frauen zu verzeichnen, inzwischen hat sich dieser Indikator auf die Gruppe der 27 bis 29jährigen verschoben. Nachdem schon in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der DDR die Geburtenraten signifikant sanken, beschleunigte sich dieser Prozess nach 1990 dramatisch. Aber auch die Geburtenrezession der Jahre 1973 bis 1976 (Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, Einführung kostenloser Kontrazeptiva in der DDR) ist vorübergehend als demographisches Echo für das Ausmaß des Geburtendefizits mitverantwortlich.

Ausbildung und Erwerbsarbeit haben für die Identitätsbildung junger Frauen einen zentralen, weiter zunehmenden Stellenwert. Die sich ändernden Lebensentwürfe, berufsbiographischen Wahlmöglichkeiten, die steigenden Bildungserwartungen, die Zunahme höherer Schul- und Bildungsabschlüsse und längere Ausbildungsphasen bei jungen Frauen führten insbesondere Anfang der 90er zu einem Aufschub von Geburten. Mit einer verspäteten Erstgeburt sinkt v.a. unter den damals 25jährigen und älteren Frauen die Wahrscheinlichkeit von Folgegeburten.

Nach der Wende gab es auch in Rostock einen dramatischen Einbruch bei der Geburtenzahl. Von 2.894 Geburten im Jahr 1990 sank die Zahl bis 1994 auf einen Tiefstand von 1.044, um danach wieder leicht auf inzwischen 1.582 im Jahre 2003 anzusteigen. Die *rohe Geburtenziffer* ist von 11,7 pro 1.000 EW im Jahr 1990 um 62,5% auf zunächst 4,5 im Jahre 1994 gesunken und dann wieder allmählich auf 8,0 im Jahre 2003 angestiegen. Die Geburtenziffer verharrt seit 1999 auf diesem Niveau mit sehr leicht steigender Tendenz.

Die *allgemeine Fertilitätsrate* (zusammengefasste Geburtenziffer = Zahl der Geburten pro 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren) betrug 2003 38,9‰. Die *höchsten altersspezifischen Geburtenziffern* werden bei den 25 bis 30jährigen (79‰) und bei 30 bis 35jährigen Frauen (76‰) erreicht.³ Die *totale Fertilitätsrate* (TFR) (vereinfacht gesagt: die Zahl der Kinder, die eine Frau in ihrem Leben statistisch gesehen gebären wird, wenn das gegenwärtige Gebärverhalten sich nicht ändert) lag 2002 in Rostock bei lediglich 1,09. Beide Werte müssten etwa doppelt so hoch sein, damit die Bevölkerung sich auf dem ge-

Abb. 8: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle 1990 – 2003



Quelle: 1990–2002 STALA, 2003 EWM

³ Statistisches Landesamt MV: Statistischer Bericht A213J Natürliche Bevölkerungsbewegung 2003

genwärtigen Stand erhalten kann (für eine Bestandserhaltung der Bevölkerung ist eine TFR von 2,08 notwendig, in Deutschland liegt diese gegenwärtig bei 1,38).

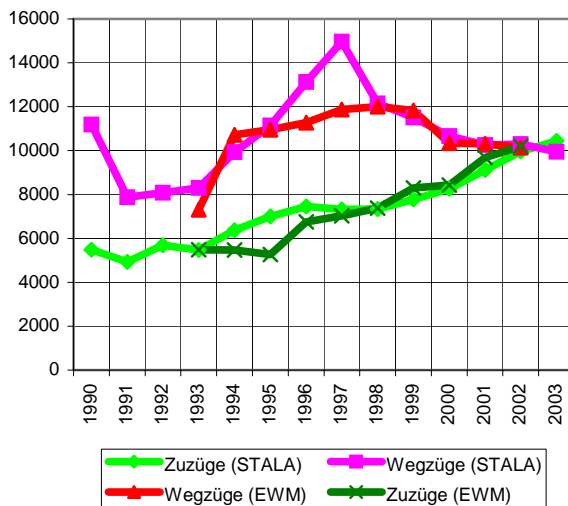
Die Zahl der Sterbefälle ist in absoluten Zahlen seit 1990 leicht rückläufig (von 2.255 auf 1.820 in 2002). Weil aber die Einwohnerzahl insgesamt zurückgegangen ist, blieb die *rohe Sterberate* mit leichten Schwankungen um 9,3 Sterbefälle pro 1.000 Einwohner relativ stabil. 2003 ist ein Anstieg der Sterbefälle auf etwa 2.039 und der Sterberate auf 10,3 zu verzeichnen.

War der *Saldo* von Geburten und Sterbefällen 1990 noch positiv (+639), so ist er seitdem negativ. In den letzten drei Jahren lag der Saldo relativ konstant bei etwa knapp -380 (-369 in 2002), d.h. jährlich verliert Rostock aufgrund dieses Geburtendefizits also etwa 380 Einwohner. Trotz leicht steigender Geburtenzahlen ist wegen des etwas stärkeren Anstiegs der Sterbefälle das Defizit auf -457 gewachsen. Geht man von den Durchschnittswerten der letzten Jahre aus, dann wird auf die nächsten zehn Jahre projiziert ein weiterer Bevölkerungsverlust von etwa 3.600 - 4.000 Einwohnern allein aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu verzeichnen sein. Zwischen Anfang 1990 und Ende 2003 hat die Stadt aufgrund des Geburtendefizits bereits 8.030 Einwohner verloren.

2.2. Wanderungsbewegungen

Während die Zahl der *Zuzüge* zwischen 1990 und 1995 mit etwa 5.500 pro Jahr (ohne ZAST⁴) relativ gleichbleibend war, seit 1995 stetig angestiegen ist und sich bis 2003 verdoppelt hat, verläuft die Entwicklung der *Abwanderung* eher wellenförmig.

Abb. 9: Entwicklung der Zu- und Fortzüge in Rostock 1990 bis 2002



Direkt nach der Wende gab es einen ersten Abwanderungsschub in Richtung Westdeutschland. 1991 bis 1993 hatte sich die Abwanderung auf etwa 8.000 Fortzüge pro Jahr eingependelt. Ab 1994 nahm dann die Abwanderung wieder zu, bis zum Ende der 90er Jahre mit über 12.000 Fortzügen pro Jahr. Hier führten viele Wegzüge in das Umland (Suburbanisierungswelle). Seit 1999 geht die Abwanderung allmählich zurück, wobei wegen der wachsenden Zuwanderung der negative Saldo immer geringer wurde.

Quelle: STALA und EWM

⁴ Die amtlichen Daten des STALA beinhalten die Bewohner des Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST), das Mitte der 90er Jahre in Rostock aufgelöst wurde. Die Zugänge ins ZAST erscheinen für 1994 und 1995 als erhöhte Zahl von Zuzügen und nach dessen Auflösung dann als erhöhte Zahl von Fortzügen. In den Daten des Einwohnermeldeamtes werden diese durch das ZAST verursachten Bewegungen nicht berücksichtigt, so dass für die Jahre 1993 bis 1997 Abweichungen zu den Daten des STALA entstehen. Die Kurve der Wanderungen nach dem Melderegister ist flacher und gibt die „normale“ Entwicklung ohne den besonderen Einfluss dieser zentralen Einrichtung wieder.

2003 wurde der Saldo wieder positiv, so dass sogar die Bevölkerungsverluste aufgrund des Geburtendefizits ausgeglichen werden konnten.

Im Laufe des Jahres 2003 sind nach Angaben des STALA 9.950 Personen aus Rostock weggezogen. Im Gegenzug sind 10.441 Personen in die Stadt zugezogen. Daraus ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo von +491 Personen. Bezogen auf den Bevölkerungsbestand von Ende 2002 beträgt damit die *Wegzugsquote* 5% und die *Zuzugsquote* 5,3%. Die *Gesamtwanderungsquote* (Zu- und Wegzugsquoten zusammen) beträgt 10,3%. Die Quote des Saldos ergibt einen Wanderungsgewinn von 0,25% bzw. von +2,5 pro 1.000 EW.

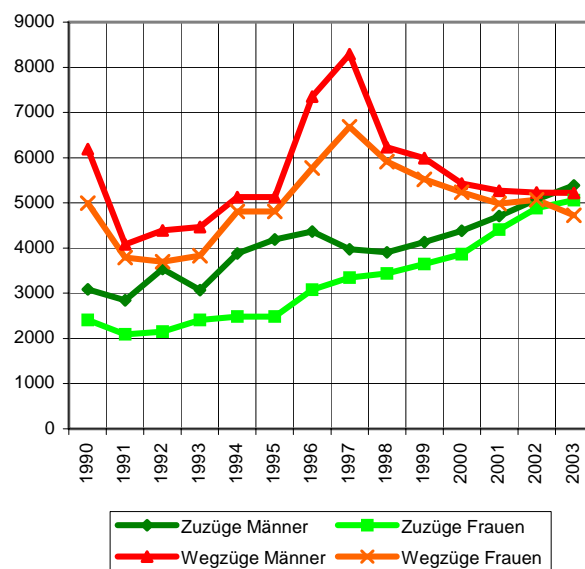
Die Motive für Wanderungen über die Stadtgrenzen sind unterschiedlich. Man kann grob in arbeitsplatz- oder ausbildungsorientierte, privat motivierte (Heirat, Familie) und wohneigentumsorientierte Wanderungen unterscheiden. Anzunehmen ist, dass in Rostock vor allem arbeitsplatz-, ausbildungs- und wohneigentumsorientierte Wanderungen (in andere Regionen bzw. ins Umland) im Vordergrund stehen (vgl. Mieterbefragungen, Gerdes/Minx 2003).

2.3. Struktur der Wanderungen

Geschlechtsspezifisch betrachtet lag die Zahl der Zu- und Fortzüge der Frauen seit 1990 immer unter jener der Männer (die stärkeren Differenzen in den Jahren 1993 bis 1997 gehen ausschließlich auf die Einbeziehung der ZAST zurück). Die Salden von Frauen und Männern nähern sich aber immer stärker aneinander an. Auch 2003 war die Wanderungsdynamik bei den Männern etwas höher als bei den Frauen. Nach Angaben des STALA zogen 5.222 Männer und 4.728 Frauen aus der Stadt fort. Umgekehrt zogen 5.383 Männer und 5.058 Frauen in die Stadt. Die Zuzugsquote der Männer betrug damit 5,5% und die Wegzugsquote 5,0%. Die der Frauen betrug 5,0% bzw. 4,7%. Der Saldo war bei beiden positiv.

Altersspezifisch betrachtet wurde die Wanderungsdynamik 2002 vor allem von den 18- bis unter 30jährigen (51% aller Zuzüge und 41% aller Fortzüge) und den 30- bis unter 50jährigen (26% aller Zuzüge und 32% aller Fortzüge) getragen. Die höchste Wanderungsdynamik herrschte bei den 18- bis unter 30jährigen. Hier liegt die altersspezifische Zuzugsquote bei 15,8% (18- < 25 Jahre) bzw. 12,1% (25- < 30 Jahre) und die Wegzugsquote bei jeweils 13,8%. Mit zunehmendem Alter lässt die Wande-

Abb. 10: Entwicklung der Zu- und Wegzüge bei Männern und Frauen 1990 bis 2002



Quelle: STALA

rungsneigung deutlich nach (unter 5% bei den 30-<50jährigen). Von den über 50jährigen sind weniger als 1.000 Personen an den Wanderungen beteiligt, hier liegen die Wanderungsquoten unter 1,5%.

Die Zuzugsquoten der über 50jährigen haben sich dabei seit 1990 nur geringfügig erhöht und auch bei den 30- bis unter 50jährigen war nur eine leichte Steigerung zu verzeichnen. Dafür sind die Zuzugsquoten der unter 30jährigen kontinuierlich angewachsen.

Bei den Fortzügen verlief die Entwicklung weniger gleichmäßig. Hier gingen bei den unter 50jährigen die altersspezifischen Fortzugsquoten zunächst zurück, um dann Mitte der 90er Jahre stark anzusteigen. Ein wenig wird die Entwicklung durch die ZAST beeinflusst, jedoch hat der Höhepunkt der Entwicklung ab 1996 vor allem mit der Abwanderung ins Umland zu tun. Erkennbar wird dies am starken Anstieg der Fortzugsquote bei den unter 18jährigen (Kinder) und dem parallelen Verlauf der Kurve für die 30- bis unter 50jährigen (Eltern). Nach 1997 ging die Fortzugsquote in

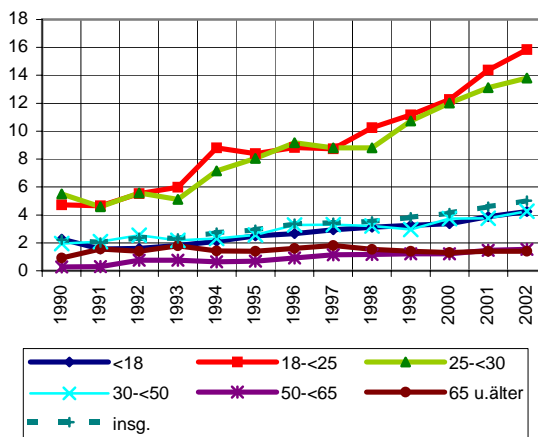
diesen Altersgruppen wieder zurück, weil der Höhepunkt der Umlandwanderung überschritten war bzw. jetzt auch innerhalb der Stadt vermehrt Eigenheime angeboten wurden.

Nach Männern und Frauen differenziert spielt bei den unter 18jährigen das Geschlecht als Unterscheidungsmerkmal keine große Rolle, denn es handelt sich überwiegend um Kinder, die zusammen mit ihren Eltern umziehen. Daher ist das Geschlechterverhältnis in dieser Altersgruppe relativ ausgeglichen. Auch bei den über 50jährigen spielen Geschlechterunterschiede eine geringere Rolle. Hier ist die Zahl der Zu- und Abwanderer bei den Frauen deutlich höher, weil es erheblich mehr ältere Frauen gibt. Die Wanderungsquote der über 65jährigen Frauen liegt aber nur leicht über jener der Männer (1,3% zu 1,0%).

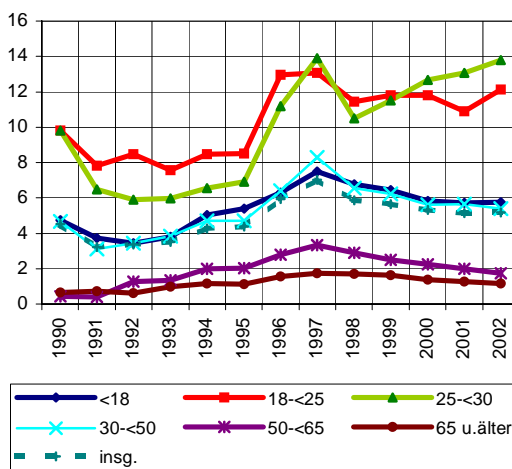
Größere Unterschiede ergeben sich in der Altersgruppe der 18- bis unter 30jährigen und der 30- bis unter 50jährigen. 2002 zogen von den 18- bis unter 30jährigen 1.976 Männer und

Abb. 11: Entwicklung der altersspezifischen Zu- und Fortzugsquoten 1990 bis 2002 (pro 100 EW)

A) Zuzugsquoten



B) Fortzugsquoten



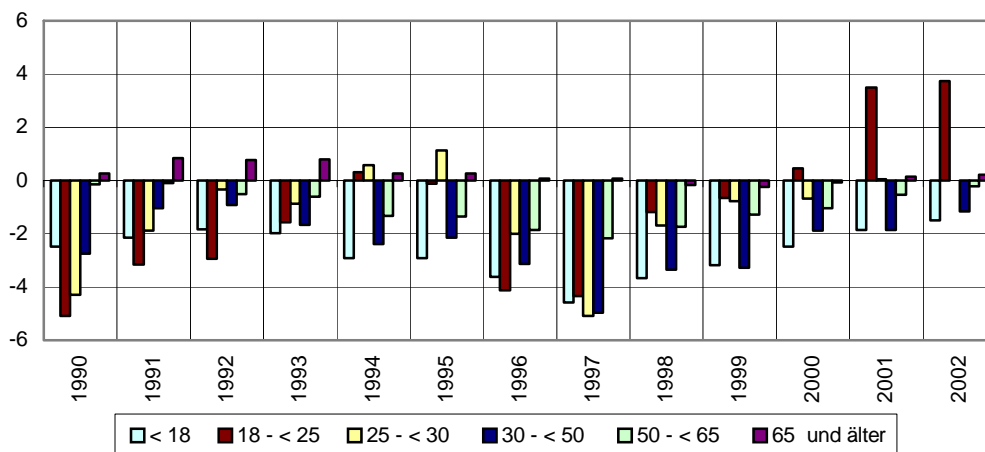
2.294 Frauen aus der Stadt fort (altersspezifische Fortzugsquote: 11,3% bzw. 14,3%). Im Gegenzug zogen 2.404 Männer und 2.661 Frauen in die Stadt (Zuzugsquote: 13,7% bzw. 16,6%). Beide Salden waren 2002 positiv.

Bei den 30- bis unter 50jährigen hingegen waren beide Salden negativ. Hier zogen 1.908 Männer und 1.361 Frauen fort (Fortzugsquote: 6,0% bzw. 4,8%) sowie 1.585 Männer und 987 Frauen zu (Zuzugsquote: 5,0% bzw. 3,5%). Während also bei den Jüngeren die Frauen das Wanderungsgeschehen stärker bestimmen, sind es bei den Älteren die Männer.

Nach der ersten Abwanderungswelle Anfang der 90er Jahre ging die Fortzugsquote der jungen Erwachsenen zunächst stark zurück. Ab 1996 ist sie dann kontinuierlich angestiegen (der Kurvenausschlag in der Grafik 1996 und 1997 geht auf die ZAST zurück, nach Angaben des EWM ohne ZAST ist der Anstieg geradliniger) und hat sich bis 2002 mehr als verdoppelt. Im Ergebnis ist die Fluktuationsrate der 18- bis unter 30jährigen stark angestiegen und der Saldo bei den 18- bis unter 25jährigen überwiegend positiv, d.h. die Zuzugsquote ist größer als die Fortzugsquote. Dies kann mit zunehmenden Studentenzahlen in der Stadt erklärt werden. Im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2002 trat dennoch ein Wanderungsverlust von etwa -3.000 Personen bei den 18- bis unter 25jährigen auf (= -12,6% bezogen auf den Ausgangsbestand von 1990). Wanderungsgewinne gibt es in dieser Altersgruppe erst seit 2000. Diese summieren sich auf etwa 1.600 in den Jahren 2000 bis 2002 (= +8,1% bezogen auf den Ausgangsbestand von 2000).

Bei den 25- bis unter 30jährigen sind die Zu- und Fortzugsquote seit 2001 ausgeglichen. Hier summiert sich der Wanderungsverlust seit 1990 auf ca. -2.800 Personen (= -12,4% bezogen auf den Ausgangsbestand von 1990).

Abb. 12: Altersspezifische Wanderungsgewinne und -verluste pro Jahr 1990 bis 2002 (in Prozent)



Quelle: STALA

Mit einer Unterbrechung in den Jahren 1998 bis 2000 war auch der Saldo bei den über 65jährigen immer positiv. Im gesamten Zeitraum von Anfang 1990 bis Ende 2002 ergibt sich bei den über 65jährigen ein Wanderungsgewinn von knapp 800 Personen (= +3,5% bezogen auf den Ausgangsbestand von 1990). Dieser Wanderungs-

gewinn entstand allerdings hauptsächlich in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Danach waren die Wanderungsgewinne deutlich geringer. In der Zeit zwischen Anfang 2000 und Ende 2002 ist nur noch ein Wanderungsgewinn von ca. 100 Personen zu verzeichnen (= +0,3% bezogen auf den Ausgangsbestand von 2000).

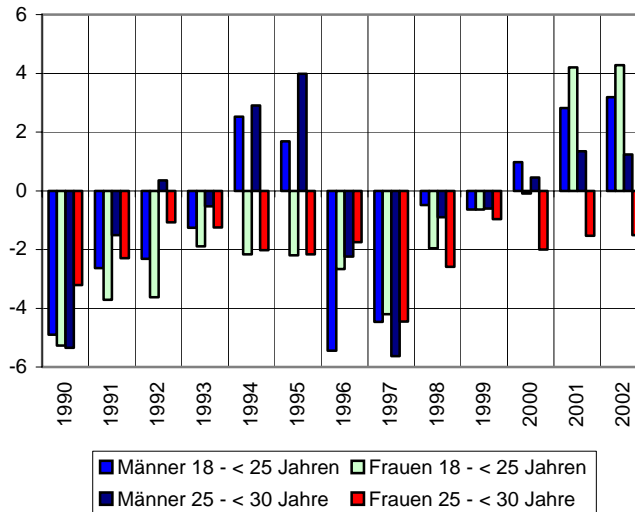
Bei den unter 18jährigen und den 30- bis unter 65jährigen gab es im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2002 jährlich nur Wanderungsverluste. Diese summieren sich, bezogen auf den Ausgangsbestand von 1990, bei den unter 18jährigen auf etwa -15.100 (= -25%), bei den 30- bis unter 50jährigen auf ca. -20.700 (= -28,7%) und bei den 50- bis unter 55jährigen auf etwa -5.800 (= -12,6%). Die höchsten Wanderungsverluste waren hier in der Zeit von 1996 bis 1999 zu verzeichnen.

Die Wanderungsbilanz der Stadt hat sich seit einigen Jahren verbessert, weil sich einerseits die Umlandwanderung (Wegzug von Familien) rückläufig entwickelt hat und weil andererseits immer mehr junge Menschen in die Stadt gezogen sind (wahrscheinlich vorwiegend Studenten).

Während sich bei den unter 18jährigen und den über 30jährigen die geschlechtsspezifischen Wanderungsquoten nicht wesentlich unterscheiden (bei den 30- bis unter 50jährigen lagen die Zu- und Abwanderungsquoten der Männer ständig leicht über der der Frauen), gibt es bei den 18- bis unter 30jährigen deutlichere Unterschiede. Die Fortzugsquote der 18- bis unter 30jährigen Frauen lag seit 1993 immer über jener der Männer (die Werte für 1996/97 werden durch die ZAST beeinflusst). Der Abstand zwischen den geschlechtsspezifischen Quoten ist dabei gewachsen. Dies gilt besonders für die 18- bis unter 25jährigen, bei denen die Fortzugsquote der Frauen in allen Jahren höher war als die der Männer. Bei den 25- bis unter 30jährigen war zunächst die Fortzugsquote bei den Männern höher, seit 2000 ist sie bei den Frauen höher.

Gleichzeitig sind bei beiden Altersgruppen auch die Zuzugsquoten gewachsen. Während bei den 25- bis unter 30jährigen die Männer eine etwas höhere Zuzugsquote haben als die Frauen, liegt die Zuzugsquote der 18- bis unter 25jährigen Frauen seit Mitte der 90er Jahre über der der Männer. Die Differenz zwischen den Quoten ist dabei gewachsen.

Abb. 13: Jährlicher geschlechtsspezifischer Wanderungssaldo nach Altersgruppen (in Prozent)



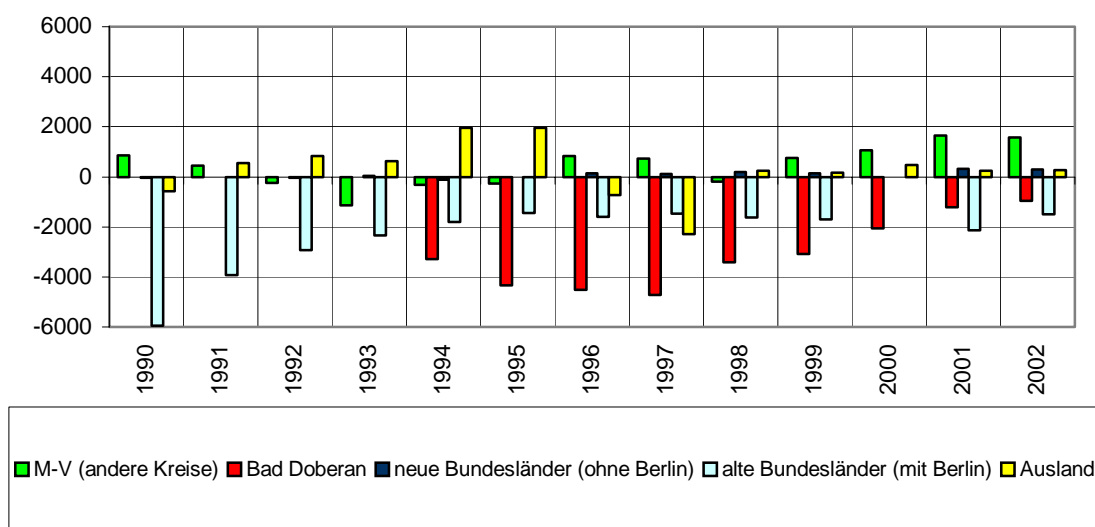
Quelle: STALA

Per Saldo ergibt sich daraus: Junge Frauen ziehen zwar häufiger weg als junge Männer, aber in der Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen Frauen ergibt sich dennoch ein positiver Saldo (sogar höher als bei den Männern) aufgrund der stark angewachsenen Zuzugsquote der Frauen in diesem Alter. Bei den 25- bis unter 30jährigen Frauen allerdings kann der überdurchschnittliche Fortzug der Frauen nicht durch Zuzüge ausgeglichen bzw. übertroffen werden. Hier bleibt der Saldo negativ, während bei den Männern im gleichen Alter seit 2000 ein positiver Saldo zu verzeichnen ist. Die Stadt verliert vor allem Frauen aus dieser Altersgruppe.

2.4. Wanderungsquellen und -ziele

Die Wanderungsbilanz mit den Kreisen in M-V (außer mit Bad Doberan) war seit 1990 in den meisten Jahren positiv. Ebenso war die Wanderungsbilanz mit dem Ausland seit 1990 leicht positiv. (Die hohen positiven und negativen Ausschläge in den Jahren 1994 bis 1997 gehen ausschließlich auf die ZAST zurück, für das u.a. etwa 1.200 Asylbewerber aus Rumänien zunächst angemeldet und dann, nach Verlegung der Einrichtung, wieder abgemeldet wurden). Positiv ist seit 1996 auch die Wanderungsbilanz mit den anderen neuen Bundesländern.

Abb. 14: Entwicklung der Wanderungsgewinne und -verluste nach Zielregionen 1990 bis 2002



Von negativer Bedeutung sind nur die Wanderungsströme in das Umland Rostocks sowie in die alten Bundesländer. Nach der Maueröffnung gab es zunächst einen Wanderungsschub in Richtung der alten Bundesländer. Der sehr hohe negative Saldo nahm aber allmählich ab und pendelte sich ab 1995 auf ein Wanderungsdefizit von jährlich etwa -1.500 bis -1.600 Personen ein. Ab 1998 nahm das Wanderungsdefizit mit Westdeutschland wieder zu, um nach einen neuen Höhepunkt 2001 wieder deutlich zurückzugehen.

Eine entgegengesetzte Entwicklung nahm die Wanderungsbilanz mit dem Umland. Das Wanderungsdefizit mit dem Umlandkreis Bad Doberan stieg Anfang der 90er Jahre stark an (Daten existieren erst seit 1994) bis zum Höhepunkt 1997 mit

einem Wanderungsdefizit von -4.722 Personen. Danach ging das Wanderungsdefizit mit dem Umland kontinuierlich zurück, bleibt aber nach wie vor negativ.

Die Ursache für den hohen Anstieg der Abwanderung ins Umland war ein starker Nachholbedarf beim Wunsch zur Bildung von Wohneigentum. Diesem Bedarf wurde zunächst durch Eigenheimbau in den Umlandgemeinden entsprochen. Weil sich zum einen inzwischen der Nachholbedarf auf das Niveau eines laufenden Bedarfs reduziert hat und weil ab Ende der 90er Jahre auch vermehrt in der Stadt Wohneigentum angeboten wurde, ging seit 1998 das Wanderungsdefizit mit dem Umland zurück.

Von den 9.950 Fortzügen des Jahres 2003 führten 44% (4.374) in andere Kreise Mecklenburg-Vorpommerns, 28,9% davon allein in den Kreis Bad Doberan (2.872). Umgekehrt kamen 51% der Zuzüge aus den anderen Kreisen M-Vs (5.362), davon 20,5% (2.147) aus dem Kreis Bad Doberan. Während die Wanderungsbilanz mit dem Kreis Bad Doberan nach wie vor negativ ist (-725), ergibt sich mit den anderen Kreisen M-Vs ein Wanderungsgewinn von +1.713 Personen. In der Bilanz beträgt damit der Wanderungsgewinn aus allen Kreisen M-Vs +988.

2002 führten 5,8% der Fortzüge aus Rostock in die anderen neuen Bundesländer (überwiegend nach Brandenburg und Sachsen), 41% der Fortzüge führten in die alten Bundesländer einschl. Berlin und 27% davon führten in die angrenzenden Bundesländer Niedersachsen (6,3%) und Schleswig-Holstein (7,7%) bzw. in die nächstgelegenen Metropolen Hamburg (7,9%) und Berlin (5,2%). 8,2% der Fortzüge schließlich hatten das Ausland als Ziel. Umgekehrt kamen 9% der Zuzüge aus den anderen neuen Bundesländern und 27,3% kamen aus den alten Bundesländern incl. Berlin. (7,4% Niedersachsen, 11,8% restliches Norddeutschland, 4,3% Süddeutschland). 11,1% der Zuwanderer kamen aus dem Ausland. Während die Wanderungsbilanz mit den neuen Bundesländern (außer Berlin) leicht positiv ist, ist sie vor allen gegenüber den alten Bundesländern negativ. Das Wanderungsdefizit gegenüber den anderen (alten und neuen) Bundesländern betrug 2002 insgesamt -1.194 Personen. 2003 hat sich dieses Defizit auf -510 halbiert. Gegenüber dem Ausland gab es 2003 einen leichten Wanderungsgewinn (+13 Personen).

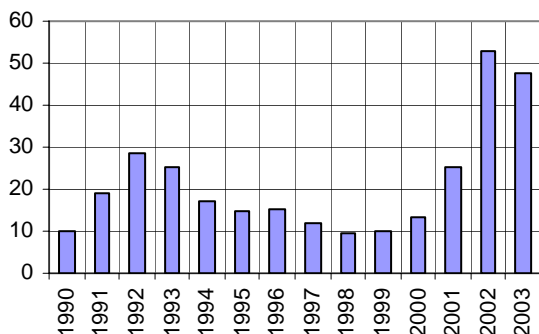
Die Wanderungsverluste Rostocks resultieren also nach wie vor aus der unausgeglichene Wanderungsbilanz Rostocks mit seinem Umland und mit Westdeutschland. Die Wanderungsgewinne aus den anderen Regionen (insbesondere M-V) haben allerdings 2003 zum erstenmal den negativen Saldo mit diesen Wanderungsregionen ausgleichen können. Eine ähnliche Entwicklung gibt es in den anderen kreisfreien Städten MV's. Hier ist der Wanderungssaldo in vier Städten auch 2003 noch negativ, die Wanderungsverluste werden aber tendenziell geringer. In Rostock und in Stralsund ist ein leichter Wanderungsgewinn zu verzeichnen.

2.5. Gesamtbilanz der Bevölkerungsbewegung

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen ist das Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsentwicklung einerseits und der Wanderungsbewegungen andererseits. Bisher waren die Wanderungsbewegungen hauptverantwortlich für die Bevölkerungsentwicklung. 1990 beispielsweise ergab sich die Entwicklung der Einwohnerzahlen aus einem Wanderungssaldo von 5.692 und einem Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von 639. Bei der Feststellung, welches Gewicht die einzelnen Bewegungsarten für die Einwohnerentwicklung haben, kommt es nicht darauf an, ob die Salden positiv oder negativ sind. Entscheidend ist, dass es insgesamt ein *Bewegungs-*

gesamtsaldo von 6.331 Personen gab. An diesem Bewegungsgesamtsaldo hatte der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung 1990 einen Anteil von 10,1%.

Abb. 15: Anteil der natürlichen Bevölkerungsbewegung am gesamten Bewegungssaldo (in Prozent)



In den folgenden Jahren nahm wegen des wachsenden Geburtendefizits das Gewicht der natürlichen Bevölkerungsbewegungen etwas zu, um bis zum Ende der 90er Jahre wieder auf das Niveau von 1990 zurückzugehen. Ab 2000 wächst das Gewicht wieder. 2002 hatte die natürliche Bevölkerungsbewegung einen Anteil von 52,8% am gesamten Bewegungsgesamtsaldo und 2003 einen Anteil 47,7%.

Inzwischen wird also die natürliche Bevölkerungsbewegung immer mehr zur Hauptursache für die Bestandsveränderungen.

3. Bevölkerungsentwicklung bei Kindern und Jugendlichen

Die nachwachsende Generation stellt ein wichtiges Handlungsfeld für die Kommune dar. Kinder und Jugendliche sind die Adressaten verschiedener erzieherischer und sozialer Maßnahmen und unterliegen je nach Alter der Schulpflicht, sind für den Besuch einer Krippe oder eines Kindergartens zugelassen, ab 14 Jahren strafmündig o.ä., wobei die in der folgenden Tabelle genannten Altersgruppen i.d.R. im Fokus des Interesses stehen.

Tab. 3: Kinder und Jugendliche nach verschiedenen Altersgruppen Ende 2003

Altersgruppe		Bestand am 31.12.2003	Anteil an der Bev.
noch nicht volljährige Kinder und Jugendliche 0 - <18		27.228	13,7
davon:	Noch nicht schulpflichtige Kinder im Alter zwischen 0 - <6	8.278	4,2
	davon Kleinkinder im Alter zwischen 0 - <3	4.356	2,2
	davon: Säuglinge im Alter zwischen 0 - <1	1.558	0,8
	Kinder im Krippenalter zwischen 1 - <3	2.798	1,4
	Kleinkinder im Alter zwischen 3 - <6	3.922	2,0
	Kinder im Kindergartenalter (im Alter zwischen 3 - <6,5	4.484	2,3
	Schulpflichtige Kinder (6 - <15)	11.500	5,8
	davon: Kinder zwischen 7 bis unter 11 Jahren	3.789	1,9
	Kinder zwischen 11 bis unter 15 Jahren	6.587	3,3
	Kinder zwischen 6 bis unter 14 Jahren	9.319	4,7
	Kinder im Hortalter im Alter zwischen 6,5 - <10,5 Jahren	3.876	2,0
	Jugendliche Berufsschulpflichtige (15 - <18 Jahre)	7.450	3,8
	noch nicht strafmündige Personen (0 - <14 Jahre)	17.597	8,9
	Jugendliche gesamt (14 - <18 Jahre)	9.631	4,9
Heranwachsende gesamt (18 - <27Jahre)		28.140	14,2
davon:	Heranwachsende im Alter zwischen 18 - <21 Jahren	8.564	4,3
	Heranwachsende im Alter zwischen 18 - <25 Jahren	21.986	11,1
	Junge Erwachsene im Alter zwischen 25 - <27 Jahren	6.154	3,1
Bevölkerung insgesamt		198.303	100,0

Die Zahl der unter 18jährigen in Rostock hat sich zwischen Ende 1990 und Ende 2003 mehr als halbiert (-53,1%). 1990 gab es in der Stadt noch 60.404 Kinder und Jugendliche, Ende 2002 nur noch 27.228. Bedingt durch Bevölkerungsverluste vor allem in den mittleren Altersjährgängen hat sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung (*Minderjährigenquote*) dabei aber nicht halbiert, sondern ist „nur“ von 24,4% auf 13,7% zurückgegangen. Ursache dieses enormen Rückgangs an Kindern und Jugendlichen ist zum einen der dramatische Rückgang der Geburten in der Stadt seit 1990. Die geburtenstarken Altersjährgänge aus der Zeit von vor 1985, die 1990 noch den größten Teil der Kinder und Jugendlichen stellten, sind inzwischen in die Altersgruppe der über 18jährigen aufgerückt. Weil die Zahl der Geburten sich mehr als halbiert hat, können die nach 1990 geborenen Kinder die entsprechenden Altersgruppen nicht wieder auffüllen, so dass allein aufgrund des Geburtenrückganges eine Lücke entsteht. Zum anderen vergrößert sich diese Lücke auch durch Abwanderungen.

Der Einfluss des Geburtenrückgangs wird ersichtlich, wenn man die Entwicklung nach einzelnen Altersgruppen betrachtet. So ist die Zahl der unter 3jährigen von 1990 bis 1993 um über 60% zurückgegangen. Erst seit Mitte der 90er Jahre kam es wieder zu einem leichten Anstieg der Geburten, der aber bei weitem nicht die Verluste ersetzen konnte. Mit einem entsprechenden Abstand von drei Jahren ist dann auch der Anteil der 3- bis unter 6jährigen um 60% zurückgegangen.

Der Rückgang der Zahl der 6- bis unter 15jährigen (Schulpflichtige) vollzog sich demgegenüber eher kontinuierlich, d.h. auch in der Zeit zwischen 1991 und 1996, als die geburtenstarken Jahrgänge der 90er Jahre für diese Altersgruppe noch keine Rolle spielten, war die Zahl der 6- bis unter 15jährigen schon rückläufig. Dies weist auf eine Abwanderung von Familien aus der Stadt hin. Auch die Entwicklung der Altersgruppe der 15- bis unter

Abb. 24: Entwicklung der Anzahl und des Anteils der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren (Minderjährigenquote) (1990 – 2002)

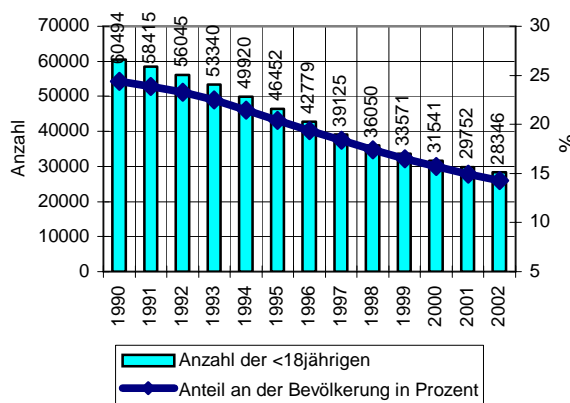
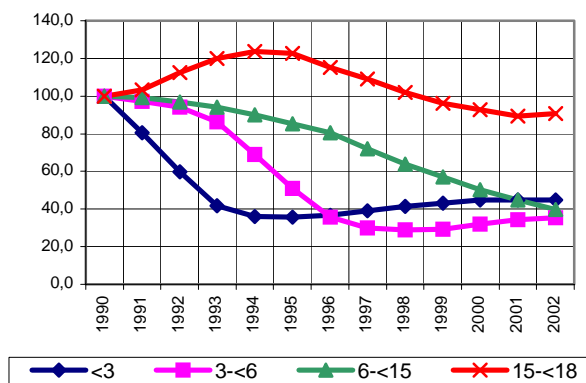


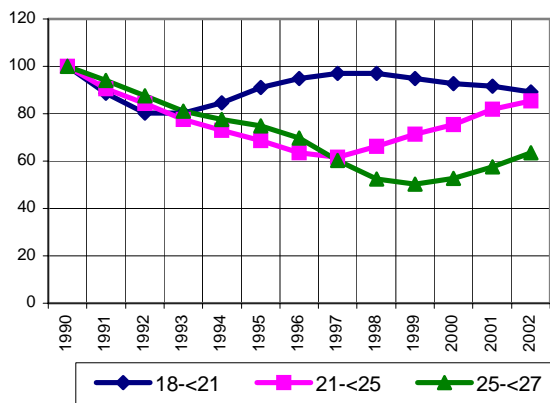
Abb. 25: Entwicklung einzelner Altersgruppen von 1990 bis 2002 (Index 1990 = 100)



18jährigen, die bisher vom Geburtenrückgang nicht beeinflusst wird (erst ab 2005 wird das der Fall sein), ging, nach einer vorübergehenden Zunahme, aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge aus den frühen 80er Jahren, um etwa 15% zurück. Hier spielen ausschließlich Abwanderungen eine Rolle. In den letzten beiden Jahren (2001/02) stagniert die Zahl der 15- bis unter 18jährigen.

Geht man von der realistischen Annahme aus, dass die Zahl der Geburten in der Stadt sich in den nächsten Jahren nicht wesentlich erhöhen und dass der überwiegend wanderungsbedingte Schwund pro Altersjahrgang anhalten wird, dann werden in Rostock im Jahre 2010 schätzungsweise nur noch wenig mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche leben. Selbst wenn man den Wanderungsverlust pro Jahrgang nicht berücksichtigt, wird die Zahl wahrscheinlich unter 24.000 liegen.

Abb. 26: Entwicklung einzelner Altersgruppen bei den Heranwachsenden von 1990 bis 2002 (Index 1990 = 100)



Der Rückgang bei den Heranwachsenden fällt weniger dramatisch aus, weil auch hier der Geburtenrückgang der 90er Jahre keine Rolle spielt, sondern nur Abwanderungen zu den entsprechenden Verlusten geführt haben. Die Zahl der Heranwachsenden ging von 33.297 im Jahre 1990 auf einen Tiefstand von 23.723 im Jahre 1997 zurück, um danach wieder auf 28.140 im Jahre 2003 anzusteigen. Insgesamt ergibt sich so ein Verlust von fast 20% bei dieser Altersgruppe.

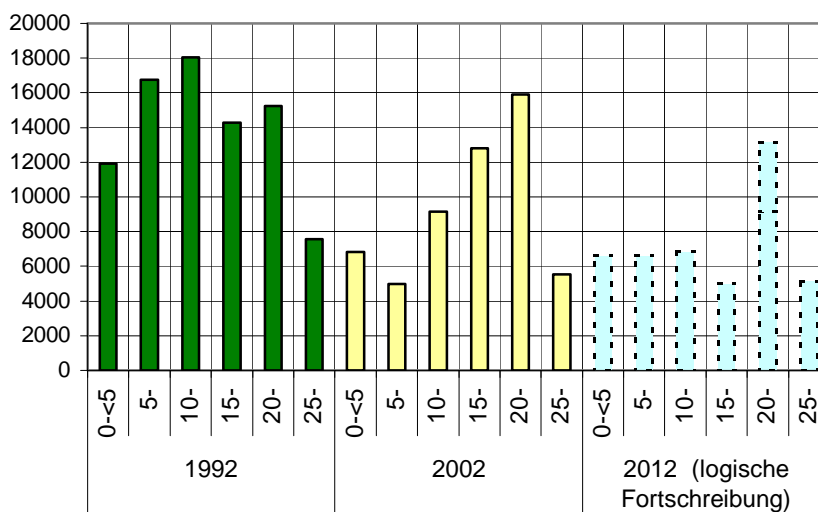
Die Zahl der Heranwachsenden in der Stadt wird stark durch die Tatsache, dass Rostock ein Hochschulstandort ist, geprägt. Trotz der Abwanderung vieler junger Menschen im letzten Jahrzehnt bleibt wegen steigender Studentenzahlen die Zahl der Heranwachsenden Menschen in der Stadt hoch. In den letzten beiden Jahren hat sie sich zudem erhöht, weil viele Studenten wegen der Zweitwohnsitzsteuer ihren Neben- in einen Hauptwohnsitz umgemeldet haben bzw. sich überhaupt angemeldet haben (Folge der Prämien-Politik und der Zweitwohnsitzsteuer). Nimmt man Einwohner mit Neben- und Hauptwohnsitz zusammen, so ist seit 1997 die Anzahl der 18- bis unter 27jährigen *Wohnberechtigten* mit ziemlich genau um 30.000 stabil geblieben.

Einzelne Altersgruppen der 18- bis unter 27jährigen haben sich allerdings unterschiedlich entwickelt. Bei den 18- bis unter 21jährigen gab es nach einem Rückgang um 20% bis 1997/98 wieder einen Anstieg auf fast das Ausgangsniveau, was auf geburtenstarke Jahrgänge aus den 80er Jahren zurückzuführen ist (die Fortsetzung der Welle der 15- bis unter 18jährigen aus den Vorjahren). Seit 1998 geht die Zahl der Heranwachsenden wieder leicht zurück. Insgesamt entsteht so ein Verlust von -10,7% gegenüber 1990.

Die Zahl der 21- bis unter 25jährigen ist bis 1997 um 40% zurückgegangen, steigt seitdem aber wieder an, bedingt durch die nunmehr diese Altersgruppe beeinflussenden geburtenstarken Jahrgänge aus den 80er Jahren sowie durch steigende Studen-

tenzahlen und schließlich auch durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer. Insgesamt bleibt ein Verlust von -15% gegenüber 1990.

Abb. 27: Altersstruktur der unter 27jährigen 1992 und 2002 (Anzahl)



Die Zahl der 25- bis unter 27jährigen ist bis 1999 um knapp 50% zurückgegangen und steigt seitdem wieder leicht an. Der Rückgang erklärt sich durch viele Studienabgänger sowie junge Erwachsene, die aus einem Mangel an Arbeitsplätzen abwandern. Das leichte Anwachsen geht möglicherweise auf zunehmend längere Studienzeiten zurück. Insgesamt bleibt ein Verlust von ca. -37% gegenüber 1990 in dieser Altersgruppe.

Die Altersstruktur der unter 27jährigen hat sich seit 1992 bereits stark verändert. 1992 dominierten noch die 5- bis unter 10jährigen und die 10- bis unter 15jährigen die Gruppe der jungen Menschen. Bis 2002 hat sich die Dominanz auf die 15- bis unter 20jährigen und die 20- bis unter 25jährigen verschoben. Schreibt man diese Entwicklung fort, indem man die Wanderungen weitgehend ignoriert und davon ausgeht, dass die Zahl der Geburten auf dem jetzigen Niveau bleibt, dann werden im Jahre 2012 die Altersgruppen auf einem niedrigen Niveau relativ ausgeglichen sein. Nur bei der Gruppe der 20- bis unter 25jährigen wäre eine Dominanz durch (zugewanderte) Studenten zu erwarten.

Bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren haben sich die Frauenanteile seit 1990 wenig verändert. Der Frauenanteil ist allerdings kontinuierlich von 48,8% auf 48,2% gesunken. Wesentlichen Anteil daran hat die Altersgruppe der 14- bis unter 18jährigen, in welcher der Anteil der weiblichen Jugendlichen von 49,4% auf 47,9% gesunken ist.

Bei den 18- bis unter 25jährigen ging der Frauenanteil bis Mitte der 90er Jahre zunächst auf 46,6% zurück, um dann bis Ende 2002 wieder auf 49,4% zu steigen, wodurch er sogar 0,6 Prozentpunkte über dem Wert von 1990 liegt. Ursächlich dafür ist wahrscheinlich ein steigender Anteil weiblicher Studenten in der Stadt.

Ganz anders hat sich das Geschlechterverhältnis bei den 25- bis unter 27jährigen entwickelt. Hier hat sich der Frauenanteil von 49,4% im Jahre 1990 bis 2000 auf

einen Tiefstand von 44,8% reduziert. Erst 2001/02 ist der Anteil wieder leicht angestiegen. Junge Frauen über 25 Jahren wandern damit häufiger aus der Stadt ab als junge Männer. Die Entwicklung scheint inzwischen etwas gebremst zu sein.

Während bei den unter 25jährigen die Frauenanteile nur wenig unter dem Bundesdurchschnitt (<18jährige = 48,6% und 18- bis unter 25jährige = 49% in der BRD gesamt) bzw. bei den Heranwachsenden bis unter 25 Jahre sogar leicht darüber liegen, ist der Frauenanteil bei den jungen Erwachsenen (25-<27 Jahre) deutlich geringer.

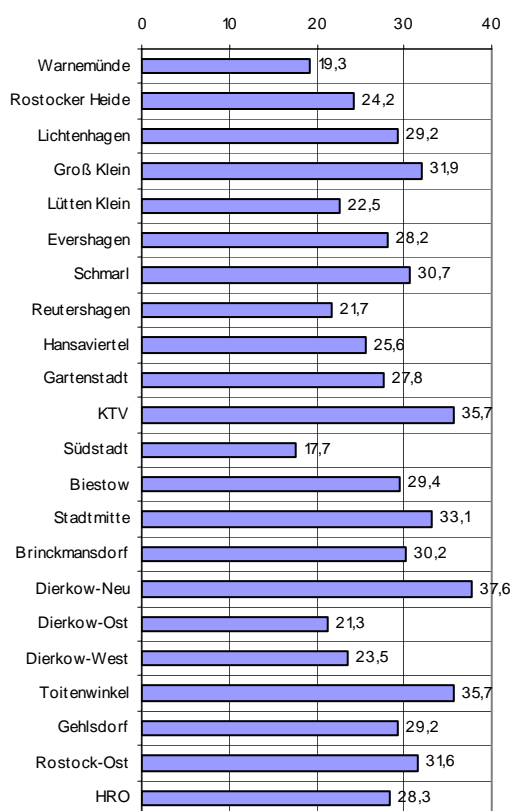
Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind durchweg ledig. Der Verheiratetenanteil bei den 18- bis unter 25jährigen und besonders bei den 25- bis unter 27jährigen ist seit 1992 stark zurückgegangen. 1992 waren noch 10,8% der Heranwachsenden und 42,2% der jungen Erwachsenen verheiratet, 2002 waren es nur noch 3% bzw. 11,5%.

3.1. Kinder und Jugendliche nach Stadtbereichen

Die Anteile von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden an der Bevölkerung sind in den einzelnen Stadtbereichen sehr unterschiedlich. Dies hat wesentlich mit dem Baualter der Siedlungen zu tun sowie mit Umstrukturierungen seit 1990. Die größten Anteile an jungen Leuten findet man 2002 in Dierkow-Neu (37,6%), Toitenwinkel (35,7%), der KTV (35,7%) und der Stadtmitte (33,1%), die geringsten in der Südstadt (17,7%), Warnemünde (19,3%), Reutershagen (21,7%) und Dierkow-Ost (21,3%). Mit Ausnahme der KTV und der Stadtmitte werden diese Anteile wesentlich durch das Baualter der Siedlungen bestimmt bzw. durch die demographisch einseitige Zuwanderung während ihrer Entstehungszeit. In den „jungen“ Vierteln durchläuft die Generationenwelle der Kinder immer noch die Altersgruppen der unter 27jährigen. In den „alten“ Vierteln hat die Welle diese Altersgruppe bereits durchlaufen; die jetzt unter 27jährigen gehören bereits der nächst folgenden Generation an, welche durch den Geburtenknick nach der Wende aber zahlenmäßig geringer ist.

In allen Stadtteilen ist der Anteil der unter 27jährigen seit 1992 zurückgegangen. In Stadtteilen vom Typ der „Zwei-Generationen-Welle“ und der „auslaufenden Welle“ wird der Rückgang hauptsächlich durch die „normale“ demogra-

Abb. 28: Anteil der unter 27jährigen an der Bevölkerung 2002 (in Prozent)



phische Entwicklung (Durchlauf der Welle durch die Altersgruppen) bestimmt. Freilich haben auch Abwanderungen zum Rückgang beigetragen, aber letztlich hängen auch diese wesentlich vom Alter ab, weil die Wanderung vor allem durch unter 45jährige getragen wird. Hohe Abwanderungen gibt es vor allem dort, wo entweder die „Erstgeneration“ noch im typischen (Familien-)Wanderungsalter ist, oder wo die „Zweitgeneration“ in das typische Alter für einen Auszug aus dem Elternhaus kommt. Insofern hängt beides oft zusammen.

Weil die Generationen die einzelnen Altersgruppen mit der Zeit durchlaufen, verändert sich auch die Altersstruktur der unter 27jährigen. Da die Generationenzusammensetzung in den Stadtgebieten unterschiedlich ist, verläuft die Entwicklung der Altersstruktur jeweils analog. Aus Stadtgebieten mit hohem Kinderanteil sind Stadtteile mit gesunkenem Kinder- und gestiegenem Jugendlichenanteil geworden. Wo 1992 bereits viele Jugendliche dominierten, dominieren heute die Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Wo es bereits 1992 wenig Kinder und Jugendliche gab, ist es bei diesen geringen Anteilen geblieben, weil mit der nächst folgenden dritten Generation durch den Rückgang der Geburtenquote (und Fortzug der Elterngeneration) nur eine geringe „Auffrischung“ der Altersstruktur gab.

Tab. 6: Anzahl der Kinder und Jugendlichen nach Altersgruppen in den Stadtbereichen Ende 2002

	<1	1-<3	3-<6,5	6,5-<10,5	10,5-<15	15-<18	18-<25	25-<27	<27 gesamt
Warnemünde	33	80	146	113	270	252	609	162	1664
Rostock Heide	15	16	27	29	70	65	149	48	419
Lichtenhagen	78	171	309	255	622	547	1636	373	3990
Groß Klein	75	190	261	265	523	473	1590	395	3771
Lütten Klein	114	248	334	335	713	497	1496	402	4138
Evershagen	119	241	405	403	797	606	1556	349	4475
Schmarl	66	135	209	208	383	313	886	267	2467
Reutershagen	90	213	340	285	696	558	1397	412	3990
Hansaviertel	67	137	180	128	332	270	784	246	2144
Gartenstadt	23	37	73	73	142	152	243	47	789
KTV	184	323	356	299	572	406	2614	1017	5770
Südstadt	54	104	163	135	339	295	1077	258	2424
Biestow	14	42	97	102	204	152	270	27	907
Stadtmitte	155	282	400	290	597	542	1975	682	4922
Brinckmansdorf	37	113	205	164	420	386	596	100	2021
Dierkow-Neu	148	202	276	245	561	623	1893	286	4233
Dierkow-Ost	8	4	19	14	54	46	101	23	268
Dierkow-West	6	5	21	31	58	57	102	28	307
Toitenwinkel	100	214	337	335	1018	1014	1795	311	5123
Gehlsdorf	27	45	93	76	184	151	310	83	968
Rostock-Ost	7	14	21	18	84	96	128	10	377
HRO ges. (EWM)	1420	2816	4267	3797	8634	7501	21207	5526	55167

Am geringsten fällt der Rückgang des Anteils der unter 27jährigen in Biestow (-0,4 Prozentpunkte), der KTV (-0,7 Prozentpunkte) und in der Stadtmitte (-1,6 Prozentpunkte) aus. Hier und in einigen Randgebieten ist es zu „echten“ Strukturverän-

derungen durch den Austausch oder den Zuwachs bestimmter Bevölkerungsgruppen gekommen.

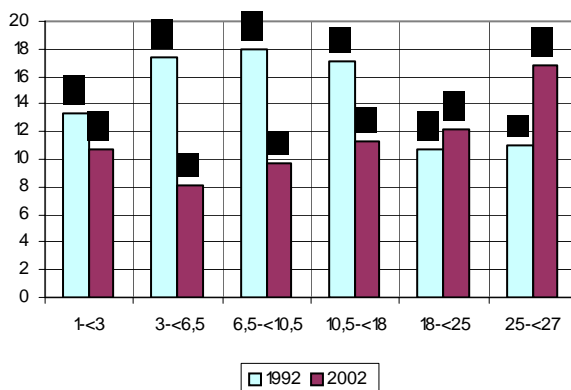
In Biestow hat es wegen dem Wohnungsneubau in den 90er Jahren eine Zuwanderung von jungen Familien gegeben sowie ein vorübergehendes Anwachsen der Geburtenrate (erstes oder zweites Kind nach Bezug der neuen Wohnung/des neuen Eigenheimes). Bei den Kindern und Jugendlichen dominiert hier die Gruppe der unter 15jährigen (sie liegt mit 14,8% über dem Durchschnitt in der Stadt mit 10,8%). Hier hat eine neue demographische Welle ihren Anfang genommen.

In der KTV und der Stadtmitte hingegen dominieren die 18- bis unter 27jährigen (22,5% bzw. 17,9%), während der Anteil der Kinder unter 15 Jahren im Durchschnitt liegt (10,7% bzw. 11,6%). Hier wohnen viele Studenten und andere junge Leute, welche die größere Urbanität dieser Mischgebiete besonders attraktiv finden (Szeneviertel, hohe Kneipendichte etc.). Diese Quartiere sind offensichtlich aber auch für junge Familien attraktiv, denn der Anteil der Kinder im Kleinkind-, Krippen- und Kindergartenalter ist leicht überdurchschnittlich (5,3% bzw. 5,6% gegenüber 4,4% insgesamt). Dies war auch schon 1992 der Fall. Unterdurchschnittlich hingegen ist vor allem in der KTV der Anteil der 6,5- bis unter 18jährigen (7,9% gegenüber 10,2%), was auch 1992 schon so war.

Wenn, wie in der KTV, junge Erwachsene die Altersstruktur dominieren, die Zahl der Kleinkinder über- und die Zahl der Jugendlichen unterdurchschnittlich ist, so lässt das darauf schließen, dass hier relativ viele *Familiengründungen* stattfinden, die Familien aber nicht dauerhaft in der KTV wohnen bleiben. Insofern kann man hier von einem urbanen „Familiengründungs Viertel“ sprechen.

Die bisher genannten Verhältniszahlen sagen noch nichts über die Proportionen der Verteilung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt aus. Mit 507 unter 3Jährigen wohnen in der KTV als drittgrößtem Stadtteil die meisten Kleinkinder. Bei den Kindern im Kindergartenalter steht die KTV an zweiter Stelle hinter Evershagen. Bei den Kindern und Jugendlichen zwischen 6,5 bis unter 18 Jahren sind die absoluten Zahlen in den Großwohnsiedlungen höher. Die größte Anzahl von Heranwachsenden ab 18 Jahren gibt es dann wieder in der KTV und der Stadtmitte.

Abb. 29: Segregationsindex für einzelne Altersgruppen bei den unter 27jährigen



Wie groß die Ungleichverteilung von Kindern und Jugendlichen im Stadtgebiet ist, lässt sich mit Hilfe des Segregationsindex berechnen. Die Werte des Index können zwischen 0 und 100 liegen. Beträgt der Wert 0, dann gibt es eine völlige Gleichverteilung einer Altersgruppe in der Stadt. Gleichverteilung bedeutet, dass in einem Stadtteil der Anteil der Einwohner an der Bevölkerung der Stadt insgesamt genauso groß ist, wie der Anteil der Kinder und Jugend-

lichen, die im Stadtteil wohnen, an allen Kindern und Jugendlichen der Stadt. Wenn

z.B. in der KTV 10% aller Bewohner der Stadt wohnen, dann wohnen bei einer Gleichverteilung auch 10% aller Kinder und Jugendlichen in der KTV. Dabei ist es bei den unter 18jährigen zu einer größeren Gleichverteilung gekommen, während bei den über 18jährigen die Ungleichverteilung zugenommen hat.

Die Ungleichverteilung der Kinder und Jugendlichen über die Stadtgebiete ist relativ gering. Sie hat sich in den verschiedenen Altersgruppen aber zwischen 1992 und 2002 deutlich verändert.

Erklärt werden kann diese Entwicklung wiederum durch die demographische Welle. Die Kinder und Jugendlichen, die vor zehn Jahren noch zur Ungleichverteilung der unter 18jährigen beigetragen haben, sind jetzt 18 Jahre und älter geworden. Bei der nachwachsenden Generation ist dann die Gleichverteilung größer geworden. Die gewachsene Ungleichverteilung bei den 25- bis unter 27jährigen geht außerdem auf eine zunehmende Konzentration junger Erwachsener im Zentrum und in den zentrumsnahen Gebieten aufgrund von Wanderungen zurück. Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass Kinder und Jugendliche sich heute etwas gleichmäßiger über die Stadt verteilen als noch vor 10 Jahren.

II. Lebenssituation und soziale Lagen der Familien

1. Haushalte, Ehe und Familien

Der Begriff „*Haushalt*“ wird unabhängig von der verwandtschaftlichen Beziehung benutzt, darf also nicht mit dem Begriff Familie gleichgesetzt werden. Ein Haushalt wird durch Personen gebildet, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren (Mehrpersonenhaushalt). Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt (Einpersonenhaushalt) und zwar auch dann, wenn er eine gemeinsame Wohnung hat (z.B. bei Untermietern, bei Wohngemeinschaften oder auch bei Mehrgenerationenhaushalten, wo die verheirateten Kinder und die Eltern jeweils einen eigenständigen Haushalt bilden können). Da es aufgrund dieser Zählweise in einer Wohnung mehrere Haushalte geben kann, können die bewohnten Wohnungen mit der Zahl der Haushalte nicht gleich gesetzt werden. Da Großfamilien, Untermietverhältnisse und Wohngemeinschaften (außer in einigen Stadtgebieten in Universitätsstädten) aber nicht sonderlich ins Gewicht fallen, kann man vom Wohnungsbestand abzüglich des Leerstandes durchaus ungefähr auf die Zahl der Haushalte in einer Stadt schließen.

Etwas anderes als diese Schlussfolgerung bleibt auch kaum, da die tatsächliche Zahl der Haushalte statistisch nicht erfasst wird. Nur auf Landesebene und unterschieden nach groben Gemeindegrößenklassen wird aufgrund der jährlichen 1%-Mikrozensus-Befragung die Zahl der Haushalte aus der letzten Volkszählung fortgeschrieben bzw. hochgerechnet. Rostock ist die einzige Stadt in M-V, für die sich aufgrund der Einteilung in Gemeindegrößenklassen Mikrozensus-Daten verwenden lassen. Die Daten des Mikrozensus geben allerdings nur allgemeine Größenordnungen und Trends wieder.

Eine weitere Methode zur Ermittlung von Haushalten ergibt sich aus dem Einwohnermelderegister. Hier werden zwar nur Personen gespeichert mit einer Zuordnung zu Straße und Hausnummer (nicht Wohnung!), aber über ein kompliziertes Rechenverfahren können im Prinzip über Namensgleichheit, Alter, Geschlecht und Familienstand bestimmte Familienformen identifiziert werden und so ungefähr auf die Anzahl der Haushalte geschlossen werden. Aber auch hier können nur allgemeine Größenordnungen ermittelt werden.

Ehe und Familie gelten als *Basisinstitution* der Gesellschaft. Mit dem Begriff Ehe wird i.d.R. eine rechtlich verbindliche Partnerschaft zweier Erwachsener bezeichnet. Traditionell ist die Ehe eine auf Dauer angelegte gegengeschlechtliche sexuelle Partnerschaft. Eine moderne Variante ist allerdings die gleichgeschlechtliche Partnerschaft, die inzwischen in Deutschland auch vom Gesetz anerkannt wird (allerdings nicht als „vollwertige“ Ehe, sondern nur als „Partnerschaft“). Traditionell ist die Ehe der rechtliche Rahmen für die Familie.

Während die Ehe durch den rechtlichen Rahmen definiert ist, der für das Verhältnis von zwei Personen gilt, ist der Begriff Familie weniger eindeutig. Mit dem Begriff werden i.d.R. verwandtschaftliche Beziehungen benannt bzw. eine Kleingruppe innerhalb der Gesellschaft, die sich durch verwandtschaftliche Beziehungen auszeichnet, wobei sich in Europa der Begriff „Familie“ vor allem für die Kernfamilie, bestehend aus Eltern und Kindern und ggf. Kindeskindern eingebürgert hat. Eine Familie im weiteren Sinne (als allgemeiner Begriff) besteht auch dann, wenn die

einzelnen Generationen an verschiedenen Orten wohnen. Der Begriff Familie bezeichnet in diesem Falle nur die verwandtschaftliche Beziehung.

Im engeren Sinne versteht man unter Familie allerdings eher eine Gruppe aus zwei oder mehr Generationen, die zusammen in einem Haushalt lebt und wohnt. In der Statistik gelten Ehepaare bzw. alleinerziehende Elternteile mit ihren im gleichen Haushalt lebenden Kindern als Familie. Die Familie im engeren Sinne wäre also zur präziseren Abgrenzung vom allgemeinen Begriff der „Familienhaushalt“, wo verwandtschaftliche Beziehung und räumliche Zusammengehörigkeit eins sind. Da die zusammen wohnende Mehrgenerationenfamilie seit Beginn der Industrialisierung weitgehend an Bedeutung verloren hat, tritt im europäischen Kulturraum hauptsächlich die Zweigenerationenfamilie noch als „Familienhaushalt“ auf. Sie gilt als eine wesentliche Institution der Gesellschaft und hat die Aufgabe/Funktion für die Reproduktion und Sozialisation der Kinder zu sorgen. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung sowie die Integration der nachwachsenden Generation in die Gesellschaft fußen also auf dem Funktionieren der Institution Familie bzw. dem Familienhaushalt.

Besonders in den letzten Jahrzehnten hat sich die Rolle der traditionellen Kleinfamilie innerhalb der Gesellschaft aber gewandelt. Neben der traditionellen Familie haben sich einerseits andere Formen des Generationenbezuges etabliert: die Einelternfamilie (Alleinerziehende) und die nichteheliche Partnerschaft mit Kindern (statistisch allerdings nur als Einelternfamilien erfasst). Andererseits hat auch die Zahl der Singles und nichtehelichen, kinderlosen Paare zugenommen, also die Zahl der „Nichtfamilien“. Weil die Zahl der anderen Familienformen bzw. der Nichtfamilien gewachsen ist, sinkt die Anzahl der traditionellen Familienhaushalte. Als Veränderung kommt hinzu, dass der durchschnittliche Kernfamilienhaushalt wegen der gesunkenen Geburtenzahlen immer kleiner geworden ist (weniger Kinder pro Familie).

Weil die modernen Haushalte sich überwiegend nur noch aus ein oder zwei Generationen zusammensetzen und weil gleichzeitig die Lebensdauer der Menschen gestiegen ist, gibt es immer mehr Haushalte aus der nachfamiliären Phase, d.h. Haushalte von Paaren, deren Kinder ausgezogen sind bzw. Alleinstehende, deren Partner verstorben ist oder die geschieden sind. Der originäre Familienhaushalt wird so immer mehr zu einer „Restgröße“ unter der Vielzahl der verschiedenen anderen Formen des Zusammenlebens.

Wie sich die Situation der Haushalte und Familien auf kommunaler Ebene darstellt, lässt sich nur sehr bedingt beantworten. Während der Familienstand der Einwohner gut dokumentiert ist und es auch zu Eheschließungen und -scheidungen Daten gibt (weil es sich um rechtswirksame Akte handelt, die registriert werden), gibt es keine bzw. nur wenige Angaben zur Familien- bzw. zur Haushaltsstruktur. Für Rostock können immerhin noch Ergebnisse des Mikrozensus sowie vereinzelte Befragungsergebnisse zur Interpretation herangezogen werden.

1.1. Eheschließungen und Ehescheidungen

In Rostock wurden 2003 insgesamt 761 *Eheschließungen* registriert. Dies sind 3,8 Eheschließungen pro 1.000 EW. Die Zahl der Eheschließungen in Rostock hat sich nach 1990 mehr als halbiert. 1990 gab es noch 1.756 Eheschließungen, ein Jahr später heirateten nur noch 809 Paare. Seit 1991 verharrt die Zahl auf diesem Niveau (mit leichten Schwankungen), 2002 waren es 788. Die *Heiratsquote* ist von 7,1 pro 1.000 EW 1990 auf ein Niveau von etwa 4 Eheschließungen pro 1.000 EW gesunken. In der ersten Hälfte der 90er Jahre sank die Quote sogar vorübergehend auf 3,2 pro 1.000 EW. Bis 2000 stieg die Quote leicht an, um seit 2001 wieder etwas zurückzugehen.

Die Zahl der *Ehescheidungen* hatte bereits in der DDR stark zugenommen. Der Höhepunkt in Rostock war 1985 mit 1.409 Scheidungen. 1989 gab es noch 953 Scheidungen. 1990 ging die Zahl dann auf 583 zurück und in den beiden Jahren 1991/92 wurden zusammen gerade mal 258 Ehen geschieden. Der starke Rückgang erklärt sich aus der Übernahme des westdeutschen Scheidungsrechts, was zunächst für Verunsicherung unter den Scheidungswilligen sorgte. In den Folgejahren stieg die Zahl der Scheidungen dann wieder an auf ein Niveau von etwa 560 Scheidungen pro Jahr (2002 waren es 556).

Die *Scheidungsquote* stieg von 2,3 im Jahr 1990 bis 2002 auf 2,8 pro 1.000 EW an. Sie schwankt zwar etwas, liegt aber seit Mitte der 90er Jahre wieder in etwa auf dem gleichen Niveau wie schon seit Mitte der 70er Jahre.

Weil sich die Zahl der Eheschließungen aber mehr als halbiert hat, hat sich bei gleichbleibendem Scheidungsniveau das Verhältnis von Eheschließungen und Scheidungen von etwa zwei Dritteln zu einem Drittel umgekehrt. Pro 100 Eheschließungen gab 2002 es 70,6 Ehescheidungen.

Eine andere Art der Berechnung ist die *spezifische Ehescheidungsnummer*, d.h. der Anteil der Scheidungen an den durchschnittlich existierenden Ehen in der Stadt (Zahl

Abb. 16: Entwicklung der Heiratsquote und der Zahl der Eheschließungen 1960 - 2002

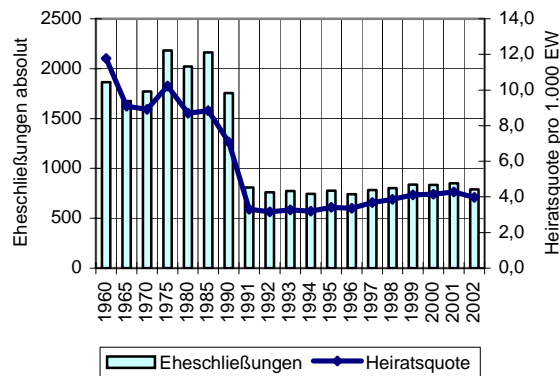
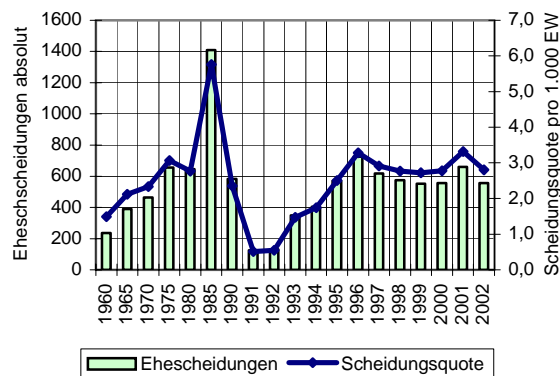


Abb. 17: Entwicklung der Scheidungsquote und der Zahl der Scheidungen 1960 - 2002

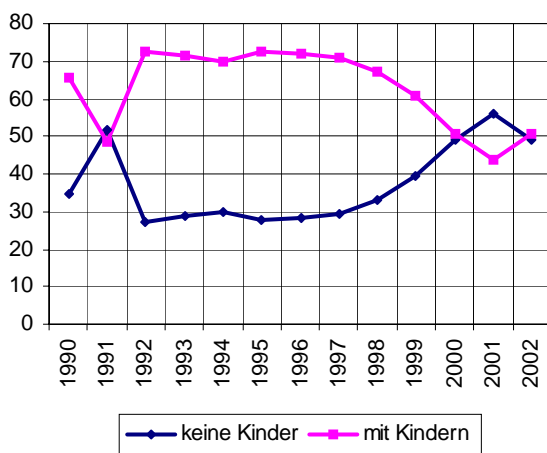


der Verheirateten geteilt durch zwei). Diese Ziffer liegt in Rostock bei 121,4 pro 10.000 Ehen. 1990 lag der Wert noch bei 97,1 pro 10.000 Ehen.

Frauen sind die überwiegenden *Antragsteller bei Ehescheidungen*. Seit 1993 werden etwa 70% aller Ehescheidungen (2002 = 69,1%) von Frauen eingereicht. In den Jahren 1991/92 waren Frauen nur zu 48% bzw. 58% die Antragsteller.

Hinsichtlich der *Betroffenheit von Kindern* durch eine Scheidung der Eltern zeigen sich in den letzten Jahren ebenfalls Veränderungen. Bis Ende der 90er Jahre waren bei etwa 70% der Scheidungsfälle Kinder betroffen. Statistisch gesehen kam etwa ein Kind auf eine Scheidung. Seit 2000 geht die Betroffenheit der Kinder zurück, weil immer mehr kinderlose Ehen geschieden werden. Nur noch bei jeder zweiten Ehescheidung sind Kinder betroffen (2002 = 50,9%). Die andere Hälfte der Paare wurde kinderlos geschieden. Betroffen von der Scheidung ihrer Eltern waren 2002 insgesamt 393 minderjährige Kinder, auf 100 Ehescheidungen entfielen damit durchschnittlich 70,7 Kinder.

Abb. 18: Betroffenheit von Kindern durch Ehescheidungen 1990 bis 2002 (in Prozent)



Weil immer mehr kinderlose Ehen geschieden werden und weil die Zahl der Kinder insgesamt rückläufig ist, sind seit Beginn des neuen Jahrtausends immer weniger Kinder von Scheidungen betroffen. Lässt man einmal die Ausnahmesituation 1991 bis 1993 außer acht, so waren in den 90er Jahren pro Jahr immer 500 bis 600 Kinder durch Scheidungen betroffen. Inzwischen ist die Zahl auf knapp unter 400 zurückgegangen. Zusammengenommen haben im Zeitraum von Anfang 1990 bis Ende 2002 in Rostock insgesamt 5.907 Kinder die Scheidung ihrer Eltern erlebt.

1.2. Haushalte und Familien

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hat die Zahl der Haushalte sich in Rostock von 98.700 im Jahr 1991 auf einen Höchststand von 113.500 im Jahr 2000 erhöht. Seitdem ist die Zahl der Haushalte wieder etwas zurückgegangen auf nunmehr 111.800 im Mai 2003. Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich von 2,56 Personen/Haushalt auf 1,85 verringert.

Hinsichtlich der Zahl der Familien weist der Mikrozensus nur „Familien mit Kindern“ aus. Alleinstehende und Familien ohne Kinder bleiben unerwähnt. Die Zahl der Familien mit Kindern hat sich von ca. 42.300 im Jahr 1991 kontinuierlich auf 28.800 im Jahr 2003 verringert.

Die Haushaltsgrößenstruktur hat sich seit 1991 erheblich verändert. Zugenommen haben die Ein- und Zweipersonenhaushalte und stark abgenommen hat die Zahl der größeren Haushalte. 1991 gab es nur 22.800 Einpersonenhaushalte (23,1%) und

28.100 Zweipersonenhaushalte (28,5%). Bis 2003 hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte mehr als verdoppelt (+ 112%) und die Zahl der Zweipersonenhaushalte ist um 13.000 gestiegen (+ 48%). Abgenommen hat dafür die Anzahl der größeren Haushalte. Während es 2003 nur noch halb so viel Dreipersonenhaushalte wie im Jahr 1991 gab (13.700), hat sich die Zahl der noch größeren Haushalte drastisch von knapp 25.000 auf etwa 8.100 verringert. Davon sind etwa 6.800 Vierpersonenhaushalte (6,1%) und Haushalte mit 5 oder mehr Personen machen nur noch 1,2% aus (1.300).

Diese Veränderung in der Haushaltsgrößenstruktur erklärt, warum es in Rostock trotz anhaltender Abwanderung einen Zuwachs an Haushalten gegeben hat und warum es bis Ende der 90er Jahre trotz eines wachsenden Wohnungsangebotes zu keinem problematischen Leerstand gekommen ist. Nach der Wende sind viele Bewohner aus beengten Wohnverhältnissen in frei werdende Wohnungen gezogen (Kinder und junge Paare sind aus dem Elternhaus ausgezogen usw.). Die Wohnsituation hat sich für die meisten auf diese Weise allmählich entspannt.

Dieser Vorgang der „Entspannung“ oder „Auflockerung“ spielte sich vor allem in den 90er Jahren ab. Inzwischen spielt die „Flucht“ aus beengten Wohnverhältnissen keine Rolle mehr, so dass aus diesem Grund auch kein weiterer Zuwachs an Haushalten zu erwarten ist. Im Gegenteil wirkt sich jetzt der anhaltende Bevölkerungsverlust in der Weise aus, dass nunmehr zunehmend Wohnungen leer stehen, weil nach dem Auslaufen der „Auflockerungswelle“ keine weiteren neuen Haushalte mehr entstehen.

Die Haushaltsgrößenstruktur in der Stadt hat sich zudem durch den Wegzug vieler Familien (größere Haushalte) ins Umland verändert. Im Gegenzug sind vor allem Singles und Paare in die Stadt gezogen, so dass der Anteil der größeren Haushalte abgenommen und der Anteil der kleinen Haushalte zugenommen hat. Durch die Verlagerung der Suburbanisierung innerhalb des Stadtgebiets kommt es seit 2002 wieder zu einem leichten Anstieg beim Anteil der größeren Haushalte (in den neu errichteten Eigenheimsiedlungen in

Abb. 19: Zahl der Haushalte und durchschnittliche Haushaltsgröße (1991 – 2003)

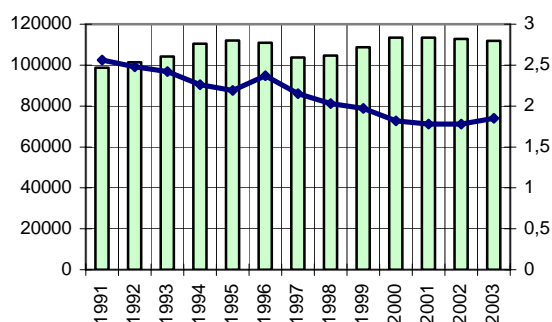
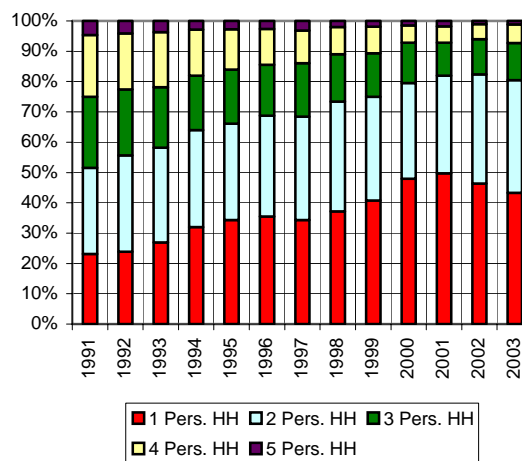


Abb. 20: Entwicklung der Haushaltsgrößen 1991 – 2003 (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus

der Stadt). Dies kann den insgesamten Rückgang der Haushalte in der Stadt aber nicht kompensieren, weil beim Prozess der innerstädtischen Suburbanisierung nur eine Verlagerung des Wohnsitzes innerhalb der Stadt stattfindet. Einen weiteren Zuwachs an Haushalten wird es überwiegend nur noch über Zuzüge in die Stadt geben.

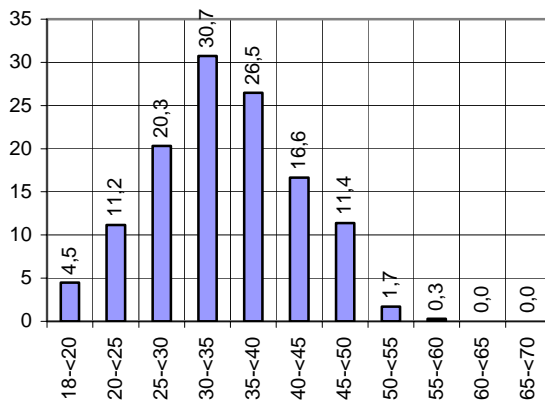
Die Zahl der Haushalte ohne Kinder hat sich von 1995 mit 69.600 (62,1%) auf 83.600 (74,4%) im Jahr 2003 erhöht. Dafür ist die Zahl der Haushalte mit Kindern von 42.400 auf 28.600 gesunken.

Der Geburtenrückgang hat dazu geführt, dass inzwischen Ein-Kind-Familien dominieren. Lebten 1995 in 20.700 Haushalten ein Kind und in 21.700 zwei oder mehr Kinder (51,2%), so gab es 2003 noch 19.200 Haushalte mit einem Kind, aber nur noch 7.900 Haushalte mit zwei Kinder (7,1%) und 1.500 mit drei oder mehr Kindern (1,3%). Die sog. europäische „Normalfamilie“, bestehend aus Vater, Mutter und zwei Kindern wird in Rostock allmählich zu einer Randerscheinung.

1.3. Alleinerziehende

Für das Jahr 2002 wurde in Rostock erstmals die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren durch eine Analyse des Melderegisters ermittelt. Da dies über Namensgleichheit, Alter und Geschlecht ermittelt wurde, umfasst das Ergebnis aller Wahrscheinlichkeit nach auch nichteheliche Lebensgemeinschaften. Wie hoch deren Anteil ist, bleibt unbekannt.

Abb. 21: Anteil der alleinerziehenden Frauen an der jeweiligen Altersgruppe (altersspezifische Alleinerziehendenquote in Prozent)



Quelle: Kommunale Statistikstelle

Im Ergebnis gab es 2002 in Rostock 8.120 Alleinerziehende, was ungefähr einem Anteil von 7,2% an allen Haushalten entspricht. 96,6% davon waren weiblich (7.840). Lässt man die Tatsache, dass 280 der Alleinerziehenden männlich sind, außer acht, dann ergibt eine auf alle Frauen im Alter von 15- bis unter 65 Jahren bezogene *Alleinerziehendenquote* von 11,7%.

Die Mehrzahl der Alleinerziehenden war ledig (61%), knapp 35% geschieden und 4% verwitwet. Dreiviertel der Alleinerziehenden hatten ein Kind, 20% zwei Kinder und 5% drei oder mehr Kinder. Knapp die Hälfte der Alleinerziehenden

war zwischen 30 bis unter 40 Jahre alt (48%). Jeweils ein Viertel war jünger (26,5%) bzw. älter (25,5%). Die Gesamtzahl der Kinder, die bei alleinerziehenden Elternteilen leben, liegt bei etwa 10.700. Das sind gut ein Drittel aller unter 18jährigen.

Berechnet man die *altersspezifische Alleinerziehendenquote* (unter Vernachlässigung der wenigen Männer), dann sind fast ein Drittel (30,7%) aller Frauen im Alter zwischen 30 bis unter 35 Jahren alleinerziehend. Bei den 35- bis unter 40jährigen ist es jede Vierte und bei den 25- bis unter 30jährigen Frauen jede Fünfte.

Allerdings darf dieses Ergebnis nicht überinterpretiert werden, da viele Alleinerziehende wahrscheinlich in einer festen Partnerschaft, oft sogar mit dem Partner im gleichen Haushalt, leben. Insofern befinden sie sich in einer der „Normalfamilie“ ähnlichen Form des Zusammenlebens, d.h. sie sind nicht unbedingt der besonderen Belastung des Alleinerziehens ausgesetzt.

Die *Alleinerziehendenquote* variiert zwischen den einzelnen Stadtteilen. Die höchste Quote und auch die höchste absolute Zahl findet sich in Toitenwinkel (830 bzw. 16%). Die geringsten Quoten und die geringste Anzahl gibt es in Dierkow Ost und West. (25 bzw. 5,9%).

Die ungleiche Verteilung der Alleinerziehenden über die Stadtbereiche ist z.T. demographisch bedingt. In den „jungen“ Stadtbereichen sind jedenfalls die Alleinerziehendenquoten überdurchschnittlich hoch. Außerdem finden sich Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig in Stadtbereichen mit überwiegendem Mietwohnungsbestand.

2. Einkommen privater Haushalte

Eine wesentliche Bestimmungsgröße für die soziale Lage der Bevölkerung ist das private Einkommen, entweder pro Person oder pro Haushalt. Auf kommunaler Ebene sind Angaben zum Einkommen nicht oder nur sehr begrenzt verfügbar. Die meisten durch die amtliche Statistik veröffentlichten Daten sind nur grobe Richtgrößen, die keine differenzierte Betrachtung nach unterschiedlichen sozialen Gruppen, Stadtteilen o.ä. zulassen.

Abb. 22: Alleinerziehendenquote nach Stadtbereichen 2003 (pro 1.00 Frauen im Alter zwischen 5 bis unter 65 Jahren)

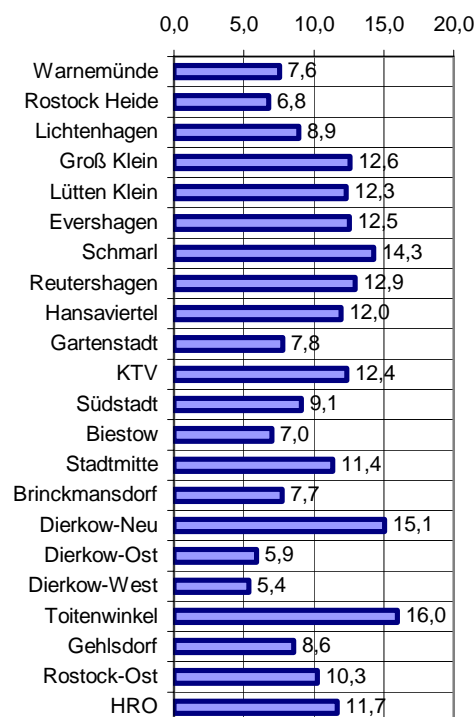
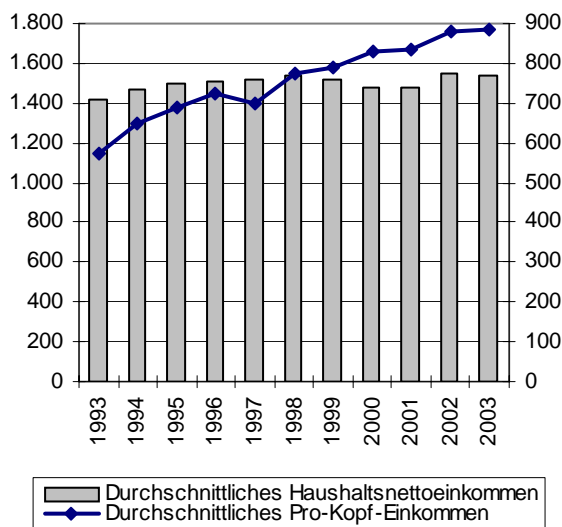
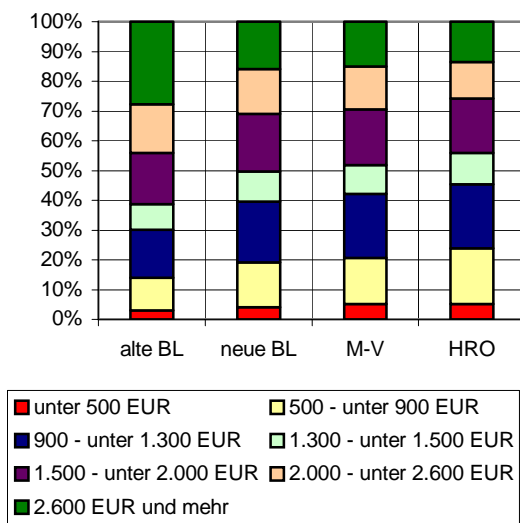


Abb. 23: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen in Rostock in Euro



Quelle: Mikrozensus

Abb. 24: Einkommensstruktur in Vergleich



Quelle: Mikrozensus

monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von Privathaushalten (für Rostock für die Jahre 1991 bis 2002).

Errechnet aus den Angaben des *Mikrozensus* stieg zwischen 1993 und 2003 das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen der Rostocker von ca. 1.420 auf ca. 1.550 Euro leicht an. Das Prokopfeinkommen stieg dabei von ca. 570 auf ca. 880 Euro im Monat stärker an, weil die Haushalte kleiner wurden.

Im Vergleich zum Landesdurchschnitt hatte Rostock 2002 ein niedrigeres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen (1.610 Euro MV und 1.550 Euro HRO), aber

Seit 1995 werden vom STALA das *Primäreinkommen* und das *verfügbare Einkommen privater Haushalte* für die Kreise veröffentlicht. Beide Größen sind reine Berechnungen für ein mehr oder weniger fiktives Durchschnittseinkommen auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Mit diesen Größen können nur die allgemeine Entwicklung der Haushaltseinkommen und Vergleiche zwischen Kreisen, Land und Bund dargestellt werden. Zwischen 1995 und 2001 stieg das *verfügbare Einkommen privater Haushalte* in Rostock insgesamt von 2.589 auf 2.834 Millionen Euro pro Jahr an, wobei der Anteil Rostocks am Land M-V im gleichen Zeitraum von 12,8% auf 11,9% sank. Das Prokopfeinkommen stieg sogar von 11.219 Euro pro Jahr auf 14.182 Euro, also um 26% in den sieben Jahren. Damit lag Rostock jedes Jahr über dem durchschnittlichen Prokopfeinkommen von MV: 1995 bei 102% und ab 1998 bei 105%. Im Verhältnis zum gesamtdeutschen Prokopfeinkommen allerdings wurden in Rostock 1995 nur 80% und bis Ende der 90er Jahren nur 86% davon erreicht.

Eine weitere Quelle für Angaben zum Einkommen ist der *Mikrozensus*. Die Daten des Mikrozensus umfassen Angaben zum

ein höheres durchschnittliches monatliches Prokopfeinkommen (760 Euro MV und 880 Euro HRO). Dies hängt mit der kleineren durchschnittlichen Haushaltsgröße in Rostock im Vergleich zu M-V zusammen. Das Haushaltseinkommen in Rostock lag 2002 ebenfalls unter dem in den neuen Bundesländern insgesamt (ca. 1.645 Euro) und deutlich unter dem in den alten Bundesländern (ca. 1.893 Euro).

Das Einkommen in der Stadt verteilt sich unterschiedlich auf verschiedene Einkommensklassen. Jeder zwanzigste Haushalt hat weniger als 500 Euro pro Monat zur Verfügung, bei weiteren 18,8% liegt das Einkommen zwischen 500 bis unter 900 Euro, so dass fast jeder vierte Haushalt (23,9%) ein Monatseinkommen von weniger als 900 Euro hat. Die Hälfte der Haushalte (50,3%) kann über 900 bis unter 2.000 Euro im Monat verfügen und 25,7% beziehen monatlich mehr als 2.000 Euro, davon 13,5% mehr als 2.600 Euro.

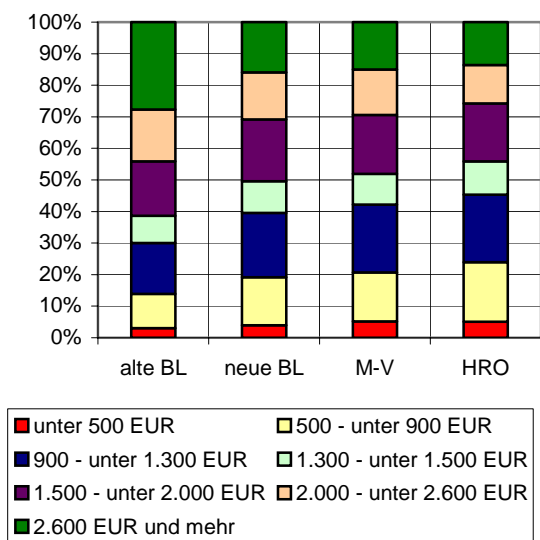
Im Vergleich mit den neuen und alten Bundesländern und M-V zeigt sich ein deutlich höherer Anteil an Haushalten mit einem Einkommen von weniger als 1.300 Euro im Monat und ein geringerer Anteil an den Einkommensklassen ab 2.000 Euro. Dieser Unterschied ist gegenüber Westdeutschland besonders ausgeprägt, zeigt sich aber insbesondere bei den unteren Einkommensgruppen auch gegenüber Ostdeutschland und M-V.

Der höhere Anteil unterer Einkommensgruppen geht darauf zurück, dass Rostock eine Großstadt und zudem Universitätsstandort ist. Als Großstadt verfügt Rostock über mehr kleine Haushalte, deren Einkommen i.d.R. geringer ist als in Mehrpersonenhaushalten. In Rostock konzentrieren sich auch stärker sozial schwache Haushalte, so dass auch dadurch untere Einkommensklassen häufiger vertreten sind. Schließlich wohnen in Rostock auch sehr viele Studenten, deren Einkommen i.d.R. unterhalb 900 Euro liegt.

Genauere Angaben zur Einkommenssituation innerhalb der Städte lassen sich letztlich nur aus Bürgerbefragungen gewinnen. Für Rostock liegen Mieterbefragungen vor, die zwar nicht die gesamte Bevölkerung umfassen, aus denen jedoch immerhin gewisse Entwicklungstendenzen abgeleitet werden können. Seit 1995 führt die größte Rostocker Wohnungsgesellschaft alle zwei Jahre eine Befragung unter ihren Mietern durch. Gefragt wird dabei auch nach dem Haushaltsnettoeinkommen.

Dies lag 2003 bei durchschnittlich 1.518 Euro. Da hier nur Mieterhaushalte Berücksichtigung finden und unter denen es überdurchschnittlich viele Rentnerhaushalte gibt, ist das gegenüber dem Mikrozensus geringere Einkommen erklärlich. Beson-

Abb. 25: Einkommensstruktur in Vergleich



ders die höheren Einkommen über 2.600 Euro sind in der Befragung unterdurchschnittlich vertreten, weil viele besser verdienende Haushalte im Wohneigentum und nicht (mehr) zur Miete wohnen. Das Prokopfeinkommen liegt bei durchschnittlich 875 Euro, entspricht also fast dem des Mikrozensus.

Nach Familientypen unterschieden haben Alleinerziehende das geringste Prokopfeinkommen mit 583 Euro. Etwas höher ist das Prokopfeinkommen bei den Familien mit 645 Euro. In Paarhaushalten ohne Kinder liegt das Prokopfeinkommen bei 890 Euro, wobei den Paarhaushalten der unter 50jährigen 868 Euro zur Verfügung stehen und den älteren 897 Euro. Alleinstehende unter 40 Jahren können über 954 Euro verfügen. Das geringste Einkommen dieser Gruppe haben junge Alleinstehende, wahrscheinlich überwiegend Studenten sowie Arbeitslose. Alleinstehende zwischen 40 und 64 Jahren haben ein Einkommen von 1.093 EUR. Die über 65jährigen Alleinstehenden schließlich haben ein durchschnittliches Prokopfeinkommen von 1.086 EUR.

Gegenüber den vorangegangenen Befragungen seit 1997 hat sich das Haushaltseinkommen nur wenig verändert, während das Prokopfeinkommen kontinuierlich von 711 auf 875 Euro gewachsen ist, bedingt durch die Verkleinerung der Haushalte. Die Einkommensverteilung nach Familientypen hat sich nicht verändert.

Die Haushalte sind nach der Art der Existenzsicherung unterschiedlich strukturiert. Unterscheiden kann man reine *Erwerbshaushalte*, d.h. Haushalte in denen das Einkommen aus Erwerbsarbeit stammt, reine *Transferhaushalte*, d.h. Haushalte, in denen das Einkommen ausschließlich aus Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe oder weiteren staatlichen Unterstützungsleistungen besteht, reine *Rentenhaushalte*, d.h. Haushalte, deren Einkommen nur aus Rentenzahlungen bestehen und *Mischformen* aus den vorgenannten Typen. Als Sonderform müssen die reinen *Studentenhaushalte* behandelt werden, da bei ihnen die Quelle ihres Einkommens nicht genau bestimmt werden kann (BAföG als Transferleistung, Nebenerwerbseinkommen oder Unterstützung durch Eltern) und weil sie, trotz geringer Einkommen, kein Indiz für „Armut“ sind. Bei ihnen ist geringes Einkommen während der Ausbildung eine freiwillig in Kauf genommene Übergangsphase, quasi eine Investition im Rahmen der beruflichen Laufbahn. Bezieher von Transferleistungen hingegen müssen eine unfreiwillige Minderung ihres Einkommens hinnehmen, was als Ausdruck von vorübergehenden oder langfristigen Armutslagen gewertet werden kann.

Bei den Alleinstehenden unter 65 Jahren und den Alleinerziehenden gibt es die meisten reinen Transferhaushalte. Die meisten Mischhaushalte finden sich bei den Paaren und Familien, wo oft nur ein Partner/Familienmitglied arbeitslos ist.

Reine Erwerbshaushalte machen 37,1% der befragten Haushalte aus. Zu den reinen Renten-Haushalten zählen 37% und 8,9% sind reine Transferhaushalte. Studentenhaushalte machen 4,4% aus und in 12,9% der Haushalte ist die Zusammensetzung nach Erwerbsstatus gemischt.

Das höchste Prokopfeinkommen wird in den reinen Erwerbshaushalten erzielt (987 Euro). Überdurchschnittlich ist auch das Prokopfeinkommen in den Rentnerhaushalten (951 Euro). Reine Transferhaushalte können dagegen nur über 519 Euro pro Kopf verfügen. In den Studentenhaushalten liegt das Prokopfeinkommen bei 558 Euro. Bei den Mischtypen liegen Haushalte, bei denen mindestens ein Mitglied Transfereinkommen in Form von Arbeitslosengeld/-hilfe oder Sozialhilfe bezieht, bei knapp über 600 Euro Prokopfeinkommen.

Nimmt man an, dass ab einer Schwelle von 50% des durchschnittlichen Prokopfeinkommens von relativer „Armut“ gesprochen werden kann und lässt man dabei die Studentenhaushalte außer acht, dann liegt jeder zehnte Haushalt aus der Befragung unterhalb dieser 50%-Schwelle (10,8%). Zwischen 50% und 60% des durchschnittlichen Prokopfeinkommens beziehen 2,5% der Haushalte. Die Mehrzahl der Haushalte (78,9%) kann zwischen 60% und 140% des durchschnittlichen Prokopfeinkommens verfügen und 5,4% liegen darüber. Es sei noch einmal darauf verwiesen, dass hier nur die Einkommenssituation der Mieter von Wohnungsgesellschaften betrachtet wird. Der private Wohnungsmarkt in Rostock konzentriert sich auf eher teure (bzw. teuer sanierte) Altbauten oder nach 1990 errichtete Neubauten, entsprechend ist hier eher ein höherer Anteil durchschnittlich oder besser verdienender Mieter zu erwarten. Im Segment des selbstgenutzten Wohnungseigentums sind ebenfalls höhere Einkommen zu erwarten, so dass für die gesamte Stadt der Anteil der „armen“ Haushalte etwas geringer und dafür jener der überdurchschnittlich verdienenden Haushalte deutlich größer sein dürfte. Andererseits wurden Sozialhilfeempfänger in der Befragung deutlich unterfasst, so dass sich daraus wieder ein Ausgleich ergeben kann. Die Unterfassung der Sozialhilfeempfänger lässt es auch als realistisch erscheinen, dass die Zahl der unter oder an der Armutsgrenze befindlichen Haushalte etwa das doppelte von dem beträgt, was an Bedarfsgemeinschaften in der Sozialhilfe registriert ist, mithin also ungefähr 10.000 Haushalte.

3. Sozialhilfe

Daten zur Sozialhilfe können, weil andere Daten zur Beschreibung der wirtschaftlichen Situation von privaten Haushalten auf kommunaler Ebene fehlen, als Hilfsindikator für das Ausmaß relativer Armut in der Stadt benutzt werden. Sozialhilfe wird personenbezogen gewährt, wenn eine Person nicht aus eigener Kraft für seinen Unterhalt aufkommen kann und auch aus anderen sozialen Sicherungssystemen keine Leistungen beziehen kann. Die Höhe der Sozialhilfe gilt als soziokulturelles Existenzminimum. Sie wird als Hilfe zur Selbsthilfe gewährt (Subsidiaritätsprinzip) und beruht auf einem Rechtsanspruch der Bürger auf Fürsorge durch die Gesellschaft bzw. den Staat. Die Leistungen für die Sozialhilfe müssen überwiegend von der Kommune aufgebracht werden.

Sozialhilfe kann entweder als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL) bezogen werden. HLU beziehen hauptsächlich (in Rostock zu 99%) Personen außerhalb von Einrichtungen (Ausnahme: betreutes Wohnen von Behinderten zählt z.B. als HLU in Einrichtungen). HBL hingegen war ursprünglich insbesondere für Personen in Einrichtungen konzipiert, wie in Behindertenheimen, Pflegeheimen, Obdachlosenheimen. Aber zunehmend leben Empfänger von HBL auch außerhalb von Einrichtungen (z.B. Krankenhilfeleistungen, Integrationsförderung in KITAS).

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)

Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger (HLU) hat sich zwischen 1994 und 2002 mehr als verdreifacht (von knapp 3.000 auf 9.166 Personen am 31.12.02). Zwischen 1996 und 1997 stieg der Bestand um rund 3.000 Personen stark an, sank Ende der 90er Jahre leicht und steigt seit 2000 wieder an.

Zentraler Indikatorwert für die Sozialhilfe ist die *Sozialhilfeempfängerquote*, oder verkürzt, die *Sozialhilfequote*, d.h. die Zahl der Empfänger von HLU pro 1.000 EW der Stadt. Da einerseits die Bevölkerung in HRO rückläufig ist und andererseits die Zahl der Sozialhilfeempfänger wächst, erhöhte sich die *Sozialhilfequote* überproportional.

Während 1994 gerade 12 von 1.000 Personen betroffen waren, stieg diese Quote bis 2002 auf 46,2 Personen pro 1.000 EW. In Deutschland lag die Quote 2002 bei 33%, in 76 Großstädten mit mehr als 100.000 EW lag sie jedoch durchschnittlich bei 55%. (Quelle: Stat. Bundesamt).

Zur Beschreibung der Struktur der Sozialhilfeempfänger können zunächst die *geschlechtsspezifische Sozialhilfequote* und die *altersspezifische Sozialhilfequote* sowie das Durchschnittsalter als Kennziffern herangezogen werden. Die Sozialhilfequote der Frauen war 2002 mit 48 pro 1.000 weiblichen EW höher als die der Männer mit 45 pro 1.000 männlichen EW. Die etwas überdurchschnittliche Betroffenheit der Frauen hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert.

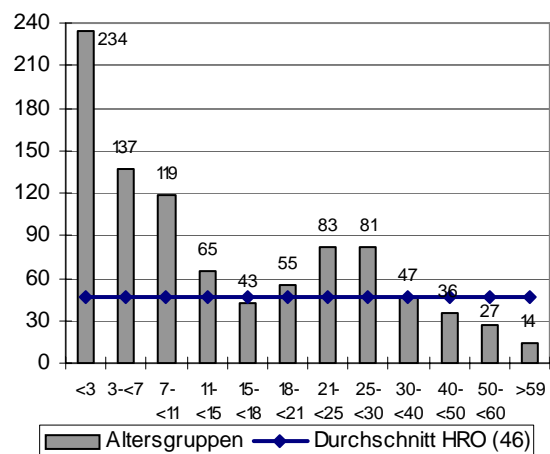
Das Durchschnittsalter der HLU-Empfänger lag 2002 mit 27,8 Jahren weit unter dem Durchschnitt der gesamten Stadt von rund 43 Jahren. Dies lag an der hohen Zahl von Kindern unter 3 Jahren und jungen Erwachsenen zwischen 21 und 25 Jahren, welche Sozialhilfe bezogen. Zusammen stellten diese beiden Altersgruppen fast ein Viertel aller Empfänger in Rostock. Aus der altersspezifischen Sozialhilfequote ergibt sich, dass fast jedes vierte Kind unter 3 Jahren Sozialhilfe bezieht, bei den 3-7-jährigen sind es knapp 137 pro 1.000 Kinder der gleichen Altersgruppe. Kinder sind somit die am stärksten betroffene Gruppe. Im Gegensatz dazu sind Senioren über 60 Jahre kaum auf Sozialhilfe angewiesen.

Seit Mitte der 90er Jahre waren Kinder die am stärksten betroffene Altersgruppe, wobei sich ihre Betroffenheit deutlich erhöht hat. Die altersspezifische Sozialhilfequote der unter 3-jährigen betrug beispielsweise 1994 noch knapp 12% und seit 1997 22% bis 24%.

Weitere Kennziffern zur Beschreibung der Struktur der Sozialhilfeempfänger ergeben sich aus dem Haushaltszusammenhang, in dem die betroffenen Personen leben. Bei den als Bedarfsgemeinschaften bezeichneten Haushalten geht es einerseits um die Größe des Haushalts und andererseits um die Familienform.

Indikatorwerte sind hier zunächst die *Bedarfsgemeinschaftsquoten* (insgesamt und nach Größe), d.h. der Anteil der Bedarfsgemeinschaften an der Zahl der Haushalte pro 1.000 HH (jeweils nach Größenklasse). Die Quote gibt Auskunft darüber, wie sich das *Risiko*, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, zwischen den verschiedenen Haushaltsgrößen verteilt. Die Verteilung der Bedarfsgemeinschaften nach Größe,

Abb. 27: HLU-Empfänger je 1.000 Einwohner ihrer Altersgruppe in Rostock 2002



d.h. die *Anteile* der Ein-, Zwei- und Drei- und mehr-Personenhaushalte an allen Bedarfsgemeinschaften hingegen sagen nichts über das Risiko aus, sondern sie beschreiben nur, welche Haushaltsgrößentypen das Gros der Bedarfsgemeinschaften ausmachen.

Bei den Familienformen kann in Ermangelung geeigneter anderer Daten nur der *Anteil* der Alleinstehenden, Alleinerziehenden, Ehepaare und Sonstigen an allen Bedarfsgemeinschaften berechnet werden. Dabei kann über das Risiko wenig gesagt werden.

Ende 2002 bekamen 9.166 Personen in 5.187 Haushalten (Bedarfsgemeinschaften) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Dies entspricht einer *Bedarfsgemeinschaftsquote* von 46 pro 1.000 HH.

Nach Größe unterschieden waren große, kinderreichen Haushalte mit fünf und mehr Personen am stärksten betroffen (rund 140 von 1.000 HH). Auch die Drei- (65%) und Vierpersonenhaushalte (71%) waren überdurchschnittlich häufig im Sozialhilfebezug. Dagegen sind Einpersonenhaushalte mit 47% und Zweipersonenhaushalte mit 32% nur durchschnittlich auf Sozialhilfe angewiesen. Daraus kann man schließen, dass mit zunehmender Größe des Haushaltes das Risiko, Sozialhilfe beanspruchen zu müssen, steigt. Da die Größe des Haushaltes weitgehend mit der Zahl der Kinder pro Haushalt zusammenhängt, ergibt sich die Schlussfolgerung, dass „Kinder-Haben“ schon ein besonderes Armutsrisiko in sich birgt und dass „Viele-Kinder-Haben“ ein besonderes Risiko darstellt.

Die Haushaltsstruktur in der Stadt wird durch Ein- und Zweipersonenhaushalte dominiert (siehe Kapitel II.1 Haushalte), größere Haushalte werden immer mehr zur Ausnahme. Daher ist es nicht verwunderlich, dass fast die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften Einpersonenhaushalte sind und ein Viertel Zweipersonenhaushalte.

Abb. 28: Bedarfsgemeinschaften mit HLU (31.12.02)

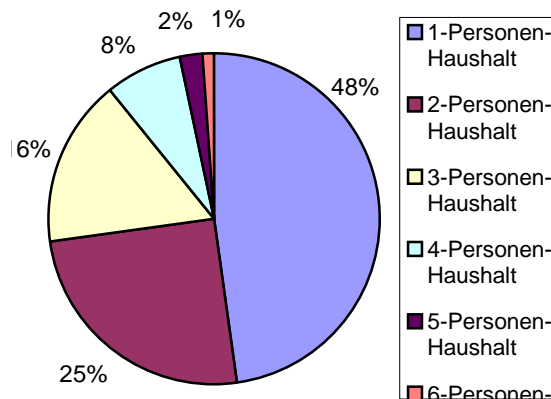
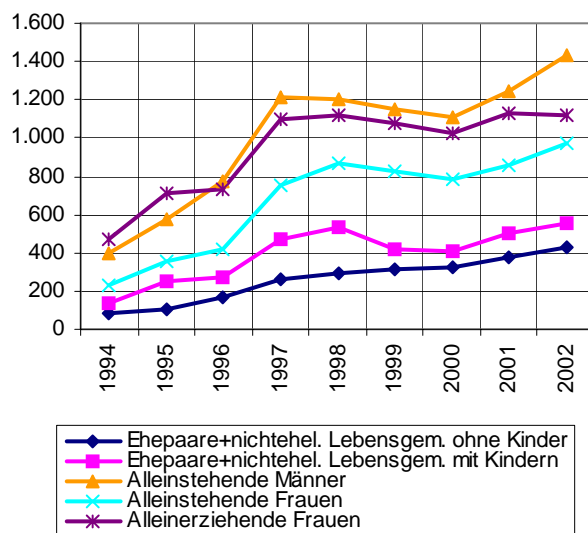


Abb. 29: Bedarfsgemeinschaften (HLU-Empfänger) nach Haushaltstypen in Rostock (Anzahl)



Gegenüber ihrem Anteil an allen Haushalten in der Stadt sind Zweipersonenhaushalte in der Sozialhilfe leicht unterrepräsentiert und größere Haushalte überrepräsentiert.

Der größte Teil aller Bedarfsgemeinschaften waren 2002 alleinstehende Männer (27%) und alleinstehende Frauen (19%). Rund 21% der Bedarfsgemeinschaften waren alleinerziehende Frauen (rund 1.100 Personen - alleinerziehende Männer gibt es kaum), 11% waren Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. Nur 8% waren Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder. In der Hauptsache sind damit Bedarfsgemeinschaften im Sozialhilfebezug, die entweder ganz allein auf sich gestellt sind, d.h. die ihre wirtschaftlichen Probleme nicht im Haushalts- bzw. Familienzusammenhang lösen können (Versorgung durch den Partner o.ä.), oder die Kinder zu versorgen haben (entweder als Alleinerziehende ohne Partner oder als Paar mit mehreren Kindern).

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (HLU-Empfänger) hat sich seit 1994 entsprechend der gestiegenen Zahl der Sozialhilfeempfänger erheblich erhöht. Hinsichtlich der Haushaltsgrößen der Bedarfsgemeinschaften hat die Betroffenheit von großen Haushalten am stärksten zugenommen. So ist z.B. Quote der Fünf- und Mehrpersonenhaushalte von 1994 bis 2002 von 20% auf 140% gestiegen.

Während Mitte der 90er Jahre noch alleinerziehende Frauen die am stärksten betroffene Personengruppe waren, stehen sie jetzt an zweiter Stelle nach den alleinstehenden Männern, deren Zahl überproportional gestiegen ist. Eine kontinuierliche Zunahme ist auch bei den Familien mit Kindern sowie bei Ehepaaren ohne Kindern zu verzeichnen. Letzteres lässt vermuten, dass neben den „klassischen“ Risikofaktoren (alleinerziehend, kinderreich und alleinstehend) neue Faktoren an Bedeutung gewinnen (z.B. Arbeitslosigkeit).

Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL)

Neben der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) werden auch Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt (HBL). Im Jahr 2002 erhielten 4.616 Personen diese Form der Unterstützung, dies entsprach einer *HBL-Quote* von 23 pro 1.000 Einwohner. Rund zwei Drittel aller Empfänger von HBL lebte 2002 außerhalb von Einrichtungen und ein Drittel in Einrichtungen, wie Pflegeheimen, Behindertenheimen usw.

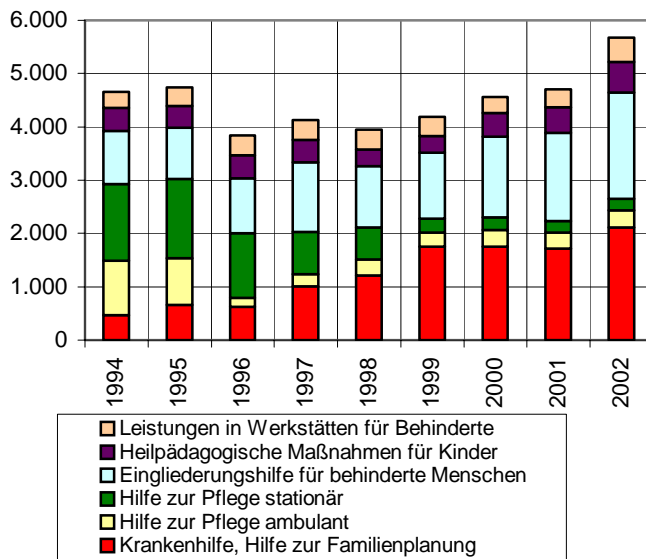
HBL umfasst im Wesentlichen „Hilfen zur Pflege“ (stationär und ambulant), „Krankenhilfe, Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung“, „Eingliederungshilfen für Behinderte“ (einschließlich „Leistungen in Werkstätten für Behinderte“) sowie „Heilpädagogischen Maßnahmen für Kinder“. 2002 wurden hauptsächlich Hilfen zur „Krankenhilfe und Familienplanung“ sowie zur „Eingliederung Behinderter“ geleistet.

Nach Einführung der Pflegeversicherung 1995 ging die Zahl der HBL Empfänger zunächst um fast 1.000 zurück, weil weniger Leistungen für die „Hilfe zur Pflege“ gewährt werden mussten. Seit Ende der 90er Jahre steigt die Zahl der HBL-Empfänger aber wieder an, weil die Fälle von „Krankenhilfe, Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung“ sich mehr als vervierfacht und die „Eingliederungshilfen für Behinderte“ sich verdoppelt haben. Seit 1999 ist zudem ein allmählicher Anstieg der „Heilpädagogischen Maßnahmen für Kinder“ zu verzeichnen.

Zunehmend beziehen Personen außerhalb von Einrichtungen HBL. Während ihr Anteil an allen Empfängern Mitte der 90er Jahre noch bei 40% lag, stieg er bis 2002

auf über 60%. Dies hängt mit der veränderten Inanspruchnahme von Hilfearten zusammen.

Abb. 30: Empfänger von HBL nach ausgewählten Hilfearten in HRO



Anm.: Einige Personen erhalten Hilfen aus verschiedenen Bereichen, daher ist die Summe nach Hilfearten höher als die Zahl der Empfänger insgesamt.

Die Empfänger von HBL sind 2002 zu 55% männlich. Das Geschlechterverhältnis hat sich seit Mitte der 90er Jahre fast umgekehrt, damals waren noch 60% der Empfänger weiblich. Der Grund dafür sowie für die veränderte Altersstruktur ist der Wegfall der Leistungen, die jetzt von der Pflegeversicherung übernommen werden. Mitte der 90er Jahre waren noch 38% aller Empfänger Senioren über 60 Jahre, das Durchschnittsalter der HBL-Empfänger lag bei 48 Jahren. 2002 lag das Durchschnittsalter bei 36 Jahren, weil die Zahl der Empfänger im Seniorenalter um über die Hälfte abgenommen hat und sich besonders die Zahl der

HBL-Empfänger unter 3 Jahren zwischen 1994 und 2002 vervierfacht hat. Etwa 5% aller Kinder unter 3 Jahren und 10% aller Kinder zwischen 3 und 7 Jahren bekamen 2002 HBL. Diese beiden Altersgruppen hatten die höchsten *altersspezifischen HBL-Quoten* im Vergleich zu den anderen Altersgruppen. Eine Rolle spielt hier hauptsächlich die Integrationsförderung in KITAS.

3.1. Sozialhilfe nach Stadtbereichen

Die meisten Sozialhilfeempfänger Rostocks leben in Evershagen, Lütten Klein, Toitenwinkel und Dierkow-Neu (jeweils über 1.200 Personen). In diesen vier Großwohnsiedlungen lebt die Hälfte aller Sozialhilfeempfänger Rostocks.

Die *Sozialhilfequote* ist in Dierkow-Neu, Evershagen, Schmarl, Groß Klein und Toitenwinkel am höchsten mit 89 bis 108 Empfängern pro 1.000 Einwohner. Über dem städtischen Durchschnitt von 57 Empfängern pro 1.000 Einwohnern liegen weiterhin Lütten Klein und Lichtenhagen mit rund 73 Empfängern pro 1.000 Einwohnern. Die wenigsten Sozialhilfeempfänger (anzahl- und anteilmäßig) leben in den Stadtteilen Warnemünde, Gartenstadt, Biestow, Brinckmansdorf, Dierkow-Ost und -West, Gehlsdorf und Rostock-Ost.

Die Stadtteile haben sich in unterschiedliche Richtungen entwickelt und die Disparitäten sind gewachsen. Die gering belasteten Stadtteile haben sich seit 1999 entgegen dem gesamtstädtischen Trend positiv entwickelt, d.h. die Sozialhilfequote stieg kaum an bzw. verringerte sich sogar, wie bspw. in Warnemünde. Die am stärksten belasteten Großwohnsiedlungen entwickelten sich dagegen in negative Richtung.

Besonders stark sind Dierkow-Neu und Toitenwinkel im Nordosten der Stadt betroffen, wo sich die Sozialhilfequote in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat.

Sie führen jetzt die Negativrangfolge an, während dies 1999 noch Groß Klein, Evershagen und Schmarl waren. Aber auch diese Stadtteile verzeichneten in den letzten fünf Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum der Sozialhilfequote. Im letzten Jahr stieg die Quote besonders stark in Lichtenhagen und Evershagen, während sich Schmarl „gefangen“ hat.

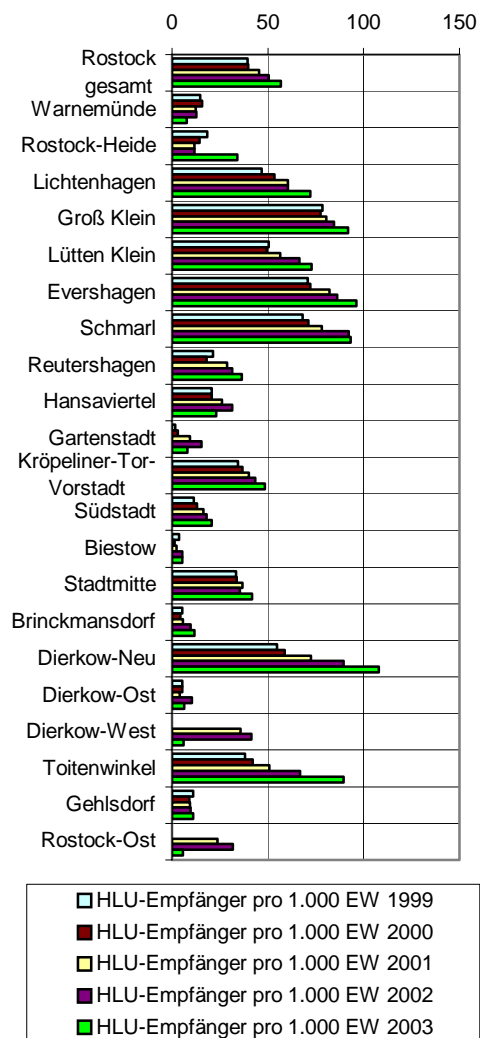
Die unter 3jährigen, die in Rostock am häufigsten Sozialhilfe beziehen, leben zum größten Teil in den sieben Großwohnsiedlungen (drei Viertel aller unter 3jährigen HLU-Empfänger). In diesen Stadtteilen liegt auch die Sozialhilfequote der unter 3jährigen über dem städtischen Durchschnitt von 234 pro 1.000 Kindern unter 3 Jahren (Ende 2002), die höchsten Quoten sind in Lütten Klein, Evershagen, Schmarl und Dierkow-Neu mit rund 400‰ zu verzeichnen.

Auch jugendliche Sozialhilfeempfänger zwischen 15 und <25 Jahren sind in den 7 Großwohnsiedlungen überdurchschnittlich stark vertreten. Die Sozialhilfequote dieser Altersgruppe liegt ebenfalls in all diesen Stadtteilen über dem städtischen Durchschnitt von 67‰ (Ende 2002), in Schmarl, Evershagen, Lütten Klein und Groß Klein bei über 100 pro 1.000 Jugendliche.

In Dierkow-Neu und Toitenwinkel stieg erst im letzten Jahr die Zahl der unter 3jährigen HLU-Empfänger an und zwar um die Hälfte (von 98 auf 147 in Toitenwinkel). In der Gesamtstadt hingegen betrug der Anstieg nur 16%. Auch die Zahl der jugendlichen HLU-Empfänger hat sich in den beiden Stadtteilen in den letzten Jahren verdoppelt (von rund 80 auf 163 21- bis unter 25jährige in Toitenwinkel).

Die meisten Sozialhilfe-Empfänger-Haushalte befinden sich in den Stadtteilen Evershagen (rund 750), Lütten Klein, Toitenwinkel und Groß Klein (rund 600). 500 bis 600 Bedarfsgemeinschaften leben jeweils in Dierkow-Neu, KTV und Lichtenhagen. In Dierkow-Ost und -West, Biestow, Gartenstadt und Gehlsdorf gibt es kaum Haushalte mit Sozialhilfebezug.

Abb. 31: Entwicklung der Sozialhilfequote in den Stadtbereichen 2003 (pro 1.000 EW)



Aufgrund fehlender Grunddaten ist eine Quotenberechnung bei den Bedarfsgemeinschaften nicht möglich. Die Bedarfsgemeinschaften in Dierkow-Neu, Toitenwinkel, Evershagen und Schmarl sind mit durchschnittlich zwei Personen am größten (städtischer Durchschnitt 1,8). Hier sind offenbar viele Familien mit Kindern betroffen (siehe Haushaltstypen). Außerdem handelt es sich um die Stadtteile mit den höchsten Sozialhilfequoten.

In den Stadtteilen mit geringen Sozialhilfequoten ist die durchschnittliche Haushaltsgröße kleiner (z.B. Warnemünde und Gartenstadt), hier sind offensichtlich eher Alleinstehende betroffen.

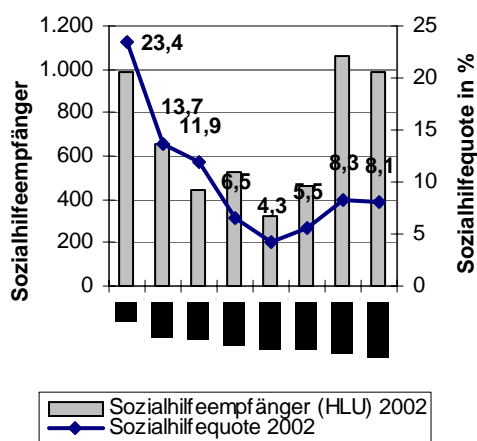
Die meisten alleinerziehenden Sozialhilfeempfänger Rostocks leben in Evershagen und Lütten Klein (jeweils rund 200). In Schmarl, Evershagen, Lütten Klein und Lichtenhagen ist der Anteil der Alleinerziehenden unter allen Bedarfsgemeinschaften dieser Stadtteile am höchsten (über 25%). In Evershagen sind die Sozialhilfeempfänger am kinderreichsten. Hier leben die meisten Alleinerziehenden mit zwei, drei oder mehr Kindern.

In den Stadtteilen Dierkow-Neu, Toitenwinkel und Evershagen ist der Anteil von Familien mit Kindern unter den Bedarfsgemeinschaften mit 15%-20% überdurchschnittlich hoch. Hier leben auch überdurchschnittlich viele Familien mit zwei, drei oder mehr Kindern mit Sozialhilfebezug im Vergleich zu den anderen Stadtteilen.

3.2. Sozialhilfeempfänger unter Kindern und Jugendlichen

Seit Mitte der 90er Jahre sind Kinder und Jugendliche die von Sozialhilfe am stärksten betroffene Altersgruppe, wobei sich ihre Betroffenheit stark erhöht hat. Ende 2002 waren knapp die Hälfte (48,2%) aller Sozialhilfeempfänger Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren (insgesamt 4.382 von 9.089 HLU-Empfängern). Der Anteil an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1994 kontinuierlich gesunken, damals betrug er noch 52,2%.

Abb. 32: Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe nach Altersgruppen 2002 (absolut und Sozialhilfequote in Prozent)



Die Sozialhilfequote der unter 25jährigen ist mit 8,8% fast doppelt so hoch, wie die Sozialhilfequote insgesamt (4,6%). Bei insgesamt steigenden Sozialhilfequoten hat sich dieses Verhältnis seit 1994 nicht wesentlich verändert.

Die deutlich höchste Betroffenheit gibt es unter Kleinkindern. Die Sozialhilfequote der unter 3Jährigen betrug 1994 noch knapp 12% und verdoppelte sich auf rund 24% Ende 2002. Die Anzahl der Kleinkinder im Sozialhilfebezug stieg von 400 auf 1.000 an. Die 3- bis unter 7Jährigen hingegen sind weniger stark betroffen, aber auch hier ist seit 1994 ein starker Anstieg von

3% auf 14% Ende 2002 zu beobachten. Die hohe Betroffenheit der Kleinkinder hat seine Ursache u.a. in der Nichtanrechnung des Erziehungsgeldes auf die Sozialhilfe.

Mehr als die Hälfte aller Kinder in der Stadt wird unehelich geboren und etliche der meist alleinerziehenden Mütter nutzen die Chance, die betreuungsintensive Zeit in den ersten Lebensjahren des Kindes durch den Bezug von Sozialhilfe plus Erziehungsgeld zu überbrücken. Der abrupte Rückgang der Sozialhilfequote ab dem dritten Lebensjahr lässt jedenfalls darauf schließen, dass vielen diese Strategie der Überbrückung tatsächlich gelingt. Allerdings nicht allen, so dass auch ab dem Alter von drei Jahren viele Kinder in der Sozialhilfe verbleiben.

Diese große Betroffenheit von Kindern steht dabei insgesamt in Zusammenhang mit der wachsenden Zahl Alleinerziehender, welche auf Sozialhilfe angewiesen sind. Waren 1994 noch rund 450 Alleinerziehende im Sozialhilfebezug, sind es 2001/2002 schon über 1.100 (21% aller Bedarfsgemeinschaften).

Auch bei den 7- bis unter 11jährigen ist deren altersspezifische Sozialhilfequote von 1994 mit 1,6% auf 12,8% in 2002 gestiegen. Am geringsten betroffen sind Jugendliche im Alter zwischen 11 und 21 Jahren. Hier liegt die Sozialhilfequote 2002 bei den 15- bis unter 21jährigen mit etwa 4,7% im Durchschnitt und bei den 11- bis unter 15jährigen mit 6,5% leicht darüber. Die Steigerungsrate seit 1994 entspricht dem Durchschnitt (Vervierfachung). Heranwachsende zwischen 21 bis unter 25 Jahren beziehen mit 7,5% ebenfalls etwas überdurchschnittlich Sozialhilfe. Auch hier lag die Steigerungsrate im Durchschnitt.

Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen ausschließlich bei den jungen Erwachsenen. Unter ihnen beziehen Frauen deutlich häufiger Sozialhilfe als Männer. So standen Ende 2002 rund 650 Sozialhilfeempfängerinnen im Alter 21-<25 Jahren rund 400 Männern im gleichen Alter gegenüber. Die Sozialhilfequote der Frauen betrug in dieser Altersgruppe 10% und die der Männer nur 6%. Auch unter den 18-<21jährigen und 25-<30jährigen sind Frauen deutlich häufiger auf Sozialhilfe angewiesen, als Männer. Grund dafür ist wahrscheinlich, dass überwiegend Frauen alleinerziehend sind und Alleinerziehende wiederum häufiger Sozialhilfe beziehen.

Viele Kinder bezogen auch Hilfen in besonderen Lebenslagen: rund 650 unter 7jährige Ende 2002. In Rostock bezogen 5% aller Kinder unter 3 Jahren und 10% aller Kinder zwischen 3 und 7 Jahren Hilfen in besonderen Lebenslagen. Diese beiden Altersgruppe waren 2002 am stärksten betroffen, im Vergleich zu anderen Altersgruppen (Quote Rostock gesamt: 2,4%).

4. Wohngeld

Das Wohngeld kann als weiterer Hilfsindikator zur Bestimmung sozialer Problemlagen dienen. Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss und soll einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes, familiengerechtes Wohnen ermöglichen. Bis Ende 1996 galt in den neuen Bundesländern das Wohngeldsondergesetz, ab Anfang 1997 das Wohngeldüberleitungsgesetz. Ab Anfang 2001 wurden mit dem bundesweit neuen Wohngeldgesetz die Sonderregelungen für die neuen Bundesländer völlig aufgehoben und sogenannte Mietstufen eingeführt. D.h. die Zahlung von Wohngeld ist innerhalb bestimmter Stufen festgelegt, die sich lediglich nach Baujahr und Ausstattung der Wohnung richten, außerdem wird eine bestimmte Grenze für die einzelnen Haushaltsgrößen festgelegt.

Diese Gesetzesänderungen beeinflussen im Zeitvergleich die Wohngeldempfängerzahlen. Deshalb werden die Zahlen über Wohngeldempfänger von vor 1994 bei der Auswertung nicht berücksichtigt, da sie nicht mit den aktuellen Zahlen vergleichbar sind.

Abb. 33: Wohngeldempfänger-Haushalte in Rostock (jeweils 31.12.)

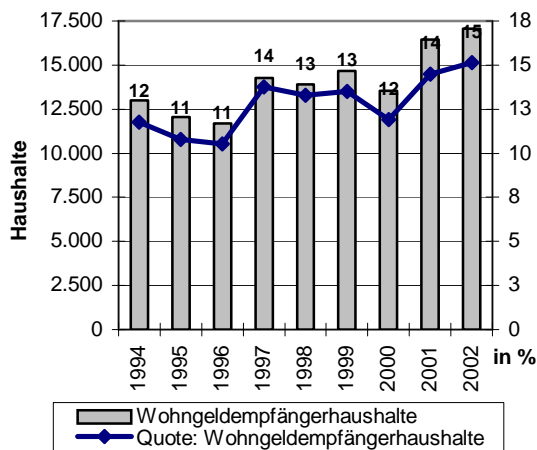
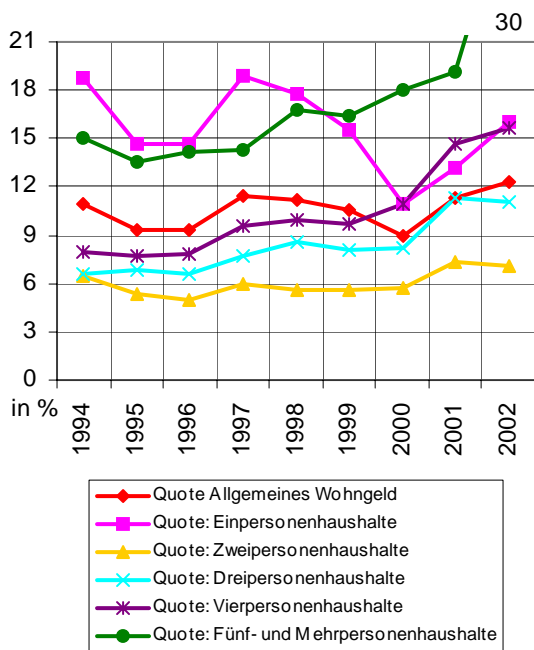


Abb. 34: Wohngeldempfängerhaushalte nach Größe in Rostock (Quote in Prozent an allen Haushalten nach Größe)



Die beiden Arten von Wohngeld sind das *Allgemeine Wohngeld* (bisher: *Tabellenwohngeld*) und der *Besondere Mietzuschuss* (bisher: *Pauschalisiertes Wohngeld*). Das Allgemeine Wohngeld können Mieter von Wohnungen als Mietzuschuss und Eigentümer eines Eigenheims bzw. einer Eigentumswohnung als Lastenzuschuss für den selbstgenutzten Wohnraum beantragen. Besonderer Mietzuschuss wird ohne Antrag Empfängern von Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge gewährt.

Die Zahl der Wohngeldempfängerhaushalte nahm seit Mitte der 90er Jahre in Rostock schwankend zu (von rund 12.000 auf 17.059 Ende 2002). Auch der Anteil der Wohngeldempfängerhaushalte an allen Haushalten Rostocks (Quelle: Mikrozensus) stieg von rund 11% auf rund 15%. Dabei erhielten Ende 2002 3% der Rostocker Haushalte den Besonderen Mietzuschuss und 12% Allgemeines Wohngeld. Fast alle Wohngeldempfänger waren Mieter, nur 120 Eigentümerhaushalte bekamen einen Lastenzuschuss.

Seit 1994 stieg insbesondere die Zahl und die Quote der Empfängerhaushalte von Besonderem Mietzuschuss von rund 1.000 auf über 3.000 bzw. von 1% auf 3% (2002) an. Dies hängt mit dem Anstieg der Sozialhilfeempfänger zusammen, welche diese Art von Wohngeld beziehen.

Der größte Teil der Wohngeldempfängerhaushalte erhielt Allgemeines Wohngeld. Anzahl und Quote dieser Wohngeldart schwankte

entsprechend der konjunkturellen Entwicklung.

Im Bundesdurchschnitt lag die Wohngeldempfänger-Quote bei 8%, dabei war insbesondere die Quote des Allgemeinen Wohngeldes mit nur 5% deutlich geringer als in Rostock, während die Quote des Besonderen Mietzuschusses ebenfalls bei etwa 3% lag. Teilweise kann der Unterschied durch die geringere Wohneigentumsquote in Ostdeutschland erklärt werden. Ein anderer Grund sind die durchschnittlich geringeren Einkommen bei einem relativ hohen Mietkostenniveau sowie insbesondere die höhere Arbeitslosigkeit.

Der größte Teil der Wohngeldempfängerhaushalte (nur Allgemeines Wohngeld) waren Einpersonenhaushalte (60%), gefolgt von Zweipersonenhaushalten mit 21% und Dreipersonenhaushalten mit 10%, was mit den geringen Haushaltsgrößen innerhalb der Stadt zusammenhängt. Haushalte mit 5 und mehr Personen sind aber am häufigsten auf Wohngeld angewiesen, fast jeder dritte Haushalt dieser Größe bezieht Wohngeld, also insbesondere kinderreiche Familien. Weiterhin liegt die Wohngeldempfängerquote der Ein- und Vierpersonenhaushalte mit jeweils 16%⁵ über dem städtischen Durchschnitt von 12%. Zweipersonenhaushalte sind am seltensten auf Wohngeld angewiesen (Quote: 7%).

In den 90er Jahren hat sich besonders die Quote der Einpersonenhaushalte stark rückläufig entwickelt, was u.a. mit der Zunahme kleiner Haushalte in der Stadt erklärt werden kann. Seit 2000 steigt die Quote aber wieder an. Den höchsten Anstieg haben große Haushalte mit vier oder mehr Personen zu verzeichnen. Mit zunehmender Haushaltsgröße (i.d.R. bedingt durch die Zahl der Kinder) wächst also das Risiko, auf Wohngeld angewiesen zu sein.

Der größte Teil der Antragsteller auf Wohngeld war arbeitslos (42%) und nur rund 15% waren erwerbstätig, davon die meisten Arbeiter und Angestellte und kaum Selbständige und Beamte. 43% aller Antragsteller auf Wohngeld waren Nichterwerbspersonen, darunter überwiegend Rentner und Pensionäre (rund 3.000 Haushalte).

Auch bezogen auf alle Haushalte der Stadt nach Erwerbsbeteiligung (Quoten) waren Arbeitslose am häufigsten auf Wohngeld angewiesen, nämlich knapp 40% aller Haushalte mit arbeitslosem Haushaltsvorstand (nach Mikrozensus). Dagegen bekamen nur 4% aller Erwerbstätigen Wohngeld und 13% aller Nichterwerbspersonen, darunter 7% aller Rentnerhaushalte.

Seit 1994 ist der Anteil der Erwerbstätigen an den Wohngeldempfängern leicht zurückgegangen, während der Anteil der Arbeitslosen anstieg. Unter den Nichterwerbspersonen ging der Anteil der Rentner/Pensionäre von rund 40% auf 20% zurück und der Anteil der Studenten und sonstigen Gruppen nahm zu.

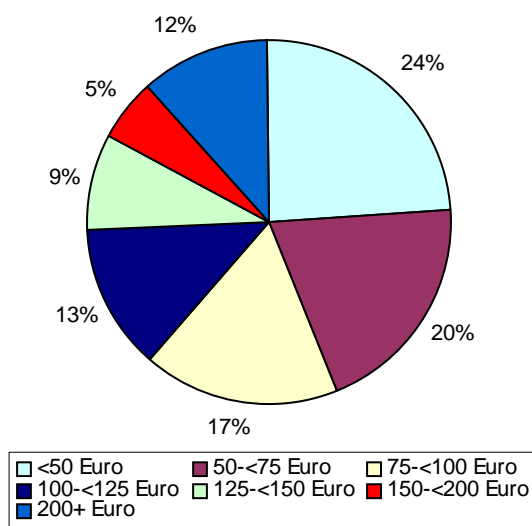
Durchschnittliche Wohnkosten der Wohngeldempfängerhaushalte (nur Allgemeines Wohngeld)

Seit 1994 stiegen die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten (Mieten) der Wohngeldempfänger von rund 200 auf rund 300 Euro an, das Wohngeld von 67 auf rund 97 Euro und die tatsächlichen Wohnkosten nach Wohngeldgewährung von rund 150 auf rund 200 Euro. Der Anteil der durch Wohngeld übernommenen Wohnkosten

⁵ Die Quoten beziehen sich auf die Haushaltsgrößen nach dem Mikrozensus.

wird immer kleiner: 1994 waren es noch 35% und 2001 nur 30%. Das bedeutet, dass jeder Haushalt einen höheren Anteil seines Einkommens für Miete aufbringen muss und weniger Geld für den Lebensunterhalt zur Verfügung steht. Die durchschnittliche Mietbelastung der Wohngeldempfänger beträgt heute 33% vom Einkommen.

Abb. 35: Haushalte mit Allgemeinem Wohngeld nach der Höhe des monatlichen Wohngeldes in HRO (Ende 2002)



Differenziert nach der Höhe des Wohngeldes erhielt ein knappes Viertel aller Empfängerhaushalte unter 50 Euro Wohngeld, ein Fünftel 50-75 Euro. Immerhin 12% aller Haushalte erhielten 200 und mehr Euro Wohngeld.

Das höchste monatliche Wohngeld erhielten Ende 2002 Selbständige mit durchschnittlich 155 Euro sowie Beamte und Studenten mit durchschnittlich 126 Euro. Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte bekamen, wie im städtischen Durchschnitt, rund 95 bis 100 Euro, Rentner/Pensionäre dagegen mit rund 70 Euro das geringste Wohngeld. Die hohen Beträge für Selbständige könnten auf die Berechnungsbasis „Einkommen vom Vorjahr“ zurückzuführen sein, welches oft niedriger

ist, als das Einkommen im Bewilligungszeitraum.

Das durchschnittliche monatliche Familieneinkommen der Wohngeldempfängerhaushalte war 1997 bis 2000 deutlich höher, als in den Jahren davor und danach. Hier machen sich die Sonderregelungen des Wohngeldüberleitungsgesetzes bemerkbar. Durch die Aufhebung dieser Regelungen stieg die Mietbelastung der Empfänger innerhalb eines Jahres (2000-2001) von 21% auf 33%.

5. Wohnungsstruktur und Wohnsituation in Rostock

Neben Arbeit, Einkommen und der Möglichkeit zur Konsumtion zählt das Wohnen zu den Notwendigkeiten des Lebens bzw. zu den zentralen Bedürfnissen. Als Mensch benötigt man eine Behausung, die Schutz bietet vor klimatischen Einflüssen und Umweltgefahren. Über diese allgemeine Bestimmung hinaus, ein „Dach über dem Kopf“ zu benötigen, ist das Wohnen allerdings kulturell geprägt. Wie Menschen wohnen, hängt von individuellen Interessen und Bedürfnissen ab, sowie davon, welche materiellen Möglichkeiten gesellschaftlich und individuell gegeben sind, um diese zu erfüllen. Weil das Wohnen kulturell geprägt ist, kann es auch keinen objektiven Maßstab für die Wohnbedingungen geben (für Größe, Lage, Ausstattung usw.). Als Maßstab kann nur der jeweilige Durchschnitt dienen, der für einzelne Wohnfaktoren innerhalb eines Kulturkreises typisch ist. Dieser Durchschnitt verändert sich aber ständig, weil die Wohnbedingungen von verschiedenen sozialen, demographischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklungen abhängen. Das heißt, das Wohnen selbst (als konkrete Nutzung von Wohnungen und Gebäuden) ist von großer Dy-

namik geprägt. Andererseits sind Gebäude und Wohnungen langlebige Güter, so dass eine flexible Anpassung an veränderte Bedürfnisse durch Um- und Neubau nur verzögert möglich ist. Kommunale Wohnungspolitik steht neben der Anforderung, Rahmenbedingungen für eine ausreichende Versorgung der Einwohner mit Wohnraum zu gewährleisten, auch vor der Anforderung, Rahmenbedingungen für die laufende Veränderung der Wohnqualität zu bieten, d.h. einen ständigen Anpassungsprozess zu steuern.

Wenn im Folgenden von der Zahl der Räume die Rede ist, so werden hier gemäß den Richtlinien der amtlichen Statistik auch Küchen mitgezählt. Eine Vierraumwohnung in der amtlichen Statistik ist also im allgemeinen Sprachgebrauch eine Dreiraumwohnung mit Küche. Damit keine allzu große Verwirrung aufkommt, wird immer dann von „Räumen“ gesprochen, wenn gemäß der amtlichen Statistik die Küche mitgezählt ist. Bei anderen Angaben z.B. der Wohnungsgesellschaften o.ä. wird hingegen ausdrücklich von „Wohnräumen“ gesprochen. Beide Angaben sind also nicht direkt vergleichbar.

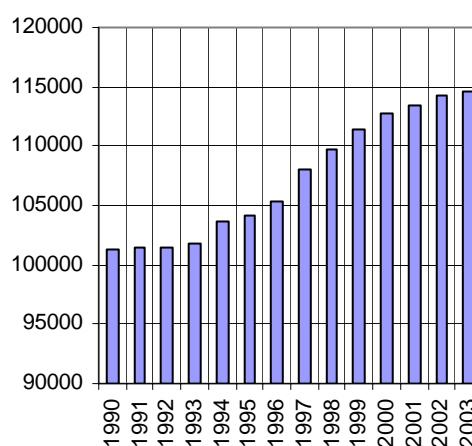
5.1. Wohnungsbestand und -struktur

Seit Ende 1990 ist nach amtlichen Angaben des STALA der Wohnungsbestand in Rostock um 11,2% (+11.397 Wohnungen) auf insgesamt 112.645 Wohnungen gewachsen. Die überwiegende Mehrzahl davon (111.179) befand sich in reinen Wohngebäuden (ohne Wohnheime). Knapp 1.500 Wohnungen befanden sich in Nichtwohngebäuden, was aber in der amtlichen Statistik nicht weiter berücksichtigt wird. Die Zahl der Wohngebäude in der Stadt ist, bedingt durch den überwiegenden Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, seit 1990 von etwa 13.700 auf 18.023 Ende 2003 im Verhältnis zu den Wohnungen überproportional gewachsen (+31,6%).

Abweichend von diesen Zahlen registriert die kommunale Statistikstelle 114.646 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, davon etwa 113.150 in 18.987 Wohngebäuden. Die Abweichungen entstehen, weil im Bereich des genehmigungsfreien Bauens bei der Erfassung von Neubauten Unsicherheiten entstehen. Die kommunale Statistik, die etwa 2.000 Wohnungen in Wohngebäuden mehr ausweist als die amtliche, gilt als realistischer.

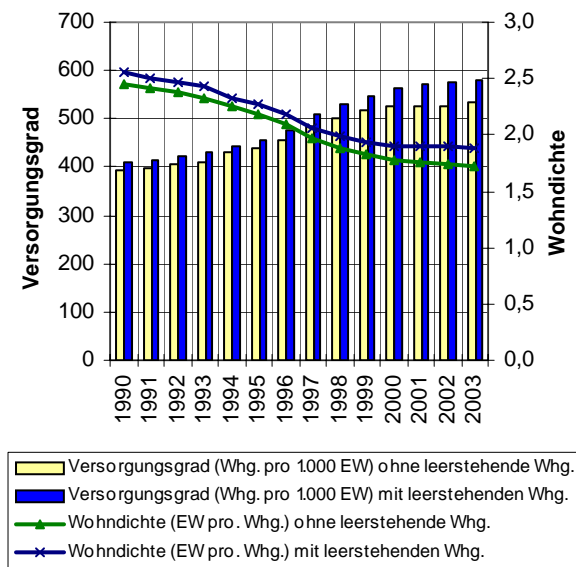
Auf der Grundlage der amtlichen Daten kommen rein rechnerisch in der Stadt 568 Wohnungen auf 1.000 EW (*Brutto-Versorgungsgrad*) (nach stadt eigenen Angaben sogar 578‰). In M-V lag dieser Wert 2002 bei 498‰ und im Bundesdurchschnitt bei 469 pro 1.000 EW, wobei er in Westdeutschland bei 459‰ lag und in Ostdeutschland bei 513‰.

Abb. 36: Wohnungsbestand in Wohn- und Nichtwohngebäuden 1990 - 2003



Quelle: Stadteigene Angaben im StJB

Abb. 37: Versorgungsgrad mit Wohnungen und Wohndichte 1990 bis 2003



Anm.: Die in die Rechnung einbezogenen Leerstände bis 2001 sind Schätzungen (außer 1995, Daten der GWZ)

Stadt schätzungsweise 9.023 leerstehend (*Leerstandsquote* von 7,9%). Bezogen auf die verbleibenden 105.573 bewohnten Wohnungen ergibt sich eine *Netto-Versorgungsquote* von 532%, was in etwa großstädtischen Verhältnissen in Deutschland entspricht.

Ohne Berücksichtigung des Leerstands würde die (*Brutto-*)*Wohndichte* 1,73 EW pro Wohnung betragen (in Ostdeutschland wären es 1,90 und in Westdeutschland 2,19). Mit Berücksichtigung des Leerstandes liegt die *tatsächliche (Netto-)Wohndichte* bei 1,88 EW pro Whg. Dies entspricht Quoten, wie sie in Bremen (1,89) und Hamburg (1,99) zu finden sind.

Durch die Zunahme von kleinen Haushalten und das Anwachsen von Leerständen haben sich in den letzten Jahren sowohl der Versorgungsgrad als auch die Wohndichte verbessert. 1990 lag (mit Leerstand) der Netto-Versorgungsgrad nur bei 392%, bzw. bei einem Brutto-Versorgungsgrad von 408% bei Hinzurechnung der leerstehenden Wohnungen (ca. 4%). Die Netto-Wohndichte betrug 2,45 EW/Whg. (brutto 2,55 EW/Whg.). Beide Werte wichen negativ vom damaligen Bundesdurchschnitt ab (425% bzw. 2,3 EW/Whg.). Inzwischen ergibt sich wegen der genannten Gründe eine Positivabweichung.

Die Bestandserhöhung bei den Wohnungen ergibt sich aus dem Saldo von Neu- oder Umbauten und dem Abgang von Wohnungen durch Totalabgang (Abriss) oder durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (Sanierung bzw. Umbau). In der

Der höhere Versorgungsgrad in Rostock hat zwei Ursachen: Zum einen gibt es in der Stadt einen höheren Anteil an Einpersonenhaushalten, d.h. die Einwohner verteilen sich auf mehr Haushalte und damit auf mehr Wohnungen als im Bundesdurchschnitt. Ein Beleg für diesen Zusammenhang ist, dass bspw. in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und (West)Berlin mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Einpersonenhaushalten der Versorgungsgrad mit 501% bzw. 529% bzw. 547% ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist. Zum anderen entsteht der höhere Wert in der Stadt durch einen hohen Leerstand. Nach Berechnungen für das ISEK⁶ waren von den 114.646 Wohnungen in der

⁶ Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Hansestadt Rostock - Fortschreibung der stadtteilbezogenen sozio-ökonomischen, wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Analysen, einschließlich des Bewertungs- und Gewichtungsverfahrens (Stichtag 31.12.2003), Rostock 2004

Zeit zwischen 1995 und 2003 sind 8.719 Wohnungen neu erbaut worden, während und 1.732 Wohnungen durch Abriss oder Nutzungsänderung als Totalabgang zählen. Während die Zahl der Neubauten zwischen 1997 und 2000 am höchsten war, stammen 46,8% der Totalabgänge aus den Jahren 2002/2003 als Ergebnis der Anstrengungen im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“.

Der größte Teil des Wohnungsabganges betraf Drei- und Vierraumwohnungen, in den letzten Jahren aber auch viele Einraumwohnungen. Rund 40% der Neubauwohnungen befinden sich in Ein- und Zweifamilienhäusern (rund 60% in Mehrfamilienhäusern), während sich beim Gesamtwohnungsbestand nur etwa 9% der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (6% und 3%) befinden. Per Saldo hat sich zwischen Anfang 1995 und Ende 2003 der Wohnungsbestand insgesamt um 9.076 Einheiten erhöht.

Nach Schätzungen aus dem ISEK liegt der Anteil der sanierten und modernisierten Wohnungen in Rostock 2003 bei 81,6%. Abzüglich der Wohnungen, die nach 1990 gebaut wurden, liegt damit der Modernisierungsbedarf bei höchstens noch 10% des Wohnungsbestandes. 1995 befanden sich noch etwa 70% aller Wohnungen in Gebäuden mit geringen bis schweren Schäden.

Die Gesamtwohnfläche in der Stadt stieg aufgrund der Neubautätigkeiten seit Anfang der 90er Jahre um rund 1.000.000 m² und um rund 40.000 Räume an. 2002 hatten alle Wohnungen der Stadt eine Gesamtwohnfläche von rund 6.837.000 m² und insgesamt etwa 420.000 Räume. Demzufolge betrug die *durchschnittliche Wohnungsgröße* 61 m² bzw. 3,7 Räume (einschließlich Küchen). Seit 1990 hat die durchschnittliche Wohnungsgröße um 4 m² zugenommen. Die *Nutzungsquote von Wohnraum* hat sich seit 1990 erheblich verbessert, indem jedem Einwohner jährlich mehr Wohnraum und Fläche zur Verfügung stand. 1995 standen pro Einwohner durchschnittlich nur 1,6 Räume und 25m² Wohnfläche zur Verfügung; 2002 waren es - wenn man einen Leerstand von ca. 8% vom Bestand abzieht - durchschnittlich etwa 1,95 Räume und 31,7 m² Wohnfläche.

Nach der amtlichen Statistik waren 2002 die meisten Wohnungen Rostocks Vierraumwohnungen (also drei Wohnräume mit Küche) und Dreiraumwohnungen. Kleinere und größere Wohnungen sind seltener: nur jeweils 5% sind Einraumwohnungen oder Wohnungen mit mehr als fünf Räumen. Im Verhältnis zu 1990 hat der Anteil größerer Wohnungen (mit 100-120m² bzw. vier bis fünf Wohnräumen) zugenommen. Ursache dafür ist der umfangreiche Einfamilienhausbau der letzten Jahre. Gemessen an der Quadratmeterzahl hatten 40% aller Wohnungen 40-60 m² und 32% 60-80 m². Jeweils 13% aller Wohnungen hatten unter 40 m² bzw. über 80 m².

Die Ausstattung der Wohnungen entspricht überwiegend einem guten Standard. Bedingt durch den hohen Anteil an Wohnungen in Montagebauweise, die durchweg dem allgemein üblichen Standard von Bad, IWC und moderner Heizung entsprachen, hatten bei der GWZ von 1995 schon 87% aller Wohnungen Bad/Dusche und WC und Sammelheizung. Nur rund 2.800 Wohnungen (3%) hatten damals kein Bad/Dusche und das WC außerhalb der Wohnung. Durch die umfänglichen Modernisierungsmaßnahmen dürfte der Anteil an Substandardwohnungen in der Stadt inzwischen gegen Null tendieren (aktuelle Daten liegen nicht vor).

Nach den Ergebnissen verschiedener Mieterbefragungen stieg zwischen 1999 und 2003 die durchschnittliche monatliche Kaltmiete unter den Mietern der kommunalen Wohnungsgesellschaft von 4,50 auf 5,40 EUR/m² und die Warmmiete von 6,70 auf

7,30 EUR/m². Beispielsweise stieg sie in unsanierten Wohnungen von 4,00 auf 5,10 EUR und in sanierten von 4,80 auf 5,40 EUR. So zahlten 44% der befragten Mieter im Jahr 1999 noch 150-250 EUR Kaltmiete während 2003 der größere Teil der Mieter über 250 EUR zahlt. Die durchschnittliche Kaltmiete schwankte 2003 zwischen 4,40 EUR/m² im unsanierten Altbau und 5,80 EUR/m² im sanierten Altbau bzw. im Neubau nach 1990 (Quelle: Rostocker Wohnbefindlichkeitsstudie 2003).

Das Mietpreinsniveau ist in Rostock rund 7% niedriger als der Bundesdurchschnitt und 3% höher als der Durchschnitt in den neuen Bundesländern. (Quelle: ISEK von Greifswald 2001).

6. Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist die zentrale Instanz zur Verteilung der Arbeitskräfte auf die vorhandenen Arbeitsplätze. Als Markt funktioniert er grundsätzlich nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage, er wird aber auch sehr stark durch verschiedene Gesetze reguliert (Tarifautonomie, Schutzgesetze etc.). Ein Markt ist dann im Gleichgewicht, wenn das Angebot der Nachfrage entspricht. Das *Angebot* an *Arbeitsplätzen* in Umfang und Qualität wird dabei durch die Bedingungen der Wirtschaft bestimmt. Die *Nachfrage* nach *Arbeitsplätzen* hingegen hängt hinsichtlich der Qualität wesentlich vom Bildungsstand sowie von anderen sozialen und kulturellen Bedingungen ab. Hinsichtlich des *Umfangs der Nachfrage* hängt diese aber auch wesentlich von demographischen Faktoren ab. Das heißt, die Altersstruktur der ansässigen Bevölkerung bestimmt das allgemeine Potential an Nachfrage und die natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen bestimmen über die Entwicklung dieses Potentials.

Zum allgemeinen Erwerbspotential zählen rein statistisch jene Personen, die im *erwerbsfähigen Alter* zwischen 15 bis unter 65 Jahren sind. Sie gelten als *erwerbsfähige Personen*, d.h. sie könnten aufgrund ihres Alters prinzipiell auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Die sog. *Nichterwerbsfähigen* sind hingegen entweder Kinder unter 15 Jahren, die qua Gesetz noch nicht arbeiten dürfen, oder Rentner/Pensionäre, die bereits aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind.

Von der Rostocker Bevölkerung waren Ende 2003 141.342 im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren, d.h. prinzipiell erwerbsfähig. Dies entspricht einer *Erwerbsfähigenquote* von 71,3% der Bevölkerung.

Fast zur Hälfte teilen sich die Erwerbsfähigen in Männer und Frauen auf. Allerdings ist die geschlechtsspezifische Erwerbsfähigenquote bei den Männern höher als bei den Frauen (75% zu 69%), weil sich unter den Nichterwerbsfähigen, insbesondere in den älteren Jahrgängen aufgrund der längeren Lebenserwartung der Frauen, mehr Frauen als Männer befinden. Die Erwerbsfähigenquote der Frauen sinkt seit 1998 etwas stärker als die der Männer, weil es einerseits eine wachsende Zahl nicht-erwerbsfähiger Frauen gibt und weil andererseits in einigen Altersgruppen der Anteil der Frauen aufgrund von Abwanderungen überproportional gesunken ist. (siehe Kapitel I.1. Demographie).

Nicht alle Erwerbsfähigen treten allerdings tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt auf, denn ein Teil der zwischen 15- bis unter 65jährigen ist noch Schüler, Student, leistet seinen Wehrdienst o.ä. Andere sind Frührentner und einige sind Hausfrauen oder -männer. Dieser Teil der Erwerbsfähigen sind die *Nichterwerbspersonen*. Sie machen in Rostock rund 37.000 Personen aus bzw. rund 26% der Erwerbsfähigen. Die ande-

ren Erwerbsfähigen gelten als *Erwerbspersonen*. Das heißt, diese rund 105.000 Personen in Rostock treten nun tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt auf und bilden dort die Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Ihr Anteil an den Erwerbsfähigen beträgt 74%, d.h. das allgemeine Potential an Erwerbsfähigen wird in dieser Höhe ausgeschöpft. Die Erwerbspersonen umfassen *Erwerbstätige* und *Erwerbslose* und machen in Rostock rund 53% der Bevölkerung aus.

Tatsächlich erwerbstätig sind nur jene Erwerbspersonen, die zum Erhebungszeitpunkt in einem Beschäftigungsverhältnis standen (egal mit welcher Arbeitszeit) oder die selbständig tätig waren. Rund

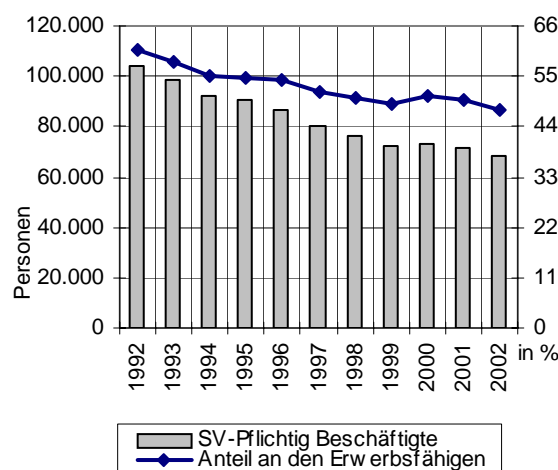
83% der Erwerbspersonen gehörten 2002 in Rostock zu den *Erwerbstätigen*, d.h. rund 87.000 Personen (die anderen 17% sind die registrierten *Arbeitslosen*). Die Zahl der Erwerbstätigen sank seit 1998 von 92.000 auf 87.000. Gleichzeitig sank ihr Anteil an den Erwerbspersonen, was hauptsächlich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Diese aktiv am Erwerbssystem beteiligten Personen umfassen in Rostock rund 44% der Bevölkerung. Diese *Erwerbstätigenquote* liegt in ganz Deutschland bei 46,3%. Der Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen lag in Rostock bei 61,2% und im Bundesgebiet bei 68,7%. Der Grund dafür, dass die *Erwerbspersonenquote* in Rostock zwar höher als im Bundesgebiet ist, die *Erwerbstätigenquoten* aber dennoch geringer sind, liegt an der höheren Arbeitslosigkeit in Rostock.

Bei den Erwerbstätigen muss unterschieden werden zwischen den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen (ca. 6.300 = 7%) und den abhängig Beschäftigten (ca. 80.600 = 93%). Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen schwankt seit 1998 zwischen 6.000 und 6.600 Personen, steigt aber, ebenso wie die Selbständigenquote (Anteil an den Erwerbsfähigen) tendenziell an (von 4,1% auf 4,5%). Im Bundesgebiet lag die Selbständigenquote bei 7,4% (Anteil an den Erwerbsfähigen 2002) und in Mecklenburg-Vorpommern bei 5%.

Die Zahl der abhängig Beschäftigten dagegen nahm in Rostock von rund 107.000 (1993) auf 80.600 (2002) ab und ihr Anteil an den Erwerbsfähigen sank schwankend von 63% auf 56,7% (= Arbeitnehmerquote). Im Bundesgebiet lag diese Arbeitnehmerquote bei 61,2% und im Land M-V bei 55,5%.

Die abhängig Beschäftigten wiederum werden unterteilt in sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ca. 68.000) und Beamte sowie geringfügig Beschäftigte (zusammen etwa 12.500). Die Quote der sv-pflichtig Beschäftigten liegt bei 47,8% (Anteil an den Erwerbsfähigen). 1994 lag sie noch bei 55,2% und ist seitdem kontinuierlich gesunken. Die Quote der sv-pflichtig Beschäftigten lag 2002 im Bundesgebiet bei rund 50%.

Abb. 38: Entwicklung der sv-pflichtig Beschäftigten in Rostock (Wohnortprinzip)



Eine genaue Differenzierung zwischen Beamten und geringfügig Beschäftigten ist nicht möglich. Exemplarisch konnte für das Jahr 2001 auf der Grundlage der Bezugsgrößen zur Berechnung der Arbeitslosenquoten die Zahl der Beamten auf rund 3.000 und die der geringfügig Beschäftigten auf rund 7.200 Personen geschätzt werden.

Fast zur Hälfte teilen sich die abhängig Beschäftigten in Rostock in Männer und Frauen auf. Die Erwerbsbeteiligung der Männer hat sich dabei seit Anfang der 90er Jahre stärker verschlechtert als die der Frauen. Der Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbsfähigen sank bei den Männern von 66% auf 56%, während diese Quote bei den Frauen Ende der 90er Jahre sogar leicht anstieg und seit dem Jahr 2000 mit 58% höher ist als die der Männer.

Etwas genauer lässt sich die Struktur bei den sv-pflichtig Beschäftigten beschreiben. Genau die Hälfte der sv-pflichtig Beschäftigten waren Männer und die andere Hälfte Frauen. Bei der geschlechtsspezifischen Quote lag der Anteil der sv-pflichtig Beschäftigten an den Erwerbsfähigen bei Männern geringfügig niedriger als bei Frauen (47% zu 49%). Im Bundesgebiet ist dieses Verhältnis umgekehrt, hier sind 54,3% der erwerbsfähigen Männer sv-pflichtig beschäftigt, aber nur 44,9% der Frauen.

Vom Rückgang der sv-pflichtig Beschäftigten waren in gleicher Weise Arbeiter und Angestellte betroffen. Von den rund 40.000 Arbeitern 1993 blieben noch rund 26.400 (39% der sv-pflichtig Beschäftigten - 2002) übrig und von den 58.500 Angestellten gab es 2002 noch 41.600 (61%). Das Verhältnis Arbeiter-Angestellte betrug auch Anfang der 90er Jahre schon rund 40% zu 60%.

Von den 68.003 sv-pflichtig Beschäftigten Rostocks arbeiteten Mitte 2002 50.446 (74%) in Rostock und 17.553 außerhalb von Rostock (26% *Auspendlerquote*). Zusätzlich arbeiteten 28.075 Personen in Rostock, die nicht in der Stadt wohnten (36% *Einpendlerquote*). Der *Pendlersaldo* (Differenz Ein- und Auspendler) war also positiv, mit einem Einpendlerüberschuss von 10.522 Personen. Rostock ist eine Einpendlergemeinde mit einer Konzentration von Arbeitsplätzen.

Die größte Pendlerverflechtung Rostocks besteht mit dem angrenzenden Landkreis Bad Doberan. Mitte 2002 hatten rund 16.000 Einwohner des Landkreises ihren Arbeitsplatz in Rostock (20% aller sv-pflichtigen am Arbeitsort HRO) und 8.200 Rostocker arbeiteten im Landkreis Bad Doberan (12% aller sv-pflichtigen am Wohnort HRO).

Weiterhin kommen über 2.000 Einpendler Rostocks jeweils aus den Landkreisen Güstrow und Nordvorpommern, aber das Einzugsgebiet umfasst ganz Deutschland. Bedeutende Auspendlergebiete für Rostocker sind außer dem Landkreis Güstrow und der Landeshauptstadt Schwerin (jeweils rund 1.000 Auspendler aus HRO) auch die Großstädte Hamburg (rund 1.200 Auspendler) und Berlin (rund 500 Auspendler).

6.1. Arbeitslosigkeit

Von allen Erwerbspersonen waren Ende Juni 2004 18,7%, d.h. 18.958 Rostocker als arbeitslos registriert. Zu den Erwerbslosen zählen neben der großen Gruppe der registrierten Arbeitslosen prinzipiell auch die Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen, die zahlenmäßig für Rostock aber nicht erfasst sind. Außerdem müssen Arbeitsuchende, die nicht erwerbstätig, aber auch nicht beim Arbeitsamt registriert sind (z.B. weil sie keinen Anspruch auf Leistungen haben) hinzu gezählt werden. Jedoch ist auch deren

Zahl nicht zu ermitteln, so dass die Betrachtung der Arbeitslosen sich ausschließlich auf die registrierten Arbeitslosen beziehen muss. In ABM und SAM Beschäftigte zählen hingegen zu den sv-Pflichtigen.

Die offiziellen Arbeitslosenquoten lagen Mitte 2004 bei 18,7% in Bezug auf *alle* zivilen Erwerbspersonen (mit Selbständigen = Arbeitslosenquote I) bzw. bei rund 20,1% bezogen auf die *abhängig* zivilen Erwerbspersonen (ohne Selbständige = Arbeitslosenquote II).

Die Arbeitslosigkeit verlief in Rostock entsprechend konjunktureller Schwankungen. Hohe Arbeitslosigkeit herrschte Anfang der 90er Jahre, 1997 bis 1998 sowie gegenwärtig. Dazwischen konnte die Arbeitslosigkeit gesenkt werden, insbesondere Mitte und Ende der 90er Jahre. Die höchsten Arbeitslosenzahlen hatte Rostock 1997 und 1998 mit über 20.000 Arbeitslosen und einer Quote II von 18,5% bzw. 19,3%. Gegenwärtig nähert sich die Arbeitslosigkeit diesen Zahlen wieder an.

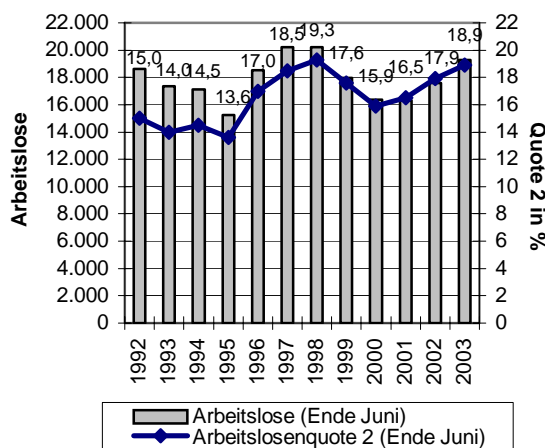
Im Jahr 2002 waren mehr Männer arbeitslos gemeldet, als Frauen (im Jahresdurchschnitt rund 1.000 mehr Männer). Auch die Arbeitslosenquote II der Männer war im Jahresdurchschnitt mit 18,9% höher als die der Frauen mit 17,5%.

Die Betroffenheit von Männern und Frauen hat sich umgekehrt. Anfang und Mitte der 90er Jahre waren noch deutlich mehr Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Dieser Unterschied hat sich bis Ende der 90er Jahre stark verringert und seit dem Jahr 2001 sind Männern stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen. Zwischen 1997 und 2001 ging die Zahl der arbeitslosen Frauen von rund 11.200 auf rund 8.000 zurück. Die Arbeitslosenquote II der Männer stieg seit dem Jahr 2000 um 6 Prozentpunkte auf 21,6%, während die der Frauen fast stabil bei rund 17% blieb. Wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist der Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe, vor allem im Baugewerbe.

Ende 2002 waren fast 6.000 Personen in Rostock *langzeitarbeitslos* (länger als ein Jahr). Dies entsprach einem knappen Drittel aller Arbeitslosen in Rostock. Mitte 2003 waren es bereits über 7.000 *Langzeitarbeitslose* (36% aller Arbeitslosen) und Mitte 2004 bereits 43%. Wie die Arbeitslosigkeit insgesamt, verlief auch die Langzeitarbeitslosigkeit entsprechend konjunktureller Schwankungen. Besonders hoch war die Langzeitarbeitslosigkeit 1998 und vergleichsweise niedrig Mitte der 90er Jahre und im Jahr 2001. Gegenwärtig ist die Langzeitarbeitslosigkeit so hoch, wie noch nie in Rostock.

Eine Ursache dafür ist die Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen waren Frauen (Ende 2002 knapp 3.100

Abb. 39: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Rostock (jeweils Ende Juni)



Frauen). 37% aller arbeitslosen Frauen waren Ende 2002 länger als ein Jahr arbeitslos, bei den Männern waren es nur 29%.

Bei den 25- bis unter 65jährigen waren Ende des Jahres 2002 36% aller Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos. Dabei waren fast 40% der arbeitslosen Frauen dieser Altersgruppe langzeitarbeitslos, während es unter den Männern nur 32% waren.

Arbeiter sind zunehmend häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Angestellte. Betrug ihr Anteil an den Arbeitslosen 1996 noch 53%, waren es 2002 schon 58% (knapp 10.300 Personen). Ihre Arbeitslosenrate an der Summe von sv-pflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen wuchs seit 1996 von 24% auf 28%, während die der Angestellten von gerade 14% auf 15% anstieg. Insbesondere die Zahl der arbeitslosen männlichen Arbeiter stieg an: von 6.100 (Mitte 2000) auf 7.200 (Mitte 2002). Heute sind zwei Drittel der arbeitslosen Arbeiter Männer, während dies bei den Angestellten umgekehrt ist (71% Frauen).

Von allen Arbeitslosen waren Ende 2002 98% auch Leistungsempfänger. Davon waren 43% Empfänger von Arbeitslosengeld und 57% Empfänger von Arbeitslosenhilfe. 1999 lag dieser Anteil noch bei 47%. Die Zunahme der Arbeitslosenhilfe geht einher mit dem Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit. Eingliederungshilfe bekamen 62 Personen. Über 1.300 Personen waren Ende 2002 Empfänger von Unterhaltsgeld bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Die Zahl der Unterhaltsempfänger bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen hat abgenommen. Während 1999 fast zwei Drittel der Maßnahmen von Frauen in Anspruch genommen wurden, waren es 2002 nur noch zur Hälfte Frauen.

Arbeitslose nach Stadtbereichen

Auf die Stadtbereiche bezogen lassen sich keine amtlichen Arbeitslosenquoten angeben. Hier muss hilfswise der Anteil der Arbeitslosen an der Summe von sv-pflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen errechnet werden (als *Arbeitslosenrate*). Dies entspricht in etwa der üblichen Art zur Berechnung der Arbeitslosenquoten auf der Basis der zivilen abhängigen Erwerbspersonen. Allerdings fehlen für die Stadtteile die Beamten und die geringfügig Beschäftigten in der Rechnung, so dass die *Arbeitslosenrate* höher ausfällt als die amtliche *Arbeitslosenquote*. Gleichwohl erlaubt diese Berechnung einen Vergleich der Stadtbereiche untereinander. Danach berechnet hat Schmarl Ende 2003 mit 30,6% die höchste Arbeitslosenrate, gefolgt von Groß Klein mit 29,3% und Dierkow-Neu sowie Lütten Klein mit jeweils 29,2%. Die geringsten Arbeitslosenraten gibt es in den städtischen Randgebieten. Alle Großwohnsiedlungen der Stadt sind mit überdurchschnittlichen Arbeitslosenraten belastet.

Seit 1998 hat sich die Arbeitslosenrate in den meisten Stadtbereichen Rostocks ähnlich entwickelt, wie in der Stadt insgesamt. Das heißt, von 1998 bis 2000 ging die Quote zurück, um danach wieder anzusteigen. Dabei waren die Steigerungsraten besonders in Toitenwinkel und Dierkow-Neu, aber auch in Schmarl, Groß Klein, Evershagen und Lütten Klein überdurchschnittlich hoch. Entgegen der allgemeinen Entwicklung waren in Brinckmansdorf, Warnemünde, Rostock Ost und Dierkow-Ost tendenziell sinkende oder stagnierende Arbeitslosenraten zu verzeichnen.

Geschlechtsspezifisch betrachtet sind die Arbeitslosenraten der Männer in fast allen Stadtbereichen höher als die der Frauen. Überdurchschnittlich ist dies in den zentrumsnahen Stadtbereichen der Fall. Die Arbeitslosenrate der Arbeiter liegt in allen Stadtbereichen deutlich über der der Angestellten.

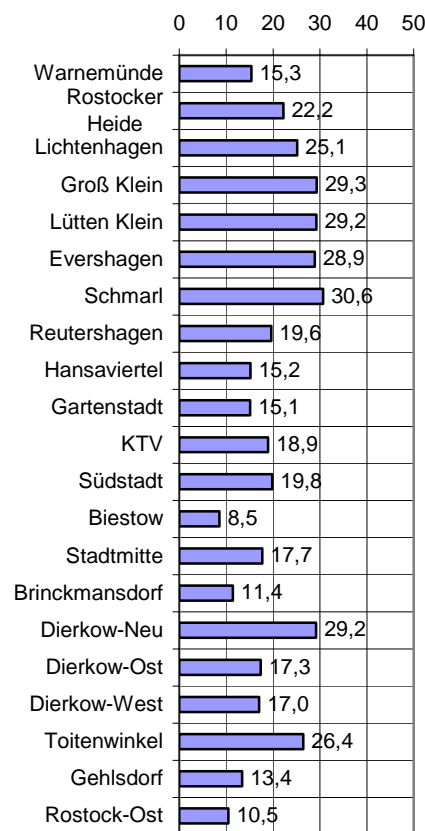
Altersspezifisch betrachtet ist die Arbeitslosenrate der unter 20jährigen in Schmarl, der KTV, Evershagen und Rostock Heide etwas überdurchschnittlich, während sie in den Randgebieten unterdurchschnittlich ist. Bei den 20-bis unter 25jährigen ist sie vor allem in den Großwohnsiedlungen überdurchschnittlich. In einigen Stadtteilen (Rostock Heide, Reutershagen, Gartenstadt usw.) ist die Arbeitslosenquote der Heranwachsenden höher als die der Erwachsenen über 25 Jahren. Deutlich niedriger ist sie in keinem der Stadtteile. Insofern ist die Jugendarbeitslosigkeit ein gesamtstädtisches Problem.

Etwa 40% der Arbeitslosen sind seit einem Jahr oder länger arbeitslos. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind dabei seit 1997 größer geworden. Bis auf wenige Ausnahmen liegt die Langzeitarbeitslosigkeit aber in allen Stadtteilen auf hohem Niveau.

In den Arbeitslosenraten der Stadtteile spiegeln sich die demographischen und sozialräumlichen Ungleichverteilungen in der Stadt. Etwas weniger vom Problem Arbeitslosigkeit betroffen sind attraktive Wohngebiete bzw. Eigenheimsiedlungen, am höchsten ist die Betroffenheit in den Großwohnsiedlungen. Zum Teil liegt dies daran, dass in den Großwohnsiedlungen mehr Arbeiter wohnen, deren Arbeitsmarktchancen angesichts von Arbeitsplatzverlusten vor allem im Produzierenden Gewerbe (insbesondere dem Baugewerbe) geringer sind als bei Angestellten.

Trotz der leichten Unterschiede zwischen den Stadtteilen liegt der Segregationsindex für die Arbeitslosigkeit nur bei einem Wert von 17,1, was bisher ein relativ geringes Maß an Ungleichverteilung innerhalb der Stadt bedeutet. Allerdings ist seit 1998 eine Zunahme der Ungleichverteilung zu beobachten, denn damals betrug der Wert nur 11,9. Bei den Langzeitarbeitslosen liegt der Segregationsindex bei 18,1, auch er war 1997 mit 11,3 noch deutlich geringer.

Abb. 40: Arbeitslosenrate in den Rostocker Stadtteilen Ende 2003 (in Prozent)



III. Kinder und Jugendliche in den öffentlichen Sozialisationsinstanzen (Erziehung, Bildung, Jugendhilfe, Beruf)

1. Frühkindliche Erziehung und Bildung

Die Grundlagen für die körperliche, geistige und seelische Entwicklung eines jungen Menschen, seine Beziehungsfähigkeit und seine sozialen Kompetenzen sowie für die Bereitschaft und Fähigkeit zum lebenslangen Lernen werden bereits im frühen Kindesalter gelegt. Zentral sind für die Herausbildung der Persönlichkeit des Kindes und die Förderung seiner Entwicklungspotenziale die Pflege, Betreuung, Erziehung und Bildung im familiären Kontext. Begleitet und unterstützt werden die Eltern und Personensorgeberechtigten durch die öffentlichen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen der Früherziehung und der Kindertagesbetreuung, die in modernen Gesellschaften einen eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrag gegenüber dem Kind und seinen Bürgerrechten wahrnehmen. Sie sichern zugleich das grundgesetzlich geschützte Recht des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Betreuung, Erziehung und Bildung im Vorschulbereich zielt so nicht nur auf eine alters- und entwicklungsbezogene Pädagogik des Kindesalters, sondern soll insbesondere auch sozialen Benachteiligungen in den Herkunftsmilieus entgegenwirken und so die Chancengleichheit der Heranwachsenden in der Gesellschaft sichern helfen.

Die Entwicklung des frühkindlichen und vorschulischen Erziehungs- und Bildungswesens ist in unserer Gesellschaft noch keineswegs abgeschlossen. Nach der Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, der in Ostdeutschland (DDR) bereits seit Jahrzehnten selbstverständlich ist, wird jetzt zunehmend auch bundesweit die Bedeutung der öffentlichen Früherziehung (Krippen), aber auch die Bedeutung der Horte für eine pädagogische und sozialpädagogische Ganztagsbetreuung erkannt und familienpolitisch umgesetzt. Unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit wird darüber hinaus in den letzten Jahren – nicht zuletzt im Gefolge der PISA-Studie – die Bildungsfunktion der vorschulischen Kindertageseinrichtungen betont und ausgebaut. Das neue Kindertagesstättenförderungsgesetz (KiFöG) in Mecklenburg-Vorpommern ist ein aktuelles Beispiel für diese Entwicklung, den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen konsequent umzusetzen und zu stärken (vgl. BMFSFJ 2002, 16; Schlattmann/Tietze 2004, 19). Auch die Rostocker Experten im Bereich der Vorschulpädagogik betonen die hohe Bedeutung der frühkindlichen Sozialisationsinstanzen, da diese die ersten Bildungseinrichtungen neben dem Elternhaus sind. Dies bringt eine hohe Verantwortung mit sich. Der Schwerpunkt sollte sowohl auf Erziehung als auch auf Bildung liegen und die Kinder sollen zum selbständigen Lernen, Entdecken, sozialem Miteinander etc. befähigt werden.

Die Rostocker Kindertageseinrichtungen haben in den letzten 15 Jahren einen schwierigen und grundlegenden Transformations- und Modernisierungsprozess durchgemacht. Dabei galt es sowohl dem demographischen wie dem demokratischen Wandel Rechnung zu tragen. Aus einem zwar umfassenden, aber zentralistisch und ideologisch strukturiertem System der Kindertagesbetreuung galt es, einen modernen Erziehungs- und Bildungsbereich aufzubauen, der an der Individualität und den Bürgerrechten der Kinder orientiert war und in dem sich der weltanschauliche und kulturelle Pluralismus und die demokratischen Beteiligungsformen einer modernen Zivil-

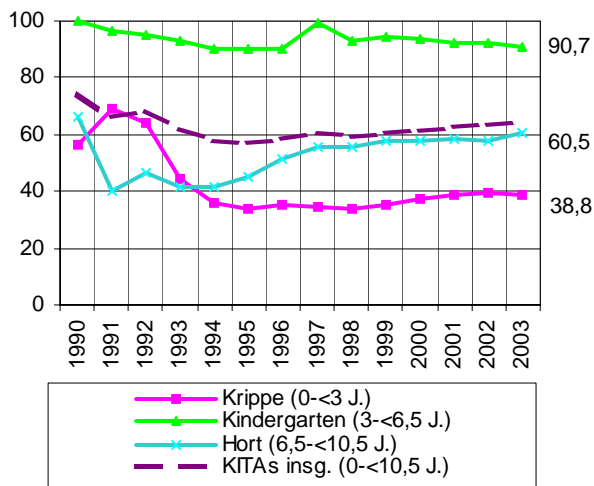
gesellschaft spiegeln. Konsequenz wurden in Rostock entsprechend die kommunalen Kindertageseinrichtungen in die Verantwortung freier Träger überführt. Die Vielfalt der gegenwärtigen Trägerlandschaft, ebenso wie die vielfältigen pädagogischen und methodischen Konzepte, nach denen die Einrichtungen arbeiten, deuten daraufhin, dass dieser Prozess weitgehend erfolgreich war – auch wenn die notwendige Schließung von Einrichtungen und der umfangreiche Abbau von Personal diesen Befund bisweilen fatal erscheinen lässt.

1.1. Kindertageseinrichtungen

Der Bereich der frühkindlichen und vorschulischen Erziehung und Bildung ist durch den demographischen Einbruch der Geburtenzahlen seit Anfang der 90er Jahre geprägt. Allerdings lässt sich hier seit einigen Jahren eine Konsolidierung auf niedrigem Niveau und leichte Zuwächse verzeichnen. Eine demographische Wende bei den Geburten ist aber auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Seit 1990 wurden in jedem Jahr Kindertageseinrichtungen in Rostock geschlossen, da die Nachfrage aufgrund des Geburtenrückganges stetig zurückging. Die Kapazität der Einrichtungen wurde daraufhin dem veränderten Bedarf angepasst. Gleichzeitig vollzog sich ein grundlegender Wandel in der Trägerstruktur des frühkindlichen Erziehungs- und Bildungsbereichs. 1991 gab es in Rostock noch 126 Kindertageseinrichtungen, davon befanden sich 125 in kommunaler und eine Einrichtung in freier Trägerschaft. Diese Zahl ist bis 2003 auf insgesamt 71 Einrichtungen zurückgegangen. Es sind jetzt 69 Einrichtungen in freier Trägerschaft und nur noch zwei in kommunaler Trägerschaft. Die Betreuung von Kindern im Vorschulbereich und im Hort wurde fast vollständig in die Hand der freien Träger übergeben. Die Gesamtbelegung an Kindern aller Einrichtungen hat in Rostock von 14.401 (1994) auf 8.167 Kinder (2003) abgenommen. Die Anzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen ging aufgrund des Geburtenrückganges zwischen 1990 und 2003 um rund 70% zurück, von 26.919 auf rund 8.167 Kinder. Insgesamt steigt die Zahl der Krippenkinder seit Mitte der 90er Jahre wieder leicht und kontinuierlich an und die der Kindergartenkinder seit 1998. Die Zahl der betreuten Kleinkinder im Krippenalter (0-3 Jahre) hat gegenüber 1995 inzwischen (2003) wieder um 41% auf insgesamt 2.080 zugenommen, die Zahl der betreuten Kinder im Kindergartenalter (3-6 Jahre) ist im Vergleich zu 1998 bis zum Jahr 2003 um rund 18% auf jetzt 5.036 gestiegen.

Der Bereich der Kindertageseinrichtungen besteht aus den drei altersspezifischen Institutionen: Kinderkrippe (0-<3), Kindergarten (3-<6,5) und Kinderhort (6,5-<14; durchschnittlich bis 10,5). Dem Kindergarten wird die gesellschaftspolitisch aber auch bildungspolitisch größte Bedeutung zugeschrieben. In dieser Institution werden die Kinder bis zum Schuleintritt familienergänzend betreut und erzogen (vgl. Schlattmann/Tietze 2004, 21f.). Während es in Ostdeutschland traditionell einen Rechtsanspruch und eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen gab und gibt, existiert in den westlichen Bundesländern erst seit Mitte der 90er Jahre ein entsprechender Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahre bis zum Schuleintritt. Auch in Rostock ist die hervorgehobene Stellung der vorschulischen Erziehung und Bildung durch das Platzangebot und den Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen sichtbar. Allerdings lassen sich auch Veränderungen im Nutzungsverhalten und in der Nachfrage nach Plätzen in den Kindertageseinrichtungen seit Anfang der 90er Jahre beobachten.

Abb. 41: Nutzungsgrad der KITA-Plätze nach Betreuungsform 1990 - 2003 (in Prozent pro Altersgruppe)



Der *Nutzungsgrad*⁷ der KITAS (= Anteil der in den Einrichtungen gemeldeten Kinder an der jeweiligen Altersgruppe) ist im Vergleich zu 1990 zurückgegangen. Anfang der 90er Jahre wurden noch zwei Drittel der unter 3jährigen in Krippen betreut. Bis Mitte der 90er Jahre ging der Nutzungsgrad auf rund 34% zurück. 2003 lag er bei 38,8%. Der Nutzungsgrad von Kindergärten schwankt, ist aber tendenziell leicht zurückgegangen von rund 95% (1992) auf 90,7% (2003). Bei den Horten hingegen stieg der Nutzungsgrad

von rund 47% (1992) auf 60,5% (2003) an. Insbesondere seit Ende der 90er Jahre lassen sich aber wieder leicht steigende Zahlen beim Nutzungsgrad der Kindertagesbetreuung ausmachen. Das gilt nicht nur für Rostock, sondern auch landesweit. So hat sich in M-V seit 1998 der Anteil der betreuten Kinder in der Kinderkrippe von 28,8% auf 34,5% (2003) erhöht und im Kindergarten von 86,3% (1998) auf 90,7% (2003). (Jugendamt Rostock; Jugendhilfestatistik)

1.1.1. Konzeptionen der Einrichtungen

In Rostock gibt es verschiedene Ansätze nach denen Kindertageseinrichtungen, vor allem die Kindergärten, arbeiten. Der am häufigsten verwendete pädagogische Ansatz in den Rostocker Kindertageseinrichtungen ist laut Experten der situationsbezogene Ansatz.

Das Konzept wurde Anfang der 70er Jahre entwickelt und dominiert heute bundesweit die deutsche Kindergartenpädagogik. Der Situationsansatz geht von der Lebens- und Alltagssituation der Kinder aus. Lernen als Verbindung von sozialem und sachorientiertem Lernen erfolgt nach diesem Konzept in spezifischen alltäglichen Erfahrungszusammenhängen der Kinder. Kinder gelten dabei stets als selbstständig handelnde Individuen, die durchaus in der Lage sind sich mit sozialen Problemen, Konfliktsituationen und praktischen Problemlösungen auseinanderzusetzen. Aufgabe der Pädagogen ist es, entsprechend die alltäglichen Situationen und sozialen Prozesse der Kinder aufzugreifen und sie in der realen Alltagssituation pädagogisch zu thematisieren und zu bearbeiten. Der Ansatz erfährt in den letzten Jahren allerdings innerhalb der Fachdebatten verstärkte Kritik. Zum einen werden unzureichende entwicklungspsychologische Fundierung und mangelnder Bildungsanspruch angeführt, andererseits steht das Etikett Situationsansatz bisweilen für den weitgehenden Verzicht auf ein pädagogisch geplantes Setting.

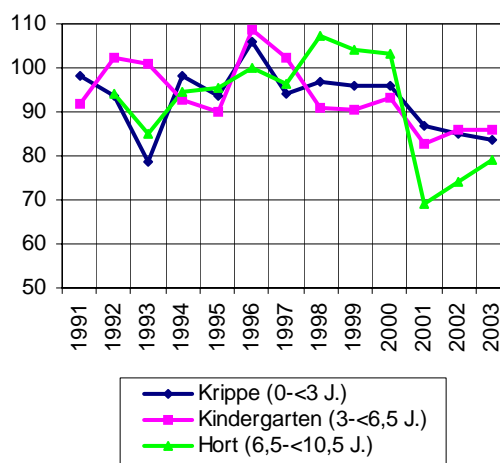
⁷ Bei der Berechnung des Nutzungsgrades muss außer acht gelassen werden, dass auch einige Kinder aus dem Umland Kindertagesstätten in der Stadt besuchen.

Neben den ‚klassischen‘ pädagogischen Konzepten gibt es seit den 90er Jahren auch reformpädagogisch orientierte Einrichtungen, die nach der Montessori- oder Waldorfpädagogik arbeiten. Das Konzept der Montessoripädagogik ist ausgerichtet auf die Weckung der im Kind angelegten Kräfte und Fähigkeiten. Eine entwicklungsfördernde Umgebung mit speziellen Materialien wird dem Kind bereitgestellt und soll ihm entsprechend der jeweiligen kindlichen Entwicklungsphasen Selbsttätigkeit und Selbstbildung ermöglichen. Diese Selbsttätigkeit des Kindes eröffnet ihm dann Selbstständigkeit, Selbstbelehrung, Selbstüberprüfung und Selbsterziehung. Das Konzept der Waldorfpädagogik, begründet durch Rudolph Steiner, basiert auf dem Menschen- und Weltbild der Anthroposophen. Neben einer besonderen Wertschätzung der Natur werden in bezug auf den Menschen besondere geistige Kräfte betont, die es zu entwickeln und freizusetzen gilt. Waldorfpädagogik basiert dabei auf einer besonderen Achtung vor der kindlichen Persönlichkeit (Erziehung als Gestaltung der Begegnung von Ich zu Ich), ihrer Phantasie und ihres ästhetischen und kreativen Potenzials. Eine besondere didaktische Rolle spielen dabei das freie Spiel, die besondere Gestaltung und Strukturierung des Raums und der Zeit, naturbelassenes Spielzeug und der Kindergarten als unmittelbarer, anregender und heiterer Lernort. Beide Konzeptionen haben internationalen Rang und sind somit weit verbreitet. Seit einigen Jahren findet auch die in Italien entwickelte Reggiopädagogik mehr Beachtung. Die Experten bestätigen, dass dies auch in Rostock so ist. Bei diesem Ansatz wird das Kind als ein aktiver Lerner betrachtet, dessen Entwicklung durch eine besondere Schulung seiner sinnlichen Wahrnehmungsfähigkeiten in einem ganzheitlichen Ansatz gefördert werden soll (vgl. Schlattmann/Tietze 2004, 25f.).

1.1.2. Platzauslastung

Im Jahr 2003 besuchten in Rostock 1.692 Kinder unter 3 Jahren eine Kinderkrippe. Die Kapazität aller Einrichtungen liegt bei 2.025 Plätzen. Somit beträgt die Platzauslastung in diesem Bereich 83,6 %. Die Anzahl der Kinder im Kindergartenalter, die im Jahr 2003 in einer Einrichtung gemeldet waren, beträgt 4.118. Bei einer Kapazität von 4.806 Plätzen ergibt sich eine Platzauslastung von 85,7%. 2.357 Schulkinder besuchten im Jahr 2003 in der Hansestadt einen Hort. Die Kapazität liegt bei 2.977, es ergibt sich somit eine Platzauslastung von 79,2 %. In diesen Daten sind auch Kinder mitgezählt, die aus dem Umland Rostocks kommen und in der Hansestadt eine der Kindertageseinrichtungen besuchen. Im Jahr 2003 waren dies 448 Kinder. Die Auslastung im Bereich der frühkindlichen und vorschulischen Erziehung und Tagesbetreuung variiert in Rostock allerdings je nach Stadtteil. So schwanken die Auslastungen im Bereich der Krippen je nach Stadtteil

Abb. 42: Auslastungsquote der KITA-Plätze nach Betreuungsform 1991 - 2003 (in Prozent)



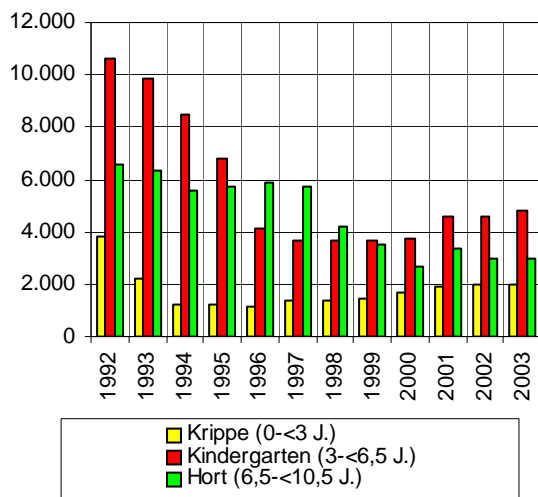
zwischen 55% und 133%, bei den Kindergärten zwischen 63% und 102% sowie bei den Horten zwischen 53% und 100%.

Die Experten weisen darauf hin, dass in der Innenstadt die Kapazität der Einrichtungen weitgehend ausgeschöpft ist. Für viele Kindereinrichtungen gibt es lange Wartelisten, da bestimmte Einrichtungen sehr beliebt sind und von den Eltern favorisiert werden. Natürlich sind aber flächendeckend in allen Stadtteilen Einrichtungen vorhanden, die den Eltern zur Verfügung stehen. Diese versuchen aber wiederum lange Anfahrtszeiten zu vermeiden.

1.1.3. Versorgungsgrad

Die Zahl der *verfügbaren Plätze* in KITAS bezogen auf die Zahl der Kinder unter 10,5 Jahren (rund 12.800) ergibt den *Versorgungsgrad* mit KITA-Plätzen. Der Versorgungsgrad hat sich in den letzten Jahren insgesamt verbessert. (von etwa 60% auf 76%). So steht für jedes zweite Kind im Alter von unter 3 Jahren ein Krippenplatz

Abb. 43: *Verfügbare Plätze in den Kindertageseinrichtungen 1992 bis 2003 nach Betreuungsform*



zur Verfügung, für jedes Kind im Alter von 3- <6,5 Jahre ein Kindergartenplatz und für 80% der Kinder im Alter zwischen 6,5- <10,5 Jahren ein Hortplatz. Gegenüber 1992 hat sich die Versorgungsquote bei den Krippenplätzen von 68% auf 47% im Jahre 2002 verringert. Der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen liegt leicht schwankend auf einem Niveau von etwa 105% und bei Hortplätzen gibt es eine Verbesserung von etwa 50% auf 76,4% Ende 2003.

Die Daten spiegeln mithin auch die rechtliche Situation im Bereich

der frühkindlichen Erziehung und Bildung, aber auch die gesellschaftliche und pädagogische Akzeptanz der jeweiligen Erziehungsinstitution wider. Nur für den Bereich des Kindergartens lässt sich bisher eine Vollversorgung mit Plätzen konstatieren. Allerdings zeigt die langjährige Entwicklung einen Trend zum nachhaltigen Ausbau der familienunterstützenden und -ergänzenden öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder. Die aktuellen Fachdebatten, nicht zuletzt im Gefolge der PISA-Studie, machen dabei immer wieder auch auf die pädagogische Funktion der frühkindlichen Erziehung und Bildung als Garant von Chancengleichheit für die Entwicklung von Kindern, gerade auch aus bildungsfernen Schichten und der Migrantenkinder aufmerksam (vgl. BMFSFJ 2002, 16).

Im Gegensatz zu den alten Bundesländern ist in den neuen Bundesländern und somit auch in Rostock eine ausreichende Betreuung in den Kindertageseinrichtungen gewährleistet. Die Situation der Kindertagesbetreuung in Rostock spiegelt damit den hohen Stellenwert der frühkindlichen Erziehung und Bildung, der insbesondere in den neuen Bundesländern nach wie vor typisch ist – und dies ungeachtet der überaus kritischen Finanzsituation der ostdeutschen Gemeinden und Länder. So übertreffen

Städte wie Rostock ihre westdeutschen Pendanten in Sachen ganztägiger Kinderbetreuung und -bildung immer noch um Längen. So liegt der Versorgungsgrad (31.12.2002) bei den Kinderkrippen in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich bei 38% gegenüber 2% (!) in den alten Bundesländern; bei den Kindergartenplätzen bei durchschnittlich 95% gegenüber 21% im Durchschnitt der westlichen Bundesländer und beim Hort beträgt der Versorgungsgrad in M-V 43% gegenüber 4% in Westdeutschland. (Jugendamt Rostock; Jugendhilfestatistik)

1.1.4. Betreuungssituation

Die Qualität und Leistungsfähigkeit des frühkindlichen Erziehungs- und Bildungssystems ist aber nicht nur von einem umfassenden Angebot an Einrichtungen und Plätzen abhängig, sondern in besonderer Weise auch von dem pädagogischen Personal, das mit den Kindern arbeitet. Die Situation in Rostock ist hier, wie auch sonst in den neuen Bundesländern, von einem erheblichen Stellenabbau in den Kindertageseinrichtungen gekennzeichnet. Der überwiegende Teil dieser Personalreduzierung ist dabei dem demographischen Wandel und der daraus folgenden Schließung von Einrichtungen geschuldet. Die aktuelle Situation der pädagogischen Betreuung in den frühkindlichen Einrichtungen lässt sich nur schwer quantifizieren, da aktuelle Zahlen dazu nicht vorliegen. Zwischen 1991 und 1998 ist das Personal in den Kindertageseinrichtungen der Stadt von 3.350 auf 1.071 Personen zurückgegangen – ein Rückgang um nahezu 70%. Geht man davon aus, dass es sich dabei um pädagogisches Betreuungspersonal handelt, bedeutet dieser Rückgang auch eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels. Während Anfang der 90er Jahre noch durchschnittlich 7 Kinder von einem Erzieher betreut wurden, waren es im Jahr 1998 ungefähr 9 Kinder. Folgt man den Einschätzungen der Fachleute in diesem Bereich, dann ist die Kinderzahl pro Erzieherin bis zum Jahr 2004 erheblich angestiegen, allerdings lassen sich diese Einschätzungen bisher nicht durch Daten belegen.

Zur Personalstruktur in der Kindertagesbetreuung in Rostock liegen keine Daten vor. Allerdings lassen sich hier aus den bundesweit verfügbaren Zahlen Rückschlüsse auch auf Rostock ziehen. Dabei zeigt sich, dass der weitaus überwiegende Teil der Betreuungskräfte im Kindertagesbereich in den ostdeutschen Bundesländern ausgebildete Erzieherinnen sind. Mit 81% liegt dieser Anteil wesentlich höher als in Westdeutschland (57%), wo ein größerer Teil (16%) der Betreuung noch durch angelesene Kinderpflegerinnen abgesichert wird. Gleichzeitig zeigt sich aber auch die ungünstige Altersentwicklung in den ostdeutschen Kindertageseinrichtungen. Der Anteil der 40-60jährigen Erzieherinnen ist hier im Vergleich zu 1991 von 40% auf 69% gestiegen (Westen: 42%). Zugespielt ließe sich konstatieren, dass in den ostdeutschen Kindergärten tendenziell zwei Drittel des Personals der Großelterngeneration der Kinder angehört. Demgegenüber beträgt der Anteil der jungen Erzieherinnen (unter 25 Jahren) im Osten nur 4% (West: 19%). Hier zeigt sich offenbar, dass der Personalabbau seit 1991 vor allem zu Lasten der jungen Fachkräfte ging. Eine Entwicklung, die sozialpolitisch nachvollziehbar, aber pädagogisch und fachlich nicht wünschenswert sein kann. Auch die Stellungnahmen der Rostocker Vorschulexperten deuten in diese Richtung. Zu hoffen ist, dass in den nächsten Jahren verstärkt personalpolitischer Spielraum entsteht, um eine deutliche Verjüngung der Erzieherkollegien zu erreichen. (Jugendamt Rostock; Jugendhilfestatistik).

1.2. Tagespflege

Eine Alternative zu den Kindertageseinrichtungen bietet die Betreuung von Kindern in der Tagespflege. Diese kann für Kinder aller Altersstufen vorgesehen werden. Sie kommt aber überwiegend bei Kindern im Alter von 0-3 vor (vgl. Schlattmann/Tietze 2004, 22). Die Vorteile einer Tagespflege liegen vor allem in der eher individualisierten Betreuung durch den beständigen Umgang mit einer persönlichen Bezugsperson. Demgegenüber spielen gruppenpädagogische Lernerfahrungen eine geringere Bedeutung als in der institutionalisierten Kinderbetreuung. Die Tagespflege hat von 1997 mit 43 Kindern bis 2003 mit 231 Kindern stark zugenommen. Die Entwicklung in Rostock liegt damit im bundesweiten Trend, der in den letzten Jahren eine stetig steigende Bedeutung dieser Betreuungsform aufzeigt. Seit Anfang 2004 gibt es in Rostock 98 Tagespflegestellen mit steigender Tendenz in den Betreuungszahlen. Die Experten heben hervor, dass die Tagespflege für Eltern eine kostengünstigere, aber auch flexiblere und intensivere Möglichkeit darstellt, ihre Kinder unterzubringen. In Rostock wird die Tagespflege in Ergänzung zum neuen KiFöG als Betreuungsform für Kinder bis zu 3 Jahren angeboten. Für Kinder ab 3 Jahren soll dann im Regelfall der Kindergarten die pädagogische Betreuungseinrichtung darstellen, da hier soziale und gruppenbezogene Entwicklungs- und Bildungsprozesse adäquater zu gestalten sind. Bis zu 3 Kinder pro Betreuungsperson sind momentan noch Standard. Zukünftig dürfen es auch 4 sein, dann muss eine Ausnahmegenehmigung beantragt werden. Auch Großpflegetagesstellen sind möglich, wenn 2 Tagespflegepersonen auf 6 Kinder kommen. Ab 7 Kinder gelten die Einrichtungen als genehmigungspflichtig und der Charakter von Tagespflege geht verloren. Tagespflegepersonen müssen eine pädagogische Qualifikation nachweisen und zur Betreuung der Kinder ein pädagogisches Konzept vorlegen können. Die Fachleute betonen dabei die Notwendigkeit, dass die pädagogische Arbeit von Tagespflegepersonen begleitet und kontrolliert wird. Das KiFöG stellt auch hier neue Weichen. Das Jugendamt stellt zu diesem Zweck zwei Fachberater speziell für die Tagespflege bereit, die künftig noch stärker die Tagesmütter begleiten und betreuen sowie den Dialog mit der Selbstorganisation im ‚Verein der Tagesmütter‘ suchen. Positiv bewertet wird in diesem Zusammenhang auch die neue verbindliche Weiterbildung im Bereich der Tagespflege nach dem KiFöG (Jugendamt Rostock).

1.3. Entwicklungen im frühkindlichen Bereich

Die aktuelle Entwicklung im Bereich der Kindertageseinrichtungen ist bestimmt durch die Einführung des KiFöG in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Gesetz vom 01.04.2004 zur Förderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege ist seit 01.08.2004 in Kraft getreten. Erfahrungen mit den neu eingeführten Instrumenten und Konzepten liegen entsprechend gegenwärtig noch nicht vor.

Das Gesetz zielt auf eine grundlegende Modernisierung der frühkindlichen und vorschulischen Pädagogik in Richtung auf ein qualitativ hochwertiges Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere der Ausbau der Bildungsfunktion des Vorschulbereichs. Dazu gehören etwa der neue Rechtsanspruch der Kinder auf eine zielgerichtete schulvorbereitende Betreuung im Jahr vor der Einschulung sowie ein verbindlicher landesweiter Rahmenplan für die vorschulische Bildung der Fünfjährigen und eine Verbesserung der Zusammenarbeit

von Schule und Kindergarten. Neben diesem Ausbau der vorschulischen Bildungsarbeit sieht das Gesetz auch eine deutliche Stärkung der gesundheitspräventiven Maßnahmen vor, neue Mitwirkungs- und Mitbestimmungsregelungen für die Personensorgeberechtigten, neue Fachlichkeitsstandards für das pädagogische Betreuungspersonal sowie eine neue Berechnungsgrundlage für die Finanzierungsstrukturen der Einrichtungen und der Beitragsbemessung.

Die Einführung des neuen Kindertagesfördergesetzes ist von einigen öffentlichen Kontroversen begleitet. Umstritten sind dabei vor allem der Verzicht auf einen verbindlichen Personalschlüssel für die Kindertageseinrichtungen zugunsten eines durchschnittlichen Fachkräftestandards (§10.5), die Differenzierung und Flexibilisierung der Elternbeiträge anstelle einer landeseinheitlichen Regelung, sowie der neue Bemessungsstandard für eine bedarfsgerechte Verteilung der Landesmittel.

Die Fachleute im Bereich der Vorschulpädagogik betonen, dass die Einführung des neuen KiFöG sowohl Vorteile als auch Nachteile birgt und vieles gegenwärtig noch nicht ganz transparent ist. Vorteile ergeben sich aus der Stärkung der Rechte der Eltern und Kinder. Es gibt neue Leistungsvereinbarungen zwischen dem kommunalen Jugendamt und den freien Trägern und es werden Qualitätsstandards für die Einrichtungen erarbeitet. Es wird eine Einführung vorschulischer Bildung in den Kindergärten geben und es wird auf eine Qualifizierung der Mitarbeiter geachtet. Ein großer Nachteil stellt eine Erhöhung der Elternbeiträge dar. Eine Elterninitiative in Rostock hatte u.a. deswegen 15.000 Unterschriften gegen das KiFöG gesammelt. Generell konnte in Deutschland, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, nicht realisiert werden, dass grundlegende Bildungsangebote für die Eltern der Kinder kostenfrei sind. Es bestehen verstärkt Tendenzen, dass durch höhere Kostenanteile der Eltern, ökonomisch schwache Familien keine oder nur eine verkürzte Kindergarten-erziehung für ihre Kinder erhalten. Weiterhin sind nach Meinung der Experten noch viele Eltern verunsichert und benötigen mehr Aufklärung. Die Experten betonen auch, dass insgesamt der Betreuungsschlüssel verbessert werden muss, um den Maßgaben der Qualitätssicherung und Anforderungen des neuen KiFöG gerecht zu werden.

Nach Auskunft der Fachleute gibt es bisher noch keinen umfassenden Evaluationsprozess zur pädagogischen Arbeit der Kindertagesbetreuung. Auch Untersuchungen über die Zufriedenheit, Änderungs- und Entwicklungswünsche der Eltern zu den Krippen, Kindergärten und Horten liegen bisher für Rostock offenbar noch nicht vor. Eine Entwicklung in diese Richtung stellt aber in der Folge des KiFöG die Einrichtung und die Arbeit eines Stadtelternrats für den Bereich Kindertagesbetreuung dar, der seit einigen Monaten existiert. Der Stadtelternrat erweist sich bereits jetzt als wichtiger Fortschritt in Richtung zu mehr Kundenorientierung, mehr Betroffenenbeteiligung und auch als Ausgangspunkt für einen neuartigen fachlichen Diskurs zwischen Eltern und Fachkräften zum Thema einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten „frühkindlichen Bildung“. Die Experten sehen das KiFöG als wichtigen Katalysator für eine solche neue Debatte über die Aufgabenstellung, die Struktur, die Konzepte und Methoden der Kindertagesbetreuung.

Insgesamt resümieren die Fachleute das vergleichsweise dichte und gut ausgebaute Netz der Kindertagesbetreuung, dessen Qualität und Leistungsfähigkeit insbesondere auch im Vergleich mit westdeutschen Kommunen sichtbar ist, in denen trotz größeren Wohlstands und Steueraufkommen eine zahlenmäßig deutlich geringere

Versorgung mit Krippen, Kindergärten und Horten zu verzeichnen ist. Wenngleich die Bausubstanz und Ausstattung mancher Kindertageseinrichtung in Rostock, auch für Fachleute und Erzieherinnen in der Hansestadt, ungeachtet der bisherigen Investitionen und Sanierungen, noch manchen Wunsch offen lässt.

Die Entwicklung der Geburtenraten in Rostock lässt hoffen, dass in den nächsten Jahren wieder leichte Zuwachszahlen sowohl in den Krippen, aber auch in den Kindergärten zu erwarten sind. Seit Ende der 90er Jahre steigen die Geburtenraten – wenngleich auf niedrigem Niveau – wieder mit Raten zwischen 3% und 10% pro Jahr kontinuierlich an.

2. Kinder und Jugendliche im Kontext der Jugendhilfe (Erziehungs- und Familienhilfen)

2.1. Jugendhilfe und sozialer Wandel

Die Aufwuchsbedingungen der Kinder und Jugendlichen sind heute in vielschichtiger Weise vom sozialen Wandel und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen gekennzeichnet. Das umfasst sowohl neuartige und verschärfte Risiken und soziale Probleme wie aber auch neue Gestaltungsspielräume und Entwicklungspotenziale für viele soziale Gruppen. Die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in Ostdeutschland war in den letzten 15 Jahren in forcierter Weise von diesem sozialen Wandel beeinflusst und geprägt. Demographischer Wandel, Strukturwandel der Familie und der Lebensformen, sozialer und kultureller Wandel der Lebensphase Jugend, Pluralisierung und Ausdifferenzierung, ökonomische Krise und Ausbildungsplatzmangel sind Stichworte für diese Prozesse. Die Sozialwissenschaften sprechen von gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen, die die Aufwuchs- und Lebensbedingungen der Menschen heute kennzeichnen. Individualisierung, das umfasst zum einen die erweiterten Chancen und Gestaltungsspielräume, die sich insbesondere jungen Leuten heute eröffnen. Individualisierung verweist aber auch auf die verschärften Risiken der eigenen Lebensführungen und die Abhängigkeiten von öffentlichen Institutionen in der Bewältigung der eigenen Biographie.

Für die Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen bedeutet das, dass öffentliche Institutionen der Erziehung und Bildung, aber auch der Beratung und der Hilfen neben den traditionellen Sozialisationsinstanzen Familie, Schule und Beruf immer wichtiger geworden sind. Dabei sind es insbesondere die Leistungen und Angebote der Jugendhilfe, die den Kindern und Jugendlichen „Hilfe zur Lebensbewältigung“, Sozialisationshilfen, aber auch begleitende Unterstützung und Bildung im Prozess der Jugendphase bereitstellen. Ihre rechtliche und institutionelle Basis finden diese Angebote in Gestalt des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG), des kommunalen Jugendamtes sowie der vielfältigen freien Träger der Jugendhilfe in Wohlfahrtsverbänden, Jugendverbänden sowie in Vereinen und Initiativen.

In Rostock hat sich vor diesem Hintergrund in den letzten 15 Jahren ein modernes, ausdifferenziertes, leistungsfähiges und pluralistisches soziales Netz der Erziehungs- und Sozialisationshilfen herausgebildet. Gemeinsam ist den Trägern der Jugendhilfe heute ein programmatisches Selbstverständnis und Leitbild als moderne soziale Dienstleistung, die auf der Basis von Freiwilligkeit, Betroffenenbeteiligung, sozialräumlicher Orientierung, kooperativen und demokratischen Netzwerkstrukturen und in enger Abstimmung mit den Familien und Eltern, den Kindern und Jugend-

lichen die bestmöglichen Angebote in der Unterstützung ihres individuellen Entwicklungsprozesses bereitstellen wollen. Oberste Maxime ist dabei stets die konsequente Subjektorientierung der Jugendhilfe, d.h. die Orientierung am „Kindeswohl“ und die Förderung des sich entwickelnden jugendlichen Individuums zu einer „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“.

Für die Jugendhilfe in Ostdeutschland bedeutete dies nach 1990 einen tiefgreifenden Wandel, der weit über die Modernisierung der Gebäude und den Umbau der Trägerstrukturen hinausging. Es galt, mit den vorhandenen Fachkräften gemeinsam die Basis für eine moderne, demokratische, pluralistische, am mündigen und selbstbestimmten Bürger ansetzende Erziehung und Jugendhilfe zu entwickeln – gleichsam ein Wechsel der Lokomotive in voller Fahrt.

Im Jahr 2004 erweist sich, dass dieser Prozess weitgehend gelungen und nahezu vollendet ist. Aus der zentralistischen, obrigkeitstaatlich organisierten Kontroll- und Eingriffsbehörde ist ein moderner sozialpädagogischer Dienstleistungsbereich geworden, in dem das staatliche Jugendamt und die pluralistischen freien Träger um die besten Konzepte, Leistungen und kommunalen Strukturen für die Jugendhilfe ringen. Ein (manchmal) spannungsreicher Prozess angesichts der demographischen Prozesse und der anhaltend prekären Finanzsituation des Landes und der Stadt.

2.2. Erziehungshilfen in Rostock

Die Erziehungshilfen zielen immer auf die Förderung und Verbesserung der Erziehungs- und Entwicklungssituation von Kindern und Jugendlichen. Nach dem Verständnis des KJHG geht dies aber nur in enger Kooperation mit den Eltern und Familien. Das Grundgesetz und das KJHG betonen in jedem Fall das Primat der Familie als exklusiven Erziehungs- und Sozialisationsinstanz für Kinder und Jugendliche. Die Angebote der Jugendhilfe setzen entsprechend auf eine Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie. Dies allerdings in einer gesellschaftlichen Situation, in der die ökonomischen, sozialen und erzieherischen Probleme für Eltern und junge Familien stetig größer zu werden scheinen. Die Familie – als exklusive Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen – bedarf in steigendem Maße der Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe. Die Entwicklung in Rostock spiegelt dies deutlich sichtbar wider.

So hat die Gesamtzahl der Hilfen zur Erziehung⁸ von 1998 bis 2003 von 914 auf 1.015 Fälle zugenommen, ein Zuwachs von rund 11%. Das scheint zunächst nicht viel. Tatsächlich vollzieht sich dieser Zuwachs auf dem Hintergrund einer gleichzeitig deutlichen Abnahme der Zahl der Kinder und Jugendlichen in diesem Zeitraum – von 45.343 (1998) auf 35.899 (2003). Die potenzielle Zielgruppe der Erziehungshilfen ist in diesem Zeitraum von 5 Jahren somit um 20% geschrumpft, während die Anzahl der Empfänger von Erziehungshilfen um 11% gestiegen ist. Berechnet man die Hilfen zur Erziehung proportional zur Bevölkerung, dann ergibt sich ein Zuwachs um rund 40%. 1998 waren in Rostock rund 2% der Kinder und Jugendlichen bis zu 21 Jahren Empfänger von Erziehungshilfen, im Jahr 2003 sind es demgegenüber 2,8%.

Die stärksten Zuwächse bei den absoluten Hilfezahlen entfallen dabei auf die Sozialpädagogische Familienhilfe (+112%), die Erziehungsberatung (+65%) und die

⁸ Inkl. §§ 19,20, 42 KJHG

Erziehungsbeistandschaft (+37%). Einen deutlichen Rückgang gibt es demgegenüber in der Vollzeitpflege (-33%), in der Tagesgruppe (-17%), in der sozialen Gruppenarbeit (-43%) sowie bei den Hilfen für junge Volljährige (-26%). Die Inobhutnahme (§42 KJHG) und vorläufige Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ging im selben Zeitraum von 322 auf 211 Fälle zurück (-35%).

Im Bereich der stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Heimerziehung oder sozialpädagogisch betreuten Wohnformen lässt sich für Rostock eine leichte Steigerung der Fälle um 4% verzeichnen. Insgesamt nahmen im Jahr 2003 370 Kinder und Jugendliche eine solche Wohnform und Unterbringung außerhalb der Familie in Anspruch.

Die Jugendhilfestatistik weist für 2003 darüber hinaus 130 Fälle von Erziehungsberatung, 157 Fälle im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe, 80 Fälle von Erziehungsbeistandschaft, 63 mal Tagespflege und 69 Fälle von Vollzeitpflege aus.

Der Anstieg der Jugendhilfeleistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung liegt prinzipiell im langjährigen bundesweiten Trend. So haben in der Bundesrepublik die Hilfen zur Erziehung seit 1991 von 343.487 auf 482.133 zugenommen⁹, ein Zuwachs von 40%. Dabei lässt sich in diesem Anstieg vor allem die Tendenz zu ambulanten Hilfen gegenüber stationären Unterbringungsformen außerhalb der Familie (z.B. Heim, Betreutes Wohnen) aufzeigen. So hat sich die Zahl der Erziehungsbeistandschaften seit 1991 (85.052) bundesweit verachtfacht (2003 – 683.416 Hilfen); die Erziehungsberatung verzeichnet im selben Zeitraum eine Verdoppelung der Fälle auf 301.650 institutionelle Beratungen und die Sozialpädagogische Familienhilfe nimmt von 13.027 (1991) auf 41.879 Fällen (2003) zu, eine Verdreifachung der Hilfen. Diese erheblichen Zuwachszahlen bei den Hilfen zur Erziehung machen auf den nachhaltigen Strukturwandel in der Erziehungsfähigkeit der Familien aufmerksam. Familie ist demnach die zentrale Erziehungs- und Sozialisationsinstanz, allerdings nehmen immer mehr Familien öffentliche sozialpädagogische Hilfen in Anspruch. Familienerziehung ist heute auch jenseits der institutionellen Erziehung und Bildung in Kindertageseinrichtungen und Schule, in steigendem Maße auch eine öffentliche Angelegenheit: eben elterliche Erziehung in Kooperation mit sozialpädagogischen und therapeutischen Fachkräften.

In Mecklenburg-Vorpommern existierten Ende 2002 im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) insgesamt 353 Einrichtungen der Jugendhilfe mit insgesamt 3.784 Plätzen. Davon entfielen auf die Hansestadt Rostock 45 Einrichtungen mit insgesamt 604 Plätzen. Im Bereich der HzE waren in M-V insgesamt 1.838 Personen tätig, davon 304 in Rostock. Sieht man sich das Verhältnis von verfügbaren Plätzen und Personal an, dann ergibt sich bundesweit ein Schlüssel von 1,6 Plätzen pro tätiger Person. In Mecklenburg-Vorpommern und Rostock entfallen auf jeden Mitarbeiter im Bereich der HzE demgegenüber rund 2 Plätze in den Jugendhilfeeinrichtungen. (Daten: Jugendamt Rostock; Jugendhilfestatistik)

2.3. Heimerziehung

Ungeachtet des Trends zum Ausbau der ambulanten Erziehungshilfen erweist sich die Zahl der stationär betreuten Kinder und Jugendlichen in Heimen und sonstigen

⁹ ambulante und stationäre Erziehungshilfen ohne Beistandschaften, Adoptionen, Vormundschaften und Pflegschaften

betreuten Wohnformen bundesweit seit vielen Jahren als stabil. Seit 1993 werden jährlich zwischen 27.000 und 28.000 junge Menschen neu in Heimen und Wohngemeinschaften aufgenommen¹⁰ – im Jahr 2003 waren es 27.111, davon 21.907 im Heim, 3.760 in einer Wohngemeinschaft und 1.444 in einer eigenen Wohnung. Proportional zum Bevölkerungsanteil der unter 18jährigen sind das zwischen 160 und 175 Kinder und Jugendliche pro 100.000 (2003: 163). Dabei ist keine eindeutige Entwicklungsrichtung zu beobachten. Der Anteil der Mädchen ist dabei stets etwas geringer als bei den Jungen. Auch im Binnenverhältnis zwischen den Formen Heim, Wohngemeinschaft und eigene Wohnung lässt sich seit Jahren keine signifikante Verschiebung mehr erkennen. Hatte sich der Anteil der neueren und dezentralen Hilfen (WG, Wohnung) in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch etwa verdoppelt, so stagnieren die proportionalen Anteile doch seitdem. Der Anteil der Unterbringung im Heim liegt bundesweit bei den Neubelegungen somit bei etwa 80%, der Wohngemeinschaften bei ca. 15%, der Wohnungen bei etwa 5%. Dabei zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. In den neuen Bundesländern liegt der Anteil der Hilfen in Wohngemeinschaften mit rund 20% deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt mit 12%. Die Differenz spiegelt aber keine unterschiedliche Perspektive auf das Leistungsangebot Heim, sondern geht zu Lasten der eigenständigen Wohnungen. In Ostdeutschland wird dieses stärker individualisierende Angebot nur in rund 1% der Fälle eingesetzt. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Anteil der Plätze in Wohngemeinschaften demgegenüber mit 16,6% näher am Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der Altersgruppen in den Heimen und WG's zeigen sich deutliche Unterschiede: So ist der Anteil der Kinder unter 12 Jahren in M-V mit rund 15% deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt (24%). Demgegenüber überwiegt in Mecklenburg-Vorpommern die Gruppe der Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren mit 47,4% gegenüber 41,2% im Bundesdurchschnitt. Die Aufenthaltsdauer der Kinder und Jugendlichen in den Heimen und Wohnformen ist in M-V etwas kürzer als im Bundesdurchschnitt. Dabei fallen die Unterschiede insbesondere innerhalb des ersten Jahres ins Gewicht: Nahezu jeder Zweite (47%) der Bewohner verlässt innerhalb von 12 Monaten wieder die stationäre Unterbringung. Bundesweit sind das nur 42%. Bei den Langzeitbewohnern gibt es dagegen keine Unterschiede: Rund 5,5% der Jugendlichen leben länger als 7 Jahre in den stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe (Statistisches Bundesamt 2003).

In Rostock gibt es gegenüber 1998 einen leichten Anstieg bei den Fallzahlen zur Heimerziehung – von 355 auf 370 (2003). Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis zur Altersgruppe der Bevölkerung in Rostock (0-21 Jahre), dann ergibt sich allerdings ein Zuwachs von rund 28% gegenüber 1998. Waren 1998 noch von 10.000 Kindern und Jugendlichen 78 in Heimen und betreuten Wohnformen, so sind es 2003 bereits 103 pro 10.000. Der Anteil dürfte proportional damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Stationäre Erziehungshilfen werden in der Hansestadt von 12 Trägern angeboten.

2.4. Erziehungs- und Familienberatung

Wie die anderen ambulanten Erziehungshilfen auch haben die Beratungsdienste unter den HzE seit Anfang der 80er Jahre bundesweit einen erheblichen Zuwachs erfahren.

¹⁰ Ausnahme 2001: 29.602 Kinder und Jugendliche

Gegenüber 1991 hat sich die Zahl der institutionellen Beratungsfälle bis 2003 verdoppelt. Die Beratungsdienste umfassen dabei drei fachliche Schwerpunkte: die Erziehungs- und Familienberatung, die Jugendberatung sowie die Suchtberatung. Die Erziehungs- und Familienberatung stellt mit rund 90% den weitaus überwiegenden Anteil an den Beratungsformen dar (Jugendberatung: 10%; Suchtberatung: 1%). Bundesweit fanden im Jahr 2003 268.276 Erziehungs- und Familienberatungen statt. Dass sich hinter dem langjährigen Zuwachs ein steigender Bedarf an lebensbegleitenden Hilfen aufgrund komplexer gewordenen Lebens- und Erziehungsverhältnissen verbirgt, zeigt auch die Ausweitung der Adressaten von Beratung: Nahmen 1991 von 10.000 jungen Menschen unter 27 Jahren rund 59 eine Beratung in Anspruch, so sind es 2003 bereits 127 von 10.000 – bei den unter 18jährigen gar 180.

In Rostock wurden im Jahr 2003 insgesamt 130 Fälle von Erziehungsberatung durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr (= 87) ist das ein Zuwachs von 50%. Davon entfallen 82 Fälle auf die pädagogischen und therapeutischen Leistungen nach § 27 Abs.3 (2002: 50 Fälle).

Der wichtigste Anlass für eine Beratung sind Beziehungsprobleme (40%), gefolgt von Entwicklungsauffälligkeiten (26%), Schul- und Ausbildungsproblemen (26%) sowie die Trennung bzw. Scheidung der Eltern (22%). Jungen sind häufiger Anlass für eine Erziehungsberatung als Mädchen. Rund 58% der Beratungen entfallen auf Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 15 Jahren. Besonders häufig wird Erziehungsberatung von allein erziehenden Elternteilen in Anspruch genommen (30% der Fälle). Nur rund 13% aller institutionellen Beratungen in Deutschland fanden 2003 in den neuen Bundesländern statt. Darin spiegelt sich allerdings der nachhaltige demographische Knick nach 1990. Der Anteil der ostdeutschen Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren beträgt nur noch rund 12% der bundesdeutschen Altersgruppe. In Mecklenburg-Vorpommern fanden 2003 insgesamt 2.400 Erziehungsberatungen statt.

2.5. Vollzeitpflege

Auch wenn die Entwicklung innerhalb von Jugendhilfe und Sozialpädagogik auf den Ausbau ambulanter Erziehungshilfen zielt, müssen oftmals stationäre Angebote das pädagogische Mittel der Wahl sein. Eine Alternative zu den institutionalisierten und professionalisierten Betreuungsformen stellt hier – insbesondere für jüngere Kinder – die Vollzeitpflege dar. Insgesamt wurden im Jahr 2003 in der Bundesrepublik 10.203 Kinder und Jugendliche neu in Pflegefamilien untergebracht. Die Unterbringung erfolgt in ungefähr 15% der Fälle in verwandtschaftlichen Kontexten der Kinder (Großeltern usw.), alle anderen werden in anderen Pflegefamilien betreut. Rund 70% der Kinder sind jünger als 12 Jahre, 60% sogar jünger als 9 Jahre.

In M-V wurden im Jahr 2003 insgesamt 291 neue Vollzeitpflegschaften begonnen. Der Anteil der Mädchen ist dabei mit 135 etwas geringer als der der Jungen (156). Die Altersverteilung der Kinder entspricht in etwa dem Bundesdurchschnitt, wengleich der Anteil an Kleinstkindern – unter 3 Jahren – in M-V mit 20% um 6,4% unter dem Bundesdurchschnitt liegt. 85,6% der Kinder haben vor der Pflegefamilie bereits Erfahrungen mit anderen ambulanten oder stationären Erziehungshilfen gemacht, das sind fast 10% mehr als im Bundesdurchschnitt. 10,7% der Pflegekinder in M-V haben bereits Erfahrungen mit einer anderen Pflegefamilie gemacht, das sind etwa soviel wie im Bundesdurchschnitt (11,2%). Allerdings ist der Anteil

der vorherigen Heimkinder deutlich höher: 16 % der Pflegekinder in M-V haben bereits Heimerfahrungen. Durchschnittlich bleiben die Kinder (2002) etwa 4 Jahre in den Familien, allerdings mit großer Streuung: etwas weniger als ein Drittel bleibt nur bis zu einem Jahr, knapp 40% bleiben 1-5 Jahre und etwas weniger als ein Drittel bleibt länger als 5 Jahre. 17% der Kinder halten sich weniger als 6 Monate in der Pflegefamilie auf.

Die Zahl der Vollzeitpflegen nimmt in einem langjährigen Trend gleichmäßig ab. Bundesweit sind im Jahr 2003 etwa 10% weniger Kinder in einer Pflegefamilie untergekommen als im Jahr 1991. In Ostdeutschland und auch in Rostock nimmt diese Hilfeform seit Jahren – aufgrund der demographischen Entwicklung – stärker ab: So hat sich in der Hansestadt die Zahl der Vollzeitpflegen im Jahr 2003 gegenüber 1998 um etwa 30% reduziert: Insgesamt wurden noch 69 Kinder und Jugendliche in Familien betreut und versorgt.

2.6. Sozialpädagogische Familienhilfe

Die Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) kennzeichnet die intensivste ambulante Betreuungsform innerhalb des Erziehungs- und Familiensystems. Auch hier spiegeln sich die in den letzten Jahren stärker gewordenen Belastungen des Familienzusammenhangs in einem langjährigen und kontinuierlichen Hilfe- und Betreuungszuwachs. Waren es im Jahr 1991 bundesweit noch rund 13.027 Familien, die diese Form der Hilfen zur Erziehung in Anspruch nahmen, so hat sich diese Zahl bis zum Jahr 2003 mehr als verdreifacht auf 41.878 Betreuungsfälle¹¹. Die Betreuungsquote pro Familie stieg im selben Zeitraum sogar um das Vierfache von 4 auf 16 Familien pro 10.000 Familienhaushalte. Untersucht man die Struktur der jeweils beendeten Fälle, dann zeigt sich: Rund die Hälfte der Betreuungen entfällt auf Familien mit alleinerziehenden Elternteilen (7.188). Auf Mecklenburg-Vorpommern entfallen insgesamt 652 Fälle der Familienhilfe. Wie in anderen Bereichen der HzE spiegelt sich auch hier ein struktureller Unterschied zwischen Ost und West. Während bundesweit die Hilfen zwischen öffentlichen und freien Trägern annähernd gleich verteilt sind, wird die Hilfe im Osten, so auch in M-V überwiegend (zu 80%) von freien Trägern geleistet. In Rostock sind die Hilfen zur Erziehung vollständig an die freien Träger delegiert. Hier hat sich die Zahl der SPFH-Betreuungen innerhalb von 5 Jahren mehr als verdoppelt, von 74 Fällen (1998) auf 157 Fälle (2003). Der Zuwachs liegt damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (+48%).

2.7. Notdienste und Inobhutnahme

Inobhutnahme ist nach §42 KJHG eine vorläufige Unterbringungsmaßnahme des Jugendamtes, um Kinder und Jugendliche vor einer akuten Gefährdung zu schützen und zu bewahren. Die Gründe für die vorübergehenden Schutzmaßnahmen liegen in M-V vor allem in Beziehungsproblemen (36%) sowie in der Überforderung der Eltern (30%). Alle anderen Gründe sind deutlich seltener anzutreffen: z.B. Vernachlässigung (7,4%), Schulprobleme (5,8%), Integrationsprobleme im Heim und Pflegefamilien (4,7%), Suchtprobleme (4,1%), Delinquenz (3,6%), Kindesmisshandlungen (2,9%), sexueller Missbrauch (2%) oder die elterliche Scheidung (1,9%). In nahezu jedem dritten Fall werden die Schutzmaßnahmen von den Kindern oder Jugendlichen

¹¹ Referenz sind jeweils die bestehenden oder beendeten Fälle für das jeweilige Jahr (Stichtag 31.12.)

selbst eingeleitet. In 43% der Fälle geht die Initiative auf die Polizei, Ordnungs- oder Jugendbehörden zurück. Nur in 14% der Fälle leiten Eltern die Inobhutnahme ein.

Die Anzahl der vorläufigen Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen aufgrund einer Notlage ist in den letzten Jahren in Rostock deutlich zurückgegangen. Wurden 1999 noch 513 Kinder und Jugendliche zeitweise betreut und untergebracht, so waren es im Jahr 2003 nur noch 326 Fälle (-37%). Gleichzeitig ging die durchschnittliche Aufenthaltsdauer zurück: 1999 hielten sich die Jugendlichen noch durchschnittlich 12,6 Tage in den Notdiensten der Hansestadt auf; im Jahr 2003 beträgt die mittlere Unterbringungszeit noch 8,2 Tage. Von den ehemals drei Einrichtungen bieten heute nur noch zwei die Inobhutnahme an. Der Rückgang der Unterbringungen geht vermutlich weitgehend auf den demographischen Rückgang bei den Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland zurück. Die bundesweite Jugendhilfestatistik weist für die letzten Jahre nur einen leichten proportionalen Rückgang der Inobhutnahmen gemessen an den Altersgruppen der unter 18jährigen aus: Von 18 pro 10.000 Jugendliche auf 16.

Unter den betreuten Kindern und Jugendlichen sind mehr Mädchen (55%) als Jungen (45%). Mehr als zwei Drittel sind Jugendliche im Alter zwischen 12 und 18 Jahren (68,4%). Der Mädchenanteil liegt in den mittleren Altersgruppen am höchsten. Von den 14-16jährigen sind fast 70% Mädchen. Bei den Kindern in der Altersgruppe bis zu 12 Jahren überwiegen demgegenüber die Jungen (59%). Jedes dritte Kind bzw. Jugendlicher in den Notdiensten hatte seinen Hauptwohnsitz nicht in Rostock.

Die Geschlechterstruktur der in den Notdiensten betreuten Kinder und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren in den verschiedenen Altersgruppen deutlich verschoben: das Verhältnis hat sich zwischen den Altersgruppen gewissermaßen vertauscht. So lag 1999 der Anteil der Mädchen unter den Kindern wesentlich höher als 2003; demgegenüber hat der Anteil der weiblichen Jugendlichen in den letzten Jahren sukzessive zugenommen.

Der überwiegende Teil der Kinder und Jugendlichen hält sich nur kurze Zeit in den Notdiensten auf: Von den 326 Fällen (2003) bleiben 137 (42%) nur 1-2 Tage, 212 Kinder und Jugendliche (65%) verbringen bis zu 5 Tagen in den Einrichtungen. In 72 Fällen (22%) bleiben die Mädchen und Jungen länger als 10 Tage, davon in Einzelfällen bis zu drei Monaten. Im Landesdurchschnitt ist die Aufenthaltsdauer in den Rostocker Notdiensten damit etwas kürzer. In der Hälfte der Fälle endet die Maßnahme mit der Rückkehr ins Elternhaus. In jedem vierten Fall werden anschließend stationäre Erziehungshilfen eingeleitet. (Jugendamt Rostock; Jugendhilfestatistik Bund und M-V)

2.8. Die Entwicklung der Erziehungshilfen in den Stadtteilen

Der allgemeinen Tendenz der Zunahme der sozialpädagogischen Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien in Rostock steht allerdings eine differenzierte und ungleichzeitige Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen gegenüber. So stehen Stadtteilen mit gravierenden Zuwächsen gegenüber 1998 auch einige Viertel mit einem Rückgang an Erziehungshilfen gegenüber. Der größte Rückgang ist dabei mit 40% in Toitenwinkel zu verzeichnen, wo Ende 2003 noch 87 Fälle von Hilfen zur Erziehung betreut wurden (1998: 145). Leichte Rückgänge gibt es auch in der KTV (-12%) und in Dierkow (Neu, Ost, West: -7%). Die stärkste prozentuale Zunahme an Erzie-

hungshilfen entfällt demgegenüber auf das Hansaviertel und die Gartenstadt (+161%), Reutershagen (+124%), die Südstadt und Biestow (+43%), die Stadtmitte (+35%) und Lütten Klein (+28,8%). Die prozentualen Zuwachszahlen täuschen allerdings etwas über die absoluten Proportionen hinweg: Der größte Bedarf an erzieherischen Hilfen besteht nach wie vor in den Neubausiedlungen in Groß Klein (156 Fälle), in Lütten Klein (134), Evershagen (130), Schmarl (125), Toitenwinkel (87) und Lichtenhagen (84). Die vier Stadtteile mit der jeweils höchsten Nachfrage nach Hilfen zur Erziehung verzeichnen alleine mehr als 50% aller erzieherischen Hilfen durch das Jugendamt und die freien Träger. Untersucht man die Fallverteilung proportional zum Bevölkerungsanteil der unter 18jährigen in den jeweiligen Stadtteilen¹², dann sind die Stadtteile mit den höchsten absoluten Hilfefällen auch diejenigen mit dem höchsten proportionalen Anteil. Dabei erweisen sich allerdings auch signifikante Unterschiede zwischen den Großwohnsiedlungen: So weist Schmarl mit rund 55 Fällen pro 1000 Kinder oder Jugendliche den höchsten Versorgungsgrad auf, gefolgt von Groß Klein mit 41 pro Tausend. Das Mittelfeld bilden dann Evershagen (29), Lütten Klein (24), Lichtenhagen (20), Toitenwinkel (19) sowie Dierkow mit rund 18 Hilfen pro Tausend.

Die stadtteil- und gemeinwesenorientierte Jugendhilfe wird in Rostock durch vier Regionalteams getragen: Nordwest I, Nordwest II, Mitte und Nordost. Untersucht man die Entwicklung der Fallzahlen in den Teams, dann verzeichnet das Regionalteam Mitte den stärksten Zuwachs von 50% (216 Fälle), die Nordwestteams einen Zuwachs von 16%; demgegenüber sind die Hilfen zur Erziehung im Regionalteam Nordost um 27% zurückgegangen.

Bezieht man die Jugendhilfestatistik auf die jeweilige Sozialstruktur der Stadtteile, dann fällt die Konzentration an sozialen Problemen in den Großwohnsiedlungen auf: Die Stadtteile mit den höchsten Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung sind zugleich auch die Stadtteile mit der höchsten Arbeitslosigkeit, mit den höchsten Quoten an Alleinerziehenden und der höchsten Sozialhilfequote.

Die kommunale Jugendhilfestatistik erlaubt leider keine Differenzierung der einzelnen Hilfen zur Erziehung in den jeweiligen Stadtteilen. Insofern lassen sich nur die Daten zur Gesamtentwicklung dieses Jugendhilfebereichs darstellen. (Jugendamt Rostock; Jugendhilfestatistik)

2.9. Entwicklungslinien der Hilfen zur Erziehung (HzE) in Rostock

Die Analysen der Experten machen deutlich, dass die Jugendhilfe in Rostock unter der Gesamtplanungsverantwortung des Jugendamtes in den letzten Jahren einen konsequenten Modernisierungskurs eingeschlagen hat, der sich charakterisieren lässt mit den Begriffen Regionalisierung, Professionalisierung, Bürgernähe, Adressatenorientierung, Sozialraumorientierung und Gemeinwesenorientierung. Dabei geht es nicht nur um eine Effizienzsteigerung und Qualitätsentwicklung der vorhandenen fachlichen und finanziellen Ressourcen. Das Konzept zielt letztlich auch auf eine soziale und kulturelle (Wieder)Belebung der Gemeinwesenstrukturen und ihrer sozialen Selbsthilfesysteme in der Stadt. Strukturelle Grundlage dafür ist die Differenzierung

¹² Die Fallzahlen sind bezogen auf die jeweilige Stadtteilbevölkerung unter 18 Jahren (Stand: 31.12. 2002). Eine mögliche Ungenauigkeit ergibt sich in der Berechnung durch die Hilfen für junge Volljährige (18-21 Jahre), die nicht stadtteilbezogen aus den HzE herausgerechnet werden konnten. Deren Anteil an den HzE beträgt insgesamt etwa 9%.

der sozialen Dienste in vier Regional-Teams sowie die konsequente Delegation der pädagogischen Leistungen an die freien Träger der Jugendhilfe. Die Bereichssozialarbeiter sind vor Ort in den Stadtteilen und verfügen über unmittelbare Erfahrungen mit den sozialräumlichen Gegebenheiten und den sozialen Problemen, aber auch Ressourcen der Klienten.

Dieser Strukturwandel ist innerhalb der Szene der freien Träger und der professionellen Fachkräfte zwangsläufig mit Unsicherheiten und bisweilen mit Skepsis verbunden. Die Umstrukturierung und Modernisierung der Hilfeeinstrumente stellt auch gewohnte Strukturen, Ressourcen und Konzepte in Frage, etwa in der Entwicklung neuer flexibler, klientenorientierter Hilfeeinstrumente. Hier erweist sich offenbar das Spannungsverhältnis zwischen einer sinnvollen und notwendigen weiteren Flexibilisierung der Erziehungshilfen und den trügerspezifischen, teilweise langjährig vorhandenen Hilfeeinstrumenten auch weiterhin als Aufgabe für den Reformprozess.

Als programmatische Leitlinie der Reform lässt sich aus Sicht der Fachkräfte vor allem die Stärkung flexibler, ambulanter Erziehungshilfen ausmachen: Die stadtteilorientierten Teams sollen so effizienter bestehende (Selbsthilfe)Ressourcen in den Familien unterstützen und methodische Ansatzpunkte für einen Ausbau präventiver Konzepte gewinnen. Mit anderen Worten: Möglichst früh und möglichst nah sollen die Hilfen ansetzen. Institutionelle Basis für dieses Konzept stellen die „Stadtteil- und Begegnungszentren“ dar – bisher in Dierkow, Lichtenhagen, Schmarl und Toitenwinkel. Die Umstrukturierung wird dabei durchaus als offener Prozess der Konzeptentwicklung in kooperativer Vernetzung der verschiedenen beteiligten Träger gesehen.

Der Versorgungsgrad an institutionellen und personellen Ressourcen im Bereich der Jugendhilfe/Erziehungshilfen wird als durchaus gut und ausreichend bezeichnet. Generell betonen alle Experten, dass die Prävention im Kontext der Hilfen zur Erziehung eine eher nachrangige Bedeutung hat. Die sozialen Dienste greifen auf der Basis der vorhandenen Struktur letztlich erst, wenn soziale Probleme schon vorliegen – teilweise schon langjährig verfestigt sind. Hier wird insbesondere auf den möglichen Einsatz der familienbildenden und trainingsorientierten Maßnahmen verwiesen. Als Hürde für einen Ausbau präventiver Instrumente gelten in diesem Zusammenhang aber nicht nur bestehende Ressourcen, sondern bisweilen auch die mangelnde pädagogische Mitwirkungsbereitschaft der Eltern in problembelasteten Familien. Hier stellen sich somit zusätzliche Aufgaben der Elternarbeit.

Als wertvolles Instrument für einen präventiven und aufsuchenden Zugang zu den jugendlichen und familiären Lebenswelten gelten für einigen Experten auch die Straßensozialarbeiter. Hier wird durchaus noch zusätzlicher Bedarf gesehen. Die Straßensozialarbeit mit ihrer aufsuchenden Konzeption erscheint gerade vor dem Hintergrund einer konsequenten Sozialraumorientierung als wichtiges Bindeglied und als zentrale Schnittstelle für den explorativen und präventionsorientierten Zugang zu sozialen Gruppen, sozialen und kulturellen Milieus und oftmals noch latenten Problemlagen. Die Streetworker erscheinen dabei insbesondere auch als Mittler zwischen den Generationen, da zumeist jüngere Mitarbeiter den notwendigen und sinnvollen Kontakt zu den Jugendszenen und Jugendkulturen ermöglichen. Als ein (latentes) strukturelles Problem im Bereich der Erziehungshilfe erscheint im Blick der Fachkräfte auch die Personalstruktur: Wünschenswert wäre hier eine Verjüngung und ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis. Insbesondere männliche Fachkräfte, als

potenzielle pädagogische Bezugspersonen gegenüber einer vorwiegend männlich jugendlichen Klientel wären aus fachlicher Sicht gewiss wünschenswert.

Als möglicher zusätzlicher Bedarf wird vereinzelt ein niedrigschwelliges Angebot mit Übernachtungsmöglichkeiten für problembelastete Jugendliche genannt.

Als potenzielles (zukünftiges) Problem der Erziehungshilfen gelten einigen Experten auch die Auswirkungen des sozialen und sozialpolitischen Strukturwandels auf die Jugendlichen und Heranwachsenden. So sind die sozialen Dienste verstärkt mit jugendlicher (teilweise noch kindlicher) Klientel konfrontiert, die sich durch ausgeprägte Selbstbehauptungsmuster und Selbstständigkeitsansprüche auszeichnen. Es erweist sich als besondere Herausforderung für die sozialpädagogischen Fachkräfte, diese Kinder und Jugendlichen entsprechend der gesetzlichen Forderung nach Betroffenenbeteiligung auch für eine konstruktive und wirkungsvolle Mitarbeit und Kooperation bei der Hilfeplangestaltung zu gewinnen.

Als Herausforderung für die sozialen Dienste gelten auch die erwarteten neuen Problemstellungen durch Harz IV und damit die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in Bezug auf die Zielgruppe der unter 25jährigen. Unter dem Gesichtspunkt der Hilfen zur Erziehung lässt sich diese Reform auch als Sozialpädagogisierung der Arbeitsmarktinstrumente verstehen. Die neuen Jobcenter und Fallmanager überführen im Prinzip strukturelle (und bewährte) Elemente des Hilfeplanverfahrens (Fallorientierung, Prozessorientierung, Interdisziplinarität, Kooperationsgebot usw.) in die Berufsberatung und Jugendberufshilfe. Das Jugendamt in Rostock entspricht diesen neuen Anforderungen im Gefolge der Harz IV Reform denn auch u.a. mit dem Jobcenter U25, in dem auch drei Sozialarbeiter des Jugendamtes mitwirken. Die klassischen Erziehungshilfen und sozialen Dienste erweitern sich im Rahmen dieser Reform sukzessive auch zu einer fallorientierten sozialpädagogischen Sozialisations- und Integrationshilfe auch für Heranwachsende und junge Erwachsene.

Die aktuellen Reformen im Bereich der Jugendhilfe lassen erkennen, dass sich die sozialen Dienste der Jugendhilfe immer stärker öffnen müssen gegenüber den verschiedenen – ehemals eher voneinander getrennten – lebensweltlichen Strukturen und Sozialisationsinstanzen. Neben Stadtteilorientierung, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt betrifft dies verstärkt auch die Kooperation mit der Schule. Fachtagungen zum Thema Jugend(sozial)arbeit und Schule, sowie Erziehungshilfe und Schule belegen auch in Rostock diesen Trend. Von der personenorientierten sozialen Dienstleistung entwickeln sich die sozialen Dienste in ihren verschiedenen Hilfeinstrumenten immer stärker zu einer Koordinationsstelle für ein lebensweltorientiertes soziales Netzwerk, in dem alle an Erziehung, Bildung und Sozialisation beteiligten Akteure mitwirken.

Programmatische und konzeptionelle Drehscheibe für diese Entwicklung sind dabei insbesondere die regelmäßigen Fach- und Trägerkonferenzen, sowie die kontinuierlichen fachbezogenen Arbeitsgemeinschaften, die in der planenden Verantwortung des Jugendamtes und in Kooperation mit den freien Trägern, auch jenseits des Jugendhilfeausschusses einen regelmäßigen Fachdiskurs zwischen den professionell Beteiligten in der Stadt herstellen.

Ausbaufähig scheint diese Entwicklung zu einer dynamischen und kooperativen Jugendhilfeentwicklung, auch im Blick der Experten, wohl noch in Richtung zu mehr zivilgesellschaftlicher Beteiligung und gemeinwesenorientierten Strukturen. Insbe-

sondere die Stadtteiltische als Orte einer gemeinwesenorientierten Jugendhilfepolitik ließen sich durch eine systematische Bürgerbeteiligung in ihrer demokratischen, beteiligungsorientierten Funktion noch stärken.

In Bezug auf die Stärkung von professioneller Fachlichkeit im Bereich der Erziehungshilfen wird eine mögliche Verbesserung der interdisziplinären und trägerübergreifenden Kooperationen sowie der Betroffenenbeteiligung im Rahmen des Hilfeplanverfahrens hervorgehoben. Hier wird bisweilen mit Blick auf die Sozialpädagogen im Bereich HzE durchaus selbstkritisch eingeräumt, dass das Leitbild einer demokratischen und kooperativen Beteiligung der Adressaten an der Hilfeplanentwicklung, wie sie das KJHG seit 1990 vorschreibt, in der Rostocker Sozialarbeitspraxis vor Ort noch ausbaufähig ist.

Die Kooperation der verschiedenen Jugendhilfeträger wird von den meisten Experten noch als verbesserungsfähig eingestuft. Zwar gibt es bereits institutionalisierte Ansätze (z.B. Stadtteiltische), darüber hinaus erscheinen Kooperationen aber noch eher von einzelnen persönlichen Beziehungen abhängig zu sein. Hier wird u.a. Bedarf an verstärkter Kommunikation und Kooperation im Sinne eines „Hilfenetzwerks“ gesehen.

2.10. Regionalspezifische Problemlagen

Als besondere soziale Problemlagen werden von den Experten für Dierkow und Toitenwinkel die Problematik alleinerziehender Mütter mit Kindern genannt. In den Stadtteilen kommt es zu einer Konzentration alleinerziehender junger Frauen mit gravierenden sozialen, aber auch eigenen Persönlichkeitsproblemen (Alkohol, Drogen, Erziehungsprobleme). Die Bevölkerungsstatistik belegt diesen Eindruck der Fachkräfte. Dierkow-Neu und Toitenwinkel weisen in Rostock mit 15 bzw. 16 Alleinerziehenden pro 100 Frauen deutlich den höchsten Anteil dieser Personengruppe in der Stadt auf. Dierkow-Neu weist zugleich auch die höchste Sozialhilfequote der Stadt auf mit 108 Hilfeempfängern pro 1.000 Einwohner. Das ist fast doppelt soviel wie der städtische Durchschnitt von 57. Dierkow-Neu weist zugleich die höchsten Zuwachsraten im Sozialhilfebezug auf. Innerhalb von vier Jahren ist die Sozialhilfequote hier um fast 90% angestiegen.

Darüber hinaus wird insbesondere in dem Zuwachs an Alkohol- und Drogenkonsum unter Jugendlichen ein wachsendes Problem gerade auch für den Bereich der Hilfen zur Erziehung gesehen, da bei dieser Zielgruppe die notwendige Kooperationsbereitschaft für eine mögliche Hilfe nur schwer zu gewinnen ist.

Die Ursachen dafür werden vor allem in der regionalen Sozialstruktur des Stadtteils gesehen: eine Konzentration von Bürgern aus sozial schwachen Milieus, viele Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose, sowie in Segregationsprozessen der Neubauviertel.

In Bezug auf die Herkunftsmilieus der Adressaten für HzE dominieren im Blick der Sozialarbeiter „soziale Mangelmilieus“, also Klienten aus sozial schwachen Familien. Bei den Kindern und Jugendlichen der Erziehungshilfen überwiegen zudem

die Bildungsgruppen aus den Förder- und Hauptschulen. In einzelnen Regionalteams findet sich kein einziger Gymnasiast unter den Adressaten.

Abb. 44: Sozialhilfeempfänger (HLU) in ausgewählten Stadtbereichen am 31.12. 1999 und 2003 je 1.000 EW

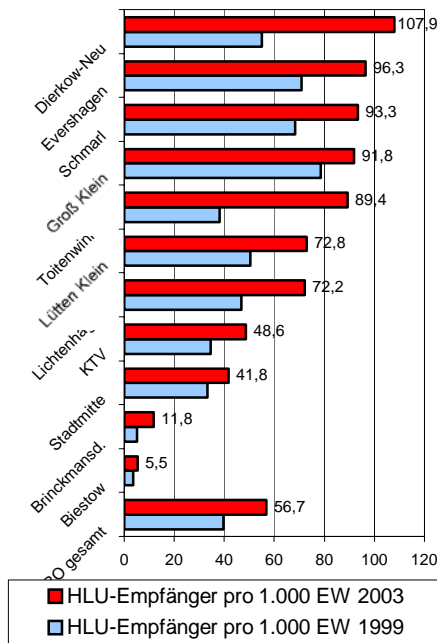
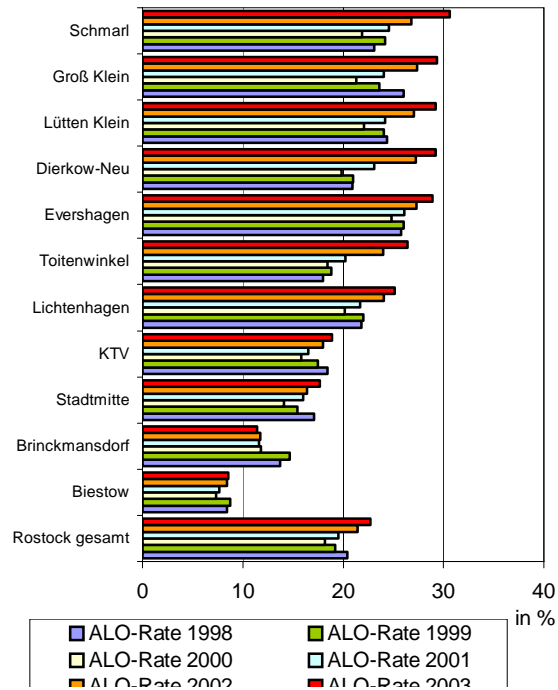


Abb. 45: Die Entwicklung der Arbeitslosenraten in ausgewählten Stadtbereichen (jeweils 31.12.)



Als auffällig wird von verschiedenen Experten die signifikante Zunahme ökonomischer, finanzieller Probleme bei den Adressaten gesehen: Verarmungs- und Überschuldungsprozesse sowie private Insolvenzen. Dabei nimmt im Blick der Fachkräfte gerade auch bei Jugendlichen die Verschuldungsfalle zu – etwa durch Handy- und Internetrechnungen. Erziehungshilfe beginnt so immer häufiger in der Schuldnerberatung. Mit Blick auf diesen Problemzusammenhang wird die Notwendigkeit einer präventiv und niedrigschwellig ansetzenden Familienbildung betont, für die allerdings vor dem Hintergrund bisheriger Finanzierungsstrukturen und –präferenzen noch zu wenig Ressourcen bereitstehen.

Im Zusammenhang mit diesen gravierenden sozialen Ungleichheiten in den Herkunftsmilieus werden als soziale und erzieherische Folgeprobleme insbesondere auch die Marginalisierungs- und Deprivationsprozesse bei den Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien genannt (Stigmatisierung, Ausgrenzung usw.). In diesem Zusammenhang betonen die Fachkräfte die Bedeutung der außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit als eine der wenigen potenziell kompensatorischen Bildungsräume für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche.

3. Kinder und Jugendliche in Schule und Bildung

Neben den demographischen Entwicklungen (Geburtenknick, negatives Wanderungssaldo), die massiv auf die Strukturen der Schulen durchschlagen, sind die Rostocker Schulen darüber hinaus mit zwei großen schulspezifischen Entwicklungen konfrontiert. Zum einen ist die Qualität und der Erfolg der Schule und ihres Unter-

richs zunehmend durch außerschulische soziale Probleme beeinflusst und geprägt (z.B. Arbeitslosigkeit, Erziehungsfähigkeit der Familie, Ausbildungsmarkt). Zum anderen stellt die Bildungsreformdebatte neue und veränderte Anforderungen an die Binnenstruktur der Institution Schule (z.B. PISA, Leseförderung, Schulverweigerer, Ganztagschule usw.).

Die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie haben in Deutschland die Debatte um eine grundlegende Reform und Modernisierung der schulischen und außerschulischen Bildung entscheidend beeinflusst. Die Diskussion um den Ausbau der Ganztagschulen und die Bedeutung einer Ganztagsbildung sind ein Beispiel für das neue Interesse an Bildungsreform. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland mit seinem Schulsystem, das überwiegend auf Halbtagschulen baut, in einer Sonderposition. In vielen anderen Ländern stellen demgegenüber Ganztagschulen ein so selbstverständliches Prinzip des Bildungssystems dar, dass es nicht mal einen eigenständigen Begriff dafür gibt. Schule bedeutet dort ganz selbstverständlich, dass Schüler auch am Nachmittag unterrichtet und betreut werden. Am 12. Mai 2003 unterzeichneten Bund und Länder gemeinsam die Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung". Damit stellt der Bund den Ländern bis zum Jahr 2007 insgesamt 4 Milliarden Euro für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung. Damit soll in der gesamten Bundesrepublik ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagschulen geschaffen werden. Das Investitionsprogramm ist allerdings wohl nur ein erster Schritt auf dem Weg zur notwendigen Bildungsreform, die Bund und Länder gemeinsam tragen. Auch die Schulentwicklung in Rostock zielt auf die Entwicklung und den Ausbau von Ganztagschulen. Ganztagschulen ermöglichen eine individuelle Förderung, die auf die unterschiedlichen Stärken, Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingeht. Dabei entspricht Ganztagsbildung nicht nur den Erziehungs- und Bildungsanforderungen junger Menschen in einer hochkomplexen Gesellschaft; Ganztagschule erweist sich auch unter ökonomischen Gesichtspunkten als ein notwendiges und sinnvolles Angebot für junge Familien, da sie den Eltern selbstverständlicher und besser die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht und somit ihren Bedürfnissen und Lebensplänen adäquater entspricht.

3.1. Aktuelle Schul- und Schülerzahlen

Die Situation im Bereich der Schulen ist wie auch in den anderen öffentlichen Sozialisationsinstanzen von Kindern und Jugendlichen nach wie vor durch den anhaltenden Strukturwandel im Gefolge der Deutschen Einheit geprägt – forciert durch den gleichzeitigen demographischen Wandel. Generell lässt sich konstatieren, dass sich der Umbau des Rostocker Schulnetzes vor diesem Hintergrund letztlich als eine Generationenaufgabe erweist, die sich über einen Zeitraum von insgesamt 15-20 Jahren erstreckt. Schätzungsweise gegen Ende dieses Jahrzehnts wird die konzeptionelle Neustrukturierung des Schulsystems, die 1990 begann, den veränderten demographischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst sein. Ein solch langer Reformprozess vollzieht sich nicht ohne Umwege.

Aus der analytischen Distanz lassen sich gerade in der Schulpolitik Pendelbewegungen beobachten: Nach dem insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre das einzügige, aber zweistufige Schulsystem aus POS und EOS zugunsten des differenzierten dreigliedrigen Schulsystems mit seinen vielschichtigen Sonderformen aufge-

geben wurde, lassen die jüngsten Entwicklungstendenzen demgegenüber Reorientierungen erkennen. Der Trend zur Regionalschule, wie auch die Ganztagschuldebatte weisen hier die Richtung.

Die Schulstruktur in Rostock spiegelt die Differenziertheit des deutschen Schulwesens. Im Schuljahr 2003/04 gab es in Rostock 19 Grundschulen, 8 Regionalschulen und eine Regionalschule mit Grundschule. Darüber hinaus gab es 2 Realschulen mit Grundschule, 8 Gesamtschulen, 10 Gymnasien, 1 Abendgymnasium und 10 Förderschulen. Es besuchten im Schuljahr 2003/04 insgesamt 18.241 Schüler 60 öffentliche Schulen. In der Hansestadt existieren zur Zeit insgesamt 5 freie Schulen: Das Christopherus-Gymnasium inklusive Grundschule, der Michaelishof, die Waldorfschule, die Grundschule Don-Bosco, sowie die Freie Schule Rostock. Im Schuljahr 2003/04 besuchten 1.922 Schüler freie Schulen. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von 65 Schulen mit insgesamt 20.163 Schülern in Rostock. Ungefähr 90% aller Schüler besuchen somit öffentliche Schulen. Die Gymnasien haben die höchsten Schülerzahlen Rostocks mit insgesamt 7.103 Schülern (vgl. Jahrbuch Rostock 2004; Statistik Schulamt 2004).

Aus Sicht der Fachleute erweisen sich die Neugründungen der Freien Schulen mit ihren oftmals alternativen Bildungsansätzen als belebendes und innovatives Element innerhalb des städtischen und regionalen Schulbetriebs. Insbesondere die Chance, die Eltern stärker für die jeweiligen, miteinander konkurrierenden Bildungskonzepte der Schulen zu gewinnen und damit ihre interessierte und kritische Auseinandersetzung mit schulischer Bildung und Schulkultur zu fördern und zu nutzen, wird hier genannt. Die bewusste Entscheidung von Eltern für eine Schule führt auch zu einem größeren Interesse an dem jeweiligen Bildungsweg der Schüler. Insofern gelten die Freien Schulen bisweilen auch als Beispiel für eine Öffnung des Schulbetriebs gegenüber der Lebenswelt und dem gesellschaftlichen Umfeld.

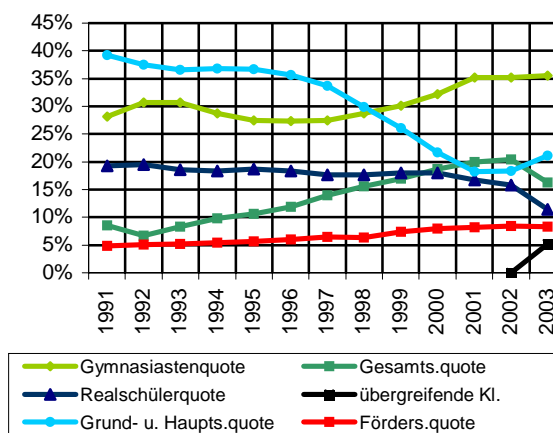
Hinter diesen Schuldaten verbirgt sich indes ein stetiger Konzentrationsprozess des Rostocker Schulnetzes. Seit 1993/94 wurden in der Hansestadt 34 Schulen geschlossen oder zusammengelegt. Gegenüber den 94 Schulen im Jahr 1993/94 bedeutet das einen Rückgang um 36%. Die Schließungen und Rationalisierungsmaßnahmen sind vor allem durch den demographischen Knick bei den Schülerzahlen bedingt, der alle ostdeutschen Bundesländer seit 1990 betrifft. Die Schülerzahlen in Rostock gingen von 1992 mit damals 37.440 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2003/04 auf nur noch 20.163 zurück. Das ist ein Rückgang um 46% - nahezu eine Halbierung der Schülerzahl in zehn Jahren. Dieser negative Trend bei den Schülerzahlen wird wohl auch in den nächsten Jahren noch anhalten. Bis zum Schuljahr 2009/10 werden voraussichtlich nur noch 57 Schulen in Rostock existieren. Zwar sind die Geburtenzahlen seit Mitte der 90er Jahre wieder leicht steigend, was sich inzwischen auch in leicht steigenden Einschulungszahlen niederschlägt: so haben sich die Einschulungszahlen in Mecklenburg-Vorpommern von 9.900 (2001) auf 12.100 (2003) erhöht – ein Trend, der für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt gilt. Für die Hansestadt Rostock bedeutet dies einen Anstieg bei den Einschulungen von etwa 1.000 Schülern auf etwa 1.200 im Jahr 2003. Allerdings können diese leicht positiven Geburtenraten den Einbruch bei den höheren Schülerjahrgängen nicht ausgleichen. Insbesondere die Bereiche der Sekundarstufe I und II sind auch in nächster Zukunft noch von stark rückläufigen Schülerzahlen betroffen – der demographische Knick wandert durch das Bildungssystem!

Seit 1991 ist die *Grund- und Hauptschülerquote* (1991 = 39,3%) um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Der Grund ist zum einen der Geburtenrückgang, weshalb vor allem weniger Kinder die Grundschule besuchen. Zum anderen gehen heute erheblich mehr Schüler in die integrierte Gesamtschule oder aufs Gymnasium. Die *Gesamtschülerquote* stieg von 8,5% auf 16,3% und die *Gymnasiastenquote* von 28,2% auf 35,5%. Die *Realschülerquote* blieb mit knapp 18% in den 90er Jahren relativ konstant, geht aber seit zwei Jahren kontinuierlich zurück. Verdoppelt hat sich seit 1991 (= 4,4%) die *Förderschülerquote*. Neu sind seit 2002 *übergreifende Klassen*, die etwa 5% der Schüler besuchen.

Vergleicht man die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schulformen, dann ergibt sich ein heterogenes Bild. Die größte Gruppe bilden danach in Rostock die Gymnasiasten mit 35,2 % aller Schüler, gefolgt von den Gesamtschülern mit 19,9%. Der Realschüleranteil in Rostocks Schullandschaft einschließlich der Schüler von regionalen Schulen betrug in 2003/04 14,6%. 18,1% der Schüler sind an der Grundschule; 8,7% der Kinder und Jugendlichen besuchen eine Förderschule, das sind 1.689 Schüler. Die Hauptschule als Schultypus hat in Rostock mit der Einführung der regionalen Schule de facto aufgehört zu existieren. Nur 1,6% der Schüler besuchen noch eine Hauptschule. Sieht man sich die Entwicklungen an, dann scheint vor allem die Bedeutung des Gymnasiums und der Gesamtschule zuzunehmen. Allerdings sind diese Befunde nicht eindeutig. Wesentliche statistische Effekte gehen bei diesem Vergleich auch auf die unterschiedlichen Altersgruppen in den verschiedenen Schultypen zurück. Der Geburtenknick geht bisher vor allem zu Lasten der Grundschule. Der höhere prozentuale Anteil der Gymnasiasten an der Gesamtschülerzahl erklärt sich also auch durch den höheren Anteil von älteren Schüler-Jahrgängen (< Jg.1991).

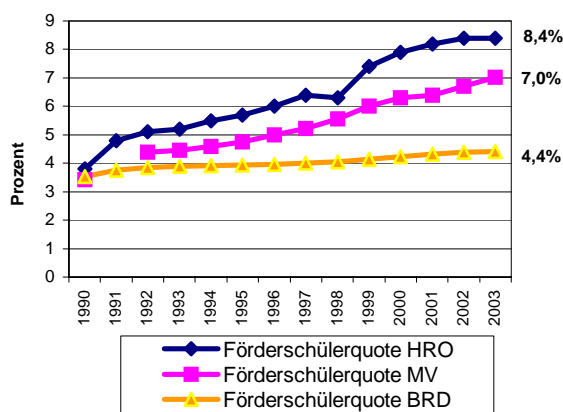
Der Realschüleranteil geht in den letzten Jahren regelmäßig zurück. Heute gehen erheblich mehr Schüler in eine Gesamtschule oder auf ein Gymnasium. Verdoppelt

Abb. 46: Entwicklung der Schülerquoten seit 1991 (in Prozent aller Schüler)



* Stand jeweils zum Schuljahresbeginn

Abb. 47: Die Förderschülerquote von 1990 bis 2003 (in Prozent) im Vergleich



hat sich seit 1991 mit 4,4 % der Anteil der Förderschüler in Rostocks Schullandschaft.

Die Förderschulen waren bisher von den Entwicklungen im Gefolge des demographischen Einbruchs nicht in gleicher Weise betroffen wie die anderen Schulformen. Parallel zum allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen hat sich vielmehr der Anteil der betreuungs- und förderbedürftigen Schüler in einer hoch spezialisierten Landschaft von schulischen Förderangeboten prozentual erhöht, so dass die Gesamtzahl der Schüler in Förderschulen letztlich etwa gleich bleibend ist.

3.2. Betreuungssituation in den Schulen

Der Geburtenknick hat nicht nur zu einem drastischen Rückgang der Schülerschaft geführt, sondern hatte auch Konsequenzen für die Anzahl der hauptberuflichen Lehrkräfte. Waren 1994/95 in Rostock noch 2.268 Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen, so sind es im Jahr 2003/04 noch 1.532 – ein Rückgang um ein Drittel. Im gleichen Zeitraum hat sich die Schülerzahl allerdings nahezu halbiert. Daraus ergibt sich, dass ungeachtet des Lehrerrückgangs das Betreuungsverhältnis von Schüler pro Lehrer sich eher gebessert hat. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem die Grundschulen.

Mitte der 90er Jahre kamen noch 24 Schüler auf einen Lehrer und heute weniger als 15. In den Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien schwankte in den letzten Jahren die Schülerzahl pro Lehrer zwischen 13 und 16. Die Betreuungssituation ist in den Förderschulen und in der Waldorfschule mit rund 8 bzw. 11 Schülern pro Lehrer am günstigsten. Allerdings muss dabei in Rechnung gestellt werden, dass die Stundendeputate pro Lehrer im Zeitvergleich schwanken. Dabei hat der Anteil der Teilzeitbeschäftigten drastisch zugenommen: von 21% im Jahr 1992 auf 54% im Jahr 2003. Der höchste Anteil an Teilzeitbeschäftigten findet sich in den Grundschulen (92%), während an den Förderschulen (87,5%) und an den Gymnasien (55%) nach wie vor die höchsten Anteile an *Vollzeit*beschäftigten zu finden sind.

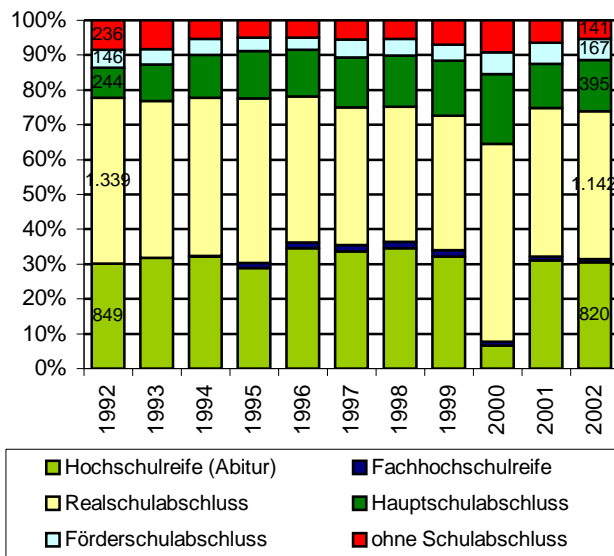
Zu den Klassengrößen liegen lediglich Zahlen aus Mecklenburg-Vorpommern vor. Gravierende Veränderungen lassen sich dabei im 10-Jahresvergleich nicht ausmachen. Während die durchschnittliche Größe der Klassen an den Grundschulen leicht zurückgegangen ist (2003: 18,4), stagnieren die Klassengrößen in den anderen Schulformen in etwa. Die größten Klassen finden sich in den Gymnasien (24,4).

Die Lehrerschaft in Mecklenburg-Vorpommern erweist sich übrigens bundesweit als das jüngste Kollegium. Das Durchschnittsalter der Lehrerschaft in M-V liegt bei 44,2 Jahre. Offenbar schlagen sich die einschneidenden Personalreformen der letzten 10-15 Jahre in einem vergleichsweise niedrigen Altersdurchschnitt nieder – eine Tendenz, die sich auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern abbildet. Der Altersdurchschnitt der Lehrerschaft in den westlichen Bundesländern liegt demgegenüber bis zu 4-5 Jahren höher.

3.3. Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Geschlechtsspezifische Betrachtungen zeigen, dass es bei den Grundschüleranteilen keine Unterschiede gibt. Bei anderen Schultypen zeigen sich in Rostock deutlichere Differenzen. Mädchen streben in der Regel einen höheren Schulabschluss an als Jungen. Im Schuljahr 2003/04 gab es an den Rostocker Gymnasien 543 mehr Mädchen als Jungen. Rund 54% der Gymnasiasten sind Mädchen, nur 46% Jungen. Der Anteil

Abb. 48: Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen (in Prozent)



der Mädchen, die ein Abitur anstreben liegt bei 39,1% und bei den Jungen bei 32,1%. Demgegenüber gibt es einen etwas höheren Anteil an Jungen unter den Haupt- und Realschülern. Der Hauptschüleranteil der Jungen liegt in Rostock etwa doppelt so hoch, wie bei den Mädchen. Der Anteil der Jungen unter den Realschülern beträgt 53,5% gegenüber 46,5% Mädchen. Der größte geschlechtsspezifische Unterschied zeigt sich allerdings in den Förderschulen. Gemessen an der Gesamtschülerzahl in Rostock beträgt die Förderschulquote bei den Mädchen 6,0%, während von den männlichen Schülern 10,6% eine Förderschule besuchen.

Dieses geschlechtsspezifische Bildungsverhalten ist dabei nicht spezifisch für Rostock, sondern bildet sich in ähnlicher Weise auch im Bund ab. Stets überwiegt der Anteil der jungen Frauen in den höheren Bildungsgängen, während bei den niedrigen Bildungsabschlüssen der Jungenanteil höher ist.

3.4. Schulabschlüsse und Schulabgänger

Bei den Schulabschlüssen wirkt sich bisher der Geburtenknick nach 1990 noch nicht aus. Erst ab etwa 2007/08 sind hier Einbrüche zu erwarten, die sich dann zunächst als Halbierung der Abschlüsse der Sekundarstufe I (10.Klasse) niederschlagen. Die bisherige Entwicklung der Schulabschlüsse spiegelt somit eher den sozialen Wandel in den Bildungsniveaus in den neuen Bundesländern.

Bei den Schulabgängern Rostocks hat sich die Verteilung in den letzten 10 Jahren leicht verändert. Der Anteil der Realschulabschlüsse sank von 47,5 % in 1992/93 auf 42,5 % in 2004. Der Anteil der Abschlüsse von Abiturienten schwankte demgegenüber jeweils um etwa ein Drittel eines Jahrgangs. Der Abiturientenanteil lag im Abschluss-Jahrgang 2002/03 bei 30,5 %.

Die Rostocker Schulentwicklung spiegelt damit den bundesweiten Trend, dass Eltern für ihre Kinder stets vorrangig den jeweils höchsten verfügbaren Schultypus anstreben.

Der Anteil der Abgänger mit Hauptschulabschluss ist von 8,7 % auf 14,7 % angestiegen. Deutlich reduziert hat sich im 10-Jahresvergleich die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss. Nachdem 1992/93 noch rund 8,4% der Schüler ohne Abschlusszeugnis die Schule verließen, hat sich diese Quote im Jahr 2002/03 auf 5,2% reduziert. Allerdings steht dem ein leichter Anstieg der Förderschulabgänger gegen-

über: von 5,1% (1992) auf 6,2% (2002). Insgesamt bedeutet das aber, dass in Rostock jeder neunte Schüler ohne einen Hauptschulabschluss die Schulzeit beendet.

Wie auch bei der Verteilung der Schüler nach Schularten, überwiegen die jungen Frauen bei höheren Schulabschlüssen (53,5% der Abgänger mit Abitur) und die jungen Männer bei niedrigen Schulabschlüssen (64,1% der Abgänger mit Förderschulabschluss). Unter den Abgängern ohne Schulabschluss sind sogar 70,2% junge Männer. Die Geschlechterunterschiede haben sich in den letzten Jahren nicht geändert. Im Bundesvergleich fallen demgegenüber die geschlechtsspezifischen Unterschiede noch stärker aus. So waren von Abiturienten des Jahrgangs 2002/03 56,4% junge Frauen gegenüber 43,6% bei den jungen Männern. Bei den Hauptschulabschlüssen kehrt sich dieses Verhältnis regelrecht um (57,3% Jungen; 43,7% Mädchen).

Tab. 7: Schulabgänger 2002 nach Schulabschluss

	Rostock	M-V	BRD
Abschluss	in %		
Abitur	30,5	21,4	23,5
Fachhochschulreife	0,9	1,0	1,2
Realschulabschluss	42,5	48,5	40,5
Hauptschulabschluss	14,7	18,8	26,0
Förderschulabschluss	6,2	4,0	2,6
ohne Abschluss	5,2	6,2	6,2

Ein Vergleich der Schulabschlussquoten zwischen verschiedenen Regionen in Deutschland ist prekär, da die Struktur der Schulformen zu unterschiedlich ist. In Bezug auf Rostock kommt dazu, dass die Hansestadt als größter Ballungsraum der Region eine zentrale Funktion auch für das Umland hat und viele Schüler aus den umliegenden ländlichen Regionen und Kreisen hier zu weiterführenden Schulen gehen. Die deutlich höhere Quote der Abiturienten in Rostock erklärt sich vor allem dadurch. Im Bundesvergleich der Schulabschlüsse wird insbesondere die Steuerungsfunktion durch die Regionale Schule erkennbar: Der Hauptschulabschluss spielt in Mecklenburg-Vorpommern mithin nur noch eine nachrangige Rolle. Die quantitativ wichtigste Rolle spielt bundesweit, insbesondere aber in M-V, der Realschulabschluss.

Die anhaltenden Auswirkungen des Geburtenknicks bedeuten insbesondere für die weiterführenden Schulen auch künftig noch potenzielle Probleme: Sowohl Regionalschulen wie auch Gymnasien setzen pädagogisch wie auch verwaltungstechnisch eine mehrzügige Struktur voraus: mindestens zweizügig bei den Regionalschulen und dreizügig bei den Gymnasien. Der absehbare Einbruch der Schülerzahlen in den künftigen Oberstufen kann hier durchaus noch zu weiteren Konzentrations- und Fusionsprozessen führen – d.h. das unter Umständen weitere Schulen geschlossen und zusammengelegt werden müssen. Das Problem der Schulplanung besteht hier vor allem darin, einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Betroffenen (Schüler, Eltern, Lehrer), den pädagogischen Notwendigkeiten und finanzpolitischen Zwängen zu finden.

3.5. Probleme der Schulen

3.5.1. Schule – Erziehung und Bildung im sozialen Wandel

Neben den strukturellen Problemen aufgrund des demographischen Wandels sind die Schulen in den letzten Jahren verstärkt auch mit der Zuspitzung sozialer Probleme (Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe) sowie mit dem Wandel in den familiären Lebensformen und einer veränderten Erziehungsfähigkeit der Herkunftsmilieus konfrontiert. Für die Lehrer bedeutet das, dass nicht nur die Anforderungen an Wissensvermittlung, Kompetenzen und die Leistungsfähigkeit der Schüler steigt, gleichzeitig muss Schule auch zusätzliche Erziehungsaufgaben, gesellschaftliche Integrationsaufgaben und soziale Problemlösungen übernehmen und bewältigen. Zudem erweisen sich offenbar traditionelle Unterrichtsformen (Frontalunterricht), pädagogische Konzepte (kognitive Wissensvermittlung) und curriculare Lehrpläne immer weniger den aktuellen und künftigen Anforderungen der Schüler an ihre biographische Lebensplanung und ihre Lebensbewältigung gewachsen. Es scheint bisweilen so, als wenn sich die Lebenswirklichkeit der Schule immer weiter vom Alltag und der Lebenswirklichkeit der Schüler entfernt. Jeder zehnte Schüler verlässt entsprechend ohne Hauptschulabschluss die Schule, viele Schüler verweigern sich der Schulpflicht und schwänzen den Unterricht.

Gewalt und Rechtsextremismus kommen zwar an den Rostocker Schulen immer wieder mal vor, spielen gegenwärtig aber offenbar keine besondere quantitative Rolle im Schulalltag. Die Schulexperten verweisen eher auf das durchaus verbreitete Problem einer psychischen Gewalt zwischen den Schülern im Rahmen von Mobbing – d.h. die diffamierende und ausgrenzende Diskriminierung einzelner Schüler durch Klassenkameraden. Die Schwierigkeit für Lehrer und Sozialarbeiter liegt hier insbesondere darin, dass Mobbing oft für Außenstehende nicht leicht erkennbar ist, da die Opfer nur selten Hilfe suchen. Die Fachleute sehen die Ursachen hier in Sozialisationsbedingungen und familiären Milieus, die den Schülern Konkurrenz-, Ellbogenmentalität und Egoismus als legitimes und notwendiges Prinzipien zur Selbstbehauptung in den hierarchisch strukturierten Statussystemen der Konsum- und Leistungsgesellschaft nahe legen.

Schule reagiert auf diesen sozialen Wandel, der nachhaltig die Lern- und Arbeitssituation im Unterricht beeinflusst, auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Konzepten. Dazu gehört die Neuschneidung der Schulformen (Stichwort: Regionale Schule) ebenso wie der Ausbau der Schulen zu umfassenden Zentren der Ganztagsbildung. Dazu gehört aber auch in gewisser Weise so etwas wie eine Sozialpädagogisierung der Schule – soll heißen die Stärkung der professionellen Kompetenzen des pädagogischen Personals im Umgang mit sozialen Konflikten und Problemen, etwa im Kontext der Schulsozialarbeit oder in Projekten mit Schulverweigerern und Schulschwänzern.

Neben diesen Auswirkungen allgemeiner gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse auf die Schule ergeben sich aus Sicht der Schulexperten für die Rostocker Schulen ein Teil der aktuellen Probleme vor allem aus der Dynamik des gegenwärtigen Umbruchs: die Umstrukturierungsprozesse aufgrund des demographischen Wandels sowie Verunsicherungen in der Lehrerschaft angesichts eines möglichen Stellenabbaus und Einschnitten in die Personalstruktur.

Die Fusion von Schulen macht jeweils die Entwicklung neuer Schulgemeinschaften, neuer Kollegien und einer jeweils neuen Schulkultur erforderlich. Der damit einhergehende Umbruchprozess verunsichert bisweilen die Akteure. Für die Schulentwicklung bedeutet dies, dass den beteiligten Lehrern und Kollegien auch die Chancen eines solchen Prozesses als Gestaltungsspielraum erschlossen werden muss. Insofern sind die Rostocker Schulen – wie in M-V generell – in den letzten Jahren und wohl auch noch künftig – durch ein hohes Maß an Diskontinuitäten belastet. Das betrifft sowohl die Schüler, die sich im Rahmen von Schließungen und Fusionen an neue Schulen, Lehrer und Klassengemeinschaften gewöhnen müssen, das gilt aber auch für die Lehrer, die sich mit den finanziellen und personellen Auswirkungen der Personalentwicklungskonzepte (z.B. Teilzeit) auseinandersetzen müssen. Da die Strukturreformen unausweichlich sind, scheint es mit Blick auf eine Stärkung von Motivation und Zufriedenheit sinnvoll, diesen Prozess entsprechend durch Mediationsformen und soziale Anerkennungsformen zu flankieren.

3.5.2. Schulverweigerung und Schulschwänzer

Die Gruppe der Schulschwänzer und Schulverweigerer ist in den letzten Jahren zunehmend als ernstzunehmende Problemgruppe erkannt worden. Verlässliche Zahlen über die Schulverweigerung liegen nicht vor. Die Schätzungen gehen von 3-5 % regelmäßiger Schwänzer aus, mit deutlichen Unterschieden zwischen den Schulformen. Eine Studie von Kölner und Freiburger Forschern unter 1.800 Schülern ergab, dass 8% regelmäßig schwänzen. Der Bielefelder Jugendforscher Hurrelmann sieht darin das Indiz einer schwindenden sozialen Bindungskraft der Schulen.

Für Rostock lassen sich ebenfalls keine verlässlichen statistischen Daten zu diesem Problembereich finden. Insgesamt sind in diesem Problemkomplex mehr Jungen als Mädchen betroffen und das Problem tritt vor allem oberhalb der 7. Klassen auf. Sowohl das Land als auch die kommunale Schulverwaltung und -aufsicht reagieren seit einigen Jahren mit entsprechenden Maßnahmen und Konzepten. Wichtige Voraussetzung für eine Strategie gegen Schulvermeidung ist dabei eine Kooperation zwischen den verschiedenen beteiligten Institutionen: Schulen, Jugendämter, Schüler- und Elternvertretungen, Polizei, Stadtteilmanagern, Streetworkern usw. –

Als Ursachen und Einflussfaktoren sehen die Fachleute vor Ort vor allem die sozialen Probleme in den Herkunftsmilieus und Familien der Kinder, die oftmals die Erziehungsfähigkeit der Eltern unterminieren und dazu führen, dass den Kindern und Jugendlichen die familiäre Unterstützung, soziale Sicherheit und Geborgenheit fehlen oder nur noch rudimentär vorhanden sind.

Begünstigende Umstände werden vereinzelt auch in den Schulstrukturen gesehen, etwa wenn starre Regeln, langweiliger Frontalunterricht und rigide Pädagogik die Schüler nicht mehr für die notwendige Leistungsbereitschaft motivieren und interessieren können. Auch die Versagenserfahrungen einzelner Schüler gegenüber den schulischen Leistungserwartungen können im Einzelfall die Schulverweigerung befördern. Insgesamt beklagen die Experten aber auch, dass es vor dem Hintergrund umgreifender Konsum-, Medien- und Freizeitorientierung bisweilen schwierig geworden ist, Jugendliche von der notwendigen Anstrengung und Mühe zum Lernen und damit vom notwendigen Bedürfnisaufschub zugunsten eines Bildungsprozesses zu überzeugen. Allerdings setzt das voraus, dass sich Schule ihren Schülern auch als sinnvoller, wichtiger und anregender sozialer und kultureller Lebensort präsentiert.

Als sinnvolles pädagogisches Konzept haben sich hier etwa die Schulstationen erwiesen, denen es im Rahmen einer schulbezogenen Sozialarbeit darum geht, zunächst mit den betroffenen Schülern sukzessive Motivationsarbeit zu leisten, Lernrückstände abzubauen, gleichzeitig aber die Eigen- und Sozialkompetenzen der Schüler zu stärken und auch präventiv die Entstehung von Schulverweigerung zu vermeiden. Geplant ist für Rostock, im Rahmen einer konzertierten Strategie zwischen den verschiedenen Behörden und Instanzen ein abgestimmtes Agieren zu diesem Problemkomplex zu erreichen.

3. 6. Entwicklungslinien von Schule und Bildung in Rostock und M-V

3.6.1. Regionale Schule

In Mecklenburg-Vorpommern wurde mit der 5. Jahrgangsstufe im Schuljahr 2002/03 die sog. Regionale Schule eingeführt. Das Konzept der Regionalen Schule ist eine Antwort auf die Probleme des dreigliedrigen Schulsystems, vor allem auf die negative Entwicklung der Hauptschule als einer Art Rest-Schule. Diese Schulform gibt es in ähnlicher Form auch in anderen Bundesländern und ist dem Modell der Gesamtschule sehr verwandt. Der Kern der Regionalen Schule ist die Zusammenlegung des Hauptschul- und Realschulzweigs zu einer einzügigen Ausbildung der Sekundarstufe I. Schüler mit unterschiedlichem Leistungsniveau lernen zusammen in einer Regionalen Schule. Die Rostocker Schulexperten bestätigen und bekräftigen die Notwendigkeit eines solchen Schultyps, da die Hauptschule in vielen Bundesländern nicht richtig angenommen wurde – weder bei den Eltern noch bei den Schülern. Mit der Einführung der Regionalen Schule sind die Hauptschulstrukturen weitgehend im neuen Konzept aufgegangen. Derzeit gibt es nur noch einige wenige Auslaufmodelle. Die Regionale Schule vermittelt eine erweiterte, allgemeine Bildung und ermöglicht entsprechend der Leistungen und Neigungen der Schüler eine Schwerpunktbildung. Didaktisch soll die Regionale Schule stärker an lebenspraktischen, handlungsbezogenen, anschaulichen, sinnlichen und emotionalen Vermittlungsformen ansetzen und dabei zugleich einen Regional- und Heimatbezug herstellen. Die Regionale Schule soll explizit den Anschluss an weiterführende Bildungswege offen halten, gleichzeitig aber berufsorientierten Schülern einen abschlussorientierten Übergang in die Arbeitswelt erleichtern. So führt man sie am Ende der Jahrgangsstufe 9 zur Berufsreife (ggf. mit Zusatzprüfung) und am Ende der Jahrgangsstufe 10 zur Mittleren Reife. Mit Abschluss der Mittleren Reife sind die Schüler berechtigt, wenn hinreichende Leistungen erbracht werden, einen Zugang zur gymnasialen Oberstufe zu erhalten. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es seit 2003 mittlerweile einen Anteil von 19 % an Regionalschulen und einen Anteil von 11,7 % an Regionalschulen mit Grundschule. In Rostock existieren im Schuljahr 2003/04 insgesamt 9 Regionale Schulen, das sind 15% der Rostocker Schulen.

3.6.2. Ganztagschule und Ganztagsbildung in Rostock

Für Mecklenburg-Vorpommern liegt in Bezug auf die Bildungsreform eine Priorität in der Schaffung einer modernen, leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur für Schulen in Ganztagsform. Mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" unterstützt die Bundesregierung das Land finanziell beim flächendeckenden Auf- und Ausbau des schulischen Ganztagsangebots. Die Bundesmittel die-

nen Mecklenburg-Vorpommern und auch Rostock als Investition zum Aufbau neuer Ganztagschulen, der Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagschulen, der Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze an bestehenden Ganztagschulen und der qualitativen Weiterentwicklung bestehender Ganztagschulen. Nach dem Eindruck der Rostocker Schulexperten ist dieser Umbau des Schulsystems zu einem System der Ganztagsbildung in der Hansestadt weit fortgeschritten. Schon vor dem Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift zur Einführung der Ganztagschulen waren alle sechs Gesamtschulen Rostocks Ganztagschulen. Mit der Verwaltungsvorschrift wurden dann auch die beiden neu gegründeten Gesamtschulen als Ganztagschulen eingerichtet. Inzwischen arbeiten auch alle Gymnasien nach dem Ganztagsprinzip. Von den Regionalschulen sind nur zwei noch nicht umgestellt. Inzwischen existieren in Rostock insgesamt 32 Ganztagschulen, die über alle Schulformen verteilt sind. Damit ist in der Hansestadt bereits mehr als jede zweite Schule eine Ganztagschule. Konzeptionell werden drei Formen unterschieden: die ‚voll gebundene Form‘ – hier werden für alle Schüler verpflichtend ganztägige (> 7 Stunden) pädagogische Angebote organisiert; die ‚teilweise gebundene Form‘ – hier gilt die pädagogische Betreuung der ‚voll gebundenen Form‘ nur für mindestens zwei Jahrgangsstufen; die ‚offene Form‘ – der pädagogische betreute ganztägige Aufenthalt der Schüler ist prinzipiell freiwillig, die Teilnahme wird aber jeweils für das Schulhalbjahr verbindlich festgelegt.

Das Konzept der Ganztagschule ist zwar auch funktional auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern ausgerichtet, zielt aber darüber hinaus vor allem auf eine grundlegend modernisierte Lern- und Bildungskultur: Individualisierung der Lernprozesse; Projekt- und handlungsorientiertes Lernen; Unterstützung einer gesundheitsbewussten Lebensweise; Lebenswelt- und Stadtteilorientierung der Institution Schule; neue Partizipationsformen für Schüler, Eltern, Lehrer und Personal. Die Bildungspolitik zielt mittel- und langfristig auf das Modell einer gebundenen Ganztagschule. Bisher werden die Ganztagschulen allerdings überwiegend noch als offene Ganztagschulen betrieben. Ausbaufähig bleibt bisher vor allem die pädagogische Umgestaltung des Unterrichts und der Didaktik im Sinne der beschriebenen Programmatik einer Ganztagsbildung. Offenbar fällt es leichter, Mittagessen und eine zusätzliche nachmittägliche Freizeitbetreuung zu organisieren, als die traditionellen Unterrichtsstrukturen nachhaltig zu reformieren. Die bisher umgesetzten Modelle ähneln somit noch weitgehend einem additiven Konzept, bei dem die traditionelle Vormittagschule durch zusätzliche freizeit- und betreuungsorientierte Nachmittagsangebote ergänzt wird.

Auch die Schulexperten betonen die Notwendigkeit und den Erfolg bei der Einrichtung und Ausgestaltung der Ganztagschulen. Neben diesen quantitativen Erfolgen wird aber auch noch auf die pädagogischen und konzeptionellen Schwächen verwiesen, da die gegenwärtigen Konzepte zu sehr auf einem additiven Prinzip basieren und die Chance zu einer weitergehenden Umgestaltung, gerade auch der Vormittagsstruktur der Schule noch zu zaghaft genutzt wird. Insbesondere könnten die Schulen noch stärker auf betreute selbständige Schülertätigkeiten setzen. Ganztagschule verlangt somit auch eine ganzheitliche Umstrukturierung und pädagogische Gestaltung der Schule und des Unterrichts.

3.6.3 Kooperation von Schule und Jugendhilfe - Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit umfasst den Zusammenhang der sozialpädagogischen Tätigkeiten im Kontext des öffentlichen Schulwesens. Ihre Aufgaben umfassen freizeitpädagogische, jugendarbeiterische, projektorientierte und bildungsbezogene Angebote, aber auch individuelle Beratung, Hilfen zur Lebensbewältigung, Prävention sowie die Arbeit im Kontext sozialer Konflikte und Probleme an den Schulen.

Nach einer inzwischen fast hundertjährigen institutionellen, konzeptionellen und rechtlichen Trennung zwischen den beiden Erziehungs- und Bildungsbereichen Schule und Jugendhilfe fällt die – angesichts der Aufwuchsbedingungen der Kinder und Jugendlichen – immer wichtiger werdende Kooperation offenbar weder der Politik noch den pädagogischen Fachkräften leicht. Nach wie vor ist die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Schule nicht die gängige Praxis, obwohl die Notwendigkeit einer Verzahnung und Kooperation der beiden Bereiche seit langem diskutiert wird und inzwischen allgemein anerkannt ist (vgl. BMFSFJ 2002, 17; Oik/Bathke/Hartnuß 2000; Hartnuß/Maykuß 2004). Das Konzept der Ganztagsbildung und Ganztagschulen kann unter diesem Gesichtspunkt auch als programmatische Integration von Jugendhilfe und Schule, von schulischer und außerschulischer Jugendbildung gelesen werden (Otto/Coelen 2004).

Nach Angaben der Experten gibt es in Rostock seit den letzten Jahren eine Intensivierung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule – etwa im Bereich der Gewaltprävention, der Berufsfrühorientierung, der Medienpädagogik u.a. – Gleichwohl werden hier auch nach wie vor die Hemmnisse gegenüber einer intensiveren Kooperation gesehen: Ein intensiveres Engagement des Jugendamtes in den Schulen (z.B. Schulsozialarbeiter) würde auch zusätzliches Personal erfordern, das angesichts der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte weder in der Jugendhilfe noch in der Bildungspolitik vorhanden scheint. Die meisten der Schulsozialarbeitsprojekte, die in den 90er Jahren in den neuen Bundesländern auf der Basis von ABM-Stellen und einigen Modellprojekten eingerichtet wurden, existieren längst nicht mehr. Hier scheint dringend ein Neuanfang notwendig zu sein. Allerdings auch konzeptionell, wenn Schulsozialarbeit sich gerade nicht in schulische Pausen- und Cafébetreuung oder als sozialpädagogische Feuerwehr für Problemfälle erschöpfen soll. Insofern bedarf es nicht nur neuer sozialpädagogischer Planstellen in den Schulen, sondern auch eines neuen pädagogischen Konzepts und einer komplementären Funktions- und Rollenstruktur für Lehrer und Sozialpädagogen in der Erziehungs- und Bildungseinrichtung Schule, um den Kindern und Jugendlichen optimale Entwicklungsmöglichkeiten bereit zu stellen. Die Schulsozialarbeiter in Rostock treffen oftmals auf eine prinzipielle Sympathie der Lehrerkollegien, ohne aber gleichzeitig im Rahmen von Projektarbeit oder Unterrichtsgestaltung konkret in die pädagogische Arbeit und die pädagogischen Gremien der Schule einbezogen und integriert zu werden. Manche sehen sich deshalb als bloßes sozialpädagogisches Aushängeschild an der Schule.

Erste und wichtige Ansatzpunkte zu einer Intensivierung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule sind indes bereits gemacht. So wurde bereits im Jahr 2003 ein Fachtag zu diesem Thema gemeinsam von Schule und Jugendamt durchgeführt, Workshops zum Thema Stadteilschule organisiert sowie im Auftrag des Jugendhilfeausschusses eine Musterkooperationsvereinbarung für die Zusammenarbeit von Schulen und freien Trägern entwickelt. Darüber hinaus existiert auf kommunaler

Ebene ein Arbeitskreis „Schulbezogene Sozialarbeit“, der sich jeweils mit den aktuellen Problemen der Schulsozialarbeit in der Stadt auseinandersetzt.

Insgesamt scheint es mit Blick auf die Kooperation von Schule und Jugendhilfe so, als wenn noch stärker das pädagogische Selbstverständnis eines unteilbaren und ganzheitlichen Erziehungs- und Bildungsprozesses der Kinder und Jugendlichen Eingang finden muss in das traditionsreich segmentierte deutsche Bildungssystem – nicht nur in Rostock.

3.6.4. Schule, Innovation und Zukunft – IT-Bildung und Berufsorientierung

Im Rahmen der curricularen Erweiterung des Schulunterrichts lassen sich als zukunftsorientierte Themen für Rostocks Schulen vor allem die beiden Bereiche: IT-Ausbildung, sowie Berufsorientierung nennen. Die IT-Ausstattungsrichtlinie des Landes hat hier insbesondere für die Gymnasien bereits zu einer guten potenziellen Basis für die Ausstattung mit Informationstechnologien geführt. Voraussetzung für die Bewilligung ist jeweils das Vorliegen pädagogischer Konzepte und Projekte, die auch den sinnvollen und bildungsorientierten Einsatz der Hardware sicherstellen. Ausstattung und Einsatz von Informationstechnologien (Computer, Software, Computerkabinette, informelle Internetzugänge) sind dabei nicht nur auf die Gymnasien beschränkt, sondern finden sich mit jeweils den Schulformen angepassten (praktischen und berufsbezogenen) pädagogischen Konzepten auch in den Regional-, Gesamt- und Realschulen – etwa in den Wahlpflichtbereichen. Die Schulexperten sehen hier inzwischen eine gute Grundlage für eine qualifizierte informationstechnologische Bildung.

Der Bereich der Berufsorientierung erweist sich demgegenüber auch an den Rostocker Schulen noch als ausbaufähig. Land und Bildungsministerium liefern mit dem Konzept des AWT-Unterrichts zwar ein erstes curriculares Fundament für einen solchen berufs- und arbeitsweltorientierten Unterricht. Allerdings bleibt eine handlungsorientierte, praxisbezogene und arbeitsweltnahe Umsetzung dieses Themenbereichs vor allem noch Engagement und Interesse einzelner Schulen und Lehrer überantwortet. Insbesondere bleibt das Thema nach wie vor zu stark auf die Hauptschule bzw. Regionalschule bezogen, während Realschulen und Gymnasien das Thema Berufsorientierung noch kaum hinreichend pädagogisch erschlossen haben. Hier ist - auch im Blick der Experten eine Öffnung aller Schulformen für dieses wichtige Feld einer berufsorientierenden Bildung sinnvoll und notwendig. Das Landesprogramm Berufsfrühorientierung, das seit sechs Jahren von der RAA-M-V erfolgreich und in großem Umfang in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wird, hat dazu vielfältige Konzepte und Projekte entwickelt und umgesetzt. Das Modellprogramm hat dabei nicht nur die Bedeutung und Notwendigkeit einer frühen und umfassenden berufsorientierenden Bildung für Kinder und Jugendliche herausgestellt, sondern insbesondere auch auf die notwendige Schnittstelle und Kooperation zwischen Schulen, Betrieben und Jugendhilfe- bzw. Jugendbildungsträgern aufmerksam gemacht (vgl. v. Wensierski/Schützler/Schütt 2005). Hier wäre auch für Rostock sinnvoll, die Reformen im Gefolge der Einrichtung von Ganztagschulen in diesem Sinne für berufsorientierende Projekte und Kooperationen zu nutzen.

3.6.5. Mitwirkung und Mitbestimmung

Eine wichtige Instanz für eine qualitativ hochwertige Schulentwicklung sind die Mitwirkungsorgane der Schüler und der Eltern auf den verschiedenen Ebenen. Insbesondere der Stadt Elternrat erweist sich hier in Rostock als eine sehr aktive und einflussreiche Instanz, die etwa zu Themen der Schulsanierung oder der Schülertickets wichtige Impulse gegeben hat. Das bezieht sich insbesondere auch auf den bürgerschaftlichen Einfluss der Elternschaft auf die kommunalpolitischen Instanzen und Gremien (z.B. Bürgerschaft). Der Einfluss und das Engagement der Elternschaft scheint hier aber schulformspezifisch zu sein: insbesondere in den Grundschulen und Gymnasien lässt sich ein großes elterliches Interesse an der schulischen Mitgestaltung beobachten, während in den anderen Schulformen das Engagement etwas weniger ausgeprägt scheint.

3.6.6. Sanierung der Schulen

Die Experten aus der Schulverwaltung betonen insbesondere auch die Erfolge bei der Sanierung der Schulgebäude und Infrastruktur. Zunehmend scheinen alle Schulstandorte mit den erforderlichen Fachunterrichtsräumen und hochmoderner Einrichtung ausgestattet, und die Innen- und Außensanierung der Schulen hat inzwischen ein Niveau erreicht, das man sich vor einigen Jahren noch gewünscht hat. Diese Fortschritte an Infrastruktur und Bausubstanz werden auch als bedeutsame Verbesserungen für die schulische Ausbildung gesehen.

4. Berufliche Ausbildung von Jugendlichen

4.1. Berufsausbildung der jungen Generation als gesellschaftliche Herausforderung

Eines der zentralen Ziele einer modernen Bildungspolitik liegt in der Sicherstellung einer qualifizierten Aus- und Weiterbildung. Berufliche Ausbildung ist dabei nicht nur bedeutender Bestandteil des individuellen Bildungsprozesses und der berufsbio-graphischen Identität, sie hat auch eine zentrale integrationsstiftende und partizipative Funktion für hochmoderne Gesellschaften, nicht zuletzt ist eine hoch qualifizierte Arbeitnehmerschaft das zentrale Rückgrat für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit einer Exportnation. Um zukünftig die Chancen eines jeden Jugendlichen auf gesellschaftliche Partizipation aufrechtzuerhalten bzw. zu sichern, ist es dringend notwendig, das System der beruflichen Bildung auszubauen und zu modernisieren. Seit vielen Jahren sind die Zahlen der betrieblichen Ausbildungsverträge rückläufig und im Vergleich mit der Nachfrage nach Lehrstellen defizitär. Die Gewährleistung dieses gesellschaftspolitischen Ziels, möglichst allen ausbildungsgerechten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, war in den letzten Jahren mit großen Herausforderungen verbunden. Die Gründe für diese rückläufige Entwicklung im Bereich des dualen Ausbildungssystems sind zum einen konjunktureller Art, zum anderen aber auch struktureller Natur. Eine inzwischen langjährige schwache und rezessive konjunkturelle Entwicklung befördert in den Betrieben und Unternehmen die Bereitschaft, bei den Ausbildungsinvestitionen zu sparen. Gleichzeitig kann aber auch der Verlust an Lehrstellen im Gefolge des tiefgreifenden Strukturwandels in Wirtschaft und Industrie – insbesondere in altindustriell geprägten Regionen – nicht schnell und effektiv genug ausgeglichen werden. Von besonderer Bedeutung ist

die Situation in Ostdeutschland, da hier das duale Ausbildungssystem in den letzten Jahren zunehmend erodiert. In der gesellschaftspolitischen Debatte werden auch immer wieder die gestiegenen Qualifikationsanforderungen in den Betrieben und demgegenüber die angeblichen Leistungsschwächen der Schüler angeführt, allerdings ohne, dass der Zusammenhang zum Ausbildungsmarkt bisher empirisch valide nachgewiesen wäre. Nachweisbar ist, dass die Zahl der Ausbildungsverträge seit Jahren kontinuierlich zurückgeht: Gegenüber 1998 hat sich die Zahl der betrieblichen Neuverträge im Jahr 2003 bundesweit um etwa 12% (= 65.000) reduziert. Gleichzeitig waren am 30. September 2003 noch 35.015 junge Menschen ohne einen Ausbildungsplatz – das sind 6,3% der Auszubildenden. Darin sind allerdings noch nicht jene 46.700 Jugendlichen enthalten, die sich mangels Lehrstelle zwischenzeitlich für eine nicht betriebliche Alternative (z.B. Vollzeitschule) entschieden haben, gleichwohl ihren Wunsch nach einer betrieblichen Lehrstelle aufrecht erhalten – Tendenz steigend. Nimmt man beide Gruppen zusammen, dann ergibt sich, dass gegenwärtig bundesweit rund 15% eines Abschlussjahrgangs nicht wie gewünscht in den dualen Ausbildungsmarkt integriert werden können – mehr als jeder siebte Jugendliche. Mit Blick auf die neuen Bundesländer oder Mecklenburg-Vorpommern verschärfen sich diese Befunde jeweils.

4.2. Situation und Angebot bei Lehrstellen und Ausbildungsplätzen

Berufsfindung und Berufsausbildung ist eine der zentralen sozialisatorischen Entwicklungsaufgaben im Aufwuchsprozess von Jugendlichen und Heranwachsenden. Die Planung und Gestaltung einer Berufsbiographie ist dabei sowohl Bestandteil der eigenen persönlichen Identitätsbildung am Übergang zum Erwachsenenalter wie auch ein zentraler Indikator für die soziale Integration in die Erwerbs- und Arbeitsgesellschaft. Beruf und Berufsausbildung sind deshalb stets untrennbar verbunden mit den beiden Dimensionen der identitätsstiftenden Persönlichkeitsbildung zum einen wie auch der Partizipation am sozialen Statussystem und dem ökonomischen Wohlstand der Gesellschaft zum anderen. Der ökonomische Strukturwandel der Gesellschaft mit seinen Folgeproblemen Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel macht es jungen Menschen zunehmend schwerer, eine verlässliche und attraktive Berufsbiographie entsprechend den eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten auszubilden und selbst zu gestalten. Für einen immer größer werdenden Teil der jungen Generation – insbesondere in Ostdeutschland und insbesondere am Übergang zum Erwachsenenalter – erweist sich damit auch die Integration in die Arbeitsgesellschaft und die Partizipation an Wohlstand und Konsum zunehmend als prekär.

Laut Ausbildungsstellenmarkt haben im Berichtsjahr 2003/2004¹³ im Bezirk der Agentur für Arbeit Rostock¹⁴ 17.868 Ratsuchende die Berufsberatung in Anspruch genommen. Als Ratsuchende werden jene Personen geführt, die die Berufsberatung zur beruflichen Beratung durch eine Beratungsfachkraft persönlich oder telefonisch in Anspruch genommen haben. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 1.023 Ratsuchende oder 5,4% weniger. In der Hauptagentur Rostock beläuft sich die Zahl der Ratsuchenden auf 8.483 (47,5%). Das Verhältnis der Geschlechter liegt mit 51,9%

¹³ Berichtsjahr für die Berufsberatungsstatistik beginnt am 01.10. und endet am 30.09 des folgenden Jahres

¹⁴ Der Agenturbezirk umfasst die Hauptagentur Rostock sowie die Geschäftsstellen Bad Doberan, Bützow, Güstrow, Ribnitz-Damgarten und Teterow.

(9.273) männlichem Anteil nur gering über dem der weiblichen Ratsuchenden. 9.479 dieser Ratsuchenden kamen aus dem Schulabgangsjahr 2003/2004, 2.803 waren Abgänger des Vorjahres und die Verbleibenden 5.586 sind Ratsuchende aus noch früheren Jahren. Nach Erfahrung der Berufsberatung wird versucht über die Schulen sämtliche Schulabgänger zu erreichen, um jedem ihre Dienstleistung anbieten zu können. Rund 98% der Bewerber sind bei ihnen registriert, da erfahrungsgemäß nur die Schüler mit herausragenden Leistungen selbstständig einen Ausbildungsplatz finden.

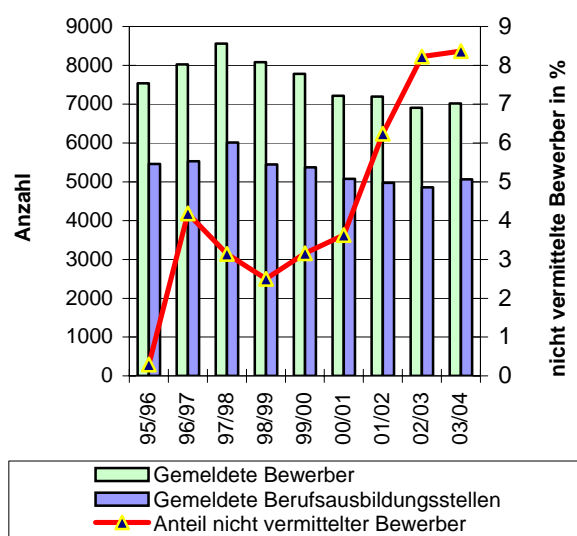
Im Berichtsjahr 2003/2004 verzeichnete die Arbeitsagentur bei den Bewerbern um eine Ausbildungsstätte einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 111 Bewerbern auf insgesamt 7.016 Jugendliche (Rostock Stadt: 3.370). Zusätzlich 1.119 Bewerber strebten vorrangig schulische Berufsausbildungsgänge, öffentlich-rechtliche oder besondere Ausbildungsgänge an, so dass die Gesamtbewerberzahl bei der Agentur für Arbeit im Bezirk Rostock 8.135 betrug.

Von den 7.016 gemeldeten Bewerbern um eine Ausbildungsstelle waren 3.908 Jungen und 3.108 Mädchen, das entspricht einem Verhältnis von 56% zu 44%. Die Differenz erklärt sich vermutlich aus den höheren Bildungsambitionen der jungen Frauen, die häufiger Abitur machen. Die jungen Frauen sind durchschnittlich auch etwas erfolgreicher bei der Ausbildungssuche. Von den nicht vermittelten Bewerbern sind zum Stichtag rund 40% weiblich, aber rund 60% männlich. Die jährliche Gruppe der Ausbildungsplatzsucher setzt sich

jeweils aus verschiedenen Teilgruppen zusammen: Von den 7.016 Bewerbern beendeten 3.686 Jugendliche ihre Schulausbildung im Berichtsjahr, 1.350 im Vorjahr und 1.977 in noch früheren Jahren. Im Bereich der Hauptagentur Rostock wurden 3.370 (48%) Bewerber um eine Ausbildungsstelle registriert. Zur Qualifikationsstruktur der 7.016 Bewerber lässt sich sagen, dass 741 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss waren. Einen Hauptschulabschluss besaßen 2.042 Bewerber und über einen Mittleren Abschluss verfügten 3.553 Jugendliche. 680 Bewerber besaßen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Gegenüber dem Vorjahr gab es nur geringfügige Veränderungen.

Die örtlichen Arbeitsmarktexperten lassen darüber hinaus erkennen, dass sich hinter diesen Zahlen ein wachsender Qualifikationsdruck auf die Bewerberinnen und Bewerber verbirgt. Das Überangebot an Bewerbern macht es den Betrieben möglich, jeweils nur die Besten auszuwählen. Daraus ergibt sich eine fatale Spirale, die je-

Abb. 49: Die Ausbildungssituation in Rostock – Verhältnis zwischen Bewerbern und Berufsausbildungsstellen 1995 - 2003



weils bis zu den Schwächsten durchschlägt. Das führt ggf. dazu, dass Bewerber mit Hauptschulabschluss in Rostock für bestimmte Berufe u.U. eine deutlich schlechtere Chance haben, als in vergleichbaren westdeutschen Städten. Und selbst ein Real-schulabschluss ist in dieser Situation keineswegs eine Garantie für einen entsprechenden Wunschberuf. Die Konkurrenzsituation geht also stets zu Lasten der jeweils schwächer qualifizierten Jugendlichen – und dies in den letzten Jahren mit steigender Tendenz. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss oder mit einem schlechten Notendurchschnitt haben in dieser Situation nach Einschätzung der Experten nur sehr geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Ein Teil der Jugendlichen ist in dieser Situation bereit, auf eine Ausbildung ganz zu verzichten, um gleich arbeiten zu gehen. Gleichzeitig zeigt sich aber, dass ohne Ausbildung kaum Chancen bestehen, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden. Aus diesem Teufelskreis führt nach Einschätzung der Fachleute jeweils nur die Bereitschaft der Jugendlichen, einen berufsqualifizierenden Schulabschluss nachzuholen.

Im Berichtsjahr 2003/2004 standen im Bezirk Rostock der Gesamtzahl von 7.016 jugendlichen Bewerbern insgesamt 5.065 Ausbildungsplätze zur Verfügung (= 72%). 1.982 dieser Ausbildungsplätze sind von der Agentur für Arbeit sowie vom Bund und Land finanzierte Stellen in außerbetrieblichen Einrichtungen. Dem standen 3.083 betriebliche Ausbildungsstellen zur Vermittlung gegenüber, 129 Stellen weniger als im Vorjahr. Das bedeutet, dass in Rostock 39% der Ausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen stattfinden. Auf 100 Jugendliche, die im Arbeitsamtsbezirk Rostock nach einer betrieblichen Ausbildungsstelle nachfragten, kamen 55,5 dieser Lehrstellen. In Schwerin (50,7/100) oder Neubrandenburg (38/100) sieht dieses Verhältnis allerdings noch schlechter aus. Zum Vergleich: In den westlichen Bundesländern beträgt der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung an der Gesamtzahl der Ausbildungsstellen im Jahr 2003 4,8%, im Durchschnitt der östlichen Bundesländer 32%. Fazit: Das duale Ausbildungssystem ist in den ostdeutschen Regionen in gravierendem Umfang bereits ausgehebelt.

Zusätzlich wurden in Rostock im selben Zeitraum 532 Stornierungen von bereits erteilten Vermittlungsaufträgen von betrieblichen und schulischen Ausbildungsstellen registriert, 37 mehr als im Vorjahr. Die Agentur für Arbeit führt dies zum einen auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation der Unternehmen bis hin zu zwischenzeitlich angemeldeten oder eingetretenen Insolvenzen und zum anderen darauf zurück, dass die Anforderungsprofile der Unternehmen nicht auf die Leistungen der Bewerber passen. Im Bereich des Hotel- und Gaststättenwesens wurden Ausbildungsstellen zurückgezogen oder blieben unbesetzt auf Grund von nicht vorhandenen Unterkünften.

Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bzw. –weg stehen Jugendliche heute vor erheblichen Problemen. So müssen sie sich auf Grund der hohen Mitbewerberzahl darauf einstellen, dass ihre Wunschberufe nicht immer erreichbar sind. Gefordert sind entsprechend flexible Berufswahlstrategien, insbesondere aber auch die Bereitschaft zu räumlicher Mobilität und überregionalen Bewerbungen. Trotz neuartiger Berufsbilder und somit prinzipiell erweiterten Wahlmöglichkeiten tendieren Jugendliche immer noch häufig zu einem traditionellen Berufsspektrum, wobei insbesondere das Beharrungsvermögen geschlechtspezifischer Orientierungen auffällt. So waren etwa von den 5.065 in Rostock gemeldeten Berufsausbildungsstellen 994 für den Bereich Waren und Dienstleistungskaufleute ausgeschrieben. Auf diese Stellen

bewarben sich insgesamt 1.398 Personen von denen 520 männlich und 878 weiblich waren. Von diesen Stellen waren zu Ende des Berichtsjahres noch 23 Stellen unbesetzt. Ähnlich sieht es in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen aus, wo es 704 Stellen zu besetzen gab, auf die sich 1.014 Ausbildungssuchende bewarben. Weitere Ausbildungsbereiche bilden die Körperpfleger, Gästebetreuer, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe mit 1.008 Ausbildungsstellen auf die 858¹⁵ Bewerber entfielen, davon waren 147 männliche und 711 weibliche Bewerber. Auch wenn sich der Ausbildungsstellenmarkt hinsichtlich der Angebotsseite gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig änderte, ist dennoch eine Zunahme von Stellenangeboten im Bereich der Körperpfleger, Gästebetreuer, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe um 122, der Ernährungsberufe um 103 sowie der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe um 87 Stellen zu verzeichnen. Ein Rückgang an Ausbildungsstellen zeigte sich in den Metallberufen mit 71 weniger Stellen, bei den Elektrikern mit ebenfalls 71 und den technischen Berufen mit einem Verlust von 16 Plätzen.

Sieht man sich die Ausbildungsberufe der Kammern unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten an, dann fällt nach wie vor der geringe Anteil der jungen Frauen an den Handwerksberufen auf. 2003 waren gerade mal 26% der Handwerkslehrlinge weiblich. Im Bereich der Industrie- und Handelskammer sind es demgegenüber 45% junge Frauen. Die stärksten weiblichen Ausbildungsberufe sind in Rostock im Bereich Handel (60%), im Hotel- und Gaststättenbereich (50%), in den Behindertenberufen (58%) sowie in den ‚sonstigen Berufen‘ (69%). Metall, Elektrotechnik, Bau sind demgegenüber nach wie vor reine Männerdomänen, ebenso wie die meisten klassischen Handwerksberufe.

Am Ende des Berichtsjahres 2003/2004 im Bezirk der Agentur für Arbeit Rostock waren 587 jugendliche Bewerber um einen Ausbildungsplatz noch nicht vermittelt. Das sind 8,4% der Gesamtbewerberzahl (Rostock Stadt: 10%). Dieser Anteil der nicht vermittelten Jugendlichen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. 1999 waren es im Bezirk Rostock noch 2,5% (Rostock Stadt: 3,7%), die nicht vermittelt wurden. Den nicht vermittelten Bewerbern standen im Jahr 2004 insgesamt noch 57 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber.

Bei den nicht vermittelten Bewerbern handelt es sich um Jugendliche, bei denen zum jeweiligen Stichtag (30.9.) weder eine Einmündung in eine Berufsausbildung, noch die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme, die Aufnahme einer Arbeitsstelle, die beabsichtigte Aufnahme einer schulischen Ausbildung oder bei denen der Rücktritt von der Bewerbung der Berufsberatung noch nicht vorliegt. Wie bereits in den früheren Jahren ist bei den nicht vermittelten Bewerbern der Anteil an jungen Männern mit 59% (347) höher im Vergleich zu den jungen Frauen (Bundesagentur für Arbeit).

Die desolate Situation auf dem Rostocker Ausbildungs- und Arbeitsmarkt veranlasst die Vermittler in der Arbeitsagentur auch dazu, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen potenziell für einen überregionalen oder auch bundesweiten Ausbildungsmarkt zu sensibilisieren und zu gewinnen. Die Chancen auf eine Ausbildungsvermittlung steigen deutlich mit der geographischen Mobilität. Allerdings wünschen sich die Arbeitsmarktexperten unter den jungen Erwachsenen eine größere Bereitschaft zur Mobilität.

¹⁵ Von den insgesamt 7016 Bewerbern.

Trotz geschlechtsspezifisch geprägter Ausbildungs- und Berufswahl besitzen Erwerbsarbeit und Berufsbiographie einen gleich hohen Stellenwert in den Lebensentwürfen von weiblichen und männlichen Jugendlichen. Der ebenfalls sehr bedeutsame Wunsch nach Familie tritt bei den jungen Frauen zunächst biographisch hinter das Bemühen um eine berufliche Qualifikation und die Integration in das Berufsleben zurück. Obwohl die Berufsorientierung der Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren noch höher ist im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen, kehrt sich dieses Verhältnis mit zunehmendem Alter um, während es bei den jungen Männern im Altersverlauf konstant bleibt. Mit zunehmendem Alter wird für die jungen Frauen die Familienorientierung deutlich stärker, während berufliche Orientierungen eher abnehmen. Auch zeigte sich, dass Jugendliche mehrheitlich am Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt festhielten, obwohl sie bereits mehrere Berufsvorbereitende Maßnahmen absolviert und bisher noch keinen Ausbildungsplatz erhalten haben (vgl. BMFSFJ 2002, 165/166).

Von den 5.065 verfügbaren Ausbildungsstellen im Arbeitsamtsbezirk Rostock entfiel mit 2.943 Stellen die größte Gruppe auf den Dienstleistungsbereich (58%), 1.947 Lehrstellen waren aus dem Gewerblich-technischen Bereich (38%) und 175 Ausbildungsplätze in der Landwirtschaft und im Gartenbau (3,5%). Im Vergleich der letzten 10 Jahre hat der Dienstleistungsbereich deutlich zugenommen (+10%), während der gewerblich-technische Bereich im gleichen Umfang abgenommen hat. Die Proportionen und Entwicklungen gelten in ähnlicher Weise auch für die Stadt Rostock.

Rund jeder vierte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig wieder aufgelöst. Die Anzahl ist dabei in den östlichen Bundesländern deutlich höher als in den westlichen. Und: während im Westen die Abbrecherquote seit 2000 in etwa stagniert (23,5%), steigen die Abbrüche im Osten langsam aber stetig an. In M-V liegt die Quote im Jahr 2002 bei 26,1% nach 23,3% im Jahr 1999. Die Abbruchquoten sind jeweils branchenspezifisch: Am höchsten sind die Ausbildungsabbrüche im Handwerk (29,3) und in hauswirtschaftlichen Berufen. Am niedrigsten im Öffentlichen Dienst (8,6%) sowie in Industrie und Handel (20,8%). Ein Zusammenhang besteht darüber hinaus zwischen auswärtigen Ausbildungen und den Abbruchquoten: Die Ausbildungen werden bei auswärtigen Ausbildungen häufiger abgebrochen, als innerhalb der eigenen Heimatstadt. Untersuchungen in anderen Bundesländern zeigen, dass rund 30% der Abbrüche bereits in den ersten drei Monaten stattfinden, jeder zweite Abbruch findet im ersten Ausbildungsjahr statt. Berufsberater vermuten vor allem individuelle, persönliche Gründe für einen Ausbildungsabbruch. Untersuchungen belegen aber den Zusammenhang zwischen Abbruch und den Faktoren Bildungsniveau, Zufriedenheit mit der Ausbildungsentscheidung und Qualität der Ausbildung (vgl. Hecker 2000). Folgt man dem, dann sind Abbruchquoten letztlich eine Folge der Krise auf dem Ausbildungsmarkt – sie steigen quasi zwangsläufig mit dem Defizit am Arbeitsmarkt.

Laut Bundesagentur für Arbeit wird sich im Beratungsjahr 2004/2005 die Zahl der Bewerber auf Ausbildungsmöglichkeiten, bestehend aus Schulabgängern, Altbewerbern und Absolventen aus Maßnahmen der Berufsvorbereitung nur geringfügig verringern. Auf Grund der anhaltenden angespannten wirtschaftlichen Lage vieler Betriebe ist auch im folgenden Berichtsjahr kaum mit einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt zu rechnen. Die Berufsberatung der Agentur für Arbeit ist deshalb

bereits bestrebt durch Verhandlungen mit Kammern, Innungen und Verbänden weitere Möglichkeiten zu schaffen. Geplant ist mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft M-V und dem Bauernverband verstärkt in agrarwirtschaftliche Berufe zu vermitteln. Um vorrangig Schulabgängern aus den Vorjahren eine zusätzliche Chance zu bieten ein Ausbildungsverhältnis zu erlangen, besteht seit Oktober 2004 das Angebot der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ). Durch eine vermehrte Nutzung des neuen Internet-Center im Bezirk der Agentur für Arbeit Rostock soll auch die überregionale Mobilität der Bewerber verstärkt werden.

4.3. Berufliche Bildung in Berufsschulen und Fachschulen

Die Berufsausbildung basiert in Deutschland nach wie vor zu großen Teilen auf dem System der sog. dualen Ausbildung. Das bedeutet, dass die betriebliche Lehrlingsausbildung zugleich durch eine schulische Berufsbildung begleitet wird, zumeist in Berufsschulen. Während die berufspraktische Ausbildung in den Betrieben stattfindet, geht es der schulischen Berufsbildung um einen allgemeinen berufsbezogenen Bildungsprozess, der auf die umfassende „Herausbildung einer Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenz“ (Pätzold 2001, 153) der Lehrlinge zielt. Die Berufsbildung in den Schulen ist ein integraler Teil des Bildungssystems und somit vorrangig an pädagogischen Zielen orientiert. Berufsbildende Schulen vermitteln die für eine Berufsausübung notwendigen beruflichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie berufsübergreifende bzw. allgemeinbildende Inhalte, um Jugendliche für ihre Berufe und Berufswege zu qualifizieren (vgl. Pätzold 2001, 156f.).

Berufliche Schulen, das umfasst nicht nur die klassische Berufsschule mit ihren Teilzeitausbildungen für die Lehrlinge. Zu den beruflichen Schulen gehören auch die berufsbezogenen Vollzeitausbildungen etwa des Berufsvorbereitungsjahrs, der Berufsfachschule, der Fachschule, des Fachgymnasiums sowie der Fachoberschule.

In den 90er Jahren wurden in Rostock drei freie berufliche Schulen und eine öffentliche berufliche Schulen eröffnet. Insgesamt gibt es heute 11 berufliche Schulen in der Stadt. Die Berufsschülerzahlen stiegen in Rostock seit 1991 von rund 9.210 auf 12.549 an, in Schulen freier Trägerschaft auf über 500. Anfang der 90er Jahre waren noch fast zwei Drittel der Schüler Männer. Seit dem hat sich der Geschlechterunterschied mehr und mehr verringert, 2003 waren noch 55% der Schüler männlich. Von den 11.674 beruflichen Schülerinnen und Schülern der öffentlichen Schulen befanden sich 9.060 in einer Teilzeitausbildung und 2.614 in einer Vollzeitausbildung. Die beiden größten Gruppen der beruflichen Vollzeitausbildung sind die Berufsfachschulen mit 1.044 Schülern sowie die Fachgymnasien mit 942 Schülern.

Die öffentlichen Berufsschulen der Hansestadt Rostock bieten Ausbildungen in folgenden Fachbereichen an: Metalltechnik, Medizinische Fächer, Wirtschaft und Verwaltung, Elektronik und Elektrotechnik, Ernährung und Hauswirtschaft, Bau-technik, Handel, Sonderpädagogik. In den letzten Jahren wurden insbesondere die Fachbereiche Elektronik und Elektrotechnik, Ernährung und Hauswirtschaft, Bau-technik, Handel und Sonderpädagogik ausgebaut.

Seit Mitte der 90er Jahre stieg die Zahl der jährlichen Absolventen mit Abschlusszeugnis von rund 3.000 auf rund 3.860 an. Im Durchschnitt der letzten Jahre verließ jeder zehnte Absolvent die Berufsschule nur mit einem Abgangszeugnis – mit leicht steigender Tendenz: 2003 waren es 12%. Von den männlichen Schülern verlässt jeder siebte die berufliche Schule lediglich mit einem Abgangszeugnis (15%). Der

Männeranteil der Absolventen nur mit Abgangszeugnis liegt mit 62% deutlich über dem der Frauen (38%).

Innerhalb der berufsbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit Anfang der 90er Jahre der Anteil der reinen Berufsschule gegenüber den anderen Formen von 74% (1991) auf 68% (2001) reduziert. Zugenommen hat demgegenüber vor allem der Anteil der beruflich-bildenden Eingliederungshilfen im Bereich der berufsvorbereitenden Maßnahmen. Der Anteil der Jugendlichen, die an diesen Integrationsmaßnahmen – u.a. zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit – teilnehmen, hat sich im Vergleich zu 1991 mehr als verdreifacht auf 5.803 Jugendliche. Starke Zuwächse gibt es ansonsten auch im Bereich der beruflichen Vollzeitausbildungen: etwa bei den Berufsfachschulen (+560%), Höheren Berufsfachschulen (+30%), Fachoberschulen (+440%) und Fachgymnasien (+40%).

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland gilt – gerade auch international – als eine hervorragende Struktur für eine qualifizierte Berufsausbildung. Allerdings setzt seine Bedeutung auch die Existenz der beiden Säulen Betrieb und Schule voraus. In Ostdeutschland und auch in Rostock ist dieses Fundament der dualen Ausbildung aber immer weniger vorhanden. Während in Westdeutschland überbetriebliche Ausbildung zumeist eine strukturelle Ergänzung der betrieblichen Ausbildung darstellt, treten in Ostdeutschland die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zunehmend an die Stelle betrieblicher Ausbildung. Damit aber ist das Prinzip der dualen Berufsausbildung potenziell in Frage gestellt. Die Arbeitsteilung mit den beruflichen Schulen bleibt auf der Basis dieser sozialstaatlichen und bildungspolitischen Hilfskonstrukte letztlich unklar und diffus, da die überbetrieblichen Werkstätten die Funktion einer betrieblichen Ausbildung nur begrenzt simulieren können. Die Gefahr besteht, dass der Begriff ‚Duales Ausbildungssystem‘ in Ostdeutschland mit ‚Zwei-Klassen-Ausbildungssystem‘ übersetzt wird.

5. Hochschulen und Studenten in Rostock

Die Hochschulen sind in der Bundesrepublik seit den Hochschulreformen der 60er und 70er Jahre und der daraus resultierenden Öffnung und Expansion dieser Bildungswege zu einem selbstverständlichen Bildungsgang innerhalb des tertiären Bildungsbereichs geworden. Bildungsabschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen sichern zwar immer noch den Zugang zu bevorzugten und privilegierten sozialen und gesellschaftlichen Positionen und sozialen Status. Bei einem Umfang von bundesweit rund 2 Millionen Studierenden sind aber akademische Ausbildungen nicht mehr das Privileg kleiner Bildungseliten, sondern Ausdruck eines stetigen Zuwachs der Bildungsniveaus innerhalb der jungen Generation und ein Indikator für die notwendige Akademisierung einer Wissensgesellschaft inmitten eines globalisierten ökonomischen und kulturellen Wettbewerbs.

Hochschulen sind darüber hinaus aber nicht nur ein Indikator für die akademische Leistungsfähigkeit einer Bevölkerung; regional- und strukturpolitisch sind sie bedeutsame Katalysatoren für den sozialen und technologischen Wandel und jeweils ein wichtiger ökonomischer und kultureller Standortfaktor für die jeweilige Region. Nicht zuletzt erweisen sich die Universitäten mit ihren wissenschaftshistorischen Traditionen als bedeutsame Akteure innerhalb der Ausbildung regionaler und lokaler Identitäten.

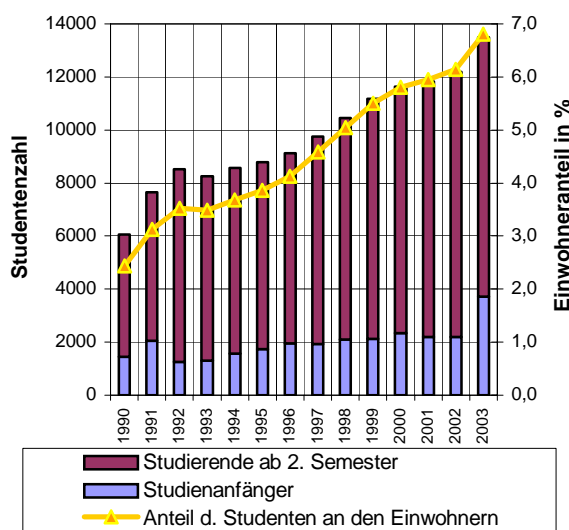
Für die ostdeutschen Hochschulen sind diese Entwicklungen relativ neueren Datums. In der DDR waren die Hochschulen und die Hochschulzugangsberechtigungen politisch verregelt und abgeschottet, mit der Folge, dass sich die DDR im Bereich der Akademisierung der Bevölkerung von den Modernisierungsprozessen der Industriegesellschaften weitgehend abgekoppelt hatte. Seit den 70er Jahren hatte es in der DDR an den Hochschulen keinen Zuwachs an Studienanfängern und Studenten mehr gegeben, während sich in Westdeutschland im selben Zeitraum die Zahl der Studenten von 422.000 im Jahr 1970 auf rund 1,6 Millionen im Jahr 1990 vervierfachte.

Mit der Öffnung der Bildungspolitik und der Hochschulen nach 1990 begann in den 90er Jahren ein stetiger, allerdings bis heute noch anhaltender Angleichungsprozess in den Bildungsprozessen und Bildungsambitionen der jungen Generation an die Standards der westlichen Gesellschaften, der auch 15 Jahre nach der Wende immer noch Unterschiede aufweist. Sowohl bei den Hochschulzugangsberechtigungen (Abitur), als auch bei den Studienanfängern sowie in der Hochschulabsolventenquote liegen die ostdeutschen Bundesländer nach wie vor hinter den westdeutschen.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Studienberechtigtenquote¹⁶ in den letzten

Jahren leicht gesunken. Sie betrug im Jahr 2002 28,8% gegenüber 30,7% im Jahr 1998. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Studienberechtigtenquote demgegenüber 38,2% - mit leicht steigender Tendenz (1998: 36,9%). Die Quote in M-V ist zudem in hohem Maße geschlechtsspezifisch verteilt: so verfügen 23,4% der männlichen Bevölkerung im Jahr 2002 über eine Studienberechtigung, gegenüber 34,6% der weiblichen Bevölkerung¹⁷. Ähnlich sehen die Daten und Entwicklungen auch bei den Studienanfängern und Studierenden aus. So betrug im Jahr 2000¹⁸ die Studienanfängerquote in M-V 25,1% im Vergleich zu 33,5% im Bundesdurchschnitt. Bei der Absolventenquote an den Hochschulen zeigen sich gegenüber den 90er Jahren zwar deutliche Annäherungsprozesse. Allerdings sind auch hier nach wie vor signifikante Unterschiede feststellbar. So betrug die Absolventenquote¹⁹ in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 13,5% -

Abb. 50: Entwicklung der Studierendenzahlen an der Uni Rostock seit 1990



¹⁶ Studienberechtigtenquote: Anteil der Studienberechtigten (z.B. mit Abitur, Fachhochschulreife u.a.) an der altersspezifischen Bevölkerung

¹⁷ Altersgruppe der Abiturienten und Fachoberschulabsolventen.

¹⁸ Im Jahr 2001 wurde in M-V das 13. Schuljahr eingeführt. Die vorliegenden Daten zu 2001 und 2002 sind durch den fehlenden Jahrgang verfälscht.

¹⁹ Absolventenquote: Anteil der Hochschulabsolventen (alle Hochschultypen) an der Bevölkerung des entsprechenden Alters.

nach 9,3% im Jahr 1998. Der Bundesdurchschnitt lag hier 2002 bei 17,4% (1998: 16,4%). Auffällig sind hier ebenfalls die geschlechtsspezifischen Unterschiede, die es so in den Absolventenquoten der westlichen Bundesländer nicht gibt: In M-V liegt die Quote der Hochschulabschlüsse bei den jungen Frauen mit 15,7% (2002) deutlich höher als bei den jungen Männern (11,8%).

Rostock verfügt als größte Stadt des Landes über zwei Hochschulen: die Universität sowie die Hochschule für Musik und Theater (HMT). Die Universität Rostock, gegründet 1419 als Alma Mater Rostochiensis, ist eine der ältesten deutschen Universitäten und die älteste in Norddeutschland. Die HMT wurde 1991 gegründet. In den 90er Jahren konnte die Universität Rostock stark expandieren, sie ist die größte Hochschuleinrichtung des Bundeslandes. Gegenüber 1989 hat sich die Anzahl der Studierenden an der Universität Rostock bis 2004 mehr als verdoppelt von 6.289 Studierende auf 14.019 – das ist ein Zuwachs von 123%. Parallel dazu nahm das wissenschaftliche und künstlerische Personal von rund 1.300 (1992) auf rund 2.820 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu. Das Betreuungsverhältnis zwischen wissenschaftlichem Personal und Studierenden betrug im Jahr 2003 4,8 – es hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert, sondern schwankt etwa zwischen 4 und 5 Studierenden pro Mitarbeiter. Der Studierendenanteil an der Bevölkerung ist mit 7% eher durchschnittlich.

Die Nachfrage nach Studienplätzen in Rostock ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. So ist die Zahl der Neueinschreibungen seit dem WS 2000 von damals 2.862 Erstsemestern im Wintersemester 2004 auf 3.752 gestiegen – ein Zuwachs um 31% in nur vier Jahren. Absolventen wurden hingegen 2003 nur 1.150 gezählt, eine Quote, die etwas über 8% lag. Demgegenüber stagnieren in den letzten Jahren die Absolventenzahlen. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 1.137 erfolgreiche Examen abgelegt. Das sind nur wenig mehr als im Jahr 2000 (1.075); gegenüber 1993 (= 1.356 Absolventen) aber sogar ein Rückgang um 16%. Die Rückgänge sind vor allem in den Bereichen Humanmedizin, Ingenieurwissenschaften, Agrar-, Forst und Ernährungswissenschaften zu verzeichnen.

Die Universität Rostock ist eine Volluniversität. D.h. es wird das gesamte Fächerspektrum einer Hochschule im Spektrum zwischen Natur- und Geisteswissenschaften, technischen Disziplinen sowie Human- und Gesellschaftswissenschaften angeboten. Der Strukturwandel an den Hochschulen schlägt sich auch in Rostock in einer veränderten Gewichtung der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und Studiengänge nieder. Mit 28,7% aller Studierenden (2003/04) bildet dabei die Gruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften den größten Bereich, gefolgt von Sprach- und Kulturwissenschaften mit 25,4%, der Mathematik und Naturwissenschaft mit 18,4%, den Ingenieurwissenschaften mit 12,4%, den Medizinern mit 10,6%. Im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre hat sich das Profil der Universität damit stärker in Richtung geistes-, sozial- und gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen verändert, während die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer zusammen eher abgenommen haben.

Die Hochschule für Musik und Theater (HMT) hat mit rund 450 Studenten gegenwärtig offenbar ihren vorläufigen Endausbau erreicht. Gegenüber 1991 haben sich die Studentenzahlen an dieser künstlerischen Hochschule damit mehr als verdoppelt (+137%). Im Jahr 2003 wurden 80 Studienanfänger neu eingeschrieben. Trotz ihrer erst relativ kurzen Geschichte hat die Hochschule für Musik und Theater

bereits an internationaler Bedeutung gewonnen. Das Verhältnis von Neueinschreibungen und erfolgreichen Abschlussprüfungen ist an der HMT günstiger als an der Universität Rostock. Auf 80 Studienanfänger kamen 71 Absolventen; an der Universität Rostock betrug diese Relation im selben Jahr: 3.524 Studienanfänger (2003) bei 1.137 Absolventen.

Die tendenziell steigende Zahl von Studienanfängern im Vergleich zu der eher sinkenden Zahl von Absolventen lässt zu einer längeren Studienzeiten vermuten. Zum anderen kann aber auch die Zahl der Studienabbrecher und der Studienortwechsler gestiegen sein. Von den Studierenden der Universität Rostock befinden sich 12% (= 1.578) länger als 10 Semester im Studium; 88% der Studierenden befinden sich demgegenüber im ersten bis 10. Semester (1.-8.Semester: 78%).

Entsprechend der allgemeinen Entwicklung im Bildungssystem, dass vor allem Mädchen und junge Frauen höhere Bildungsabschlüsse anstreben, ist der Anteil der weiblichen Studenten in den letzten Jahren ebenfalls stetig angestiegen. Seit 2002 gibt es einen Frauenüberschuss an der Universität Rostock. 1992 gab es rund 42% weibliche Studierende. Deren Anteil ist bis zum Jahr 2003/04 auf 51% gestiegen. An der Hochschule für Musik und Theater ist demgegenüber der Anteil weiblicher Studenten seit Anfang der 90er Jahre leicht rückläufig – von etwa 74% im Jahr 1994 auf 62% im Jahr 2003.

Ausländische Studierende sind ein bedeutender ökonomischer, aber auch kulturpolitischer Faktor für eine Exportnation. Ausländische Akademiker haben angesichts der niedrigen Geburtenrate in Deutschland nicht nur einen strukturell bedeutsamen Anteil am Arbeitsmarkt; sie sind auch wichtige Mittler und Botschafter für die ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den jeweiligen Herkunftsländern. Die Bundesrepublik bemüht sich deshalb seit langem um eine Steigerung des Anteils ausländischer Studenten in Deutschland. In den westlichen Bundesländern rekrutieren sich ausländische Studenten vor allem auch aus den jeweilig dort lebenden Migrantenkulturen. In den östlichen Ländern liegt demgegenüber der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei durchschnittlich nur 1,5-2%. Der Anteil ausländischer Studenten an der Universität Rostock hat sich vor diesem Hintergrund in Rostock gegenüber 1990 knapp verdoppelt: von 3,5% im Jahr 1990 auf 6,3% im Jahr 2003. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (12%) liegt der Anteil ausländischer Studenten gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden in Rostock nur etwa bei der Hälfte. Deutlich höher ist die Quote ausländischer Studenten an der HMT. Im Jahr 2003 studierten hier 152 Studierende aus zahlreichen Ländern; das ist etwa ein Drittel der Studentenschaft. Die Hochschule für Musik und Theater ist in ihrer künstlerisch-akademischen Ausbildung damit gegenüber Anfang der 90er Jahre wesentlich internationaler geworden. Im Jahr 1995 betrug der Ausländeranteil gerade mal knapp 6%.

Die künftige Entwicklung der Rostocker Hochschulen ist zum Ersten durch die bundesweiten Strukturreformen an den Universitäten und Fachhochschulen bestimmt, allen voran – im Rahmen des europäischen sog. Bologna-Prozesses – die Reform der klassischen Magister- und Diplomabschlüsse durch die neuen modularisierten Bachelor- und Masterabschlüsse; zum Zweiten stehen angesichts der defizitären öffentlichen Haushalte und der struktur- und konjunkturbedingten Steuerausfälle bei gleichzeitig vergleichsweise hohen Bildungsausgaben für die Hochschulen landesweite Reformen der Hochschullandschaft zu erwarten, die je nach Standort wohl

auch mit Schließungen oder Zusammenlegungen von Hochschuleinheiten einhergehen werden; zum Dritten haben die Hochschulen, nicht nur in Rostock, sondern in Mecklenburg-Vorpommern und in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt ab etwa 2010 mit den Auswirkungen des demographischen Knicks zu rechnen, die zu einem gravierenden Rückgang der Studienanfänger - und der Studierendenzahlen in Rostock und M-V führen werden (Statistik der Universität; Lagebericht 2004; Jahrbuch Rostock 2004).

6. Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Arbeitsmarkt (Erwerbstätige und Arbeitslose)

Arbeit und Beruf markieren nach wie vor zentrale gesellschaftliche Werte und Entwicklungsaufgaben für Kinder und Jugendliche. Sie sind bedeutsame Zielperspektiven für die eigene Lebensplanung, die gesellschaftliche (ökonomische, soziale und kulturelle) Partizipation und soziale Integration. Mit der Frage nach den Berufswünschen und Berufsorientierungen werden zentrale Aspekte der persönlichen und sozialen Identität von Kindern und Jugendlichen angesprochen. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit ist dabei nicht nur die Voraussetzung für eine eigenverantwortliche materielle Existenzsicherung und ein wichtiger Indikator für sozialen Status und gesellschaftliche Positionierung. Für die meisten Menschen nimmt Erwerbsarbeit auch nach wie vor eine zentrale sinnstiftende Funktion im Leben ein, die soziale Anerkennung sichert und die Biographie strukturiert. In der Folge des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft erodieren allerdings diese konstitutiven Funktionen von Arbeit und Beruf für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung. Insbesondere im Ost-West-Vergleich zeichnet sich hier eine nachhaltige Spaltung der Gesellschaft ab, die viele junge Menschen in Ostdeutschland – insbesondere junge Männern aus der Unterschicht – nachhaltig ihrer berufsbiographischen Perspektiven beraubt.

6.1. Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen und Heranwachsenden – Anzahl und Entwicklung

Die Quote der Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen und Heranwachsenden ist von verschiedenen Faktoren abhängig: die Sozialstruktur der Jugendphase, die demographische Entwicklung sowie die strukturellen und konjunkturellen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. In Bezug auf die Struktur der Jugendphase lässt sich in einem längeren historischen Prozess aufgrund der Tendenz zu höheren Schulabschlüssen eine umfassende Verschulung der Jugendalters ausmachen. Immer mehr Jugendliche gehen länger zur Schule, um höhere Bildungsabschlüsse als die Elterngeneration zu erreichen. Das führt dazu, dass in der Altersgruppe bis 20 Jahre nur noch ein kleiner Teil der Jugendlichen dem Erwerbsarbeitsmarkt zur Verfügung steht. In Ostdeutschland ist diese Entwicklung relativ neuen Datums, da der Strukturwandel der Jugendphase aufgrund der Öffnung des Bildungswesens erst nach 1990 wirksam einsetzte. Die demographische Entwicklung flankiert diese Prozesse. So sind aufgrund des Geburtenknicks nach 1990 ab etwa 2007 mit entsprechenden Einbrüchen bei den Lehrlingszahlen und drei Jahre später bei den Facharbeiterzahlen unter den jungen Erwachsenen in Ostdeutschland zu rechnen. Der ökonomische Wandel nach 1990 mit dem Wegfall großer Teile der gewerblichen und industriellen Arbeitsplätze in Ostdeutschland hat auch zu einer entsprechend krisenhaften Situation auf dem Arbeits-

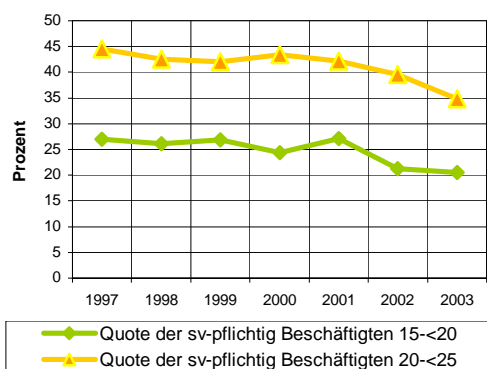
markt für junge Erwachsene geführt. Die inzwischen langjährige Konjunkturkrise in Ost- und Westdeutschland verschärft diese Situation noch nachhaltig.

Jugendliche und Heranwachsende zwischen 15 bis unter 25 Jahren gelten als prinzipiell erwerbsfähig. Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen in Rostock sank seit 1990 von rund 32.800 auf 27.479 (1997). Seit dem steigt die Zahl jährlich leicht an (2003 waren es 29.436), da die Anzahl Heranwachsender (20-<25 Jahre) wegen des Durchlaufens der demographischen Welle stärker zunimmt. Dabei handelte es sich jeweils fast zur Hälfte um Männer und Frauen, wobei die Zahl der Männer leicht überwog.

Die *Beschäftigungsquote* (= Anteil der sv-pflichtig Beschäftigten an der Altersgruppe) ist bei den erwerbsfähigen Jugendlichen und Heranwachsenden zwischen 1997 und 2002 leicht von 34,8% auf 31,3% gesunken. Die absolute Zahl der sv-pflichtig beschäftigten Jugendlichen und Heranwachsenden sank in der Zeit leicht von 9.565 auf 9.027. Im Folgejahr war bis Ende Juni 2003 wieder ein stärkerer Rückgang auf 8.427 sv-pflichtig beschäftigte²⁰ Jugendliche und Heranwachsende zu verzeichnen (Beschäftigungsquote 28,6%).

Wegen des Rückgangs der Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren gab es in dieser Altersgruppe einen Rückgang bei den sv-pflichtig Beschäftigten von 4.100 auf 2.725. Die Beschäftigungsquote sank dabei von 27% auf 21,2% im Jahr 2002. Diese Zahl

Abb. 51: Quoten der sv-pflichtig Beschäftigten 1997 – 2003 an den Altersgruppen (in Prozent)



verringerte sich bis Ende Juni 2003 weiter auf 2.618²¹ sv-pflichtige Jugendliche (20,6%). Aufgrund der Zunahme der Zahl der Heranwachsenden zwischen 20 bis unter 25 Jahren stieg in dieser Altersgruppe die Zahl der sv-pflichtig Beschäftigten von 5.465 auf 6.302. Die altersspezifische Beschäftigungsquote sank dabei allerdings von 44,4% auf 39,4% (2002). Seit 2001 geht auch die Anzahl der sv-pflichtig beschäftigten Heranwachsenden wieder zurück. Am 30.06.2003 wurden 5.809 sv-pflichtig Beschäftigte²² in dieser Altersgruppe registriert, die einer altersspezifischen Beschäftigtenquote von 34,8% entsprachen. Die Rückgänge der Beschäftigtenanteile in den Altersgruppen der 15-<20 und 20-<25jährigen sind auf die weiterhin zunehmende Bedeutung der Schul- und Ausbildungsphasen, aber auch auf den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Die Förderung von selbstständiger Arbeit und Existenzgründung spielt nach Einschätzung der Fachleute für die Gruppe der unter 25jährigen in Rostock und auch in Mecklenburg-Vorpommern noch keine nennenswerte Rolle. Als Gründe werden sowohl die fehlende Berufserfahrung als auch fehlendes Eigenkapital genannt. Das Instrument der Ich-AG's lässt sich allenfalls im Bereich der kammerfreien Dienst-

leistungen.

²⁰ Angabe laut Agentur für Arbeit

²¹ Angabe laut Agentur für Arbeit

²² Angabe laut Agentur für Arbeit

leistungsberufe (z.B. Friseur) mit relativ wenigen Fällen beobachten. Die gegenwärtigen Bemühungen und Konzepte des Landes in Richtung ‚junge Zielgruppe‘ werden von den Experten eher skeptisch eingeschätzt.

6.2. Jugend und Arbeitslosigkeit in Rostock

Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind nach wie vor das schwerwiegendste soziale, ökonomische und politische Problem in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei gibt es in Deutschland markante regionale Unterschiede, wobei insbesondere das Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland unverändert ein zentraler Indikator für soziale Ungleichheit ist, auch wenn in einigen strukturschwachen Gebieten in Westdeutschland (z.B. Ruhrgebiet) vergleichbare Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind. Insbesondere im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zeigt sich seit Jahren eine stabile und teilweise noch wachsende Kluft zwischen Ost und West.

Jugendarbeitslosigkeit betrifft die Erwerbslosigkeit von jungen Menschen unter 25 Jahren. Dabei müssen allerdings zwei Altersgruppen unterschieden werden, die jeweils in signifikant unterschiedlicher Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind: die 15-20jährigen sowie die 20-25jährigen. In öffentlichen Darstellungen zur Jugendarbeitslosigkeit wird oft ausschließlich die Quote der Gesamtgruppe (unter 25 Jahren) genannt. Im Ergebnis erscheint das soziale Problem der Arbeitslosigkeit dann geringer als es tatsächlich ist. Die Altersgruppe der 15-20jährigen ist – auch in strukturschwachen Gebieten – nur in vergleichsweise geringem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen. Der größte Teil der Jugendlichen befindet sich hier noch in Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen. Anders die Altersgruppe der 20-25jährigen. Biographisch und sozialisatorisch handelt es sich hier um die Phase der eigentlichen Integration in die Erwachsenen- und Erwerbsarbeitsgesellschaft. Berufsausbildungen – jenseits akademischer Ausbildungen – sind in diesem Alter in der Regel abgeschlossen. Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit hat für diese Altersgruppe somit eine besonders problembelastete Qualität: Sie grenzt nicht nur aus und führt zu finanziellen Mangelsituationen. Sie verhindert auch die erfolgreiche und dauerhafte Integration in das soziale, kulturelle und ökonomische System der Erwachsenengesellschaft und die Partizipation an ihrem Wohlstand, ihren Chancenstrukturen und Entwicklungsprozessen. In dieser Altersgruppe sind vor allem junge Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Sieht man sich die Effizienz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Jugendarbeitslosigkeit an, dann scheint es, als wenn diese vor allem bei den Jüngeren unter 20 Jahren greifen, während sich bei den jungen Erwachsenen bis zu 25 Jahren in den letzten Jahren – gerade auch vor dem Hintergrund der rezessiven konjunkturellen Entwicklung – kaum Entlastungen erkennen lassen.

Diese Situation kommentieren die befragten Experten jedoch so, dass der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Rostock für die Jugendlichen durch die gleichen massiven Strukturprobleme gekennzeichnet ist, wie in den anderen neuen Bundesländern auch. Im Vergleich zu M-V liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Rostock eher im Mittelfeld.

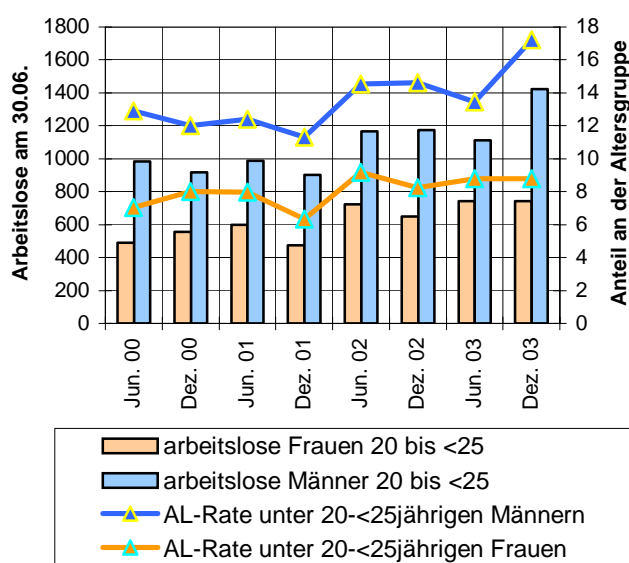
Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 20 Jahren lag im Jahr 2002 in Westdeutschland bei 4,4% und in Ostdeutschland bei 8,9%. Für die Altersgruppe der 20-25jährigen verschärft sich dieses Problem allerdings erheblich – und auch die Kluft zwischen Ost und West. Im Jahr 2002 waren in Westdeutschland 9,7% dieser Altersgruppe arbeitslos, in Ostdeutschland aber 20,6% - also mehr als doppelt soviel. Im

Vergleich mit den neunziger Jahren zeigt sich für Ostdeutschland eine stetige Negativentwicklung und zudem eine steigende Kluft zwischen Ost und West bei den Arbeitslosenquoten. 1995 betrug die Arbeitslosigkeit der 20-25jährigen im Westen rund 9%, im Osten dagegen 14,4%. Der Abstand zwischen Ost und West hat sich seitdem verdoppelt von 5,4% auf 11%.

Die Daten zur Jugendarbeitslosigkeit in Rostock bestätigen im Großen und Ganzen diese Darstellung zur Gesamtentwicklung. Auch in Rostock nimmt seit Jahren die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen stetig zu.

Im Jahr 2000²³ waren in der Hansestadt insgesamt 1.948 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. Im Jahr 2004²⁴ waren es bereits 2.748 junge Menschen – ein Zuwachs um 41%. Davon entfallen gegenwärtig 441 junge Arbeitslose auf die 15 bis unter 20jährigen, sowie 2.307 auf die 20 bis unter 25jährigen. Während es bei den Jugendlichen kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, liegt bei den 20-25jährigen der Anteil der männlichen Arbeitslosen deutlich höher. Im Jahresdurchschnitt 2003 waren in Rostock rund 2.210 junge Erwachsene (20-25 Jahren) arbeitslos. Davon waren rund 1.370 junge Männer und 840 junge Frauen. Der Männeranteil an den Arbeitslosen der 20 bis unter 25jährigen beträgt somit 62% - nahezu zwei Drittel.

Abb. 52: Arbeitslosenanteile an den 20 bis 25jährigen differenziert nach Geschlecht 2000-2003



Anmerkung: Die Arbeitslosenraten beziehen sich jeweils auf den

Die Arbeitslosenquote zu den einzelnen Altersgruppen wird in den statistischen Daten der Bundesagentur für die Hansestadt Rostock nicht separat ausgewiesen und kann auch nicht so ohne weiteres selbst errechnet werden. Es liegen aber Daten zum Arbeitsamtsbezirk Rostock vor. Danach beträgt die Quote der Jugendarbeitslosigkeit unter 25 Jahren im September 2004 in Rostock und Umgebung 19,7%. In der Altersgruppe der Jugendlichen unter 20 Jahren beträgt die Arbeitslosigkeit 9,4%. In der Altersgruppe der 20-25jährigen erreicht indes die Arbeitslosenquote 25,2% (Jahresdurchschnitt 2003: 23,4%). Geht man davon aus, dass der Frauenanteil an den 20-25jährigen Erwerbspersonen etwa 50% beträgt und der Männeranteil an den Arbeitslosen im Bezirk Rostock genauso hoch ist wie in der Hansestadt Rostock (62%), dann kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitslosenquote der jungen Männer zwischen 20 und 25 Jahren in Rostock und Umgebung bei rund 31% liegt. D.h.

²³ jeweils Berichtsmonat September

²⁴ jeweils Berichtsmonat September

nahezu jeder dritte junge Mann im Alter zwischen 20 und 25 Jahren ist in Rostock und Umgebung arbeitslos.

Die Erfahrungen der Arbeitsmarktexperten in Rostock zeigen darüber hinaus, dass es vor allem berufsunerfahrene junge Männer sind, die in dieser Altersgruppe von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aus einer Stichprobe von 2.900 Arbeitslosen unter 25 Jahren in Rostock verfügten gerade 221 über eine abgeschlossene Berufsausbildung und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung. Berufspraxis scheint insbesondere den Berufsberatern ein zentraler Indikator für eine erfolgreiche Vermittlung. Allerdings täuscht dieser Praxisbefund aus der Perspektive der Arbeitsagentur auch, da zwar unter dem gegebenen gravierenden Defizit an Arbeitsplätzen die Berufspraxis ein zentraler Selektionsmechanismus ist, allerdings führt der quantitative Zuwachs an Qualifizierung nicht gleichzeitig zu mehr offenen Stellen, sondern verschiebt nur die Selektionsmechanismen. Insofern lässt sich der Beratungs- und Vermittlungsprozess durch die Arbeitsagentur auch als mehrstufiger Selektionsprozess verstehen, bei dem am Ende *immer* die Gruppe der Schwächsten und die Gruppe mit den größten Problemen durch das Vermittlungsnetz fallen.

In Rostock hält die Agentur für diese Jugendlichen und Heranwachsenden ein Job-Center U25 bereit, in dem mit niedrig schwelligen Angeboten Jugendliche „sukzessiv an den Arbeitsmarkt herangeführt“ werden sollen. In den neuen Förderstrukturen sowie im sog. ‚Jump-Plus‘ werden gegenwärtig ca. 400 Jugendliche betreut – in Kooperation von Arbeitsagentur, Jugendamt und Sozialamt. Dabei geht es darum, auf der Basis eines intensiven Fallmanagements und unter Einsatz sozialpädagogischer Methoden zunächst die Sozial- und Alltagskompetenzen als personale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in die Arbeitswelt grundzulegen und zu stärken.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Heranwachsenden (bei Jugendlichen spielt dieses Problem noch keine Rolle) betrug im September 2004 mit 188 Fällen knapp 7%. In absoluten Zahlen ist das gegenüber dem Jahr 2000 ein Zuwachs um 89 Fälle. Bezogen auf die jeweils zugrunde liegende Jugendarbeitslosigkeit ergibt sich aber eher eine leichte prozentuale Steigerung von 5,4% auf 6,8%. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Jugendlichen, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, von 355 auf 666 Personen.²⁵ Langzeitarbeitslosigkeit ist im Vergleich der Altersgruppen eher ein Problem der älteren Arbeitslosen und weniger der jungen. Gleichzeitig sind dies beachtliche Steigerungen in kurzer Zeit, was wahrscheinlich auf Veränderungen beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen ist.

Männer sind unter den Jugendlichen signifikant stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Frauen. Fast doppelt so viele Männer wie Frauen sind im Alter von 15- < 25 Jahren langzeitarbeitslos (bzw. länger als ein halbes Jahr arbeitslos). Dies galt auch in den vorangegangenen Jahren.

Fast alle Jugendlichen und Heranwachsenden, die nicht sv-pflichtig beschäftigt oder arbeitslos registriert sind, können (mit Ausnahme einiger weniger Selbständiger und Beamten) zu den Nichterwerbspersonen gezählt werden: sie sind überwiegend Schüler, Studenten oder leisten ihren Wehr- oder Zivildienst ab. Die Nichterwerbstä-

²⁵ Quelle: Aktuelle Arbeitsmarktdaten –

tigenquote stieg dabei von 57,6% (1997) auf 60,3% (2002), was wahrscheinlich mit der Zunahme der Studentenzahlen in der Stadt zusammenhängt.

Die meisten Jugendlichen und Heranwachsenden befinden sich also noch in der Ausbildung. Deshalb ist der Anteil der SV-Pflichtigen und Arbeitslosen relativ gering. Gleichwohl ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bei den Heranwachsenden, die keine Ausbildung mehr absolvieren, überdurchschnittlich hoch.

Die Analyse des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für Jugendliche und junge Erwachsene in Rostock legt gegenwärtig den Blick auf eine desolante Situation offen. Ein bisher stetig wachsender Teil der jungen Generation wird zumindest zeitweise aus dem Erwerbsarbeitsmarkt ausgegrenzt und an einer verlässlichen und stabilen Integration in die Arbeitsgesellschaft der Erwachsenen gehindert. Die Probleme liegen dabei weniger in der Struktur und Qualität des Betreuungs-, Bildungs- und Vermittlungssystems, sondern vor allem in der viel zu geringen Zahl von betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen begründet. Die sozialstaatlichen Förder- und Eingliederungsinstrumente der Arbeitsagentur, der Jugend- und Sozialämter oder auch der freien Träger der Jugendberufshilfe erweisen sich vor diesem Hintergrund als hoch engagierter aber offenbar ziemlich aussichtsloser Versuch, der Hydra ‚Jugendarbeitslosigkeit‘ den Kopf abzuschlagen. Das Ergebnis scheint weniger die Beseitigung oder Schwächung eines Arbeitsmarktproblems als die Therapeutisierung, Sozialpädagogisierung und Deklassierung eines Heers von sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sein.

7. Religions- und Kirchenzugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen

In der Folge der langjährigen Antikirchenpolitik der DDR war in Ostdeutschland seit den 50er Jahren ein stetiger Rückgang in der Kirchenzugehörigkeit der Bevölkerung zu verzeichnen. Bis heute lassen sich in diesem Bereich gravierende Unterschiede in der Quote der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung zwischen Ost- und Westdeutschland aufzeigen – ungeachtet der parallelen Säkularisierungsprozesse und Kirchenaustritte, die auch in den westlichen Bundesländern seit vielen Jahren zu beobachten sind.

Insgesamt gehören im Jahr 2003 in Rostock 35.920 Einwohner einer Kirche an. Das sind 18,4% der Gesamtbevölkerung. Davon sind 19.590 Mitglieder der evangelischen Kirche, 5.433 Mitglieder der katholischen Kirche und 10.897 Einwohner gehören einer sonstigen kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft an. Damit hat sich seit 1992 die Anzahl der kirchlich gebundenen Einwohner knapp verdoppelt – von 18.360 (1992) auf 35.920 (2003). Die Mitglieder der evangelischen Kirche verzeichnen dabei einen Zuwachs von rund 60%, die der katholischen Kirche von 36%. Den größten Zuwachs erfahren aber die sonstigen Kirchen und Religionsgemeinschaften – von 2090 Mitgliedern im Jahr 1992 auf 10.897 im Jahr 2003 – ein Zuwachs um mehr als das Fünffache.²⁶

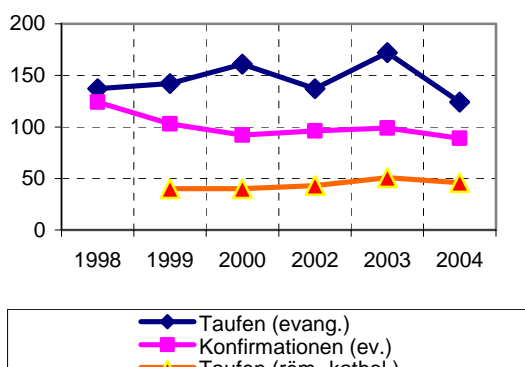
Gleichwohl bleibt Rostock wie die ostdeutschen Bundesländer insgesamt im Bundesvergleich eine säkularisierte Landschaft. Insgesamt sind in der Bundesrepublik rund 70% der Bevölkerung kirchlich gebunden, davon 64% evangelisch oder katho-

²⁶ Dieser Zuwachs resultiert vermutlich vor allem aus der Zuwanderung von Bürgern aus den osteuropäischen Staaten, die zu großen Teilen anderen Religionsgemeinschaften angehören: z.B. den Mennoniten

lich. Die Kirchenbindung ist bundesweit also immer noch mehr als dreimal so hoch wie in den östlichen Bundesländern.

Diese generellen Tendenzen gelten so auch für Kirchenzugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen im Osten. Die Jugendstudien bestätigen, dass es den großen Kirchen nach 1990 kaum gelungen ist, die junge Generation in Ostdeutschland wieder stärker an sich zu binden. Bei westdeutschen Jugendlichen nehmen religiöse Überzeugungen und Praktiken nach wie vor einen breiteren Raum ein – allerdings auch hier mit einer stetig abnehmenden Tendenz. In den neuen Bundesländern weist ein hoher Anteil der Jugendlichen keine Religionszugehörigkeit auf und steht religiösen Fragen gleichgültiger gegenüber als Jugendliche im Westen (vgl. Fischer u.a. 2000, 173ff.). Vermutlich wirken hier die familiären Traditionen und antikirchlichen Einstellungen der DDR-Zeit noch deutlich nach.

Abb. 53: Entwicklung von Taufen und Konfirmationen in Rostock 1998 – 2004



Diese Entwicklung spiegelt sich auch in Rostock wider. Sowohl in der evangelischen als auch in der katholischen Kirche sind in den letzten Jahren die Teilnahmen an den zentralen kirchlichen Riten und Statuspaagen rückläufig. Die evangelischen Taufen gingen von 137 (1998) auf 124 (2004) zurück. Im gleichen Zeitraum sank die Teilnahme bei den Konfirmationen von 124 auf 89 Jugendliche. Der Rückgang zeichnet sich nicht nur in den absoluten Zahlen ab,

sondern auch proportional zur Altersgruppe: Misst man die Taufen proportional zum durchschnittlichen Altersjahrgang der 0 bis unter 3jährigen, dann wurden im Jahr 1998 20,3% der Rostocker Kinder evangelisch getauft. Im Jahr 2003 ging diese Quote auf 16,5% zurück.

Bei den katholischen Taufen ergibt sich im Vergleich mit der Altersgruppe letztlich eine Stagnation zwischen 1998 und 2003 – insgesamt werden pro Jahrgang rund 6% der Kinder in der Hansestadt katholisch getauft, die gleiche Quote wie 1998. In absoluten Zahlen wurden im Jahr 2003 in den vier katholischen Gemeinden Rostocks 46 Taufen durchgeführt, sechs mehr als 1999. 34 katholische Jugendliche gingen 2003 zur Kommunion, im Jahr 1999 waren es 39. Bei den Firmungen wurden 2003 26 Teilnehmer gezählt, nach 27 im Jahr 1999. Insgesamt sind lediglich 2,7% der Rostocker Bevölkerung Katholiken. Nimmt man die Taufen der evangelischen und katholischen Kirche zusammen, dann wird knapp jedes vierte Kind in der Hansestadt christlich getauft.

In Bezug auf die sonstigen religiösen oder kirchlichen Gemeinschaften lassen sich aufgrund fehlenden Datenmaterials keine Aussagen treffen, aufgrund des hohen Mitgliederzuwachses kann aber hier von einer verstärkten religiösen Einbindung der Kinder und Jugendlichen ausgegangen werden (Statistisches Landesamt M-V; Kirchliches Meldeamt M-V; Erzbischöfliches Amt Schwerin).

IV. Lebenswelten und Alltagskulturen von Kindern und Jugendlichen

1. Freizeit und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Wie in anderen Lebensbereichen auch hat sich der Freizeitsektor in Rostock in den letzten 15 Jahren von Grund auf verändert. Entstanden ist eine umfangreiche Freizeitinfrastruktur und ein breites Angebotsspektrum sowohl im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, als auch in der halböffentlichen und kommerziellen Freizeitlandschaft.

Der Freizeitbereich der Kinder und Jugendlichen lässt sich unterscheiden nach den jeweiligen sozialräumlichen Orten, an denen die Freizeit verbracht wird, sowie nach den bereichsspezifischen Aktivitäten und Angeboten. Typisch für Kinder- und Jugendfreizeit ist das Nebeneinander von selbst bestimmten und (relativ) kontrollarmen jugendlichen Freizeiträumen (z.B. Jugendtreffs, Spielplätze) und solchen, die gemeinsam mit Erwachsenen geteilt werden (z.B. Parks, Einkaufszonen usw.). Auch die institutionellen Freizeitangebote umfassen zum einen jugendspezifische Räume (z.B. Jugendclubs, Disko, Musikkneipen) und zum anderen generationenübergreifende Freizeitangebote (z.B. Kino, Theater). Jugendspezifische und kontrollarme Freizeiträume sind eine notwendige sozialisatorische Instanz für Kinder und Jugendliche. In ihnen lernen Kinder und Jugendliche, sich mit den sozialen Regeln und Konventionen der Gruppen, aber auch der Gesellschaft auseinanderzusetzen, soziale Gesellungs- und Gemeinschaftsformen zu entwickeln, aber auch, sich unter Altersgleichen zu behaupten. Dazu gehören in modernen Gesellschaften auch kommerzielle Räume. Kinder und Jugendliche werden hier als eigenverantwortliche Verbraucher und Kunden mit eigenständigen Interessen und kulturellen Vorlieben angesprochen und ernst genommen. Das setzt bei den Kindern und Jugendlichen Kompetenzen und Selbstverantwortung im Umgang mit Geld sowie mit den eigenen konsumorientierten Bedürfnissen und Wünschen voraus.

Freizeit ist somit für Kinder und Jugendliche ein zentraler Bereich für selbstbestimmte Aktivitäten und Selbstverwirklichung. Gleichwohl ist sie keineswegs frei von gesellschaftlichen Zwängen, Normen oder kulturellen Konventionen. Im Gegenteil: Typisch für die Freizeit von Kindern und Jugendlichen in modernen Gesellschaften ist die Überformung durch die Schemata und Stereotype der Freizeit-, Medien- und Kulturindustrie. Für den Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen bedeutet dies verstärkt die Ausbildung spezifischer Kompetenzen, um die eigene Freizeit auch angesichts der schier unbegrenzten Angebote, Verführungen und Verheißungen einer überbordenden Konsum-, Freizeit und Erlebnisgesellschaft selbstbestimmt, verantwortlich und sinnvoll gestalten und koordinieren zu können.

Das folgende Kapitel stellt in einem ersten Abschnitt allgemeine Freizeitangebote sowie die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Rostock dar und geht dabei auf die veränderten Handlungsmuster und Freizeitaktivitäten von jungen Menschen ein. Im weiteren sollen dann die jeweils spezifischen Angebote und Entwicklungen in den Bereichen Kultur, Medien und Sport beschrieben werden. Die Lebensbereiche Freizeit, Kultur, Medien und Sport dienen der Erholung und Reproduktion, unter dem Aspekt der Kinder- und Jugendsozialisation kommt ihnen aber auch eine besondere Bedeutung für die soziale und kulturelle Vergemeinschaftung und Integration der nachwachsenden Generation zu. Typisch für moderne Freizeitkulturen und Frei-

zeitinstitutionen ist dabei die Überschneidung der verschiedenen Funktionsbereiche – z.B. Sport, Kultur, Medien usw. – Zum Zweck der Analyse werden hier aber die einzelnen Bereiche nach wie vor getrennt voneinander betrachtet.

Insgesamt kann nur ein Ausschnitt aus den Freizeitaktivitäten der Kinder und Jugendlichen in Rostock in die Berichterstattung einfließen, da sich die Datenlage zum Bereich Freizeit als schwierig und bruchstückhaft erweist. Freizeit ist ihrer Natur nach höchst individuell und zeichnet sich oftmals gerade durch ihren informellen, nicht-institutionalisierten Charakter aus. Entsprechend liegen zu vielen Bereichen der Freizeitnutzung von Kindern und Jugendlichen in Rostock keine repräsentativen Daten vor. Die meisten der vorliegenden Daten beziehen sich auf die Nutzung einschlägiger Institutionen des Freizeit- und Kulturbereichs – z.B. Theater, Bibliotheken, Sportvereine – aber auch hier lassen sich die Nutzer oft nicht nach Altersgruppen differenzieren. Die Nutzungsdaten von Freizeiteinrichtungen in Rostock (z.B. Tierpark, Großveranstaltungen, Theater, Kinos) haben darüber hinaus oft einen überregionalen Charakter und werden entsprechend häufig von Nutzern auch aus der Umgebung Rostocks in Anspruch genommen. Insofern lassen diese Daten nicht einen unmittelbaren Rückschluss nur auf die Rostocker Bevölkerung zu.

Im ersten Abschnitt greifen wir insbesondere auf statistisches Material des Jugendamtes Rostock zur Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendarbeit vom Oktober 2004, auf das statistische Jahrbuch der Stadt Rostock 2004, auf Daten des Amtes für Stadtgrün sowie auf Datenquellen weiterer Einrichtungen der Stadt zurück. Viele Bereiche des Freizeitsektors lassen sich dennoch nicht quantifizieren. Zur Qualifizierung der Daten und Entwicklungen im Freizeitbereich greifen wir deshalb auf die Experteninterviews zurück. Für zukünftige Berichterstattungen erscheint es uns sinnvoll, Daten zur Nutzung und Auslastung der entsprechenden Freizeitträger zu erheben bzw. zur Verfügung zu stellen. Die lokalen Daten werden an geeigneten Stellen mit Ergebnissen aus Mecklenburg-Vorpommern und ggf. durch bundesweite Erhebungen ergänzt und stellenweise mit aktuellen wissenschaftlichen Ergebnissen angereichert oder verglichen.

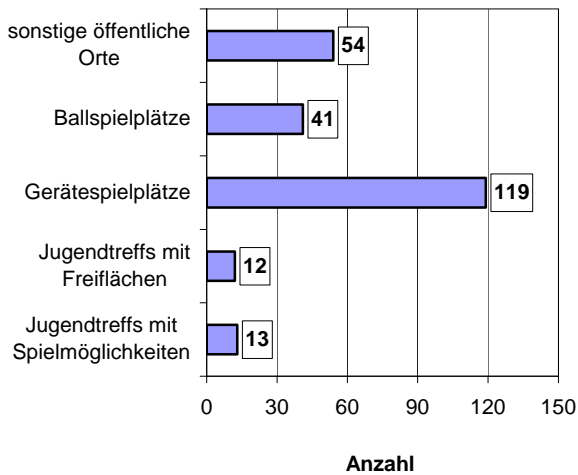
1.1. Spielanlagen, Freiflächen sowie Grünflächen

Neben den vorwiegend kommerziellen Freizeitmöglichkeiten²⁷ wie Diskotheken (Clubs sowie Großraumdiskotheken), Internetcafes, Spielhallen und gastronomischen Einrichtungen, die besonders häufig von Jugendlichen und Heranwachsenden genutzt werden, zählen nach den Angaben des Amtes für Stadtgrün in Rostock insbesondere die 239 öffentlichen Spielanlagen sowie Freiflächen zu den zentralen Freizeit-Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen. Im Einzelnen sind das 13 Jugendtreffs mit Spielmöglichkeiten, 12 Jugendtreffs mit Freiflächen, 119 Gerätespielplätze, 41 Ballspielplätze und 54 sonstige öffentliche Orte (z.B. Skaterbahn, Kletterwall etc.). Im Vergleich zu 1997 hat die Anzahl der Spielanlagen und Freiflächen um 57 Plätze und Flächen in 2004 zugenommen. Das Amt für Stadtgrün hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass das Errichten von Spiel- und Sportanlagen in den einzelnen

²⁷ Die differenzierte Darstellung der Anzahl von Diskotheken, Spielhallen, Internetcafes und gastronomischen Einrichtungen und deren Auslastung bzw. Nutzung ist hier nicht möglich, weil es regelmäßige Schließungen und Neueröffnungen gibt und die entsprechenden Einrichtungen keine eigenen statistischen Erfassungen ihrer Nutzer vornehmen. Es kann lediglich gesagt werden, dass die Anzahl der Einrichtungen seit 1990 zugenommen hat. Besonders gastronomische Einrichtungen (in 2002 sind es ca. 200, was etwa 10 Restaurants je 10.000 Einwohner entspricht) konzentrieren sich zu 75% auf die Stadtteile Stadtmitte, Kröpelinertor-Vorstadt und Warnemünde.

Stadtregionen sowohl von der Anzahl der dort wohnhaften Kinder- und Jugendlichen als auch von weiteren alternativen Spielmöglichkeiten und Grünflächen (Parks, Strand, etc.) abhängig ist.

Abb. 54: Öffentliche Spielanlagen und Freiflächen



Quellen: Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Rostock 2004

jahren gingen diese aber drastisch zurück, seit 1998 zeichnet sich wieder ein positiver Trend ab. Bis 2002 besuchten 25% weniger Menschen (-138.000 Besucher) den Zoologischen Garten als noch 1990. Das auf die Bevölkerung bezogene Besucheraufkommen ging mit -6% in einem deutlich geringeren Ausmaß zurück. Im Jahr 2002 zählte der Zoologische Garten rund 416.900 Besucher. Dies entspricht 2.103 Besucher pro 1.000 Einwohner. Die Besucherzahlen im Zoologischen Garten liegen sowohl absolut als auch auf die Bevölkerung bezogen weit über denen von Stralsund und Greifswald, was für eine gewisse überregionale Bedeutung spricht. Die zooeigene Statistik hält keine altersspezifischen Angaben bereit, dadurch können hier keine konkreteren Angaben zu den Besucherzahlen von Kindern und Jugendlichen gemacht werden (Jahrbuch Rostock 2004, Amt für Stadtgrün, Tierparkverwaltung, Lagebericht Rostock 2004).

1.2. Messen und Events

In Rostock werden jährlich 10 bis 12 Publikumsmessen durchgeführt, fast ausschließlich in der Stadthalle und im Stadthafen bzw. in der neuen Messehalle. 2002 fanden in Rostock 18 Stadtteilfeste, Jahrmärkte, Volksfeste u.ä. statt. Zu den Besucherzahlen von Messen und Stadtfesten sind keine Daten vorhanden. Die Hansesail, eine maritime Veranstaltung mit zahlreichen Segelregatten unter internationaler Beteiligung und Volksfestcharakter, ist die größte jährliche Großveranstaltung der Stadt, an der nach Veranstalterangaben jährlich über eine Million Besucher teilnehmen. Im Jahr 2003 wurde in den Monaten Mai bis Oktober in Rostock Groß Klein die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) durchgeführt, zu der insgesamt 2,6 Millionen Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland kam. Im Rahmen der IGA fanden außerdem 1.360 kulturelle Veranstaltungen (Theateraufführungen, Konzerte) statt (<http://www.iga2003.de>). Inwieweit Kinder und Jugendliche

Zu den Frei- bzw. Grünflächen zählen weiterhin der frei zugängliche Botanische Garten in Reutershagen, für den keine allgemeinen Besucherzahlen und auch keine Daten von Kindern und Jugendlichen vorliegen und der Zoologische Garten, mit einer Fläche von 58,5 ha, einem Bestand von 1.500 Tieren und 250 Arten. Er ist damit der größte des Bundeslandes. Der Tierbestand des Zoologischen Gartens reduzierte sich seit 1990 um 18%. Im Tierpark konnten Anfang der 90er noch steigende Besucherzahlen verzeichnet werden, in den Folge-

aus Rostock Messen, Stadtteilstefte sowie Großveranstaltungen besuchen, existieren keine Daten. Allerdings kann gemutmaßt werden, dass diese Veranstaltungen für viele junge Menschen attraktiv sind und als Freizeitangebot wahrgenommen werden.

1.3. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit

In Rostock hat sich innerhalb des nicht kommerziellen Freizeitbereichs in den letzten Jahren ein breites, differenziertes und pluralistisches Spektrum an Trägern, Einrichtungen und Angeboten für die Kinder- und Jugendarbeit herausgebildet. Der größte Anbieter in diesem Bereich ist das kommunale Jugendamt, das aber zunehmend – wie in anderen Bereichen der Jugendhilfe auch – Aktivitäten und Strukturen in die Hände freier Träger gibt.

Insgesamt gibt es Ende 2004 38 Träger der Kinder- und Jugendarbeit (Vereine, Verbände etc.)²⁸, die insgesamt 62 Angebote in Bereichen der Freizeit- und Jugendclubbetreuung, Stadtteil- und Begegnungszentrenarbeit, Schulsozialarbeit, interkultureller und integrativer Projektarbeit, der Familienbildung oder der Jugendberufshilfe bzw. innerhalb von Präventions- und Beratungsmaßnahmen zur Verfügung stellen. Zusätzlich bietet die Universität Rostock ein Beratungsangebot „Designerdrogen“ an und die jüdische Gemeinde führt interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit durch.

In den einzelnen Stadtteilen stellt sich die Situation im Dezember 2004 (Bestand 2005) wie folgt dar: In Warnemünde, Rostock-Heide und Brinkmannsdorf existiert jeweils ein Angebot der Kinder und Jugendarbeit. In Dierkow und Toitenwinkel werden jeweils fünf Projekte sowie Maßnahmen angeboten, von denen jeweils eine Einrichtung ein Stadtteil- und Begegnungszentrum darstellt. In Lichtenhagen gibt es drei Angebote der Kinder und Jugendarbeit und ebenfalls ein Stadtteil- und Begegnungszentrum. In Groß Klein sind es drei Angebote. Hier ist für den gesamten Stadtbereich ebenfalls ein Stadtteil- und Begegnungszentrum geplant. In Lütten Klein gibt es sechs Angebote, und hier ist ebenfalls ein Stadtteil- und Begegnungszentrum vorgesehen. In Evershagen existieren vier Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und auch hier ist für den gesamten Stadtbereich ein Begegnungszentrum vorgesehen. Von sechs Projekten und Maßnahmen in Schmarl ist eines ebenfalls ein Begegnungszentrum, das künftig von kommunaler in freie Trägerschaft übergehen wird. In Reutershagen befindet sich der Dachverband - Rostocker Freizeitzentrum, der acht Vereine mit insgesamt 10 Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit integriert. Hier ist eben

²⁸ Im Einzelnen sind das: Fischkutterverein Jugend zur See e.V., Institut Lernen und Leben e.V., Kolping Initiative M-V gGmbH, Gemeinnützige Gesellschaft für Kinder- und Jugendliche des ASB mbH, DRK Kreisverband Rostock-Stadt e.V., Arbeiterwohlfahrt Sozialdienst Rostock gGmbH, Charisma e.V., Rostocker Modellbaufreunde e.V., Schulverein „Wirbelwind“, Jugendwohnen Hansestadt Rostock e.V., Förderverein der Jugendschiff Likedeeler und Vagel Grip e.V., Begegnungsstätte Schmarl e.V., Kellerkind e.V., Jugend-, Sprach- und Begegnungszentrum e.V., Rostocker Freizeitzentrum e.V., Lunte e.V., Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit e.V., TTC „Allround“ e.V., Kindervereinigung e.V., Jugendzentrum für Informatik e.V., Rostocker Stadtjugendring e.V., AWIRO e.V. Rostock, Dien Hong – Gemeinsam unter einem Dach e.V., KOP-RA e.V., Rat und Tat e.V., Frauen helfen Frauen e.V., Pfadfinderbund e.V., Gemeinnütziges Arbeitsförderungs- und Fortbildungswerk GgmbH, Jugendalternativzentrum (JAZ) e.V., RAA e.V., Caritas Mecklenburg - Rostock Stadt e.V., Brinkmannstreff Rostock e.V., Volkssolidarität Kreisverband Rostock-Stadt e.V., Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Rostock e.V., Bürgerinitiative Toitenwinkel e.V., Jugend- und Begegnungsstätte e.V., Schulverein „5 vor 12“, Fahrrad- und Kfz-Selbsthilfe e.V. (vgl. Jugendamt Rostock 2004, Einrichtungen und Träger der Kinder und Jugendarbeit)

falls eine Umstrukturierung zum Stadtteil- und Begegnungszentrum geplant. Allerdings soll ein Teil der Angebote seine stadtweite Ausstrahlung behalten. Zusätzlich gibt es hier noch eine Familienbildungsstätte des Deutschen Roten Kreuz. In der Kröpeliner-Tor-Vorstadt sowie in der Stadtmitte sind zusammen 11 Angebote angesiedelt, wovon eins aus kommunaler Trägerschaft ausgliedert und in ein Stadtteil- und Begegnungszentrum umstrukturiert wird. In der Südstadt und in Gehlsdorf/Rostock-Ost existieren jeweils drei Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, wobei in der Südstadt zusätzlich ein Begegnungszentrum für den gesamten Stadtbereich geplant ist. Bis Ende des Jahres 2004 werden alle kommunal getragenen Angebote entweder geschlossen oder gehen von kommunaler in freie Trägerschaft über bzw. gründen sich als eigene Vereine neu aus.

Im Rahmen der Regionalisierungsprozesse innerhalb der Rostocker Jugendhilfe sollen auch die stadtteilbezogenen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in das Konzept der Stadtteil- und Begegnungszentren integriert werden. Sie entsprechen einer stadtteilnahen und facettenreichen Angebotsstruktur, die von allen Generationen in einer Stadtregion genutzt werden können. In diese Stadtteil- und Begegnungszentren werden zukünftig auch diejenigen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit integriert, die bis 2004 noch in kommunaler Trägerschaft waren und ab 2005 durch freie Träger übernommen werden. Zum Zeitpunkt der Untersuchung gibt es vier Stadtteil- und Begegnungszentren (in Lichtenhagen, Dierkow, Toitenwinkel, Schmarl), davon eines noch (bis Ende 2004) in kommunaler Trägerschaft. Bei den sechs geplanten Stadtteil- und Begegnungszentren (Groß Klein, Lütten Klein, Evershagen, Reutershagen, Stadtmitte/KTV und Südstadt) werden teilweise bestehende Einrichtungen umstrukturiert und ausgebaut, um das Gesamtkonzept zu verwirklichen.

Exemplarische Erwähnung verdient hier der Dachverband - Rostocker Freizeitzentrum, der von den Experten als ein zentraler Rostocker Jugendhilfeträger im Freizeit- und Bildungsbereich hervorgehoben wird. Das im Stadtteil Reutershagen gelegene Freizeitzentrum, das bereits eine große Stadtteilwirkung hat, soll nach Angaben des Jugendamtes Rostock zukünftig als ausgewiesenes Stadtteil- und Begegnungszentrum tätig werden. Außerdem soll es weiterhin einen zentralen Ort für gesamtstädtische Angebote darstellen, da es bereits eine Vielzahl an Freizeitaktivitäten anbietet, die in einem hohen Maß Interessen von Kindern und Jugendlichen aus ganz Rostock bündeln. Der Verband und die darin zusammengeschlossenen Träger bieten ein reichhaltiges Spektrum von Ferienfreizeiten, kulturell-künstlerischen Angeboten, EDV-Kursen, Sprachangeboten, einen offenen Jugendtreff, Projekte der Berufsfrühorientierung, Angebote zur Jugendgruppenleiterausbildung, Gemeinwesenarbeit bis hin zu Veranstaltungen wie der Europa-Woche, Tagungen, Weiterbildungen oder der regelmäßig ausgetragenen Fußballstraßenliga. Es kann somit sowohl als Ort für die Verwirklichung gelungener Stadtteilbegegnung, als auch als Institution gesamtstädtischer Freizeitbegegnung betrachtet werden.

Die Idee der Stadtteil- und Begegnungszentren findet eine grundlegende Akzeptanz bei den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und deren Mitarbeitern, da generationsübergreifende und sozialraumbezogene Angebote gestaltet werden können, die über ein Gesamtkonzept miteinander verbunden sind, was bislang in dieser Form nur punktuell möglich war. Die bisherige Zusammenarbeit von Trägern und Projektinitiativen sowie die Arbeit einzelner Stadtteiltische stellt eine solide kooperative und

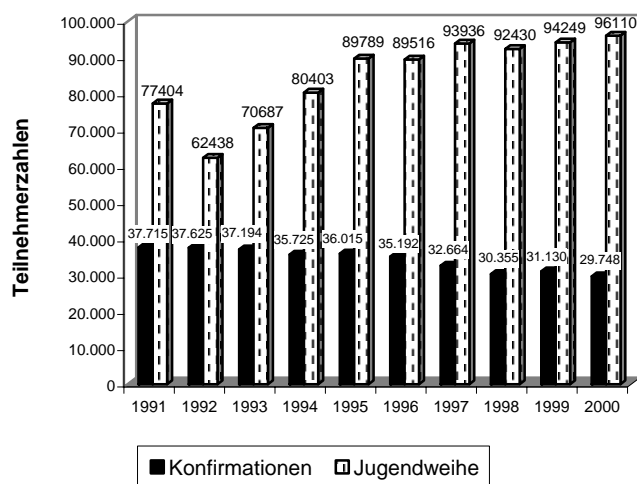
partizipative Grundlage für das Gelingen stadtteilbezogener Arbeit dar und wird von der Mehrheit der Akteure als maßgebliches Kriterium für einen erfolgreichen Umstrukturierungsprozess hervorgehoben.

Gelegentlich wird allerdings von den Akteuren im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit Unsicherheit und Skepsis geäußert. Insbesondere befürchten einige, dass im Zuge der Umstrukturierung Betreuungsangebote und -kapazitäten wegfallen könnten. Unsicherheiten bestehen offenbar in Bezug auf die Transparenz von finanziellen und personellen Planungsvorhaben und insbesondere mit Blick auf Stadtteile wie z.B. Groß Klein, Schmarl, die als sozial problematisch eingestuft werden, werden bisweilen Verschlechterungen im Betreuungsangebot befürchtet. Die Träger und Akteure wünschen sich hier eine größere Planungssicherheit.

1.4. Die Jugendweihe als Jugendarbeit und Jugendbildung

Nach einer kurzen Phase des Einbruchs nach 1989 erlebt die Jugendweihe seit etwa 1991/92 in den neuen Bundesländern eine anhaltende Renaissance. Im Jahr 2002 waren es ca. 120.000 Jugendliche²⁹, die sich an den entsprechenden Jugendfeiern beteiligten. Das sind rund 60% der jeweiligen ostdeutschen Jugendpopulation in dieser Altersgruppe. Zum Vergleich: Im Jahr 1989 nahmen 168.559 Jugendliche an der

Abb. 55: „Jugendweihe und Konfirmationen“ in Ostdeutschland 1991-2000



Quelle: EKD-Statistik 2002; Jugendweihe Deutschland e.V. (= nur Teilnehmer der Jugendweihe Deutschland e.V. ** = inkl. Berlin West)

letzten DDR-Jugendweihe vor der Wende teil – das waren über 90% der Altersgruppe. In Mecklenburg-Vorpommern waren es im Jahr 2004 rund 14.700 Jugendliche, die an den Jugendweihefeiern teilnahmen. Gegenüber dem Jahr 2000 (17.361) ist das ein Rückgang um 15%. Exakte Zahlen über die Teilnahme in Rostock liegen von Seiten des Veranstalters „Humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe M-V. e.V.“ nicht vor. Für die letzten Jahre werden jährlich ca. 2000 Teilnehmer genannt³⁰. Gegenwärtig liegen für 2004/05

²⁹ Über die Teilnehmerzahlen der Jugendweihe in Ostdeutschland gibt es keine offizielle Statistik. Der größte Verband (Jugendweihe Deutschland e.V.) hat im Jahr 2001 Jugendweihefeiern mit 94.913 Teilnehmern durchgeführt. Der zweitgrößte Verband (Humanistischer Verband) verzeichnete im Jahr 2002 etwa 12.000 Teilnehmern. Daneben gibt es zahlreiche kleinere, regionale Organisationen (z.B. Roter Baum Dresden mit 315 Teilnehmern 2001), deren Anteil hier insgesamt auf etwa 10% geschätzt wird.

³⁰ Diese Zahl bezieht sich auf das Einzugsgebiet des Alt-Landkreis-Rostock, nicht auf Rostock-Stadt

rund 1.600 Anmeldungen vor. Die Jugendweihe ist gegenwärtig – wie andere Träger der Jugendarbeit auch – von dem Geburtenknick nach 1990 betroffen. In den nächsten Jahren werden sich die Teilnehmerzahlen deutlich reduzieren.

Die Jugendweihe wird heute nicht mehr durch den Staat organisiert, sondern von privaten gemeinnützigen Vereinen, die miteinander konkurrieren und ihre Arbeit als Beitrag zu einer „humanistischen, demokratischen, säkularisierten Bildung“ der Jugendlichen verstehen. Diese Verbände sind bemüht, den Traditionsbruch gegenüber der ideologischen Ausrichtung der DDR-Feier zu dokumentieren und die Bedeutung der Jugendweihe demgegenüber im Kontext der 150jährigen Tradition humanistischer und freidenkerischer Jugendweihen zu verorten.

Ritual und Bildungskonzept der aktuellen Jugendweihe unterscheiden sich heute von dem Selbstverständnis der DDR-Jugendweihe: Die Teilnahme ist freiwillig, sie wird weitgehend nicht mehr kollektiv über die Schulen organisiert, die Vorbereitungsstunden dienen nicht mehr der Einschwörung auf eine einheitliche Ideologie und es gibt entsprechend auch kein Gelöbnis mehr, das die Jugendlichen als treue und unverbrüchliche Kämpfer auf das „revolutionäre Erbe“ der Arbeiterklasse verpflichtet. Gleichwohl orientiert sich das Konzept nach wie vor an der Zweigleisigkeit aus Vorbereitungskursen und feierlichem Abschlussritual. Die Vorbereitungsstunden, die eigentliche Jugendbildungsarbeit also, erweist sich heute weitgehend als kommerzielle Jugendbildung, die sich zusammensetzt aus offener Jugendarbeit, Jugendreisen und einem vielschichtigen Seminarangebot im Spektrum von jugendkultureller Bildung sowie medien- und freizeitpädagogischen Angeboten. Politische Jugendbildung, berufs- oder problemorientierende Bildungsangebote lassen sich indes – ungeachtet der Trägerprogrammatisierung – in den letzten Jahren immer weniger im Kursangebot der Jugendweiheträger feststellen. Hier greifen offenbar Marktmechanismen einer kommerzialisierten Jugendarbeit.

Unbeschadet ihrer fortwährenden Popularität in der Bevölkerung und in den Erziehungsinstitutionen ist die Jugendweihe ein kultureller und pädagogischer Anachronismus, der den Strukturwandel der Jugendphase und die soziokulturelle Emanzipation der jungen Generation ebenso ignoriert wie die realen Problemlagen des Jugendalters heute. Die Konstruktion der Jugendweihe spielt auch heute noch mit der Idee eines kollektiven Passageritus, in dem die junge Generation von der älteren in die Welt der Erwachsenen eingeführt wird. Insofern bleibt auch das aktuelle Konzept der Jugendweihe nach wie vor dem einheitlichen Jugendbegriff der DDR verbunden, der Jugend als altersspezifische homogene soziale Gruppe definierte und das Generationenverhältnis als harmonische Beziehung zwischen Jung und Alt im Zeichen gesellschaftlicher Traditionsvermittlung fasste.

Die Renaissance der Jugendweihe in Ostdeutschland ist zum einen ein Indiz für das Fortwirken ostdeutscher Traditionen und Sozialstrukturen (hier: starke Familienorientierung, geringe Kirchengliederung), zum anderen ist sie in ihrer heutigen Form aber auch eine durch und durch bundesdeutsche, eben kommerzialisierte Variante der Jugendarbeit. Eben aus diesem Spannungsfeld erklärt sich wohl auch die große Nachfrage nach der Jugendweihe: Sie ist ein Symbol für den Versuch einer erfolgreichen Synthese aus DDR-Familientradition, regionaler ostdeutscher Selbstbehauptung und bundesdeutscher Jugendfreizeit- und Konsumindustrie.

Problematisch an den Jugendweihetagen erscheint dabei nicht das Festhalten an einem generationenübergreifenden Familienfest und auch nicht die Kommerzialisierung

rung von Jugendarbeit. Problematisch erscheint vielmehr die weitgehend unreflektierte Kontinuität und Instrumentalisierung eines Rituals, das in der DDR ein zentraler Bestandteil ihrer rigiden und kirchenfeindlichen Jugendpolitik war.

1.5. Freizeitorientierungen und Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen

Die Freizeitorientierungen, Interessen und Handlungsstrategien von Kindern und Jugendlichen haben sich in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert, ebenso wie die strukturellen Rahmenbedingungen der Freizeit in den kindlichen und jugendlichen Lebenswelten. Freizeit von Kindern und Jugendlichen ist in allen modernen Gesellschaften durch ein hohes Maß an Mediatisierung und Kommerzialisierung gekennzeichnet. Die Entwicklungen und Trends im Bereich der Freizeitkultur betreffen dabei immer jüngere Altersgruppen: Gleich ob Medienausstattung, Konsumorientierungen, Mode, Idole oder Popkultur – zunehmend werden diese Aspekte und Bereiche der Freizeitkultur auch für Kinder bedeutsam und bestimmen deren Freizeitverhalten und Freizeitorientierungen. In Ostdeutschland und damit auch in Rostock hat dabei eine weitgehende Angleichung an die westdeutsche Freizeitkultur und Freizeitgewohnheiten stattgefunden. Vielleicht in keinem anderen Bereich war die Angleichung der Lebensverhältnisse und damit die Angleichung von Ost und West so erfolgreich wie im Bereich der Freizeit und Freizeitindustrie. Für die Freizeitgewohnheiten und die Infrastruktur im Freizeitbereich bedeutete dies einen nachhaltigen Wandel und auch einen permanenten Zwang zu Modernisierung und Anpassung an neue Trends und Moden.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass die Freizeitkultur schnelllebiger und informeller geworden ist. Insbesondere feste Organisationsstrukturen von Freizeit, etwa in Vereinen und Verbänden werden insbesondere von Kindern und Jugendlichen nicht mehr so stark frequentiert. Parallel dazu, das zeigen die Ergebnisse der Jugendforschung, aber auch die Erfahrungen der Rostocker Experten, ist die Bedeutung der Gleichaltrigengesellschaft von Kindern und Jugendlichen, vor allem der informellen Gruppen, Cliques und Szenen gestiegen. Insbesondere die Cliques und Jugendkulturen übernehmen für immer jüngere Altersgruppen eine wachsende orientierungsleitende Bedeutung: die Stile, Trends, Leitbilder, Moden und ästhetische Standards in den Freizeitorientierungen und Gesellungsformen werden vor allem über Medien und Jugendcliques zu zentralen Bestandteilen der jugendlichen - und zunehmend auch kindlichen – Freizeitkultur. Zwei Tendenzen fallen neben einer umfassenden Kommerzialisierung und Mediatisierung der Freizeit dabei ins Auge: Erstens die Entwicklung zu einer Versportung und Ästhetisierung des jugendlichen Körpers, zweitens der Trend zu einer Kulturalisierung der Freizeit.

Sport kann nach wie vor als das wichtigste Thema jugendlicher Freizeit gelten. Allerdings hat sich seine Bedeutung stark verändert. Nicht mehr der organisierte Leistungssport im Verein ist das vorherrschende Leitbild, sondern Sport als kultureller Lebensstil, als Körperästhetik und Teil einer ‚hippen Jugendkultur‘ – etwa im Rahmen von Trendsportarten wie Snowboard, Skaten, Biken usw. Sport ist dabei eingebettet in eine umfangreiche Freizeitindustrie, die die Jugendlichen mit entsprechend ‚trendigen‘ Kleidungsstilen, Accessoires und Symbolwelten versorgt. Insbesondere die Entwicklung zu einer extensiven Markenorientierung (Markenfetischismus) und die daraus resultierenden sozialen Statushierarchien und Ausgrenzungsme-

chanismen innerhalb der Jugendgruppen (z.B. Schulklassen) muss hier Sorge bereiten.

Sport, nicht nur als gesunde körperliche Betätigung, sondern als Teil einer eigenen Körperästhetik und eines jugendkulturellen Lebensstils verweist auch auf den zweiten Aspekt: die Kulturalisierung der Freizeit. Jugendliche Freizeit besteht heute nicht nur aus frei verfügbarer und selbstbestimmter Beschäftigung, sondern ist unter Jugendlichen zunehmend eingebettet in die vielfältigen Szenen jugendkultureller Stile. Jede dieser Szenen verfügt über eigene Codes und Symbolwelten, eigene Sozialformen, eine eigene Sprache, eigene Musik, eigene Körperästhetik, eigene Tanzformen. Diese jugendkulturellen Stile und Szenen liefern den Jugendlichen eine bunte und vielschichtige Landkarte von unterschiedlichen Integrationsangeboten und kollektiven Identitäten. Die einzelnen Gruppierungen, Stile und Szenen zeichnen sich dabei jeweils durch spezifische Orientierungen, Normen und bisweilen auch politische Weltanschauungen aus. Wer die Freizeitinteressen und die kulturellen Freizeitpraxen von Jugendlichen verstehen will, muss sich einlassen auf diese pluralistische Landschaft der jugendkulturellen Szenen. Wer Jugendliche für traditionelle Formen von Freizeit, Sport und Kultur gewinnen will, tut gut daran, an diesen jugendkulturellen Szenen, ihren Sozialformen und ihren Trends anzuknüpfen und von ihnen zu lernen.

Die Freizeit und Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen stehen in einem besonderen Verhältnis zu den sozialen Räumen, in denen sie stattfinden. Jugendliche Sozialräume haben dabei vielfältige Funktionen zu erfüllen. Sie sind Gelegenheitsräume für Aktivitäten und gesellige Treffpunkte mit anderen, sie müssen für Jugendliche aber auch die Abgrenzung gegenüber der Erwachsenenwelt ermöglichen und gleichzeitig einen kontrollarmen Experimentierraum für jugendkulturelle und adoleszente Entwicklungen, für das Ausprobieren von Erwachsenenrollen, auch für die Provokation der Erwachsenen und das Experiment mit Regelverstößen bereitstellen. Jugendliche Freizeit besteht jeweils aus der Aneignung einer Vielzahl solcher unterschiedlichen Sozialräume: institutionalisierte und nicht-institutionalisierte, kontrollierte und kontrollarme, selbstgestaltete und vorgefertigte, kommerzielle und nicht-kommerzielle, öffentliche und privat-intime Räume. Eine besondere Anziehungskraft strahlen seit jeher die urbanen Zentren der Städte mit ihren zentralen Plätzen, Einkaufszonen auf die Jugendlichen und Jugendszenen aus.

Jugendliche Treffpunkte sind in Rostock vor allem öffentliche Spiel- und Sportplätze, Innenhöfe und sonstige freiverfügbare Flächen (Bushaltestellen, Tischtennisplatten), die wie bereits beschrieben in den letzten Jahren zahlenmäßig eher zugenommen haben. Folgt man der Einschätzung der Experten in Rostock, dann ist in der letzten Zeit auch das Interesse der jungen Menschen an privaten Wohnungen und Zimmern als Treffpunkte gewachsen.

Der Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen ist einem stetigen und dynamischen Wandel unterworfen. Insbesondere die Bereiche der kommerziellen Freizeit- und Kulturindustrie haben gelernt, entsprechend schnell auf diese oft kurzlebigen Trends und Entwicklungen zu reagieren. Im Bereich der nicht-kommerziellen Freizeit fallen diese Anpassungsprobleme an eine sich rasch und stetig ändernde Kinder- und Jugendkultur offenbar demgegenüber schwerer.

1.6. Problematische Rahmenbedingungen und Herausforderungen an Angebote der Kinder- und Jugendarbeit

Die strukturellen Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendfreizeit sind in Rostock durch den sozialen Wandel in der Stadt entscheidend mitgeprägt. Dazu gehören vor allem der demographische Wandel, die gewachsenen Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen an die jungen Menschen sowie die zunehmend unsicherer werdende sozioökonomische Entwicklung in vielen Familien. Auf die Einrichtungen der Kinder- und Jugendfreizeit wirkt sich dies zum einen als Rückgang in den Besucherzahlen, zum anderen als Veränderung in den Anforderungen an die Jugendarbeit aus. Soziale Probleme im Gemeinwesen schlagen sich immer auch als zusätzliche Belastungen in den Sozialisationsprozessen der Kinder und Jugendlichen nieder. Probleme wie Armut, Gewalterfahrungen, familiäre Vernachlässigung, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus stellen die Einrichtungen der Jugendarbeit vor große Herausforderungen.

Der Geburtenknick nach 1990 führt auch im Bereich der Jugendarbeit zu einem sukzessiven Einbruch ihrer Zielgruppe. So umfasste die Altersgruppe der 14-18jährigen in Rostock im Jahr 2004 noch 11.764 Jugendliche. Im Jahr 2010 wird sich diese Altersgruppe auf rund 4.800 reduzieren – ein Rückgang um rund 60%³¹.

Im Bereich der Freizeitangebote, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit zeigt sich das über ein Absinken der Nutzungszahlen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kinder und Jugendlichen häufig ihren Stadtteil verlassen müssen, um ihre Schul- oder Ausbildungsstätte zu erreichen. Das bewirkt auf Seiten der Einrichtungen und den Anbietern von Freizeitaktivitäten Unsicherheiten gegenüber der Planbarkeit von Projekten und Maßnahmen.

Die Angebote im Freizeitbereich der Kinder- und Jugendarbeit werden gegenwärtig stark von den sozioökonomischen Problemen vieler Familien im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe geprägt, wodurch eine wachsende Nachfrage nach niedrigschwelligen und vor allem kostengünstigen Angeboten für Kinder und Jugendliche zu verzeichnen ist. So können sich in Rostock zunehmend weniger Eltern teure, gemeinsame Familienurlaube leisten, was dazu führt, dass die Teilnahme an Ferienfreizeiten durch die Träger der Jugendhilfe in den letzten Jahren immens angestiegen ist. Die Jugendhilfe steht mithin auch im Bereich Kinder- und Jugendfreizeit zunehmend vor der Aufgabe, soziale Ungleichheiten in den familiären Herkunftsmilieus zu kompensieren. Die problematische sozioökonomische Situation vieler Rostocker Familien spiegelt sich bisweilen auch deutlich in Stigmatisierungserfahrungen Jugendlicher aus sozial schwächeren Stadtteilen. Diese Ausgrenzungsstrategien der Jugendlichen untereinander werden von den lokalen Fachleuten in diesem Bereich als sehr problematisch wahrgenommen, weil sie bei jungen Menschen mitunter Resignationstendenzen gegenüber der eigenen Zukunft hervorrufen oder verstärken können. Zusätzliche soziale Probleme wie Schulvermeidung und Delinquenz können die Folge sein.

Das Dilemma der Träger und Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit ist in diesem Umfeld ein Doppeltes. Zum einen sind sie als sozialpädagogische Einrichtungen für die pädagogische Bewältigung und Abfederung dieses sozialen Wandels

³¹ Hochrechnung durch Vergleich der Geburtsjahrgänge 1986-1990 und 1992-1996, ohne Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen (vgl. Jahrbuch Rostock 2004, 45).

in den Aufwuchsbedingungen der Rostocker Kinder und Jugendlichen zuständig. Dafür bedarf es aber verlässlicher Strukturen, einer planbaren Finanzausstattung und einer kontinuierlichen Personalausstattung. Zum anderen sind sie selbst Bestandteil des Wandels. Der demographische Wandel verlangt nach neuen pädagogischen Konzepten und institutionellen Strukturen. Die knappen öffentlichen Haushalte bedingen bisweilen Einsparungen, Fusionen oder sogar Schließungen von Einrichtungen. Wünschenswert wäre hier für die Landschaft der Träger der Kinder- und Jugendarbeit eine Phase der Konsolidierung und verlässlichen Planbarkeit, die eine zukunftsorientierte inhaltliche Arbeit erst möglich macht.

1.7. Veränderungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendarbeit

Ungeachtet der eher abwartenden Haltung einiger Akteure, werden Gestaltungs- und Änderungsmöglichkeiten im Rahmen der Angebotsstrukturen der Kinder- und Jugendarbeit erkennbar, die den problematischen Rahmenbedingungen entgegen wirken können. Ein wichtiges Element stellt hierbei die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe dar, die im Rahmen der zeitlichen Neustrukturierung des Tagesablaufs und der pädagogischen Betreuung in der Ganztagschule neue Impulse erhält. Entsprechende Projekte und Bemühungen laufen gegenwärtig bereits. Wünschenswert wäre sicher auch eine stärkere und systematischere Kooperation zwischen den Schulen und den Jugendverbänden.

Die vielfach in städtischen Jugendinstitutionen anzutreffenden Akzeptanz- und Zielgruppenprobleme ließen sich mit einer Erweiterung der klassischen Komm-Struktur um *aufsuchende* Elemente abmildern: Die Jugendlichen da abholen, wo sie sich aufhalten – und das sind vor allem auch die Schulen. Für die Offene Jugendarbeit gilt es auch, neue Themen und Konzepte zu entwickeln, die an denn fachlichen Stärken der Jugendarbeit ansetzen und gleichzeitig die Interessen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt.

Das Landesprogramm für Berufsfrühorientierung in M-V, das auch mit einigen Projekten in Rostock vertreten ist, hat aufgezeigt, wie das Thema ‚Berufsorientierung‘ zu einem attraktiven Bildungsangebot in der Jugendarbeit werden kann. (von Wensierski/Schützler/Schütt 2005) Auch in diesem Programm werden die Jugendlichen in den Schulen rekrutiert und dann in den Einrichtungen der freien Träger betreut. Eine solche stärker handlungsorientierte *und* erlebnisorientierte Jugendbildungsarbeit ließe sich auch für andere Themenfelder noch denken: z.B. Medienarbeit, Katastrophenschutz, Umweltschutz, Gewässerschutz usw.

Der Strukturwandel in den Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen, der auch in Rostock nur zum Teil auf die besondere Umbruchsituation in Ostdeutschland nach 1990 zurückgeht, hat in den letzten Jahren auch die Bedingungen der Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig verändert. Von den Einrichtungen und Akteuren verlangt dieser Prozess bei geringer werdenden Ressourcen eine Konzentration und Neustrukturierung ihrer Angebote. Nach einer notwendigen Phase der Restrukturierung müssen die in der Folge der demographischen Entwicklung verbliebenen Einrichtungen aber auch wieder Planungssicherheit und Gestaltungsspielraum erhalten.

In diesem Kontext sind Fachlichkeit und Professionalität der Pädagogen und Sozialpädagogen in der Kinder- und Jugendarbeit wichtige Aspekte zur Qualitätsentwicklung und -sicherung. Insbesondere im Freizeitbereich müssen die Mitarbeiter

komplexe fachliche Methoden- und Handlungskompetenzen besitzen, um mit den veränderten Rahmenbedingungen entsprechend umgehen zu können. Die Erfahrungen aus den Experteninterviews machen deutlich, dass sich die bisherige pädagogische Professionalität der Mitarbeiter in diesem Bereich noch stärker öffnen könnte für eine kontinuierliche Weiterbildung der Fachkräfte. Auch sollte die Arbeit im Sinn einer zielgruppenspezifischen Bedarfsorientierung viel häufiger reflektiert und überprüft werden. Hilfreich wäre gewiss eine Bestandsaufnahme der vielfältigen Angebote und Konzepte der Kinder- und Jugendarbeit in Rostock im Rahmen einer qualitativen Evaluation dieses sozialpädagogischen Handlungsfeldes.

2. Freizeit und Kultur

Die Entwicklung im Bereich der Kultur, der Alltagskulturen und der jugendkulturellen Stile, Szenen und Alltagspraxen ist seit vielen Jahren durch eine stetig wachsende Pluralisierung und Ausdifferenzierung gekennzeichnet. Die Heranwachsenden sehen sich heute einer Vielzahl an Möglichkeiten und Gestaltungsspielräumen gegenüber – für die Individuen Chance und Anforderung in einem. Für Kinder und Jugendliche bedeutet das heute, aus einer schier unübersehbaren Flut von kulturellen Angeboten, kulturellen Stilen und Identitäten auszuwählen und dabei die eigene Identität in Auseinandersetzung mit den Erwartungen, Verheißungen und Verführungen der Erwachsenenwelt und ihrer Medien-, Freizeit- und Kulturindustrie selbstverantwortlich zu entwickeln.

Dabei sind sie unter anderem mit einer rasanten Entwicklung der Mediengesellschaft und der Neuen Medien konfrontiert, die einerseits immer stärker die Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen durchdringt und prägt, andererseits ihnen mehr Möglichkeiten der Information, Kommunikation und der aktiven Gestaltung ihrer eigenen Welt eröffnet als den Generationen vor ihnen (vgl. BMFSFJ 2001, 180). In diesem Zusammenhang bedeuten kulturelle Freizeitaktivitäten sowohl traditionelle als auch neuartige ästhetische Praxen und Kulturtechniken für junge Menschen, um sich so die Welt anzueignen, sie mit zu gestalten und so an ihr teilzuhaben.

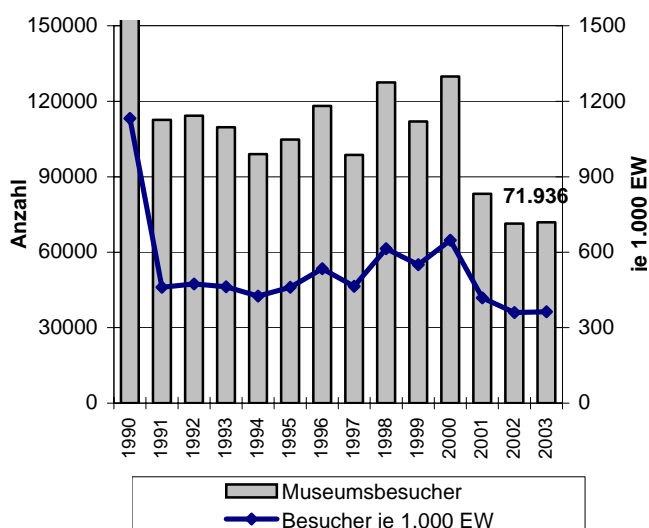
Im folgenden Abschnitt werden die kulturellen Freizeitangebote der Hansestadt Rostock für Kinder und Jugendliche vorgestellt. Auch hier kann aufgrund der Datenlage lediglich ein Ausschnitt des kulturellen Lebens in Rostock präsentiert werden. Die Analyse stützt sich auf Datenmaterial der Stadt Rostock, auf die Datenbestände verschiedener Institutionen aus dem Kulturbereich sowie auf eine Studie des Instituts für Soziologie und Demographie der Universität Rostock (Quo Vadis 2003). Um die gegenwärtigen kulturellen Interessen und Orientierungen der Heranwachsenden einschätzen zu können, greifen wir auf die Interviews mit einschlägigen Fachleuten in diesem Bereich zurück. Ergänzt wird die Darstellung durch Befunde aus wissenschaftlichen Studien sowie dem Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung.

Die Medienfreizeit Rostocker Kinder und Jugendlicher wird in einem gesonderten Abschnitt skizziert. Auch für den Bereich Kultur und Medien gilt, dass es für zukünftige Berichte wünschenswert wäre, explizite Nutzungs- und Auslastungszahlen in den entsprechenden Einrichtungen zu erheben, um die vorliegenden, qualitativ gewonnenen Aussagen zu kulturellen Freizeitinteressen von Kindern und Jugendlichen zu quantifizieren.

Es existieren in Rostock vielfältige kommerzielle und nichtkommerzielle kulturelle Einrichtungen. Die Rostocker Kulturlandschaft hält für die Rostocker Bevölkerung, aber auch für viele Besucher der Stadt zahlreiche Angebote bereit, sich kulturell unterhalten zu lassen oder sich in diesen Bereichen kreativ-gestaltend zu engagieren. Sie integriert ein reichhaltiges Spektrum kulturellen Lebens, wie Musik, Theater, Film, Kleinkunst, medienpädagogische Arbeit etc. Nicht zuletzt der Rostocker Kneipenszene kann hier eine bedeutende Funktion als Katalysator und Förderer von Kleinkunst und kulturellen Szenen beigemessen werden. Mit gelegentlichen Kleinkunstprojekten beeinflusst, bereichert und verbreitert sie dementsprechend die Kulturszene. Als die größte Stadt Mecklenburg-Vorpommerns verfügt Rostock über die vielfältigsten kulturellen Angebote im Bundesland.

2.1. Museen

Abb. 56: Die Entwicklung der Museumsbesucherzahlen in der Hansestadt Rostock 1990 bis 2003



In Rostock befinden sich vier Museen, die sich mit den Themen Schifffahrt, Regional- und Kulturgeschichte auseinandersetzen sowie eine Kunsthalle mit wechselnden Ausstellungen. Weitere museale Einrichtungen sind das im Stadthafen gelegene „Betonschiff“, ein Barocksaal sowie eine Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungsanstalt des MfS. Des Weiteren gibt es in der Stadt eine Vielzahl an Kunst- und Gemäldegalerien.

Im Jahr 1990 konnten die städtischen Museen insgesamt noch 281.000 Gäste registrieren. Seitdem bewegen sich die Besucherzahlen um jährlich ca. 100.000 Personen. 2002 wurde mit 71.400 Personen ein vorläufiger Tiefpunkt erreicht, gegenüber dem Jahr 2000 entspricht dies einem Rückgang von 45%. In Rostock gab es seit 1990 keine wesentliche Erweiterung der musealen Einrichtungen. Von den Museen werden das kulturhistorische Museum und die Kunsthalle am stärksten frequentiert, allerdings sind keine Angaben über die spezielle Nutzung von Kindern und Jugendlichen in diesem Bereich vorhanden.

Die Museen in Schwerin und Stralsund verfügen über eine höhere überregionale Ausstrahlung als die Einrichtungen in Rostock. Die Frequentierung von Museen ist mit einem Wert von 360 Besuchen je 1.000 Einwohner für eine Großstadt als äußerst niedrig einzustufen. Sie ist zwar höher als in Neubrandenburg (86 B. je 1.000 EW); liegt aber mittlerweile unter der in Greifswald. Weit höhere Zahlen werden hingegen in Schwerin und auch im mecklenburgischen Durchschnitt erreicht. Stralsund kann aufgrund des dortigen, überregional bedeutsamen Meeresmuseums mit einem Wert von 11.400 Besucher je 1.000 Einwohner die höchsten Museumsbesucherzahlen aller

kreisfreien Städte verzeichnen. In Stralsund konnten 2002 9,5mal und in Schwerin dreimal mehr Museumsbesucher als in Rostock registriert werden (vgl. Lagebericht Rostock 2004, 70).

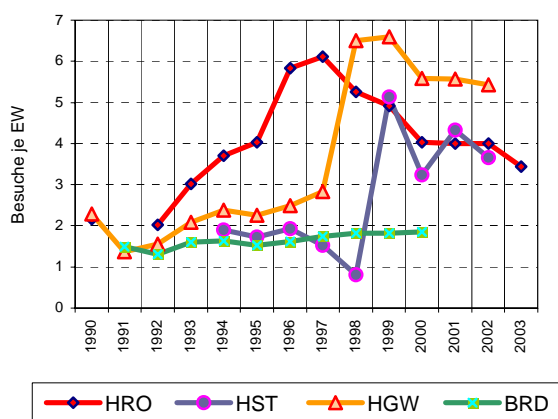
2.2. Theater

Zum Volkstheater Rostock gehören ein eigenes Ensemble, ein Orchester (die Norddeutsche Philharmonie) sowie mehrere Spielstätten (Großes Haus, Kleine Komödie Warnemünde, Theater am Stadthafen). Zusätzlich werden für einzelne Aufführungen auch weitere Räumlichkeiten genutzt (St. Nikolaikirche, Barocksaal, Stadthalle, Schwimmhalle). Die Zahl der jährlichen Vorstellungen ging in den 90er Jahren relativ stark zurück, seit 1999 befinden sie sich aber wieder auf dem Niveau von 1992. 2002 wurden 709 Theatervorstellungen, davon 41% Schauspiele, durchgeführt. Das Theater konnte seine Besucherzahlen gegenüber den frühen 90er Jahren steigern und weist seit 1998 relativ stabile Zahlen von jährlich ca. 110.000 Besuchern auf, womit es ungefähr 550 Theaterbesuche je 1.000 Einwohner gibt. Die Kapazitätsauslastung der einzelnen Sparten ist unterschiedlich. Eine hohe Auslastung erreichen mit kontinuierlich über 75% das Kinder- und Jugendtheater sowie die Konzerte, während bei Schauspiel- und Musiktheaterveranstaltungen die Auslastung in den letzten Jahren um knapp 44% bis 62% schwankt.

In Rostock wurden im Jahr 2002 3,58 Theatervorstellungen je 1.000 Einwohner aufgeführt, dieser Wert liegt über dem in Stralsund (2,80), aber unter dem in den Städten Greifswald mit 6,5 und in Schwerin mit 7,6 Vorstellungen je 1.000 Einwohner. Das Rostocker Volkstheater wird mit jährlich ca. 500 Besuchern je 1.000 Einwohner im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten am schwächsten frequentiert. So konnten 2002 in Greifswald 1.200 Theaterbesuche je 1.000 EW und in Schwerin sogar 1.800 Besuche je 1.000 EW und damit eine mehr als dreimal höhere Nutzungsintensität registriert werden. Die Auslastung der Theatervorstellungen befindet sich in Rostock derzeit mit 60,2% auf einem höheren Niveau als in Schwerin (55,2%) und im Stralsunder Theater, dessen Kapazitätsauslastung seit Jahren zurückgeht und 2001 nur noch 47,5% betrug (vgl. Lagebericht Rostock 2004, 69f.).

Darüber hinaus existiert in Rostock eine Vielzahl freier Theater- und Kabarettgruppen. Der bedeutendste Anbieter in diesem Bereich ist die „Compagnie de Comédie“, ein freies Theater mit eigener, moderner Spielstätte und regelmäßigem Veranstaltungsbetrieb. Einen festen Bestandteil der Theaterlandschaft bilden auch die zumeist im Barocksaal stattfindenden Konzerte und Schauspielinszenierungen der Hochschule für Musik und Theater sowie die in der Hochschule selbst stattfindenden Veranstaltungen.

Abb. 57: Nutzung der Filmtheater im Vergleich (jährliche Kinobesuche je Einwohner)



2.3. Filmtheater

Es gibt in Rostock drei Filmtheater mit insgesamt 15 Abspielstätten und 4.205 Kinopläätzen, was 21,2 Plätzen je 1.000 Einwohner entspricht. Diese Kinos befinden sich im Besitz einer Unternehmensgruppe. Das Größte davon befindet sich in Lütten Klein, wäh-

rend die übrigen in Innenstadtnähe gelegen sind. Auf die Bevölkerung bezogen stehen inzwischen dreimal mehr Plätze je Einwohner zur Verfügung (von 21,2 P. je 1.000 EW) als noch im Jahr 1990. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (10,6 P. pro 1.000 EW) bzw. dem Landesdurchschnitt (11,7 P/1.000 EW.) ist der Versorgungsgrad mit Kinoplätzen in der Stadt doppelt so hoch. Nach 1990 kam es zu einem rapiden Anstieg der Kinobesucherzahlen, dem ab 1997 aber ein langjähriger Rückgang gegenübersteht. Dennoch liegt die Nutzungsintensität mit fast 5 Kinobesuchen je Einwohner pro Jahr (in 2002) weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (1,85 Kinobesuche). Die Entwicklung der Kinobesucherzahlen in Rostock verhält sich allerdings gegenläufig zum allgemeinen Trend in der Bundesrepublik. Während in den letzten Jahren bundesweit die Besucherzahlen und die Nutzungsintensität kontinuierlich zunahmen (seit 1996 um 19,6 Millionen Besucher (+14,7%)), stagniert in Rostock die Zahl der Kinobesuche.

Neben den kommerziellen Kinos gibt es in Rostock ein kleineres, nichtkommerzielles Programmkinos mit täglichen Vorführungen sowie unregelmäßige Filmvorführungen verschiedener Vereine und Initiativen.

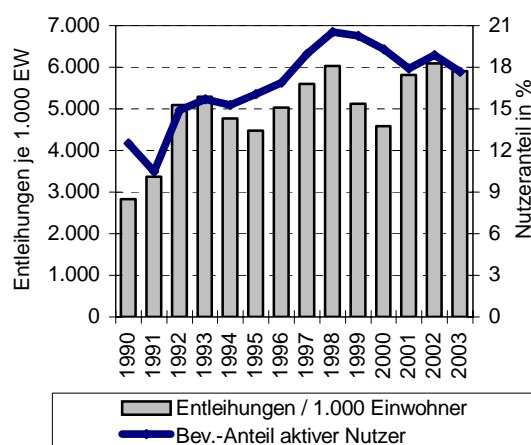
2.4. Bibliothek

Die Rostocker Stadtbibliothek besitzt sieben Zweigstellen in verschiedenen Stadtteilen. Der Medienbestand dezimierte sich gegenüber 1990 um 56% auf 225.000 Medieneinheiten im Jahr 2002. In den Jahren 1990/91 standen noch ca. 2.050 Medien je 1.000 EW zur Verfügung, mit Ausnahme der Jahre 1997-99 sank diese Kennziffer stetig auf gegenwärtig 1.135 Medien pro 1.000 EW. Dieser Wert sollte nach einer Norm des Städtetages aber bei 2.000 Medien liegen, was einem Gesamtbestand von 422.000 entsprechen würde. Insgesamt konnten im Jahr 2003 35.075 Nutzer gezählt werden, wobei fast die Hälfte (15.626) der Gruppe der unter 25-jährigen angehören (Stadtbibliothek 2003). Das heißt, dass junge Menschen nach wie vor als wichtige Zielgruppe der Stadtbibliothek betrachtet werden und ihnen ein adäquater Medienbestand angeboten wird.

Die Zahl der jährlichen Entleihungen ist starken Schwankungen unterworfen, sie liegen mit Ausnahme des Jahres 1999 seit 1992 bei über 1 bis 1,25 Mio. Medieneinheiten. Die Entleihungen sind nicht nur von der Entwicklung der Nutzerzahlen abhängig, sondern in erster Linie von der stark variierenden Nachfrage. Im Gegensatz zu anderen kreisfreien Städten erweist sich der Bibliotheksbestand in Rostock vergleichsweise kleiner, obwohl die Nachfrage bestehend aus den Anteil der aktiven Nutzer und den Entleihungen über dem landesweiten Durchschnitt liegt. Die hohe Nachfrage drückt sich v.a.

darin aus (Stand 2002), dass in Rostock jede Medieneinheit durchschnittlich 5,4 mal

Abb. 58: Die Nutzung der Stadtbibliothek



verliehen, während bspw. in Neubrandenburg, Stralsund und Schwerin eine Medien-einheit nur 1,9 bis 2,9mal verliehen wird (vgl. Lagebericht Rostock 2004, S.70ff.)

2.5. Kulturelle Freizeitangebote von freien Trägern

Außer den genannten städtischen Kultureinrichtungen gibt es in der kulturellen Szene Rostocks noch eine Vielzahl an Trägern, Einrichtungen, Verbänden und Projekten, die über das Amt für Kultur und Denkmalpflege gefördert und beraten werden. Hierzu gehören etwa Kunsthandwerkvereine, Fotoausstellungen, Filmfestivals, interkulturelle Projekte oder kulturhistorische Initiativen. Das Angebot im Theaterbereich wird durch Aufführungen und freie Inszenierungen verschiedener Vereine erweitert, wie z.B. dem Mau Club, Arthus e.V. oder dem Blinden- und Sehbehindertenverein. Zusätzlich betätigen sich viele freie Kulturträger als aktive oder passive Veranstalter freier Theaterkultur (vgl. Quo Vadis 2003). Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl freier Filmvorführungen verschiedener Einrichtungen, die das Kinoangebot der Stadt bereichern. Vorrangig dient das bereits erwähnte Programm kino dafür als Vorführungsort. Mit diesem zusätzlichen Filmangebot erreichte die freie Kinoszene im Jahr 2000 rund 4% aller Rostocker Kinobesucher. In diesem Kontext sind auch die medienschaffenden Institutionen und Vereine in Rostock zu erwähnen, wie das ‚institut für neue medien‘, der ‚Offene Kanal ROK-TV‘ und die Initiative für ein Lokalradio ‚LOHRO‘, die über Festivals und Veranstaltungen zur Bereicherung des Kinoangebots der Stadt beitragen. In Bezug auf die Medienfreizeit von Kindern und Jugendlichen in Rostock wird auf diese Einrichtungen noch näher eingegangen.

Der MAU-Club und das Kulturschiff ‚MS Stubnitz‘ zählen zu den wichtigsten kulturellen Veranstaltungsorten in M-V für Musik aus den Alternativ- bzw. Independentbereichen und werden vorrangig von einem eher jüngeren Publikum besucht. Jährliche Veranstaltungsreihen wie die ‚Rostocker Kulturwoche‘ und die ‚Literaturtage‘ im November haben sich mittlerweile in der städtischen Kulturlandschaft etabliert. Zu der breiten Palette weiterer kultureller Angebote, wie Kunstgalerien, Ausstellungen, Kabarett-, Konzert- und Literaturveranstaltungen können keine konkreten Aussagen getroffen werden, da kein entsprechendes Datenmaterial vorliegt. Ebenso wenig gibt es Informationen zur Nutzung der Stadtteilkulturzentren und Einrichtungen bzw. Angebote der freien Kulturszene in einzelnen Stadtteilen. Allgemein sind die kulturellen Angebote eher in der Stadtmitte der Hansestadt bzw. stadtzentrumsnah angesiedelt. Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass das Kulturangebot in Rostock vielfältig und bezüglich Größe einer Mittelstadt von 200.000 Einwohnern angemessen scheint, gemessen am Charakter einer Universitätsstadt mit 14.000 Studenten scheint indes das kulturelle Angebot noch ausbaufähig.

2.6. Kulturelle Gestaltungsinteressen von Kindern und Jugendlichen

Über die Nutzung und die Gestaltungsinteressen junger Menschen im kulturellen Freizeitbereich liegt für Rostock kein umfassendes und repräsentatives Datenmaterial vor. Dennoch kann festgestellt werden, dass junge Menschen sich in ihrer kulturell orientierten Freizeit ebenso wie im allgemeinen Freizeitbereich zunehmend modernen konsum- und trendorientierten kulturellen Praxen zuwenden. Die kulturellen Gestaltungsinteressen sind mitunter sehr vielfältig, allerdings unterliegen sie ebenso wie andere Freizeitbereiche einer hohen Schnelllebigkeit und Dynamik, die sich darüber äußert, dass bestimmte Interessen und Kulturtechniken häufig nur von kurzer

Dauer sind, etwa die einmalige Teilnahme an einem Graffiti-Workshop oder an einem Videokurs; ohne dass die jungen Teilnehmer weiterführende oder längerfristige gestalterische Interessen an solchen ästhetischen Ausdrucksformen entwickeln. Tendenziell sind kulturelle Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen heute in hohem Maße durch eine Pluralisierung der Lebensstile in den Jugendszenen und in der Gesellschaft insgesamt geprägt. Daraus ergibt sich eine große Zahl von heterogenen und disparaten kulturellen Präferenzen und Vorlieben.

Diese Entwicklung verlangt auch von den Kulturschaffenden, ihre Angebote und Angebotsformen im Freizeitbereich zukünftig stärker an diese pluralischen kulturellen Stilen und ästhetischen Praxen anzuknüpfen und ihr Angebotsprofil entsprechend zu erweitern. Die neuen Gestaltungs- und Ausdrucksmöglichkeiten innerhalb der kulturellen Freizeit bedeuten für die Jugendlichen auch anspruchsvollere Kompetenzen im Umgang mit den Möglichkeiten – eine wachsende Aufgabe für eine außerschulische Kulturpädagogik, die die Jugendlichen auf diesem Prozess professionell begleiten und unterstützen sollten.

Die Rostocker Fachleute im Kulturbereich betonen allerdings, dass neben den neuen kulturellen Freizeitorientierungen klassische Angebote wie Musik, Tanz oder bildende Kunst (Zeichnen, Töpfern, plastisches Gestalten) nach wie vor ihr jugendliches Publikum finden. Hier beobachten sie zwar eine starke schicht- und bildungsspezifische Rekrutierung ihrer Klientel unter den Kindern und Jugendlichen. Insbesondere Familien mit hohem ökonomischen und kulturellen Kapital melden ihre Kinder frühzeitig bei solchen Angeboten an. Dennoch kann aus den Erfahrungen der Experten geschlussfolgert werden, dass keine generelle Abkehr von der traditionellen Kulturfreizeit zu beobachten ist, sondern deren Erweiterung und Ausdifferenzierung um neue, trendorientierte, jugendkulturelle Aspekte und Gestaltungsformen.

Folgt man den Einschätzungen der Kulturexperten, dann sind die Aktivitäten in allen Bereichen der kulturell-gestaltenden Freizeit von dem Wunsch nach sinnstiftenden, erlebnis- und produktorientierten Erfahrungen getragen. Kinder und Jugendliche suchen hier nach kreativer Gestaltung und Selbsterfahrung, was den kulturellen Freizeitbereich nach wie vor von anderen Freizeitbereichen unterscheidet. Dennoch fehlt nach der Erfahrung der Kulturschaffenden vielen Kindern und Jugendlichen eine konkrete Vorstellung davon, was sie gestalten oder ausprobieren wollen. Sie äußern mitunter zwar ein vages Interesse, aber entwickeln daraufhin kaum Umsetzungsideen. Hier wird auf Seiten der Fachleute vorgeschlagen, dass die Angebote entsprechend den Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen modifiziert und vor allem attraktiv und zielgruppenspezifisch präsentiert werden. So wissen Experten aus der Rostocker Kunstschule zu berichten, dass ihre Angebot des ästhetischen Lernens innerhalb der Unterrichtsfächer Mathe, Deutsch oder Biologie, also die Kombination traditioneller Lerninhalte mit neuen didaktischen Vermittlungsformen, die umfassend die Sinne bzw. die Wahrnehmung der jungen Menschen ansprechen, von den Beteiligten mit wachsendem Interesse angenommen werden. Darüber werden Vorstellungen und konkrete Gestaltungswünsche geweckt, die weiterführende Auseinandersetzungen mit Kunst und Kultur ermöglichen. Das setzt allerdings eine stabile und verlässliche Angebotsstruktur voraus. Nur so kann zukünftig flexibel auf Veränderungen und Bedarfe reagiert und Qualität und Nachhaltigkeit gesichert werden. Als eine gute Basis dafür wird die außerordentlich partnerschaftliche Zusammenarbeit der Einrichtungen im Kulturbereich hervorgehoben.

2.7. Kulturell Musische Freizeitangebote

Zum kulturell-musischen Angebot der Hansestadt Rostock tragen maßgeblich die zwei großen Musikschulen bei: Zum einen das Konservatorium, das ca. zwei Drittel der Musikschüler der Stadt unterrichtet und zum anderen die Neue Musikschule „Carl Orff“. Überdies gibt es zahlreiche weitere Musik- und Kunstangebote von einer Vielzahl freier Träger. Rostock ist die einzige kreisfreie Stadt, in der neben einem öffentlichen Konservatorium eine zweite Musikschule in freier Trägerschaft besteht. Der Bevölkerungsanteil von Musikschülern ist in Rostock mit einem Wert von 10,2 je 1.000 Einwohnern (2002) etwas niedriger als in den anderen kreisfreien Städten, wo dieser zwischen 12,5 und 14,6 Schüler je 1.000 Einwohner liegt. Dennoch wird die Auslastung der beiden Musikschulen als sehr gut beschrieben und Jugendliche nehmen unter den Nutzern nach wie vor einen prozentual außerordentlich hohen Stellenwert ein. Den Erfahrungen der Experten zu Folge sind die bevorzugten Instrumente das Klavier, die Gitarre und die Flöte. Auch hier gilt allerdings, dass viele Nutzer aus den eher mittleren oder höheren Einkommens- und Bildungsschichten kommen.

Zunehmend werden auch hier Veränderungen und eine damit verbundene Vielfalt der Ausdrucksformen sichtbar. Die Experten beobachten verstärkt im kulturell-musischen Bereich, dass die Jugendlichen das Erlernen und Spielen eines Instrumentes weniger als Verpflichtung gegenüber den Eltern etc. betrachten, sondern dass sie diese Freizeitbeschäftigung zunehmend häufiger als sinnstiftende, selbstwertfördernde oder berufsperspektivische Aktivität verstehen. Hierbei spielen auch soziale Bindungen und Freundschaften mit Gleichgesinnten eine motivationale Rolle.

3. Medienfreizeit und Medieneinrichtungen

3.1. Mediatisierung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen

Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sind in den letzten Jahrzehnten durch eine umfassende Mediatisierung gekennzeichnet. Mediatisierung bedeutet, dass Medien heute zu einem allgegenwärtigen und zentralen strukturellen aber auch kulturellen Element in Alltag und Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen geworden sind. Das gilt sowohl quantitativ, was das Zeitbudget und die Vielfalt der täglichen Mediennutzung angeht; das gilt aber auch qualitativ, was die sozialisatorische Bedeutung von Medien für die Aufwuchsbedingungen angeht.

Diese Entwicklung wird von Eltern, Jugendschützern und Pädagogen nicht nur als Fortschritt und Zugewinn an kultureller Vielfalt gesehen, sondern mit Blick auf die möglichen Auswirkungen von Medieninhalten und Medienbotschaften (z.B. Werbung, Gewalt, Sexualität usw.) oder auch als mögliche Bedrohung für die Kinder und Jugendlichen. Die Sorgen beziehen sich etwa auf eine mögliche Reizüberflutung, auf die mögliche Aggression und gewaltfördernde Wirkung von Mediendarstellungen (Horrorvideos, Computerspiele), auch auf eine Verführung von Kindern und Jugendlichen durch Werbung und Konsum.

Die Ergebnisse der Jugendmedienforschung signalisieren hier eher vorsichtige Entwarnung: Auch wenn die Einflüsse von Medien und Werbung offensichtlich sind, stehen Kinder und Jugendliche dieser Medienwelt keineswegs als hilflose manipulierte Opfer gegenüber. Im Gegenteil: Kinder und erst recht Jugendliche erweisen sich bereits von klein auf als kompetente Mediennutzer. Ihre technischen Fertigkeiten

ten und Kenntnisse im Umgang mit den neuen technischen Unterhaltungs- und Kommunikationsmedien vom Handy, über das Computerspiel bis zu Computer und Internet sind oft größer als bei den eigenen Eltern und Lehrern. Die Annahme einer fehlenden und defizitären Medienkompetenz ist nach den Ergebnissen der Medienforschung so nicht haltbar.

Auch beim Umgang mit und der Nutzung von Medien im Alltag scheint das Problem nicht in erster Linie von den Medien auszugehen. Die zahlreichen Jugendmedienstudien weisen vielmehr auf die zentrale Bedeutung der Familie und der Eltern für das Medienverhalten und die Mediengewohnheiten von Kindern und Jugendlichen hin. Das elterliche Vorbild und die Mediengewohnheiten in der Familie prägen in starkem Maße auch die Mediennutzung der Kinder. In Familien mit vielen Büchern und einem geringen Fernsehkonsum interessieren sich auch die Kinder mehr fürs Lesen und weniger für das Fernsehen.

Gleichwohl, der Umfang und die Bedeutung der Mediennutzung für Freizeit und Kultur hat in unserer Gesellschaft generell zugenommen – und das gilt auch für die kindlichen und jugendlichen Lebenswelten. Allerdings haben sich frühere Befürchtungen von einer zunehmenden Isolation und Anonymität von Kindern und Jugendlichen durch die Medien längst als falsch erwiesen. Weder Fernsehen, noch Gameboy oder das Internet konnten die Spielkameraden oder jugendlichen Freunde aus den Kinderzimmern verdrängen. Studien zeigen, dass stets „Erst die Freunde, dann die Medien“ (Barthelmes/Sander 2001) kommen. Medien bleiben somit sowohl in der Kinderkultur wie in der Jugendkultur eingebettet in das soziale Leben mit den Gleichaltrigen, Freunden und Spielkameraden.

Die Mediatisierung der Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen erfordert nichtsdestoweniger heute eine explizite Medienerziehung, die nicht nur in der Familie stattfindet, sondern insbesondere auch in den öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten, über die Schule bis zu den Angeboten der außerschulischen Medienbildung. Medienerziehung zielt dabei stets auf die Ausbildung und Stärkung von Medienkompetenz. Medienkompetenz meint den eigenverantwortlichen, selbstbestimmten, souveränen, kritischen und kreativen Umgang der Jugendlichen mit den Medien in ihrem Alltag und ihrer Lebenswelt. Das betrifft sowohl die Freizeitgewohnheiten und das Konsumverhalten wie auch die Bildungsprozesse und die späteren Berufsperspektiven der nachwachsenden Generation. Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ist dabei nicht in erster Linie eine Frage der medientechnischen Kenntnisse, sondern eher eine Frage der Medienbildung und der Kultivierung des eigenen Medienhandelns und Medienalltags.

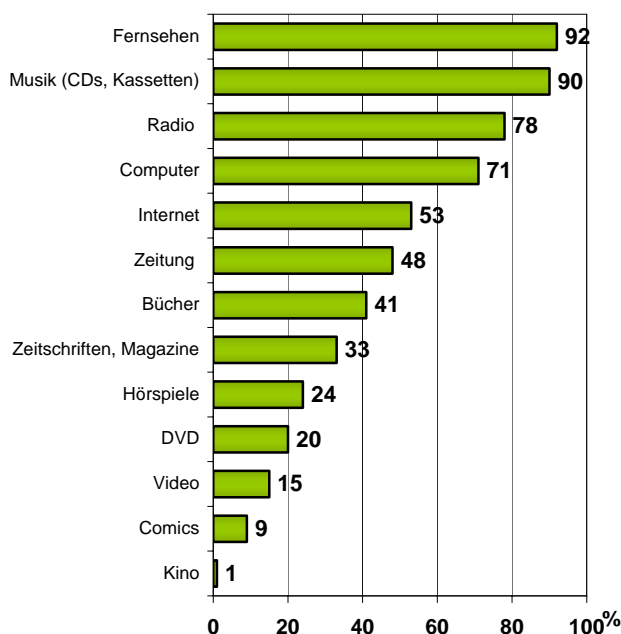
Den Trägern der schulischen und außerschulischen Medienpädagogik kommt hier die zentrale Aufgabe zu, den Kindern und Jugendlichen eine fachliche und zeitgemäße Medienbildung zu vermitteln. Die Bedeutung der Medien erschöpft sich dabei nicht in der Freizeit- und Alltagskultur von Kindern und Jugendlichen. Medien und Informationstechnologien spielen auch in der Ausbildung und in den modernen Berufen eine immer größere Rolle. Insofern besteht die Aufgabe der öffentlichen Medienerziehung und Medienbildung nicht nur in der Ausbildung eines souveränen Mediennutzers in der Freizeit, sondern zielt auch auf die Sicherung der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen gegenüber den Anforderungen der modernen Informations- und Wissensgesellschaft.

Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick über den Bereich der freien Medienarbeit und Medienpädagogik für Kinder und Jugendliche in Rostock. Aussagen über die private Mediennutzung und das Medienhandeln in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt können nicht gemacht werden, weil darüber keine Daten vorliegen. Eine Studie zur Medienfreizeit von Jugendlichen, an der auch Rostocker Jugendliche beteiligt sind, wird gegenwärtig von Forschern der Universität Bielefeld erstellt. Ergebnisse daraus sind aber zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht verfügbar. Die vorliegende Analyse basiert somit vor allem auf den Experteninterviews mit den Fachkräften aus dem Kontext der Rostocker Medienpädagogik.

Versucht man einen Überblick über die gegenwärtigen Situation im Bereich der medialen Freizeit von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik, dann ergeben sich aktuell folgende Trends. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind hier gegenwärtig nur noch marginal, so dass die Daten in der Tendenz auch für Rostocker Jugendliche zutreffen dürften.

- Medienbeschäftigung in der Freizeit (täglich/mehrmals pro Woche): Fernsehen 92%, Musik-CD's/ Kassetten 90%, Radio 78%, Computer 71%, Im Internet surfen 53%, Zeitung 48%, Bücher 41%, Zeitschriften/-Magazine 33%, Hörspielkassetten/-CDs 24%, DVD 20%, Video 15%, Comics 9%, Kino 1%
- Am wenigsten verzichten können in 2004 29% der Befragten auf das Fernsehen (2003: 30%), 26% auf den Computer (2003: 28%), 19% auf das Radio (2003: 15%), 14% auf Bücher (2003: 13%), 5% auf Zeitungen (gleichgeblieben)
- 42% der Befragten würden bei widersprüchlicher Berichterstattung auf die Zeitung vertrauen, 30% dem Fernsehen, 15% dem Internet, 12% dem Radio und 2% wissen es nicht.
- Beim persönlichen Medienbesitz ist das Handy gegenwärtig *das* zentrale Jugendmedium. Neun von zehn Jugendlichen haben ein eigenes Handy, 64 Prozent ein eigenes Fernsehgerät, 53 Prozent einen Computer und 28 Prozent einen eigenen Internet-Zugang. Im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Besitz neuerer Speicher- und Abspielmedien wie MP-3-Player (26 %, plus elf Prozentpunkte) und

Abb. 59: Medienbeschäftigung Jugendlicher in der Freizeit 2003/04 (täglich bzw. mehrmals die Woche)



Quelle: Studie IJM 2004

DVD-Player (28 %, plus acht Prozentpunkte) angestiegen, aber auch das Handy hat erneut vier Prozentpunkte zugelegt.

- Der Anteil der Jugendlichen, die mit Computer und Internet umgehen, stagniert auf hohem Niveau. So nutzen 94% der 12- bis 19jährigen mindestens einmal pro Woche einen Computer, davon 71% mehrmals pro Woche oder täglich. Internet-erfahrung (mind. einmal im Monat) weisen 85% der Jugendlichen auf, 53% gehen mehrmals pro Woche und häufiger online. Dabei bleibt das Senden und Empfangen von E-Mails nach der Informationssuche die am häufigsten ausgeübte Online-Tätigkeit. 45% der jugendlichen Onliner sind beim Surfen bereits auf pornografische Inhalte gestoßen, bei jedem Zehnten kommt dies mindestens einmal pro Woche vor. Hinsichtlich der Nutzungshäufigkeit von Computer und Internet bleiben auch im Jahr 2004 bekannte bildungsspezifische Unterschiede bestehen. Jugendliche, die die Hauptschule besuchen oder besucht haben, nutzen diese Medien weniger oft als Realschüler und Gymnasiasten (JIM 2004)

Generell lässt sich konstatieren, dass Besitz von audiovisuellen Medien inzwischen seit einigen Jahrzehnten zu den typischen Merkmalen der Jugendphase gehört. Es wechseln allerdings stetig die jeweiligen technischen Standards und Geräte. Während sich das Freizeitbudget in all diesen Jahren nur unwesentlich verändert hat, geht das Zeitbudget für neue Medien regelmäßig zu Lasten anderer traditioneller Medien. Eine Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang das Fernsehen, das unverändert – und zwar über die Altersgruppen hinweg – einen stabilen Platz im Freizeitverhalten der Generationen beanspruchen kann.

Dabei ist das Fernsehen aber – entgegen einem gängigen Vorurteil – keineswegs das typische Jugendmedium. Im Gegenteil: Alle erwachsenen Altersgruppen sehen signifikant mehr Fern als die Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren. Fernsehen ist ein häusliches und familiäres Medium; Jugendphase aber ist tendenziell die Phase der Verselbstständigung von der Familie und der Aneignung des öffentlichen Raums. Unter Jugendlichen dominieren vielmehr solche Medien, die vom Freizeitverhalten wie von der kulturellen Orientierung eher mit den Peer-Groups und mit den außerhäuslichen Jugendkulturen vereinbar sind. Dieser Befund korrigiert auch die Vorstellung, die Medien könnten beliebig die jugendlichen Handlungsmuster strukturieren und manipulieren. Der Wirkungszusammenhang ist eher umgekehrt: Die Jugendphase konnte deshalb zu einer durchgreifend mediatisierten Lebensphase werden, weil ihre kulturellen Angebote und Ausdrucksformen den gesellschaftlichen Freisetzungsprozessen der Jugendkulturen entsprachen. Jugendmedien sind gesellig, gruppenbezogen, öffentlich, pluralistisch, identitätsstiftend und hedonistisch.

3.2. Angebote der freien Medienkompetenzträger

Es gibt in Rostock zum Zeitpunkt der Untersuchung zwei große Institutionen, das ‚institut für neue medien (ifnm)‘ und den Rostocker Offenen Kanal (rok-tv), deren zentrale Aufgabenstellung im Bereich der Medienkompetenzvermittlung sowie in der Multiplikatoren- und -weiterbildung liegt. Das ‚institut für neue medien‘ stellt sowohl Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für das Berufsfeld ‚Mediengestalter‘ als auch einen vielfältigen Werkstattbereich für die Erstellung von Medienprodukten sowie ein differenziertes Medienbildungsangebot bereit. Der Offene Kanal (rok-tv) ist eine Einrichtung der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommerns (LRZ) und fungiert als Bürgerfernsehen mit dem Ziel, dass alle Rostocker Bürger ihre eige-

nen Fernsehbeiträge produzieren und senden können. Darüber hinaus haben zahlreiche freie Träger³² medienpädagogische Aspekte in ihr Angebotsspektrum integriert: so z.B. den im Jahr 2003 neu gegründeten Förderverein für einen lokalen Radiosender (LOHRO). Die Mitarbeiter von LOHRO sind bestrebt, eine Sendefrequenz zu bekommen, um neben einem regelmäßigen Radioprogramm vor allem jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich in ihrer Freizeit mit den Hörfunkmedien beschäftigen zu können.

Experten aus dem Kultur- und Medienbereich kritisieren allerdings, dass das strukturelle Angebotsspektrum im Medienbereich geringer sei als in anderen kulturellen Bereichen der Stadt und demnach den gewachsenen Bedürfnissen an eine umfangreiche Medienfreizeit nur in einem begrenzten Ausmaß gerecht werden könne. Dennoch betonen sie, dass Rostock im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten im Land eine qualifizierte Grundversorgung im Medienbereich zur Verfügung stellt. Im Vergleich mit anderen ähnlichen Großstädten halten sie die Infrastruktur und Angebotsdichte im Bereich der Medieneinrichtungen in Rostock für noch ausbaufähig.

Die Angebote der einschlägigen Medien-Institutionen reichen von einmaligen bis regelmäßigen Arbeitsgruppen, Workshops und Kursen in den Bereichen audiovisueller Medienproduktion, Fotografie, Trickfilm, Fernsehen oder Computerbildung. Außerdem werden Redaktionsgruppen angeleitet und betreut. Das Angebot richtet sich an alle Bürger der Stadt, dennoch wissen die Experten zu berichten, dass insbesondere junge Menschen diese Angebote regelmäßig und ausdauernd nutzen. Darüber hinaus existieren Projekte im Fort- und Weiterbildungsbereich für Multiplikatoren (z.B. Lehrer, Sozialarbeiter etc.). Zusätzlich sind in einigen Einrichtungen berufsvorbereitende Maßnahmen integriert. Der Offene Kanal bietet fortwährende Einführungskurse in Medientechnik an, wie beispielsweise Kamera- und Schnittplatzeinweisungen, die eine Voraussetzung darstellen, um eigenes Filmmaterial zu produzieren und zu senden. Weiterhin werden regelmäßig regionale, landesweite und nationale Filmfestivals durchgeführt. Einen weiteren Schwerpunkt im Medienfreizeitbereich der Stadt stellt die Entwicklung und Ausgestaltung von Schulprojekten im Rahmen der Ganztagschulentwicklung dar. Hier wird etwa seit dem Schuljahr 2004/2005 an der Umsetzung des Rahmenplans ‚Medienerziehung‘ gearbeitet, der obligatorisch für alle allgemeinbildenden Schulen des Landes gilt. Es sind im Zuge dessen bereits Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Medienpartnern entstanden, die zum Ziel haben, medienerzieherische sowie mediendidaktische Elemente in den Schulen zu verankern. Über die konkreten Arbeitszusammenhänge hinaus, tragen die beschriebenen Einrichtungen medienbildungs- und kulturpolitische Impulse in die Stadt und das gesamte Land.

³² Zu den Trägern zählen u.a.: "Klönssack-Rostocker 7" e.V., Medienbehindertenwerkstatt Toitenwinkel, Barrierefreies Rostock e.V. (Händikäff), Die Beginnen e.V. (Computerbildung für Frauen), Charisma e.V., Förderverein der Jugendschiffe "Likedeeler" und "Vagel Grip" e.V., Hanse-Film-Studio e.V., Institut für Lernen und Leben e.V., Jugendkunstschule ARThus e.V., Jugendmedienvorband M-V e.V., Jugendzentrum für Informatik e.V., KOPRA e.V., Lichtspieltheater Wundervoll (RO-cine e.V.), MS Stubnitz e.V., Sinn e.V., Stadtbibliothek Rostock (vgl. Medienpädagogischer Atlas M-V 2001)

3.3. Medieninteressen und Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen

Die Einrichtungen der freien Medienarbeit und Medienbildung werden, ähnlich wie in der Bundesrepublik insgesamt, vor allem von jungen Leuten bis 27 Jahre genutzt, die über ein eher mittleres und höheres Bildungsniveau verfügen. Kinder und Jugendliche, die die vorhandenen Angebote frequentieren, nehmen diese auch regelmäßig und kontinuierlich wahr.

Die Inhalte und Themen der jeweiligen Medienprojekte (Radiosendungen, Fernsehsendungen, Videos usw.) spiegeln vor allem die jugendliche Lebenswelt der Medienakteure: Musik, Beziehungen, Jugendkultur oder Lifestyle stehen im Mittelpunkt der Produktionen. Die medieninteressierten Jugendlichen weisen dabei ein ambivalentes Verhältnis zum Medienalltag und zur Mediengesellschaft auf. So wird insbesondere der kommerzielle und professionelle Medienalltag einer fachlichen und begründeten Kritik unterzogen; andererseits zeigen sich die Jugendlichen fasziniert von Gestaltungs- und Ausdrucksmöglichkeiten der audiovisuellen Massenmedien und den oft semiprofessionellen Möglichkeiten der Medieneinrichtungen (z.B. rok-tv; institut für neue medien). Das eigene Medienengagement und die Kreativität in der eigenen Medienprojekte speist sich zum großen Teil gerade aus dieser kritischen Auseinandersetzung mit dem allgegenwärtigen, professionellen und kommerziellen Medienangebot im Fernsehen, in der Musikindustrie und im Kino und versteht sich als kritischer Kontrapunkt dazu.

Die freien Träger der Medienarbeit in Rostock belegen mit ihrer Arbeit den Stellenwert und die Bedeutung von Medienkompetenz, kultureller Kreativität und Medienkommunikation für eine entwickelte Mediengesellschaft. Wünschenswert wäre hier sicher, dass die Arbeit noch stärker solche Zielgruppen erreicht, die insbesondere aufgrund der Medienausstattung und Medienerziehung in den familiären Herkunftsmilieus eher benachteiligt sind. Die Medienforschung und Medienpädagogik wählt für dieses Problemkomplex den Begriff Wissenskluft (knowledge gap). Das weist darauf hin, dass Medien heute eben nicht nur Mittel zur Zerstreuung und Unterhaltung sind, sondern dass immer mehr gesellschaftliches und kulturelles Wissen und auch Bildung von der Verfügung über Medien abhängig ist. Kompetenzen im Umgang mit Computer, Software, Datenbanken bestimmen bereits heute und erst recht künftig die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Hier gilt es für die öffentliche Medienerziehung im Kindergarten, in der Schule sowie in der außerschulischen Jugendbildung angesichts der eher wieder steigenden sozialen Ungleichheiten die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlicher sicherzustellen.

Die neueren Entwicklungen der Rostocker Medieneinrichtungen weisen in diese Richtung: So bietet der Offene Kanal (ROK-TV) seit etwa zwei Jahren zusätzlich zu seinem sonstigen Angebot eine aufsuchende Form der Medienpädagogik an: Mit dem komplett ausgestatteten Medienmobil fährt die hauptamtliche Medienpädagogin auch ländliche Gebiete an und bietet für Kinder und Jugendliche und vielfach in Kooperation mit pädagogischen Einrichtungen Medienprojekte an. Dieses Konzept einer aufsuchenden Pädagogik erlaubt somit, auch Zielgruppen zu erreichen, die sonst kaum den Weg in das Studio des Offenen Kanals finden.

Das ‚institut für neue medien‘ bemüht sich demgegenüber – wie erwähnt – um die Stärkung medienpädagogischer Arbeit in den Schulen. Auch hier geht es darum, die Schüler für die Medienarbeit dort abzuholen, wo sie sind, eben in den Schulen.

3.4. Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten

Die Medienlandschaft in Rostock verfügt über ein vielschichtiges Spektrum von freien und öffentlichen Institutionen im Bereich der Medienarbeit und Medienpädagogik. Insbesondere die freien Träger stehen indes angesichts der allgemeinen Finanzsituation, wie in anderen pädagogischen Bereichen auch, unter einem permanenten Legitimationsdruck und der Sorge um die Fortführung von Projekten und Personalstellen. Eine vielschichtige und qualitativ hochwertige Medienarbeit bedarf aber der qualifizierten Fachkräfte aus dem Bereich der Medienpädagogik und der Medienschaffenden. Zudem zeigt sich, dass den freien Trägern hier bis dato immer auch noch die Funktion zukommt, auf die Notwendigkeit einer fachlichen Medienarbeit und Medienpädagogik in den einschlägigen öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen aufmerksam zu machen und zunächst die Grundlagen und Strukturen für eine solche Arbeit zu schaffen und zu sichern.

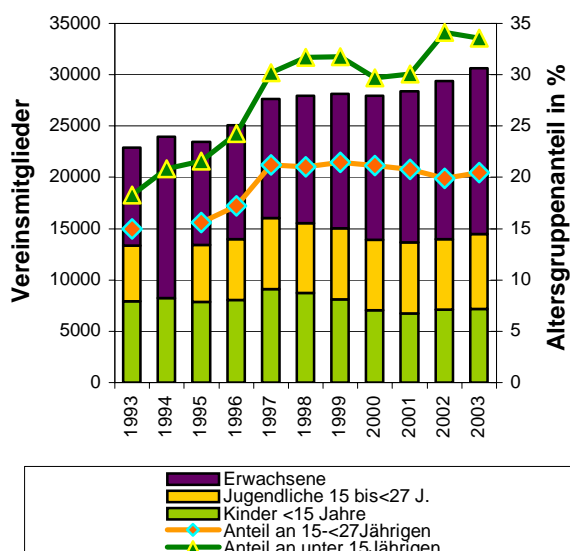
Vor diesem Hintergrund wäre zukünftig wünschenswert, dass bestehende Angebote und Kooperationen im Bereich der Medienarbeit Bestand haben und entsprechend den Herausforderungen einer Informations- und Wissensgesellschaft ausgebaut werden. Wichtig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit und Kooperation aller städtischen und freien Institutionen, um zukünftige Ziele realisieren zu können und eine höhere Transparenz des Angebots und eine Ausweitung der Zielgruppen für die eigene Arbeit zu erreichen. Stabile Finanzstrukturen und Planungssicherheit im Medien- und Kulturbereich wären gewiss die Voraussetzungen für eine solche zukunftsorientierte Arbeit.

4. Sportliche Freizeit von Kindern und Jugendlichen in Rostock

Sport und sportliche Aktivitäten sind für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende nach wie vor zentrale Bereiche der Freizeit und des sozialen und geselligen Lebens. Sport ist nicht nur ein wesentliches Element für das subjektive Wohlbefinden und Selbstwertgefühl und die Erhaltung und Sicherung der eigenen körperlichen und seelischen Gesundheit. Angesichts gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse und einer wachsenden Segregation zwischen den Generationen erweist sich der Sport auch nach wie vor als wichtiger ‚sozialer Kitt‘ der Gesellschaft. Sportvereine, auch sportliche Großveranstaltungen haben eine wichtige Funktion für die soziale Integration der nachwachsenden Generation, für die kollektive Identitätsbildung sozialer Gruppen und Gemeinwesen und sie sind nach wie vor wichtige Instanzen der Begegnung und des Austausches zwischen den Generationen. All diese Aspekte gelten auch für die Bedeutung des Sports in Rostock und seine Funktion für die Kinder und Jugendlichen in der Hansestadt. Die sportlichen Aktivitäten, Disziplinen und Ausdrucksformen sind dabei – wie andere Bereiche auch – einem steten sozialen und kulturellen Wandel unterworfen. Neben dem klassischen Vereinssport treten zunehmend neue Sportarten und neue Formen eines körper- und sportorientierten Lebensstils. Trendsportarten wie Snowboard, Skateboard, Surfen, Bodybuilding, Wellness usw. finden insbesondere unter Jugendlichen und jungen Leuten verstärkten Zuspruch. Typisch ist, dass solche sportlichen Ausdrucksformen und Trendsportarten oftmals eingebettet sind in kulturelle Lebensstile und Jugendkulturen, dass sie in hohem Maße begleitet sind durch eine Ästhetisierung und Kommerzialisierung und dass sie eher in informellen oder auch individualisierten Sozialformen stattfinden.

Von organisierten und traditionsreichen Sportvereinen verlangt dies bisweilen eine Umstellung auf diese neuen Trends, wollen sie im Zeichen solcher Modernisierungsprozesse nicht ihre Klientel und den Anschluss an den kulturellen Wandel angehen. Das Angebot an Sport und sportlichen Aktivitäten ist in Rostock zahlreich und vielfältig, und das umfasst sowohl den kommerziellen wie nicht-kommerziellen, den organisierten und informellen, den leistungsorientierten oder den Freizeit-Sport. Die Anzahl der Mitglieder in Rostocker Sportvereinen hat sich seit 1990 fast verdoppelt. Die Zahl der Sportvereine hat dagegen erst seit 1995 zugenommen, allerdings nicht in dem gleichen starken Umfang wie die Anzahl der Mitglieder. Gegenwärtig gibt es in Rostock im Bereich der nicht-kommerziellen sportlichen Freizeit 153 Sportvereine (Jahrbuch Rostock 2004). Insgesamt konnten im Jahr 2003 30.635 Vereinsmitglieder registriert werden. Davon sind 14.443 Mitglieder unter 27 Jahre. Der Anteil der jungen Mitglieder in Sportvereinen beträgt demnach fast die Hälfte (47 %) aller sportlich organisierten Rostocker Bürger. Dieser Anteil liegt leicht unter dem Landesdurchschnitt. Es leben laut Lagebericht Rostock (2004) insgesamt 55.221 Kinder und Jugendliche unter 27 Jahre in Rostock (unter 18jährige: 28.346, 18 bis 27jährige: 26.875; das ist ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung), d.h. es sind etwa 26 % aller Rostocker Kinder und Jugendlichen in Sportvereinen als Mitglieder aktiv (ca. 1000 Mitglieder mehr als noch 1993).

Abb. 60: Mitglieder in Sportvereinen differenziert nach Altersgruppen 1993 – 2003



Anm.: Für das 1994 liegen keine Daten zu den Jugendlichen

Auftrag der Deutschen Sportjugend steht im Vergleich zwischen den Jugendorganisationen nach wie vor die Aktivität und Mitgliedschaft in einem Sportverein bei den Jugendlichen an erster Stelle. Folgt man den Befunden der aktuellen Shell-Jugendstudie, dann lässt sich auch bundesweit im Zehnjahresvergleich tendenziell eine Steigerung des Organisationsgrades Jugendlicher feststellen. Mehr als 60% der 12jährigen und ca. 40% der 18jährigen sind aktive Mitglieder im Sportverein (mehr Jungen als Mädchen, mehr Gymnasiasten als Hauptschüler). 18jährige aktive Vereinsmitglieder sind im Durchschnitt 9 Jahre im Verein und verbringen dort etwa 5 Stunden pro Woche (vgl. Brettschneider/Brandl-Bredenbeck/Kleine 2002). Die hohen Zahlen der Mitgliedschaften von Kindern und Jugendlichen in den Rostocker Sportvereinen geben Hinweise darauf, dass sportliche Freizeit in der Hansestadt einen ebenso hohen Stellenwert einnimmt wie in der Bundesrepublik insgesamt.

Neben den Sportvereinen gibt es in Rostock zum Zeitpunkt der Untersuchung ungefähr 22 Sportstudios, 35 Großspielfelder, 36 Kleinspielfelder, 10 Rundlaufbahnen, 63 Turnsporthallen, 31 Wassersportanlagen (z.B. Sportboothäfen), sechs Kegelsportanlagen, neun Tennisanlagen, vier Pferdesportanlagen, zwei Schwimmhallen, eine Eishalle und einen Hockeyplatz. Die Besucherzahlen der Neptunschwimmhalle sind von 2002 auf 2003 leicht angestiegen (Neptunschwimmhalle 2004; Jahrbuch Rostock 2004). Für die Auslastung und die Nutzung der anderen kommerziellen Sportanbieter liegen keine umfassenden Daten vor. Insgesamt sind die Angebote im Sportbereich im Gegensatz zu den kulturell-musischen Angeboten allerdings stärker in allen Stadtteilen vorhanden und somit für eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen, gerade auch aus sozial schwachen Stadtteilen und Herkunftsmilieus erreichbar.

Nach der gesellschaftlichen und politischen Wende (1989) wandelte sich die staatlich organisierte Sportstruktur der ehemaligen DDR, in der die Förderung von Hochleistungssport einen herausragenden gesellschaftspolitischen Stellenwert einnahm, in eine differenzierte, dezentrale und pluralistische Trägerstruktur, auf der Basis von staatlichen, freien-gemeinnützigen und kommerziellen Trägern und Institutionen. Das ehemals vorrangig auf die Förderung von Leistungssport orientierte System öffnete sich in dieser neuen Struktur stärker gegenüber einer privaten freizeitorientierten Vereinskultur und einer sportlichen Breitenbildung. Das führte auch in Rostock im Verlauf der 90er Jahre zu einer Ausweitung des Sportangebots in der Stadt, allerdings war dieser Prozess nach Angaben des Rostocker Sportbundes in Bezug auf die Anzahl der Sportvereine bereits 1999 weitgehend abgeschlossen.

Zusätzlich finden in der Hansestadt regelmäßig sportliche Großveranstaltungen statt. Dazu zählen unter anderem der Rostocker Badespass, Sport- und Spielfeste, die Rostocker Ferienkarawane, die Skaternight und der Streetball-Championship. Des Weiteren werden durch die Stadtsportjugend verschiedene Projekte konzipiert und betreut. Ein Hauptaugenmerk liegt auch hier auf der Zusammenarbeit von Sportvereinen und den Rostocker Schulen – etwa im Rahmen der Ausgestaltung von Nachmittagsangeboten der Ganztagschulen. Dabei sollen vor allem Ausdauer, Motorik und Konzentrationsfähigkeit, aber auch eine Steigerung des Selbstwertgefühls und die psychosoziale Gesundheit gefördert und stärker ganzheitlich in alltägliche Lebenszusammenhänge eingebunden werden.

4.1. Sportliche Interessen von Kindern und Jugendlichen und Entwicklungsperspektiven

In Bezug auf die allgemeinen Sportaktivitäten und sportlichen Interessen von Kindern und Jugendlichen gehen die Experten einerseits davon aus, dass sich insbesondere die jungen Menschen, die in einem Sportverein aktiv sind, sehr intensiv und ausdauernd sportlich betätigen und dem Sport auch eine große Bedeutung für die eigene Freizeit und Lebensführung beimessen. Betrachtet man die oben genannten Zahlen, die eine Steigerung des Organisationsgrades konstatieren, findet diese These Unterstützung. Sportvereine verfügen laut Angaben der Deutschen Sportjugend über eine hohe soziale Integrationskraft (vgl. Brettschneider/Brandl-Bredenbeck/ Kleine 2002). Das heißt, den Sportvereinen gelingt es im Vergleich zu anderen Freizeitorganisationen offensichtlich nach wie vor, interessierte Kinder und Jugendliche zu gewinnen und an sich zu binden.

Dennoch betont der zuständige Mitarbeiter für den Bereich Kinder und Jugendliche im Rostocker Sportbund, dass die Sportvereine und die Akteure im Sportbereich ihre Angebotsstruktur noch stärker als bisher untereinander abstimmen und vernetzen sollten, damit auch hier eine größere Transparenz über die Vielfalt der Angebote möglich ist und die Bemühungen des Rostocker Sportbundes, sportliche Freizeitbeschäftigung zukünftig noch umfassender in allen Bildungs- und Sozialisationsfeldern zu verankern, eine breitere Akzeptanz findet. Nach Ansicht der Experten ist es dafür insbesondere von Bedeutung, das Profil der Einrichtungen im Sportbereich einer eigenen Qualitätssicherung zu unterziehen. Dadurch können aktuelle Interessen und die Nachfrage von Heranwachsenden zeitnaher als bisher berücksichtigt werden. Wie in den anderen analysierten Bereichen sollte auch hier eine finanzielle Planungssicherheit möglich sein, um dadurch Nachhaltigkeit auf dem Gebiet der ganzheitlichen Gesundheitserziehung zu gewährleisten und den hohen Stellenwert des Vereinsports in Rostock zu sichern.

5. Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen und Heranwachsenden

Im selben Maße, wie in der Gesellschaft aufgrund von Modernisierung und Individualisierung die sozialen und integrativen Kräfte des Gemeinwesens zu schwinden oder zu erodieren scheinen, vergewissert sich die Gesellschaft zugleich zunehmend der Voraussetzungen von Solidarität und sozialen Bindungen. In diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren das Interesse und die Sensibilität der Öffentlichkeit, aber auch des Staates, für freiwilliges und ehrenamtliches Engagement von Bürgern deutlich gestiegen. Soziales, ehrenamtliches und gemeinwohlorientiertes Engagement ist traditionell eine der Wurzeln für Solidarität, soziale Bindungen und sozialen Ausgleich in der Gesellschaft. Ehrenamtliches Engagement ist älter als der Sozialstaat und zugleich bis heute eine seiner zentralen Säulen. Insofern ist das neuere Interesse am Ehrenamt und an freiwilligem Engagement auch nicht nur der Sorge um das Soziale in der Gesellschaft geschuldet, sondern speist sich bisweilen auch eher schnöde aus der Suche nach Alternativen zu sozialstaatlichen Strukturen. Das Instrument der Ein-Euro-Jobs im Rahmen der Harz IV-Reform lässt sich – zugespitzt – unter diesem Blickwinkel auch als Schritt auf dem Weg zum ehrenamtlichen Sozialstaat verstehen.

Die Formen des ehrenamtlichen Engagements sind heute indes vielfältig und vielschichtig: Neben dem traditionellen institutionell gestützten Ehrenamt (etwa in Wohlfahrtsverbänden und Gemeinden) lassen sich Formen der Selbsthilfe, des bürgerschaftlichen Engagements, der Freiwilligenarbeit oder der Bürgerarbeit unterscheiden.

Diese Vielfalt an Engagementformen macht schon deutlich, dass nicht so ohne weiteres von einem Niedergang ehrenamtlicher Tätigkeiten gesprochen werden kann. Die Fachdiskussion unterscheidet für die Analyse denn auch zwischen altem und neuem Ehrenamt. Der Begriff des „alten Ehrenamts“ bezieht sich auf die traditionellen Engagements und Mitgliedschaften etwa in den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Das „neue Ehrenamt“ (etwa: Selbsthilfe, Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit) findet demgegenüber eher in informellen sozialen Gruppen oder selbstinitiierten Projekten und Initiativen statt. Die neuen Formen zeichnen sich durch einen geringeren Grad

an Organisation und Verwaltung, durch flexiblere Zeitstrukturen sowie durch weniger Verbindlichkeit und subjektiver Verpflichtung aus (vgl. Picot 2001).

Alle diese Aspekte zum gesellschaftlichen Engagement gelten in gleicher Weise sowohl für die Erwachsenen wie für Jugendliche. In Bezug auf die junge Generation ist allerdings in der Öffentlichkeit ein Bild weit verbreitet, nach dem das soziale Engagement gerade von Jugendlichen heute deutlich zurückgegangen sei. Gezeichnet wird oftmals das Zerrbild von Jugendlichen, die sich egoistisch und hedonistisch der Gesellschaft und der älteren Generation verweigern und vorrangig den eigenen Freizeitinteressen nachgehen. Die Ergebnisse der Jugendforschung und des sog. Freiwilligensurveys der Bundesregierung ergeben indes ein deutlich anderes Bild. Danach hat das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen in den 90er Jahren deutlich zugenommen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch ein Wandel in den Orientierungen der Jugendlichen. Bevorzugt werden gerade auch von den Jugendlichen die neueren, informellen, selbstbestimmten und selbstinitiativen Formen und weniger die traditionellen Verbandsstrukturen. Die größte repräsentative Studie zum Ehrenamt Jugendlicher (Picot 2001) ergibt, dass im Vergleich der Generationen die Jugendlichen das größte freiwillige Engagement entwickeln. 37% der 14-24jährigen in der Bundesrepublik üben ein freiwilliges Engagement aus. Rund 40% dieser Jugendlichen übt dieses Engagement mehrmals in der Woche aus; jeder Zweite wendet dazu mehr als 5 Stunden pro Woche auf (Picot 2001, 126ff.).

Dieser Widerspruch zwischen öffentlicher Wahrnehmung und den Ergebnissen der Studien erklärt sich aus den unterschiedlichen Vorstellungen und Konzepten zum ehrenamtlichen Engagement. Angesichts des Strukturwandels im Bereich der Freiwilligenarbeit scheint die traditionelle Definition des Ehrenamts zu eng gefasst, um alle Formen der freiwilligen, unentgeltlichen und sozialen Tätigkeiten zu fassen. Bezieht man die vielfältigen Formen des freiwilligen Engagements Jugendlicher in die Analyse mit ein, ergibt sich somit das Bild einer gesellschaftlich interessierten und sozial engagierten Jugend. Die Ergebnisse des zweiten Freiwilligensurvey von 2004 bestätigen diese Befunde. Die zweite Untersuchung betont in diesem Zusammenhang insbesondere den Anstieg des freiwilligen Engagements in den ostdeutschen Bundesländern. Zwar ist das Engagement insgesamt im Westen immer noch etwas höher (37% : 31%), aber die Zuwachszahlen bei der Gruppe der Engagierten und zum Engagement bereiten sind in Ostdeutschland höher.

Für Rostock liegen keine quantitativen Daten zur Situation ehrenamtlichen Engagements vor. In die Analyse fließen somit vorrangig Erkenntnisse aus den Experteninterviews ein. Zur Verdeutlichung tendenzieller Entwicklungen werden Ergebnisse aus dem Freiwilligensurvey sowie aus 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hinzugezogen. In Rostock finden sich in diesem Zusammenhang sowohl traditionelle Formen freiwilliger Tätigkeit mit einem hohen Organisationsgrad, als auch informelle, situationsbezogene ehrenamtliche Tätigkeitsformen gibt.

5.1. Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen und Heranwachsenden in Rostock

Die Experteninterviews machen darauf aufmerksam, dass es in Rostock ein erhebliches Potenzial an Jugendlichen gibt, die sich in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens engagieren. Freiwilliges Engagement Jugendlicher entwickelt sich in der Hansestadt allerdings mit denselben Trends, wie sie auch bundes-

weit zu beobachten sind: d.h. das jugendliche Engagement findet stärker außerhalb von traditionellen Trägerstrukturen (z.B. Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände) statt und ist oftmals projekt- und aktionsbezogen. Eine nichtorganisierte, eigenverantwortlich gestaltete Freizeit wird einer organisierten – an Strukturen gebundene – Freizeitgestaltung vorgezogen. Die Experten verweisen auf die Erfahrungen, dass eine organisierte Einbindung von Jugendlichen in vorhandene Trägerstrukturen zunehmend schwieriger wird.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die bundesweiten Daten des Freiwilligen surveys, wird diese Entwicklung bestätigt. So lassen sich junge Menschen weit weniger in bestimmte Ämter wählen oder nehmen dort spezifische Funktion ein, als ältere Menschen. Bundesweit sind lediglich 24% der engagierten Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren in ein Ehrenamt gewählt. Im Vergleich dazu, sind es mit 45% fast doppelt so viele Amtsinhaber in der Altersgruppe zwischen 25 und 59 Jahren (vgl. Picot 2001, 134).

Die handlungsleitenden Interessen der Jugendlichen und Heranwachsenden für freiwilliges Engagement liegen vor allem in Bereichen, in denen sie selbst betroffen sind, wo subjektiver Handlungsbedarf besteht und bei denen sie konkrete Einflussmöglichkeiten erkennen. So beobachten die Experten in Rostock beispielsweise eine starke Beteiligung in den Bereichen der Wohnumfeldgestaltung und der Weiterentwicklung und Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes (z.B. Schule, Freizeit). Ein Hauptschwerpunkt liegt auch in der sportlichen Gestaltung von Freizeit (siehe Kap. 4.). Ein weiteres Potenzial engagierter Jugendlicher ist innerhalb der freien Kunst- und Kulturszene der Stadt zu finden. Hier gibt es beispielsweise die intensive Mitarbeit in der Vorbereitung von Festivitäten und kulturellen Höhepunkten der Stadt – z.B. Weltkindertag, Ferienkarawane, Rostocker Filmfest und anderen Aktivitäten. Des Weiteren sind politische Aktionen Anziehungspunkte engagierter Jugendlicher. Hier beteiligen sich junge Menschen sowohl an der Organisation von Veranstaltungen und nehmen auch in jeweils großen Zahlen daran teil – etwa um die eigenen Überzeugungen und Interessen zu vertreten. Diese beiden speziellen Formen des Engagements junger Menschen werden in den Abschnitten 5.6. und 5.8. ausgeführt.

5.2. Freies, projektbezogenes Engagement

Die Kinder und Jugendlichen in Rostock wollen sich gegenwärtig mehrheitlich eher projektbezogen und kurzfristig binden, Entscheidungen eigenverantwortlich fällen und aktiv werden in Bereichen, in denen sie einen persönlichen Handlungsbedarf wahrnehmen und strukturelle Veränderungen umsetzen können. Schwerpunkte liegen hier in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, der Schule, dem Wohngebiet, das ihnen Gelegenheit gibt, sich aktiv zu beteiligen und das Umfeld mit zu gestalten. Motivation zum Engagement beziehen viele Jugendliche auch aus dem individuellen Interesse an einem subjektiv als bedeutsam erlebten Thema und Bereich, die Gelegenheit zur Beteiligung geben: z.B. der lokale Radiosender LOHRO, der die Möglichkeit bietet, das Radioangebot der Stadt mitzugestalten. Die Erfahrungen mit dem jugendlichen Engagement in der Stadt machen zugleich auf die strukturellen Voraussetzungen der freiwilligen Tätigkeiten von Jugendlichen aufmerksam: Das Engagement richtet sich bevorzugt auf Themen und Gelegenheiten im Nahbereich ihres Lebensumfeldes, und es entwickelt sich vor allem dort, wo einerseits jugendspezifische und andererseits vielfältige Themen und Tätigkeiten bereitstehen, die den Jugendli-

chen Gelegenheit bieten, sich flexibel zu entscheiden, wo und wie sie sich engagieren und freiwillig mitwirken. Darüber hinaus spielt für jugendliches Engagement auch der Spaßfaktor und die Erlebnisdimension eine zentrale Rolle sowie die Aussicht auf intensive Gemeinschaftserfahrungen im Kontext der jugendlichen Peer Group. Diese Beteiligungsmotive der Heranwachsenden werden zudem durch persönliche Beziehungen und Kontakte befördert. Die Experten betonen hier ganz deutlich, dass Freundschaften und individuelle Bindungen die Entwicklung freiwilligen Engagements nachhaltig unterstützen.

5.3. Organisiertes, vereinsgebundenes Engagement

Ungeachtet des steigenden Trends zu einem eher informellen und sporadischen ehrenamtlichen Engagement, beteiligen sich junge Menschen aus Rostock nach wie vor auch in großer Zahl in Vereinen, Gremien und traditionellen Organisationsformen wie den Jugendverbänden. Auch wenn dies in vergleichsweise geringerem Umfang als im nicht-organisierten Bereich der Freizeitaktivitäten zu verzeichnen ist.

Ein Beispiel für ein solches institutionalisiertes Engagement ist etwa der Kreisschülerrat, der einerseits eine Plattform für organisiertes Ehrenamt darstellt und der andererseits bemüht ist, die Rostocker Schüler durch seine Interessenvertretung und durch selbst initiierte Fortbildungen zu mobilisieren – z.B. für die Gestaltung des Schulalltags und für Schülerbelange. In diesem Kontext wird den jugendlichen Mitgliedern regelmäßiges Engagement abverlangt, da sie für einen bestimmten zeitlichen Rahmen in ihre Funktion gewählt werden.

Darüber hinaus spielen nach wie vor Jugendverbände eine wichtige Rolle im Rahmen der freiwilligen Tätigkeit junger Menschen und deren Freizeitaktivitäten. Die traditionell pluralistische Landschaft der Jugendverbände und Jugendorganisationen existiert in Deutschland seit rund 100 Jahren und stellt traditionell das wichtigste organisatorische Bindeglied zwischen den Generationen dar. Jugendverbände haben bis heute eine vielschichtige Funktion zwischen dem Selbstverständnis als Selbstorganisation der Jugend, der Funktion als frühes Experimentierfeld für Rollen und Funktionen der Erwachsenengesellschaft sowie als wichtige Instanz der Jugendarbeit und Jugendbildung. Der jugendpflegerische Aspekt der Jugendverbände ist gegenwärtig integraler Bestandteil in der Umsetzung der Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII). Die zentrale Zielstellung der Jugendverbände besteht sowohl aus sozialen, erzieherischen als auch bildenden Aufgabenbereichen, die in Form von verbandsbezogenen Freizeitangeboten, Bildungsseminaren oder Fortbildungen realisiert werden. Die Etablierung der verschiedenen Jugendverbände ist eng an ehrenamtliches Engagement gekoppelt und wurde maßgeblich dadurch mitgestaltet (vgl. Gängler 2001, 897f.). Jugendverbände heute zeichnen sich allerdings vielfach durch eine Zweigleisigkeit aus hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern aus. Ehrenamtlich engagierte Jugendliche und junge Erwachsene übernehmen hier z.B. die Betreuung von Ferienfreizeiten oder Jugendgruppen, sind an der Durchführung von Festen beteiligt, helfen Menschen in Not, wie z.B. bei der DRK-Jugend oder der Freiwilligen Feuerwehr oder übernehmen die Weiterbildungsangebote des Trägers für Kinder und Jugendliche (z.B. DLRG-Jugend). Zusätzlich nehmen jugendliche Verbandsmitglieder Vereins- und Vorstandsfunktionen wahr oder vertreten als Delegierte oder Vorstandssprecher ihren Verband in Gremien.

Von 22 Landesjugendverbänden in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004³³ sind in Rostock 19 sowohl als Hauptgeschäftsstelle als auch über jeweilige Ortsgruppen und Untergliederungen zu finden. Als mitgliedsstärkste Jugendverbände zählen die Sportjugend M-V mit 100.986 Mitgliedern auf Landesebene und die Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend mit 61.900 Mitgliedern, gefolgt von der Landfeuerwehrjugend (9.874), der DGB-Jugend M-V (8.735) und der katholischen Jugend Mecklenburg (7.995). Kleinere Verbände sind etwa der Landjugendverband (580), die SJD-Die Falken (405), der Pfadfinderbund (400) und die Deutsche Philatelisten-Jugend M-V (321). Hinzu kommt die „Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung“ mit 2.041 Mitgliedern, die ihrer Struktur nach kein Landesverband ist, sondern ein Fachverband, der Angebote für Kinder und Jugendliche unterbreitet und wie die anderen Jugendverbände über Mittel des Landesjugendplans M-V gefördert wird (Landesjugendring M-V 2004). Als Anschlussverband gilt das Deutsche Jugendherbergswerk M-V, mit 20.915 Mitgliedern. Für Rostock liegen keine spezifischen aussagekräftigen kommunalen Daten zu den Mitgliederzahlen in den einzelnen Jugendverbänden vor, da diese mitunter sehr unterschiedlich organisiert sind und lediglich die Zahlen der Landesverbände statistisch erfasst werden.

5.4. Das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr

Eine weitere Möglichkeit für Jugendliche, sich im Alter zwischen 16 und 27 Jahren zu engagieren, bieten das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr (FSJ und FÖJ). FSJ und FÖJ umfassen die ganztägige vor allem praktische Mitarbeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, insbesondere in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung, in Einrichtungen des Gesundheits- oder Kulturbereichs oder im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. Die Dauer beträgt mindestens 6 und höchstens 18 Monate (BMFSFJ 2003).

Das Freiwillige Soziale Jahr wird nicht entlohnt, allerdings bekommen die Teilnehmer ein Taschengeld, sie sind versichert und bekommen Unterkunft und Verpflegung gestellt. Die Förderung von FSJ-Einsatzstellen erfolgt mit 10% aus Bundesmitteln und 90% tragen die Länder und die jeweiligen Einsatzstellen. Bundesweit leisten gegenwärtig etwa 15.000 Jugendliche und junge Erwachsene ein Freiwilliges Jahr bei einem der einschlägigen Träger. Davon förderte der Bund im Jahr 2004 13.650 Plätze im FSJ und 1.790 Plätze im freiwilligen ökologischen Jahr.

Die Einordnung des FSJ in das Feld der klassischen ehrenamtlichen Tätigkeiten gilt als schwierig, weil die finanzielle Entlohnung der Jugendlichen grundsätzlich ein Ausschlusskriterium für ehrenamtliche Partizipation darstellt. Aufgrund der bundesweit gezählten Anzahl von jungen FSJlern, deren Bedeutung für die Einsatzstellen und den Beweggründen der Jugendlichen selbst, sich sozial engagieren zu wollen, kann das Freiwillige Soziale Jahr dennoch als eine soziale Engagementform verstan-

³³ Arbeiter-Samariter Jugend (1.698), Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend, Bläserjugend Mecklenburg-Vorpommern (710), Bund Deutscher PfadfinderInnen (604), BUNDjugend Mecklenburg-Vorpommern (1.127), Deutsche Philatelisten-Jugend M-V, DGB-Jugend Mecklenburg-Vorpommern, DLRG-Jugend Mecklenburg-Vorpommern (1.805), Jugendbund Deutscher Regenbogen (1.413), Jugendmedienvorband (609), Jugendrotkreuz Mecklenburg-Vorpommern (7.310), Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (3.078), Katholische Jugend Mecklenburg, Landesverband Gaymeinsam (808), Landjugendverband, Naturschutzjugend im NABU, LV M-V (2.237), Pfadfinderbund M-V, SJD-Die Falken, Sportjugend Mecklenburg-Vorpommern, Ver.di Jugend M-V (2.606), Bund Deutscher Katholischer Jugend (2.615) und der Anschlussverband: Deutsches Jugendherbergswerk M-V (Landesjugendring M-V 2004).

den werden. Gerade wenn man, wie anfangs erwähnt, Ehrenamt begrifflich weiter fasst, als noch vor einigen Jahren.

Nach den Angaben des Sozialministeriums M-V nutzten im Jahr 2004 rund 400 junge Menschen die Möglichkeit, in Mecklenburg-Vorpommern ein FSJ zu absolvieren. Insgesamt sind landesweit 15 Institutionen als Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres anerkannt. Dazu gehören unter anderem die Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.; der Paritätische Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.; das Deutsche Rote Kreuz, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.; das Diakonische Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs; das Diakonische Werk – Landesverband in der Pommerschen Ev. Kirche e.V.; der Internationale Bund Schwerin, die Caritas, das Deutsche Jugendherbergswerk, die Sportjugend oder das Erzbischöfliche Amt Schwerin – Jugendseelsorge/FSJ. Das Land hat die Träger des FSJ in 2003 mit 750.000 € gefördert. Für 2004 standen 680.000 € zur Verfügung. Das Sozialministerium hebt hervor, dass seit 1991 ein deutlicher Zuwachs an Jugendlichen, die ein FSJ in Mecklenburg-Vorpommern absolvieren, zu verzeichnen ist. Es zeigt sich deutlich, dass es eine zunehmende Akzeptanz gegenüber dieser Tätigkeitsform gibt.

Für Rostock stehen nur diejenigen Zahlen zur Verfügung, die über den Paritätischen Wohlfahrtsverband erfasst werden. Im Jahr 2003/2004 waren innerhalb dieser Dachorganisation insgesamt 66 Jugendliche als FSJler aktiv. Davon waren 35 Jugendliche beim DRK engagiert, 13 beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, 8 bei der Katholischen Jugend M-V, 5 bei der AWO und 5 beim Diakonischen Werk.

5.5. Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten für junges Ehrenamt

Junges Engagement hat in der Hansestadt Rostock einen zu geringen öffentlichen Stellenwert. Einerseits sind mangelnde Transparenz der Angebote und eine geringe Anerkennung Hinderungsgründe für das Ausüben von Ehrenamt. Andererseits haben die Akteure mitunter zu wenig Vertrauen in die jungen Menschen und ihre Fähigkeiten. Dadurch werden den engagierten Heranwachsenden kaum Entscheidungsfreiheiten und Verantwortungen übertragen. In diesem Zusammenhang ist es wünschenswert, dass die Akteure und Mitarbeiter in Einrichtungen, Verbänden oder von Projekten die Kinder und Jugendlichen stärker bei der Durchsetzung ihrer Belange unterstützen und sie in ihrem Engagement ernst nehmen. Betrachtet man beispielsweise die Beteiligungsmöglichkeiten einerseits von Kindern und andererseits von Jugendlichen im stadtplanerischen Bereich, kann behauptet werden, dass die Beteiligung von Kindern z.B. durch Kinderversammlungen und Patenschaftsprojekte in den einzelnen Stadtteilen bereits gut ausgebaut ist. Die Beteiligung Jugendlicher in diesem Bereich sollte allerdings weiter entwickelt werden. Es gibt einige Jugendforen, die vom Stadtjugendring oder der Beteiligungskampagne des Landesjugendrings M-V initiiert sind, dennoch fehlen dauerhafte bzw. regelmäßige Angebote in diesem Gestaltungsbereich. Eine entscheidende Herausforderung an die Akteure stellt in diesem Zusammenhang die unzureichende Vernetzung der Träger untereinander dar. In Bezug darauf sollten Veranstaltungen, Angebote und Aktionen zukünftig stärker untereinander verbreitet und öffentlich gemacht werden.

Ein wichtiger Aspekt der Förderung ehrenamtlichen Engagements ist ein breitgefächertes, auf die neuen Bedarfe und Interessenlagen junger Menschen orientiertes

Bildungs- und Weiterbildungsangebot. Derzeit können Jugendliche aus Rostock bei verschiedenen Vereinen die Jugendgruppenleiter-Card erwerben, die zur Leitung, Betreuung und inhaltlichen Arbeit mit Kinder- und Jugendgruppen qualifiziert. Sie haben zusätzlich die Möglichkeit, an Weiterbildungsreisen (z.B. Kulturinsel Einsiedel der ASJ), Beteiligungsseminaren (z.B. Zukunftswerkstätten der Beteiligungskampagne M-V des LJR) sowie an Veranstaltungen von Rostocker Vereinen (z.B. Kunstschule, RAA) teilzunehmen. Allerdings fehlt auch hier, neben einer detaillierten Schwerpunktsetzung in Bezug auf die Integration ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in die Arbeitsabläufe der Hauptamtlichen, häufig eine Transparenz über die Angebote selbst und deren Beteiligungsmöglichkeiten. Hier wird derzeit eine breitere Zusammenarbeit mit der Ehrenamtskampagne des Landesjugendrings

M-V angestrebt. Darüber hinaus sollte das Angebotspektrum an Fort- und Weiterbildungen in diesem Bereich ausgebaut bzw. inhaltlich ausdifferenziert werden, um junge Menschen zu befähigen und zu motivieren, sich ehrenamtlich zu betätigen.

Eine weitere Beschränkung ehrenamtlichen Engagements wird durch die gewachsenen sozioökonomischen Problemlagen vieler Rostocker Bürger und Familien begründet. Junge Menschen, die sich engagieren wollen, und aus sozial schwachen Milieus kommen, können sich oft den finanziellen Aufwand (z.B. Fahrt- oder Telefonkosten), der mitunter damit verbunden ist, nicht leisten. Auch hier sind nachhaltige Konzepte zur Unterstützung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen wünschenswert, um Ehrenamt in Rostock umfassender zu realisieren.

Freiwilliges Engagement ist vor allem ehrenamtliches und damit unentgeltliches Engagement. Die Unterstützung solchen Engagement setzt aber entsprechende soziale und symbolische Anerkennungsformen durch das Gemeinwesen und seine Interessengruppen voraus. Sinnvoll erscheint deshalb der Ausbau solcher Anerkennungsstrukturen, etwa durch die Bereitstellung von Räumen, Vergünstigungen beim Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel, Freistellungen von anderen Verpflichtungen oder Eintrittsermächtigungen bei Veranstaltungen. Hierfür ist eine enge Kooperation aller Akteure der Stadt (Freizeitbereich, Kinder- und Jugendarbeit, Wirtschaft, Politik etc.) erforderlich. Dass sich die Herangehensweise Jugendlicher an freiwilliges Engagement verändert hat und Jugendliche sich eher kurzfristig und projektbezogen engagieren und beteiligen wollen, muss einer breiten Öffentlichkeit erklärt werden, damit Vorurteile über jugendliches Desinteresse vermieden oder abgebaut werden. Gleichzeitig sollte dieses Wissen in eine veränderte Angebotsstruktur für ehrenamtliches Engagement einfließen. Das Interesse und Potenzial der Heranwachsenden, sich an sinnvollen gesellschaftlichen Aufgaben aktiv zu beteiligen, könnte jedenfalls künftig wohl noch stärker genutzt werden, wenn im Gemeinwesen neue attraktive Handlungsfelder, neue Organisations- und Sozialformen und auch attraktive soziale und symbolische Anerkennungsformen für ein solches jugendliches Engagement entwickelt und bereitgestellt werden.

5.6. Kulturelles Engagement

Im Vergleich zu allen anderen Feldern freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen gilt der Kulturbereich traditionell als derjenige, in dem die Heranwachsenden am ehesten das eigene gestalterische und kreativ-künstlerische Potenzial entwickeln und freisetzen können, sowohl durch die Mitwirkung in vorhandenen Einrichtungen des Kultur- und Kunstbereichs wie aber auch über die Initiierung und

Gestaltung eigener kultureller Praxis und kultureller Räume. Vielfach stellen sinnlich-ästhetisch gestaltende oder produktorientierte Aspekte im Bereich der bildenden Kunst oder der Mediengestaltung den Ausgangspunkt für weiterführendes kulturelles Engagement dar.

Die kulturelle Szene in Rostock umfasst ein breites Spektrum an Kultureinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft, wie beispielsweise ein Netzwerk von Theatern, eine reichhaltige Museumslandschaft, flächendeckende musikalische Angebote sowie eine Vielzahl soziokultureller Zentren und Bürgerhäuser. Die Rostocker Kulturlandschaft nimmt in Mecklenburg-Vorpommern mit ihrer Vielfalt und Angebotsdichte an Kulturschaffenden, öffentlichen und freien Trägern und Kulturaktivitäten eine zentrale und herausgehobene Position ein, da von hier wichtige kulturelle Impulse für das gesamte Land ausgehen. Ein wesentlicher Grund für diese Vielgestaltigkeit und Dynamik dieser städtischen Kulturlandschaft ist das unentgeltliche, ehrenamtliche Engagement der Bürger (vgl. Wagner/Witt 2003, 9).

Im folgenden Abschnitt sollen das kulturelle Engagements junger Menschen in Rostock, die Handlungsfelder und Praxen dieser Kulturarbeit sowie die strukturellen Rahmenbedingungen für das Engagement und die Kreativität im Kulturbereich der Hansestadt beschrieben werden. Die Darstellung beruht ausschließlich auf einer Analyse der Experteninterviews aus dem Rostocker Kulturbereich, da für diesen Bereich keine weitergehenden Daten verfügbar sind.

Die freie, alternative Kulturszene, aber auch die öffentlichen Kulturträger in Rostock bieten Heranwachsenden zahlreiche Möglichkeiten, sich kulturell zu engagieren (siehe Kap. 5.6.). Es gibt eine Vielzahl von jugendlichen Besuchern und Nutzern, die in diesen kulturellen Einrichtungen ihre Freizeit verbringen und die kulturellen Angebote konsumieren. Ein Teil der Nutzer beteiligt sich darüber hinaus aktiv an der Planung und Inszenierung von Projekten sowie der Mitgestaltung von Programmen und Angeboten im Kulturbereich. Nach Einschätzung der Experten ist das jugendliche Engagement im Kulturbereich größer als in anderen, z.B. sozialen oder politischen Bereichen. Die Mitarbeit in kulturellen Projekten, Inszenierungen und Events scheint zudem ausdauernder und längerfristiger zu sein, als in den anderen Bereichen freiwilligen Engagements. Gleichwohl gelten auch hier die grundsätzlichen Erfahrungen in Bezug auf jugendliches Ehrenamt: Das Interesse und die Mitarbeit der jungen Menschen in der städtischen Kulturszene ist vor allem projektorientiert, eher auf informelle Strukturen und zudem zeitlich befristet und aktionsorientiert ausgerichtet.

Dabei wechseln die Jugendlichen mitunter das Tätigkeitsfeld (z.B. den Verein) und bestimmen von Zeit zu Zeit auch den Rahmen, in dem sie sich engagieren, neu. Kontinuierlich bleibt dabei aber das Interesse am Kulturbereich als inhaltlichen Rahmen für das eigene Engagement. Ein Großteil der kulturell aktiven Jugendlichen und Heranwachsenden ist jeweils bei den freien Kulturträgern engagiert. Die Experten beobachten hier in der letzten Zeit eine gewisse Zunahme des Engagements von Kindern und Jugendlichen. Die Attraktivität des Kulturbereichs wird vor allem in seinem Bezug zu den Freizeitinteressen der Heranwachsenden sowie in den Möglichkeiten für individuelle Gestaltungsspielräume gesehen, die in anderen Bereichen offenbar nicht in gleicher Weise wahrgenommen werden. Außerdem ist der Kulturbereich von seinem Selbstverständnis und seinen Strukturen prinzipiell offener für die Ideen, das kreative Potenzial und die gestaltende Mitwirkung der kindlichen und jugendlichen Akteure. Gerade die Lust und die Offenheit für ästhetische Experimen-

te, Grenzüberschreitungen und Nonkonformität sichert dem Kulturbereich offenbar eine besondere Affinität zur jungen Generation.

5.7. Rahmenbedingungen für und Herausforderungen an kulturelles Engagement

In Bezug auf das kulturelle, freiwillige Engagement junger Menschen in Rostock heben die Fachleute aus dem Kulturbereich hervor, dass ungeachtet des breiten Angebotsspektrums die Rahmenbedingungen für eine entsprechende Partizipation und Beteiligung Jugendlicher in Rostock noch verbessert werden könnten. Zum einen wird vereinzelt beklagt, dass die konzeptionelle Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen und den freien Kulturträgern in Rostock aufgrund der jeweiligen Trägerspezifika nur punktuell existiert. Hier betonen die Experten, dass vorhandene Potenziale für eine strukturelle und inhaltliche Kooperation künftig besser genutzt werden sollten. Mit dem Wunsch nach einer verstärkten Vernetzung aller Kultureinrichtungen untereinander, wird gleichsam die Hoffnung verbunden, dass sich nicht nur die Kulturszene in Rostock sondern auch der Bereich des ehrenamtlichen Engagements qualitativ verbessern kann.

Die Analyse der Experteninterviews macht zudem deutlich, dass sich die Akteure der freien Kulturträger zukünftig eine größere Planungssicherheit in Bezug auf ihre personelle und finanzielle Ausstattung wünschen. Hier entstehen häufig Unsicherheiten, die bisweilen zu Kritik an haushaltspolitischen Entscheidungen führen. Die vielfach unsichere Situation der freien Kulturträger überträgt sich nach den Erfahrungen der Experten häufig auf deren Nutzer bzw. auf die jungen Ehrenamtler. Deren Interesse, sich langfristig zu engagieren oder gestaltend tätig zu werden, wird dadurch häufig in Mitleidenschaft gezogen. Um einerseits den Bestand der vielfältigen Kulturlandschaft in Rostock zu sichern und andererseits nachhaltige kulturelle Beteiligung für Kinder und Jugendliche gewährleisten zu können, sind nach Einschätzung der Fachleute Handlungs- und Planungssicherheiten grundlegende Voraussetzungen.

Die Experten betonen, dass sie selbst bzw. die Einrichtungen im Kulturbereich künftig stärker ihre eigene Verantwortung im Rahmen kulturellen Ehrenamtes wahrnehmen sollten. Fachliche Qualität, professionelle Konzepte und gut ausgebildete Mitarbeiter gelten dabei als eine grundlegende Rahmenbedingung für ein gelingendes Ehrenamt im Kulturbereich. Die Experten gehen davon aus, dass in diesem Zusammenhang eine höhere Flexibilität bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung von Angeboten wie auch der Strukturen erforderlich sind. Diesbezüglich sollten auch neue, konzeptionell ausgewogene Weiterbildungsangebote für die Heranwachsenden und eine entsprechende Anerkennungsstruktur weiter entwickelt werden, die den interessierten Jugendlichen die notwendigen Kompetenzen sowie persönliche Bestätigung vermitteln, die wiederum die Motivation zum Engagement befördern.

Last but not least weisen die Experten darauf hin, dass kulturelles, freiwilliges Engagement junger Menschen nur dann langfristig an die Träger gebunden werden kann, wenn diese einen größeren Bezug zu jugendspezifischen Lebenswelten und Sozialräumen herstellen. Das impliziert, dass Kulturarbeit auch dort ansetzen sollte, wo viele Jugendlichen zusammentreffen, etwa in der Schule oder in Freizeiteinrichtungen.

5.8. Politisches Engagement

Politisches Engagement, das ist nicht nur die Mitgliedschaft und aktive Mitwirkung in politischen Parteien und Institutionen (z.B. Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen). Politisches Engagement umfasst vielmehr auch die kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen. Die Jugendforschung beobachtet dabei seit einigen Jahrzehnten einen Wandel in den politischen Orientierungen und Handlungsmustern bei Jugendlichen und Heranwachsenden. Während das Interesse an politischen Themen und Prozessen prinzipiell unverändert groß ist, gibt es doch einen nachhaltigen Wandel in den Einstellungen zu den politischen Akteuren und Institutionen. Insbesondere den traditionellen Instanzen der politischen Kultur (Parteien, Gewerkschaften usw.) treten Jugendliche und Heranwachsende mit deutlicher Skepsis, bisweilen auch mit Ablehnung, Misstrauen und Desinteresse gegenüber. Das spiegelt sich entsprechend auch in einem Rückgang der jeweiligen Mitgliederzahlen in den entsprechenden politischen Institutionen, etwa in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden wider. Von einer Politikverdrossenheit der jungen Generation, darauf weisen die Jugendforschung und Politikologen immer wieder hin, kann allerdings keine Rede sein.

Im folgenden Abschnitt sollen das politische Engagement junger Menschen in Rostock, die strukturellen Möglichkeiten der politischen Beteiligung und deren Entwicklungen sowie die gewachsenen Herausforderungen an die Akteure dargestellt werden. Die Analyse bezieht sich zum einen auf Daten, die die einzelnen Parteien im Hinblick auf ihre Mitglieder selbst erhoben haben; zum anderen, überwiegenden Teil basiert die Darstellung aber auf der Analyse der Experteninterviews, ergänzt um einige Befunde und Ergebnisse einschlägiger wissenschaftlicher Studien.

Aus den Experteninterviews ergibt sich, dass es in Rostock durchaus einen nennenswerten Kreis politisch aktiver und interessierter junger Menschen gibt, allerdings haben sich die Engagementformen und die Motive für politisches Engagement in den letzten Jahren gewandelt. Wie in den anderen Bereichen gesellschaftlichen Engagements orientieren sich die Heranwachsenden auch in der Politik eher an informellen, projektbezogenen Aktivitäten, als an traditionellen, vereins- oder partei- gebundenen Betätigungsformen. Auch hier gilt: Das traditionelle Ehrenamt, das auf einer längerfristig angelegten Mitgliedschaft basiert, innerhalb dessen bestimmte Ämter oder Funktion ausgeübt werden und das durch eine klar definierte Verantwortungsübernahme motiviert ist, wird heute eher von neueren Formen freiwilligen Engagements abgelöst. Diese beziehen sich etwa auf selbstinitiierte Projekte und Initiativen, meist zweckgebunden und oftmals kurzfristig ausgerichtet. Die Motive für das eigene Engagement sind dabei nur selten weltanschaulich und ideologisch programmatisch begründet. Im Zentrum der politischen Aktivität steht für viele Jugendliche die persönliche Betroffenheit und Empörung über Missstände und Unrecht, die politischen Handlungsstrategien sind vor allem auf das ‚Hier und Jetzt‘ gerichtet. Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, die Gemeinschaftserfahrung mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen sowie nicht zuletzt der Spaß und die Action sind wichtige Bestandteile für politisches Engagement. Selbstbestimmung, das beinhaltet für die Jugendlichen vor allem auch das Recht, jederzeit wieder auszusteigen. Unterwerfung unter satzungsmäßige und institutionelle Ordnungen und Hierarchien – das ist für die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen keine akzeptable Basis für politisches Engagement.

Es lässt sich also insgesamt festhalten, dass sich die Anzahl der politischen Aktivitäten insgesamt durchaus erhöht hat, aber das zeitliche Budget des Engagements dabei eher abnimmt. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen wählen junge Menschen für ihr politisches Engagement zunehmend häufiger facettenreiche Formen der Selbstorganisation wie Initiativen, Projekte oder selbstgegründete Gruppen (Picot 2001, 120- 122).

In Rostock gibt es für junge Menschen zahlreiche und vielfältige Möglichkeit, ihr politisches Interesse und Engagement innerhalb von Vereinen, Initiativen, Projekten, Stiftungen, Parteien oder selbstorganisierten Gruppen umzusetzen. In diesem Zusammenhang bedeutet politisches Engagement von Heranwachsenden die Chance zur Mitsprache, zur Auseinandersetzung, zur Teilhabe und zur Mitgestaltung, sowie die Wahrnehmung von Entscheidungsspielräumen und Verantwortung innerhalb gesellschafts- oder kommunalpolitischer Strukturen.

Nachfolgend sollen drei Partizipationsplattformen beschrieben werden, in denen jeweils unterschiedliches politisches Engagement junger Menschen stattfindet. Neben dem traditionellen parteigebundenen Engagement sind es Partizipationsformen in neuen, zivilgesellschaftlichen Vereinigungen oder Initiativen sowie die freien, selbstorganisierten Aktionen und Projekte der Jugendlichen selber. Im Anschluss daran werden die Herausforderungen an ein politisches Engagement Jugendlicher und die Möglichkeiten zu dessen Förderung in Rostock skizziert.

5.9. Jugendliche in politischen Parteien

In Rostock ist das gesamte Spektrum der Parteienlandschaft aus CDU (Junge Union), SPD (Jung-Sozialisten – Jusos), PDS (Solid), Bündnis 90/die Grünen (Grüne Jugend) und die FDP (junge Liberale) mit ihren jeweiligen Jugendorganisationen vertreten. Das parteigebundene politische Engagement entspricht der traditionellen, organisierten Form des Ehrenamtes und beinhaltet entsprechend für die aktiven jungen Parteimitglieder die Übernahme von bestimmten politischen Funktionen und Ämtern.

Die Junge Union in Rostock verzeichnet derzeit 63 Mitglieder, von denen ungefähr 20 gleichzeitig CDU-Mitglieder sind. Allerdings wirkt lediglich ein Drittel der Mitglieder aktiv an der Parteiarbeit mit. Die Mitgliederanzahl ist in den letzten vier Jahren relativ konstant geblieben. Die Nachwuchsorganisation der CDU ist ein wirtschaftlich und organisatorisch eigenständiger Verband. Eine Mitgliedschaft in der CDU ist demnach nicht zwangsläufig damit verbunden. Die Junge Union Mecklenburg-Vorpommern zählt ca. 500 Mitglieder, wobei der Anteil der Jungmitglieder an der Gesamtmitgliederanzahl der CDU innerhalb der Kreisverbände stark variiert. Der Anteil ihrer Mitglieder im Vergleich zur Gesamtmitgliederanzahl der CDU in M-V variiert innerhalb der verschiedenen Kreisverbände. In Rostock beträgt der Anteil junger Menschen in der CDU ca. 7% und nimmt damit im Vergleich zu anderen Kreisverbänden einen vorderen Platz ein. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung wird ein Drittel des CDU-Kreisvorstandes Rostock durch Mitglieder der Jungen Union gestellt (Junge Union Rostock 2004).

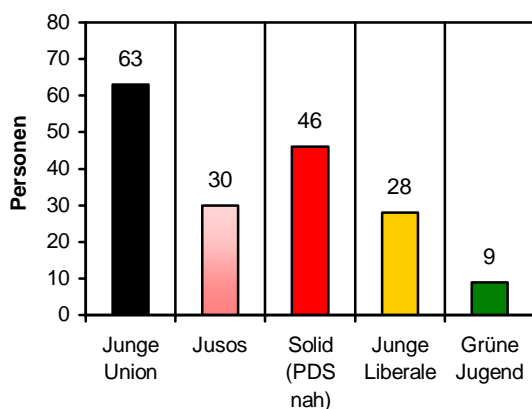
Die Mitgliederzahl der Jungsozialisten (Jusos), der Nachwuchsorganisation der SPD, beträgt Ende 2004 in Rostock insgesamt 131 Personen unter 35 Jahre³⁴, davon

³⁴ Die Altersangaben variieren, weil jede Partei eine eigenen statistische Form zur Erfassung ihrer Mitglieder wählt. Daher sind die Mitgliederzahlen nicht direkt miteinander vergleichbar.

sind ungefähr 30 Jugendliche aktiv an der Parteiarbeit beteiligt. Im gesamten Bundesland sind 473 junge Menschen Mitglieder bei den Jungen Sozialisten. Im Vergleich zum Vorjahr (2003) verzeichnet die SPD in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt einen Zuwachs an jungen Mitgliedern zwischen 20 bis 30%. Im Kreisverband Rostock stagnierte dagegen die Nachfrage junger Menschen, sich beteiligen zu wollen. Der SPD Kreisverband Rostock hat insgesamt 403 Mitglieder und auf Landesebene sind 3.030 SPD-Mitglieder zu verzeichnen. Betrachtet man den prozentualen Anteil derer, die tatsächlich aktiv sind, wird deutlich, dass die jungen Parteimitglieder mit einem Anteil von 30% landesweit deutlich aktiver sind als die SPD-Mitglieder mit einem Anteil von 15% Aktiven (Jusos M-V 2004).

Die Jugendorganisation der PDS, die Sozialistische Jugend (Solid) zählt in Rostock 46 Mitglieder im Alter zwischen 16 und 27 Jahren. Dabei beträgt der Anteil der Aktiven etwa 50%. Auf der Landesebene sind es 140 junge Mitglieder. Im Berichtszeitraum (2004) verzeichnet Solid 25 Neueintritte in Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt gibt es 1.170 PDS-Mitglieder in Rostock und 7.400 PDS-Mitglieder im Land (Solid Rostock 2004).

Abb. 61: Mitglieder der Jugendorganisationen politischer Parteien in Rostock



Der Kreisverband Rostock von Bündnis 90/die Grünen hat zum Zeitpunkt der Berichterstellung (2004) insgesamt 69 Mitglieder, davon sind 10 im Alter von 17 bis 27 Jahre. Damit ist der Kreisverband Rostock der Jüngste im ganzen Bundesland. Der Landesverband verzeichnet 280 Mitglieder. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Grünen diejenige Partei mit dem jüngsten Altersdurchschnitt, im Landesvorstand ist sogar ein Schüler vertreten. Aufgrund der geringen Mitglieder-

zahl in einigen Regionen Deutschlands, ist für 2005 die Umsetzung eines Nachwuchsförderungskonzeptes geplant, dass in 2004 vom Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden der Grünen entwickelt wird. (Bündnis 90/die Grünen M-V und KV Rostock 2004).

Die Partei der Jungen Liberalen, die Jugendorganisation der FDP hat 28 Mitglieder in Rostock und 130 in Mecklenburg-Vorpommern. Im Kreisverband der FDP in Rostock sind es 120 Mitglieder. Das politische Engagement junger Leute innerhalb der FDP hat zugenommen. Dies wird beispielsweise darüber deutlich, dass die FDP-Bürgerschaftsfraktion in Rostock u.a. mit einem 20jährigen vertreten ist und dass sich in fünf von 12 Bürgerschaftsausschüssen Junge Liberale engagieren (Junge Liberale M-V 2004).

Aktive Parteipartizipation erfolgt durch die Teilnahme an Mitgliederversammlungen, an parteilich organisierten Veranstaltungen und Aktionen, die Delegation zu bestimmten Gremien und in Form von Kandidaturen bzw. dem Ausüben von Mandaten. Weitere Möglichkeiten aktiver Parteiarbeit sind die Planung und Durchführung

von Diskussionsrunden zu aktuellen politischen Themen, der Organisation von Veranstaltungen und Demonstrationen oder Öffentlichkeitsarbeit für die jeweilige Partei.

Die Gründe für ein parteipolitisches Engagement junger Menschen sind vielschichtig. Dazu gehört der Wunsch nach politischer Gestaltung eines Gemeinwesens oder Gesellschaft ebenso wie die weltanschauliche Übereinstimmung mit dem jeweiligen parteispezifischen Programm und den politischen Zielen der Partei, oder auch das Interesse durch eine bestimmte Funktion oder ein Amt innerhalb der Partei Prestige und Anerkennung zu erlangen. Nicht zuletzt ist politische Mitarbeit in einer Partei für Jugendliche und Heranwachsende auch ein Bereich der politischen Bildung. Ein bedeutendes identitätsstiftendes Motiv ist allerdings darüber hinaus – wie auch in den sonstigen Jugendverbänden – die soziale Interaktion und der Austausch mit Gleichaltrigen sowie die sozialen Erfahrungen in der Gruppe und Gemeinschaft mit anderen: etwa bei informellen Veranstaltungen, Feiern oder den gemeinsamen Aktivitäten im Zusammenhang mit der politischen Arbeit (z.B. Wahlkampf).

Neben der Mitgliedschaft in politischen Parteien, können sich junge Menschen innerhalb parteinaher Stiftungen vor allem auch bildungspolitisch engagieren. In Rostock sind die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung (Landesbildungswerk M-V) und seit 2003 die PDS nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Regionalbüro vertreten. Auf Landesebene zählen zusätzlich die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu bildungspolitisch aktiven Stiftungen. An den Bildungsveranstaltungen, Vorträgen, Diskussionsrunden, Filmvorführungen oder Ausstellungen der jeweiligen Stiftungen können junge Menschen teilnehmen oder sich aktiv einbringen und die Arbeit mitgestalten. Das stiftungsbezogene Engagement basiert zwar auf einer parteinahen Orientierung der jeweiligen Jugendlichen, dennoch unterscheidet sich das politische Engagement innerhalb der Stiftungen in Bezug auf den Organisationsgrad deutlich von dem der aktiven Parteiarbeit. Daten über die Anzahl jugendlicher Teilnehmer oder ehrenamtlichen Mitarbeiter innerhalb der genannten Stiftungen liegen nicht vor.

5.10. Projektbezogenes politisches Engagement in Initiativen, neuen sozialen Bewegungen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe

Neben den traditionellen Institutionen und Akteuren politischer Arbeit hat sich in der Bundesrepublik – mit einem anderen politischen Hintergrund auch in der DDR – seit den 70er verstärkt ein Bereich zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements herausgebildet, etwa im Kontext der Neuen sozialen Bewegungen (z.B. Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung), der Bürgerinitiativen, Bürgerrechtsgruppierungen, aber auch in lokalen Projekten, Stadteil-Initiativen und Aktionen. Insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen stoßen diese zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen auf große Sympathie und ein breites Interesse.

Ein bedeutender Teil des politischen Engagements von jungen Menschen – auch in Rostock – manifestiert sich in der Beteiligung an solchen Initiativen oder Aktionen, oder durch die Mitwirkung in zivilgesellschaftlich orientierten Vereinigungen, wie zum Beispiel in der RAA Rostock (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V.), im Ökohaus e.V., in den Ortsgruppen von Amnesty International und Greenpeace oder in der Bürgerinitiative Bunt statt Braun e.V. bzw. der lokalen Agenda 21. Die Arbeitsschwerpunkte dieser Gruppierungen liegen

dabei auf der Gestaltung und Regulation von sozialen Problemen und gesellschaftlichen Konflikten, wie Armut, Ausgrenzung, soziale Ungleichheit, Ökologieproblemen etc. Hier beteiligen sich junge Menschen sowohl über einen bestimmten Zeitraum in Form von Praktika als auch punktuell durch die Mitarbeit und Ausgestaltung von Kampagnen und Veranstaltungen oder durch die Initiierung von Seminaren und Schulprojekten.

Themen, Inhalte und Formen dieser politischen Gruppierungen und auch der stellenweise zivilgesellschaftliche Protest sprechen Jugendliche und Heranwachsende in hohem Maße an. Die Verbindung aus sozialen, ökologischen, globalisierungspolitischen und gerechtigkeitsorientierten Frage- und Problemstellungen in Verbindung mit aktions- und kampagnenorientierten Organisations- und Veranstaltungsformen, die zudem offen sind für die pluralistischen und postmodernen Formen jugendkultureller Szenen und ihrer medialen Vorlieben, macht diese bürgergesellschaftlichen Politikangebote zu einer wichtigen Instanz für die Politisierung und politische Partizipation der jungen Generation. Gerade der nach außen hierarchie- und bürokratiearme Charakter und die informellen Organisations- und Veranstaltungsformen kommen der institutionellen Bindungsunlust der jungen Generation entgegen.

Die Experten betonen, dass es den politisch aktiven jungen Menschen um die Mitgestaltung und Veränderung gesellschaftlicher Konstellationen und Problemlagen geht. Darüber hinaus ist auch hier wiederum die Ebene der sozialen Beziehungen in den Freundes- und Gleichaltrigengruppen für die Beteiligung an Projekten von zentraler Bedeutung. Die Experten betonen hier insbesondere den motivierenden Charakter der Gleichaltrigengruppen, indem sich die Jugendlichen gegenseitig zur Mitarbeit motivieren.

Ein weiterer wichtiger Partner für die Heranwachsenden und deren Beteiligungsinteressen im Rahmen projektbezogenen Engagements ist der Rostocker Stadtjugendring (RSJR), der über seine Arbeit versucht, eine steigende Zahl von Jugendliche für ein Engagement und die aktive Vertretung ihrer eigenen Interessen zu motivieren. In Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring (LJR M-V) wurde neben vielen anderen Projekten und Kampagnen im Zuge der Kommunalwahlen 2004 erstmals gemeinsam mit jungen Menschen aus Rostock ein kommunalpolitisches Planspiel durchgeführt. Die spielerische Simulation, die den Jugendlichen einen erfahrungs- und erlebnisbezogenen Experimentierraum für kommunalpolitische Prozesse und politisches Handeln bereitstellt, weckt politisches Interesse und schärft mit dem Mitteln des praktischen Rollenspiels den Blick und das Verständnis für ansonsten abstrakte und entfernte kommunalpolitische Themen und Zusammenhänge. Über diese Form der Motivation zu politischem Denken und Handeln hinaus, initiiert der Stadtjugendring gemeinsam mit Akteuren und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit aus den jeweiligen Stadtteilen regionale Kinderversammlungen und Jugendforen, bei denen die jungen Rostocker ihre Probleme und Wünsche artikulieren und Lösungswege entwickeln können. Folgt man der Einschätzung der Experten, dann besteht in Bezug auf solche politischen Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche aber noch weiteres Gestaltungspotenzial, da einerseits die Nachfrage nach solchen Mitwirkungsformen auf Seiten der Kinder und Jugendlichen wächst, andererseits aber bisher noch keine kontinuierlichen Angebote in diesem Feld etabliert sind (vgl. Kap. 5.8.). Die Kinderversammlungen, die bisher einmal jährlich stattfanden, sollen – mit einem neuen methodischen Konzept – im Jahr 2005 viermal durchgeführt werden.

Zusätzlich existieren in sechs Rostocker Stadtteilen Kinderortbeiräte, bei denen ca. 10 Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren als Ansprechpartner für die anderen Kinder und deren Belange im Stadtteil fungieren. Diese Kinderortbeiräte werden durch Träger der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt und betreut.

Die Experten heben allerdings hervor, dass die Jugendforen bisher weniger kontinuierlich verlaufen. Sie bedürfen zukünftig konzeptionell gesicherterer Verantwortungen und Planungen, um auch Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich politisch einbringen und in der Stadt nachhaltig etwas erreichen bzw. gestalten zu können. Zentrale Motive für ein projektbezogenes politisches Engagement, sind auch hier für die Heranwachsenden die Auseinandersetzung mit lebensnahen Themen, das Gefühl ernst genommen zu werden und die eigenverantwortliche Umsetzung von Ideen. Das themen- und projektbezogene Engagement junger Menschen zeichnet sich darüber hinaus durch Aspekte wie Spaß, Erfolgserlebnisse und soziale Anerkennung sowie durch soziale Interaktion mit anderen in der Gruppe und Gemeinschaft aus.

5.11. Freies politisches Engagement

Nicht nur die Mitgliedschaft in Parteien oder Vereinen oder das projektbezogene Engagement innerhalb von Initiativen bietet eine Plattform für politisches Engagement junger Menschen in Rostock. Darüber hinaus existieren auch zahlreiche alternative, jugendkulturelle Formen und Gruppen, in denen sich Jugendliche und junge Erwachsene über politisch relevante Themen und Probleme auseinandersetzen. Typisch für solche alternativen Strukturen der Jugendkulturen und des Jugendprotestes ist, dass sich Jugendliche hier selbst zusammenfinden, organisieren und initiativ werden. Ein Beispiel für eine solch relativ autonome Organisationsform ist etwa die ‚Antifa‘ in Rostock. Dabei handelt es sich um einen informellen Zusammenschluss aus Einzelpersonen und Vertretern aus Vereinen und Verbänden, deren politisches Engagement sich gegen rechtsextremistische Orientierungen und Aktionen richtet. Die Experten heben in diesem Zusammenhang hervor, dass diese freien und alternativen Formen den Jugendlichen eine attraktive Möglichkeit zum politischen Engagement bieten, da das Engagement vor allem eigenverantwortlich verläuft. Von besonderer Bedeutung ist hier auch die Netzwerk- und Integrationsfunktion solcher Initiativen und Gruppen gegenüber den vielfältigen, gerade auch kritischen jugendkulturellen Szenen in der Stadt.

Über die Anbindung an jugendkulturelle Gruppen und Szenen werden spezifische politische Inhalte thematisiert und das politische Bewusstsein für bestimmte Fragestellungen und Probleme geweckt, was in Beteiligungen an konkreten Aktionen, z.B. am Rostocker Friedensfest münden kann. Die dabei aktiven Jugendlichen wollen gemeinsam mit ihrer Jugendgruppe etwas thematisieren und bewegen, ohne gleichzeitig eine feste organisatorische Bindung einzugehen. In der Regel suchen die jungen Menschen dabei aktionsbezogene Erlebnisse und Erfahrungsfelder. Zentral ist dabei für die Jugendlichen stets, jederzeit selbst entscheiden zu können, wo, in welchem Umfang und für welchen Zeitraum sie sich engagieren wollen.

5.12. Herausforderungen an politisches Engagement

In Rostock existieren verschiedene Möglichkeiten für junge Menschen, politisch aktiv zu werden bzw. sich mit politischen Themen auseinander zu setzen. Die For-

men sind jeweils unterschiedlich, dennoch kann von einem tragfähigen Potenzial politisch interessierter und engagierter Kinder und Jugendlicher ausgegangen werden. Um dieses Potenzial künftig in noch größerem Umfang für das politische Engagement und die politische Bildung zu gewinnen und zu beteiligen, müssen sich die Angebote und Beteiligungsformen wohl noch stärker gegenüber dem Strukturwandel der Jugendphase öffnen.

Die einschlägigen Erkenntnisse der Jugendforschung oder des Freiwilligensurveys geben dabei Hinweise auf die Richtung solcher Veränderungen. Im Vordergrund stehen hier vor allem das veränderte Interesse von Jugendlichen, an informellen, projektbezogenen Aktionen zu partizipieren. Hier gilt es für die verschiedenen Träger der politischen Kultur, stärker kampagnen-, projekt-, aktions- und eventorientierte Politikformen und Beteiligungsangebote zu entwickeln und bereitzustellen.

Jugendspezifische, erlebnisbezogene und gemeinschaftsorientierte Aspekte stehen dabei im Fokus jugendlicher Beteiligung und Partizipation. Hier besteht die Möglichkeit, Angebote politischen Engagements mit anderen Aktionen zu verbinden, wie beispielsweise kulturellen Angeboten, um themenbezogene Motivation bei den Heranwachsenden zu wecken. Die Attraktivität der Angebotsstruktur spielt eine entscheidende Rolle für die aktive Beteiligung junger Menschen an der Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes. Beispielhaft sei hier die Veranstaltung „Rock gegen Rechts“ erwähnt, die regelmäßig vor allem junge Menschen anzieht und für das Thema Rechtsextremismus sensibilisiert.

Zentral scheint uns auch die Suche nach (öffentlich wirksamen) sozialen und symbolischen Anerkennungsformen für politisches Engagement, die sowohl auf die Stärkung des Selbstwertgefühl, aber auch der sozialen Verantwortung und der sozialen Integration von Jugendlichen in das Gemeinwesen zielt. Notwendig wäre es dabei insbesondere, gerade solche Jugendlichen anzusprechen, zu erreichen und einzubinden, die bisher gerade nicht zur klassischen Klientel politischer Arbeit und Jugendbildung gehören, die aber aufgrund ihrer Lebenslagen und biographischen Perspektiven hochgradig politisch sensibilisiert sind: junge Männer mit niedrigen Bildungsabschlüssen aus der Arbeiterschaft und sozial benachteiligten Lebenslagen.

Für eine gelingende Partizipation junger Menschen in ehrenamtlichen, politischen Strukturen wäre vermutlich auch eine bessere und jugendspezifische Öffentlichkeitsarbeit der politischen Akteure sinnvoll, denn vielen jungen Menschen in Rostock sind die verschiedenen Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, kaum bekannt.

Des Weiteren sollte auf die veränderten Beteiligungsinteressen von Kindern und Jugendlichen mit neuen, informellen Angeboten reagiert werden. Die Einbindung von freien, projektbezogenen Angeboten in Schulen, die konzeptionelle Veränderung und regelmäßige Veranstaltung der Kinderversammlungen (s.o.), um eine stärkere Teilhabe an stadtplanerischen Entscheidungen zu ermöglichen, das schon erwähnte Planspiel des Landesjugendrings zur Kommunalwahl oder Projekte, wie das Kinder- und Jugenddorf in Reutershagen, bei dem der strukturelle und inhaltliche Spielraum von den Heranwachsenden selber definiert wird und wo Jugendliche Grundlagen und Elemente demokratischer Entscheidungsfindung erlernen, stellen dafür erste Schritte dar. Auch hier sollte zukünftig angeknüpft werden, um die vorhandenen Ressourcen politischen Engagements von jungen Menschen tatsächlich einbinden zu können.

V. Soziale Probleme von Kindern und Jugendlichen

1. Jugendkriminalität und Delinquenz

Die Probleme der Delinquenz, des abweichenden Verhaltens oder der Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen bewegt die Öffentlichkeit, gleich ob in Stadt, Land oder Bund, stets mit einer besonderen Aufmerksamkeit, aber auch Sorge. Das hängt nicht nur mit der Wirkung medialer Berichterstattungen zusammen, die insbesondere in diesem Feld oft und gerne sensationsheischende Schlagzeilen produzieren. Es hat vielmehr auch mit der Erwartung und der Sorge der älteren Generation um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen und die erfolgreiche Integration der nachwachsenden Generation in die Gesellschaft zutun. Kindheit und Jugendphase gelten in modernen Gesellschaften als zentrale Lebensphasen der Sozialisation, in der die jeweils nachwachsende Generation die Orientierung an gesellschaftlichen Normen internalisieren soll. Es ist somit eine der zentralen Aufgaben der Erziehungs- und Sozialisationsinstanzen, Kindern und Jugendlichen die geltenden gesellschaftlichen Normen plausibel zu vermitteln und transparent zu machen. Gewalt und Kriminalität von Kindern oder Jugendlichen werden vor diesem Hintergrund bisweilen als Indiz für einen noch unzureichenden Sozialisationsprozess in Richtung der Akzeptanz und Anerkennung gesellschaftlicher Normen und als Risiko für eine erfolgreiche Integration des Nachwuchses gedeutet.

Tatsächlich sind die Formen und das Ausmaß der Delinquenz und des abweichenden Verhaltens stets ein Seismograph für den sozialen Wandel, das Generationenverhältnis, die Aufwuchsbedingungen sowie für die sozialen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen.

Dabei lässt sich konstatieren, dass es – entgegen dem Alltagsempfinden vieler Menschen – im historischen Maßstab einen deutlichen Rückgang in der Kriminalität und im Gewalthandeln der Gesellschaft und auch der jungen Generation gibt. Allerdings erwiesen sich in dieser historischen Entwicklung die 90er Jahre als eine Zeit der gegenläufigen Entwicklung. Sowohl die Kinder- und Jugendkriminalität, wie auch die Gewalttaten Jugendlicher und rechtsextreme Straftaten nahmen in dieser Zeit mit teilweise gravierenden Zuwachsraten zu. Die Gründe für diesen Anstieg, der inzwischen gestoppt und wieder rückläufig scheint, sind dabei vielschichtig und müssen in Ost- und Westdeutschland wohl jeweils spezifisch untersucht werden. Insbesondere in Ostdeutschland war ein erheblicher Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität zu beobachten und zeitweise betrug in den Neuen Bundesländern die Kriminalitäts-Belastungsziffer³⁵ in den verschiedenen Altersgruppen zwischen 14 und 21 Jahren ein Vielfaches der westdeutschen Quoten. Die Erklärungsmuster für diesen langjährigen Anstieg sind vielfältig und keineswegs abschließend wissenschaftlich erforscht. Vermutlich hatte diese Entwicklung vielschichtige Ursachen, die mit dem gesellschaftlichen Transformationsprozess nach 1989, dem zeitweisen sozialisatorischen Kontrollverlust der einschlägigen familiären und öffentlichen Erziehungsinstanzen (Familie, Schule, Jugendarbeit) sowie dem Umstrukturierungsprozess im Bereich der Instanzen sozialer Kontrolle (Polizei, Justiz, Jugendhilfe) zusammenhängen, aber auch in dem gravierenden Zuwachs an sozialen und ökonomischen Problemen durch Arbeitslosigkeit, familiäre Krisen, Überschuldung usw. zu

³⁵ Anzahl der Tatverdächtigen pro 10.000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe.

suchen sind. Nicht zuletzt steht diese Entwicklung in Zusammenhang mit dem Strukturwandel der Jugendphase (Liberalisierung, Kommerzialisierung, Mediatisierung), der Freisetzung jugendkultureller Handlungsräume und jugendlicher Szenen in Ostdeutschland und einem gegenüber der DDR-Gesellschaft deutlich veränderten Generationenverhältnis.

Jugendliche Delinquenz ist allerdings auch, unabhängig von solchen historisch besonderen sozialen Umbrüchen, ein typisches und häufiges Phänomen in allen modernen Gesellschaften. Die Häufigkeit und Verbreitung strafrechtsrelevanter Normverstöße bei Kindern und Jugendlichen machen auf deren Zusammenhang mit den Sozialisations- und Entwicklungsprozessen des Nachwuchses aufmerksam. Dabei steht der weitaus überwiegende Teil jugendlicher Normverstöße weniger in Zusammenhang mit problematischen Lebenslagen oder einer problembelasteten Sozialisation. Für 90-95% der delinquenten Jugendlichen erweist sich der Regelverstoß vielmehr als einmaliges und vorübergehendes Phänomen im Zusammenhang mit dem eigenen adoleszenten Entwicklungs- und Identitätsbildungsprozess. Kriminologen sprechen in diesem Zusammenhang von einem „normalen, ubiquitären und episodenhaften Phänomen“ der Jugendphase. „Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Pluralisierung der Formen der Lebensführung und einer normativ diffus gewordenen Gesellschaft wird die Erprobung von Grenzen auch in Form von Gesetzesübertretungen, Provokationen, bewussten Verletzungen von normativen bzw. gesetzlichen Vorgaben und in Form des Austestens der jeweiligen gesellschaftlichen Reaktionen zu einem Element der Identitätsentwicklung und der Ausbildung moralischen Bewusstseins“ (BMFSFJ 2002, 232).

Diese Erkenntnisse der neueren Kriminologie und Jugendforschung, wie auch der Sozialpädagogik und der Jugendgerichtshilfe machen darauf aufmerksam, dass die Formen delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen von der Gesellschaft und den Erziehungsberechtigten jeweils sehr spezifisch und individuell beantwortet werden müssen – stets orientiert an der jeweiligen Persönlichkeit des Jugendlichen und seiner individuellen Situation. Sowohl das moderne Jugendstrafrecht wie auch die vielfältigen sozialpädagogischen Instanzen der Jugendhilfe haben in den letzten Jahrzehnten ein differenziertes Setting von Reaktionsformen, Konzepten, Hilfen und Sanktionen entwickelt und bereitgestellt. Die dabei stetig gewachsene Kooperation zwischen den verschiedenen Instanzen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe/Jugendamt, Jugendgerichte) ermöglicht heute eine differenzierte gesellschaftliche und vorrangig pädagogisch orientierte Reaktion auf die Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden.

Im Folgenden sollen die Daten und Entwicklungen der Kinder- und Jugendkriminalität in Rostock untersucht und dargestellt werden. Die Darstellung stützt sich dabei vor allem auf die Polizeiliche Kriminalstatistik für Rostock (PKS) und Statistiken der Jugendgerichtshilfe (JGH) aus dem Jahr 2003 sowie den vorangegangenen Jahren. Außerdem sind Ergebnisse des 11. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung in die Analyse eingeflossen. Die PKS liefert nur einen sehr spezifischen und begrenzten Blick auf die Wirklichkeit der Kriminalität in der Gesellschaft (s.u.). Um die aktuelle Situation der Jugendkriminalität in Rostock noch näher qualifizieren zu können, wurden zusätzlich Interviews mit Experten der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Jugendgerichtshilfe und mit einem Jugendrichter durchgeführt. Diese er-

möglichen, die statistischen Daten durch die fachlichen Erfahrungen und Einschätzungen aus der Praxis zu ergänzen.

1.1 Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Um einen grundlegenden Überblick über Jugendkriminalität zu erhalten, wird in den meisten Fällen die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Grundlage genutzt. Sie dient der Erfassung des Umfangs und der Entwicklung von Kriminalität in der Bevölkerung und wird jeweils jährlich vorgelegt. Aus dieser Statistik lassen sich zentrale Erkenntnisse über vorbeugende und strafverfolgende Verbrechensbekämpfung gewinnen. Die PKS erfasst nur die der Polizei bekannt gewordenen und durch sie verfolgten und bearbeiteten Straftaten, einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche und der vom Zoll bearbeiteten Rauschgiftdelikte. Nicht enthalten sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte (mit Ausnahme der Verstöße gegen §§ 315, 315b StGB und § 22a StVG), Straftaten, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland begangen wurden, und Verstöße gegen strafrechtliche Landesgesetze, mit Ausnahme der einschlägigen Vorschriften in den Landesdatenschutzgesetzen. Die PKS spiegelt dabei nur das sogenannte ‚Hellfeld‘ der Kriminalität wider – also kriminelle Straftaten, die auch entdeckt und angezeigt worden sind. Viele Delikte werden allerdings oftmals nicht entdeckt oder aber gar nicht angezeigt. Die registrierte Kriminalität ist somit in erster Linie abhängig von der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Das ‚Dunkelfeld‘, also alle nicht bekannt gewordenen Delikte bzw. Straftaten sind in amtlichen Statistiken nicht erfasst. Die soziologische und kriminologische Dunkel-feld-Forschung bemüht sich durch Umfragestudien diese Dunkelziffern in der Kriminalität aufzuklären.

Anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik ist es zwar möglich, die Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre in Rostock zu verfolgen, allerdings verlangen die Daten aufgrund der Systematik der PKS eine genaue Interpretation und Deutung. So zählt die PKS solche Straftaten und Straftäter, über die nach Abschluss der Ermittlungen ein begründeter Tatverdacht besteht. Sie gibt keine Auskunft über die Zahl der später tatsächlich verurteilten Straftäter. Diese sind in der sog. Verurteiltenstatistik zu finden. Die Quoten der Verurteiltenstatistik sind jeweils wesentlich niedriger als die der PKS. Die Differenz zwischen PKS und Verurteiltenstatistik markiert allerdings nicht zwangsläufig zu Unrecht angezeigte Jugendliche. Ein großer Teil der Verfahren nach Jugendstrafrecht werden heute im Vorfeld eines Gerichtsverfahrens zugunsten von sozialpädagogischen Sanktionen eingestellt. Der Verzicht auf eine Verhandlung und ein Urteil ist somit kein Indikator für die Unschuld des Jugendlichen, vielmehr ein Indikator für eine besondere Erziehungsverantwortung der Erwachsenen gegenüber delinquenten Jugendlichen.

Die Daten der PKS basieren auf der sogenannten Täterrechtzählung, was bedeutet, dass in einem Ermittlungsvorgang ein Tatverdächtiger, der mehrere Taten der gleichen Art (z.B. Kfz-Diebstahl) begeht, nur einmal gezählt wird. Werden einem Tatverdächtigen mehrere verschiedene Straftaten zugeordnet (z.B. Diebstahl und Betrug), wird er für jede Untergruppe gesondert, und für jede übergeordnete Straftatengruppe nur einmal registriert. In Bezug auf die Verteilung der Tatverdächtigen in den einzelnen Stadtteilen ist zu beachten, dass die Summe der Tatverdächtigen aus den Stadtvierteln nicht der Anzahl der Täter für die Stadt Rostock entspricht. Ein Tatverdächtiger, der in mehreren Teilen der Stadt Delikte verübt, wird dort jeweils erfasst,

doch wird er für die gesamte Stadt nur als ein Tatverdächtiger gezählt (Polizeidirektion Rostock 2003). Die Rostocker PKS erlaubt darüber hinaus keine geschlechtsspezifische Differenzierung der Daten, da weibliche und männliche Tatverdächtige nicht gesondert gezählt werden.

Die Daten der PKS unterliegen jeweils besonderen Einflussfaktoren, die bei der Bewertung der abgebildeten Kriminalitätsentwicklungen berücksichtigt werden müssen. Dazu zählen: die Schwere des Delikts, Veränderungen in der statistischen Zählweise, Kontrollintensität, Anzeigebereitschaft, öffentliche Meinung, politischer Druck usw.; gleichwohl bildet die PKS natürlich auch die tatsächlichen Veränderungen der Kriminalitätsentwicklung ab. Für die Interpretation der PKS-Daten bedeutet das, dass die mögliche Wirkung solcher Sonderfaktoren auf die Straftatenentwicklung berücksichtigt werden muss. Trotz dieser methodischen Einschränkungen ist die PKS der differenzierteste und umfangreichste Datenbestand zur Kriminalitätsentwicklung in der Gesellschaft.

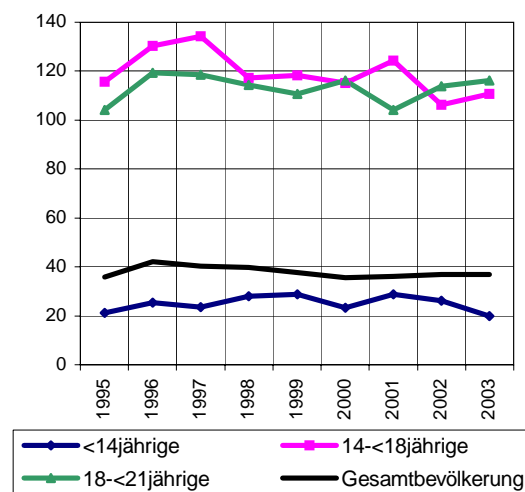
1.2. Jugendkriminalität in Rostock nach Angaben der PKS

In der Hansestadt Rostock ist die Anzahl aller Tatverdächtigen (TV), in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Im Jahr 1999 gab es 7.655 TV, im folgenden Jahr fiel diese Zahl auf 7.128 TV und seither ist ein leichter Anstieg beobachtbar, so dass im Jahr 2003 7.303 TV registriert wurden. Diesen Anstieg bewerten die Experten allerdings als nicht signifikant und begründen ihn mit demographischen Veränderungen.

Der Anteil der Tatverdächtigen im Alter bis 21 Jahre liegt bei einem Drittel aller mutmaßlichen Straftäter. Vergleicht man dazu die Situation auf der Bundesebene, so beläuft sich der Anteil der TV in diesem Alter auf über die Hälfte aller TV. In Rostock ergibt sich für das Jahr 2003 eine Zahl von 2.407 jungen TV; das macht eine Quote von 32,9% (75,5 Tatverdächtige pro 1.000 Einwohner bis 21 Jahre) aller Verdächtigen aus. Davon sind 345 Kinder im Alter bis zu 14 Jahren (4,7%, 19,6 Tatverdächtige pro 1000 Einwohner dieser Altersgruppe), 1.067 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren (14,6%; 110,8 Tatverdächtige pro 1000 Einwohner dieser Altersgruppe) und 995 Heranwachsende bis 21 Jahren (13,6%, 116,2 Tatverdächtige pro 1000 Einwohner dieser Altersgruppe) als tatverdächtig. Innerhalb der letzten fünf Jahre verringerte sich der Anteil der unter 21jährigen Strafverdächtigen gegenüber allen erfassten Verdächtigen jährlich um wenige Prozentpunkte. Im Jahr 1999 betrug diese Quote noch 37,83% (mit 2.905 TV).

Auffällig ist dabei, dass die Anzahl der verdächtigen Kinder bis zum 14. Lebensjahr in den letzten fünf Jahren

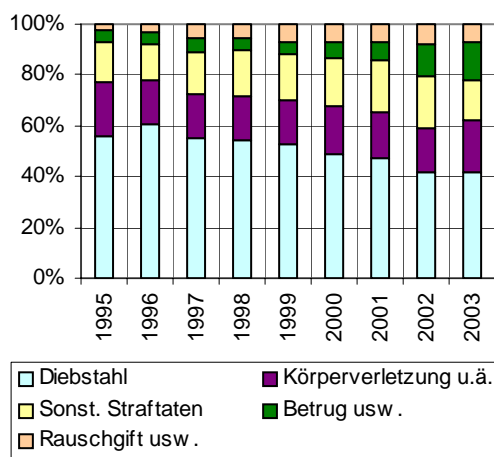
Abb. 62: Entwicklung der Tatverdächtigenquote bei Kindern und Jugendlichen (pro 1.000 EW der jeweiligen Altersgruppe)



besonders stark abgenommen hat. So gab es im Jahr 1999 noch 662 (8,6%), (2000: 499 TV (7%), 2001: 566 TV (7,75%), 2002: 479 (6,57%)) und 2003 gab es 345 tatverdächtige Kinder (4,7%). Betrachtet man allein die Zahlen zum Beginn und zum Ende der in die Auswertung eingegangenen Daten der letzten 5 Jahre, so wird der Rückgang um nahezu 50% in dieser Altersgruppe deutlich. Was u.a. durch den Einbruch der Geburtenzahlen Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts erklärt werden kann. Zum anderen fällt auf, dass bei den Jugendlichen und Heranwachsenden ein so deutlicher Trend nicht auszumachen ist.

Bei den verdächtigten Jugendlichen (14 - 18 Jahre) ist zu konstatieren, dass die Zahl ebenfalls leicht rückläufig ist, so gab es 1999 1.253 TV und im Jahr 2003 1.076 Verdächtige im Alter 14 bis 18. Dagegen ist diese Zahl bei den Heranwachsenden (18 - 21 Jahre) mit leichten Schwankungen über die letzten fünf Jahre stabil geblieben. Dementsprechend äußern sich Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe übereinstimmend, dass für das letzte Jahr kein Anstieg in der Jugendkriminalität in Rostock zu verzeichnen ist. Dies entspricht im wesentlichen der Situation auf der Bundesebene. Jedoch lässt sich für Rostock in der Entwicklung der letzten Jahre ein Wandel in den Erscheinungsformen (z.B. von Autodiebstählen in den 90er Jahren zu Raub/Straßendiebstählen in 2003/2004) feststellen.

Abb. 63: Verteilung der Delikte unter jugendlichen Tatverdächtigen (in Prozent)



Seit 1999 wird in Rostock anhand der PKS eine Abnahme der Diebstahldelikte sichtbar. Dementsprechend wurden in diesem Bereich vor fünf Jahren noch 1.858 TV bis zum 21. Lebensjahr erfasst. Im Jahr 2003 sind es dagegen nur noch 1.153 verdächtige junge Menschen. Dennoch sind knapp die Hälfte aller Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden dieser Deliktgruppe zugehörig (2003: 46,6%).

Auffällig ist, dass die jugendlichen Tatverdächtigen im Alter von 14 bis 18 Jahren die größte Gruppe bei den Diebstählen darstellt (2003: Kinderdiebstähle

273, Jugenddiebstähle 571, Diebstähle von Heranwachsenden 309; 1999: Kinderdiebstähle 507, Jugenddiebstähle 834, Diebstähle von Heranwachsenden 517). Dennoch bestätigen die Zahlen aller Diebstahlverdächtigen bis 21 Jahre, dass die Anzahl der Diebstähle in Rostock in den letzten fünf Jahren zurückgegangen ist. Insbesondere die Quote der verdächtigten Kinder hat sich auffallend stark verringert. Ungeachtet der Abnahme von Diebstahldelikten im Jugendalter stellen sie die häufigste Deliktform in dieser Altersgruppe dar. Dabei handelt es sich nach Angaben der Richter und Staatsanwaltschaft eher um Diebstähle im unteren Wertebereich. Außerdem heben sie hervor, dass die Mehrzahl der kleineren Diebstähle im Kontext von Jugendgruppen stattfinden. Diese Aussagen entsprechen landes- und bundesweiten Entwick-

lungen in Bezug auf Diebstahlverhalten von jungen Menschen (vgl. BMFSFJ 2002, 233ff.; Sozialministerium M-V 2001, 122 ff.).

Die meisten Straftaten (auch von Erwachsenen) wurden im Jahr 2003 in den Stadtteilen Stadtmitte (5.418 Straftaten insgesamt) und Lütten Klein (3.333 Straftaten insgesamt) verübt. Der Anteil der Tatverdächtigen bis 21 Jahre beträgt in 2003 669 TV in Stadtmitte und 397 TV in Lütten Klein, damit finden auch die Straftaten von jungen Tatverdächtigen am häufigsten in diesen beiden Stadtteilen statt. Diese Stadtteilverteilung hat sich in den letzten fünf Jahren nicht grundsätzlich verändert, wobei jedoch festzustellen ist, dass in diesem Zeitraum die Zahl der jungen Tatverdächtigen in der Stadtmitte leicht zugenommen hat (1999: 546 TV; 2003: 669 TV) und in Lütten Klein die Zahl abnahm (1999: 572 TV; 2003: 397 TV). Besonders im letzten Jahr hat in Lütten Klein der prozentuale Anteil der jugendlichen und heranwachsenden Straftäter an der Gesamtzahl der Straftäter abgenommen, so lag diese Quote in den Jahren 1999 bis 2003 verhältnismäßig konstant zwischen 42% und 44% und im Jahr 2003 betrug diese nur noch 36,9%. Genauso lässt sich für den Nordosten der Hansestadt Rostock, besonders Toitenwinkel und Dierkow, ein Rückgang junger Tatverdächtiger konstatieren. Dementsprechend waren im Jahr 1999 706 Personen und im Jahr 2003 nur noch 450 Personen bis 21 Jahre verdächtig. Prozentual macht dies einen Rückgang von über einem Drittel (36,26%) in dieser Stadtregion aus. Auch diese Tendenz findet ihre Begründung im demographischen Wandel innerhalb der einzelnen Stadtteile.

Im Jahr 2003 gab es in Rostock insgesamt 2.453 Opfer von Gewaltverbrechen. Der Anteil der unter 21jährigen betrug 838 und davon waren 263 Personen weiblich. Somit liegt der prozentuale Teil junger Opfer insgesamt bei 34,16%. Im Jahr zuvor wurden etwas weniger Menschen Opfer von Gewalt in Rostock (2.254). Die Quote der jungen Opfer ist allerdings mit 36,20% relativ stabil geblieben. Zu den Gewaltverbrechen zählen Körperverletzungen, Raub, Zuhälterei, sexuelle Straftaten, Totschlag, Mord, erpresserischer Menschenraub, Freiheitsberaubung und Nötigung. Die Zahlen entsprechen dem abgeschlossenen Ermittlungsstand der Polizei Ende 2003 und schließen die nicht zur Anzeige gebrachten oder nicht als Gewalt wahrgenommenen Delikte aus.

So gibt die PKS auch keinen Überblick über solche Gewaltformen, die nach Erfahrung der Experten sowie nach Erkenntnissen der Jugendforschung insbesondere unter Jugendlichen und im Alltag von Jugendlichen weit verbreitet sind: z.B. Prügeleien, Mobbing, Belästigungen usw. – Im Rahmen einer Untersuchung der Lebenslagen und Lebensverhältnisse von 10-14jährigen in Mecklenburg-Vorpommern, wurden die Jugendlichen selber zu ihrem sozialen Fehlverhalten befragt. Die Auswertung der Befragung ergab zusammengefasst, dass eine große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern kein von den vorherrschenden Normen abweichendes soziales Verhalten aufweist. Dabei ist auffällig, dass zwar der größte Teil der Befragten nicht an "Prügeleien" und an anderen Delikten teilnimmt, diese allerdings toleriert. Insgesamt kommen diejenigen Jugendlichen, die bereits kleinere Diebstähle begangen haben aus allen sozialen Schichten (vgl. Sozialministerium M-V, 122ff.).

1.3. Die Jugendgerichtshilfe (JGH) in Rostock

Das Jugendstrafrecht ist in Deutschland traditionell seit den 20er Jahren ein Erziehungsstrafrecht. Das bedeutet, dass die gesellschaftliche Reaktion auf eine jugendliche Straftat nicht durch Sühne und Abschreckung geprägt ist, sondern von der Überzeugung, dass auf jugendliche Normverstöße mit erzieherischen, vor allem sozialpädagogischen Maßnahmen zu reagieren ist. Institutionalisiert ist diese Sozialpädagogisierung des Jugendstrafrechts in Gestalt der Jugendgerichtshilfe, die nach dem KJHG ein Aufgabenbereich des Jugendamtes ist. Die Jugendgerichtshilfe wird von der Staatsanwaltschaft – hoffentlich – frühzeitig über eine Strafanzeige informiert, sie betreut die straffällig gewordenen Jugendlichen, sie berichtet gutachterlich vor dem Jugendgericht über die Persönlichkeit des Jugendlichen und nimmt Stellung zu möglichen Sanktionen. Die Erfahrungen mit dieser immer weiter ausdifferenzierten Sozialpädagogisierung des Jugendstrafrechts werden von den meisten Fachleuten im Umfeld der Straffälligenhilfe als positiv eingeschätzt. Entsprechend sind die sozialpädagogischen und sozialtherapeutischen Konzepte (z.B. Diversion, Soziale Trainingskurse, Anti-Aggressionstraining, Täter-Opfer-Ausgleich usw.) in diesem Problemfeld in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut worden. Probleme in der gesellschaftlichen und staatlichen Reaktion auf jugendliche Straftaten resultieren dann auch weniger aus der sozialpädagogischen Perspektive der Straffälligenhilfe. Nach wie vor sind es eher die administrativen Abläufe des Jugendstrafverfahrens sowie die unzureichenden Personalstellen in den verschiedenen Instanzen der Straffälligenhilfe, die problematisch erscheinen: zu hohe Fallzahlen in der Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe sowie die Sozialarbeit im Jugendstrafvollzug.

Die Statistik der JGH unterscheidet sich stark von der PKS, da hier die Delikte, die der Staatsanwaltschaft bekannt werden, registriert werden und nicht die einzelnen Täter. Über die Statistik der JGH werden die Gesamtanzahl aller Eingänge sowie gesondert die Anklageschriften, Einstellungen von Verfahren und juristische Verfügungen der Staatsanwaltschaft, wie die Hilfe- und Maßnahmeformen, in einer Jahresstatistik erfasst. Neben der PKS bieten sie einen qualifizierten Überblick über das Geschehen der Jugendkriminalität in der Stadt. Im Vergleich zur PKS wird ausschließlich zwischen Jugendlichen und Heranwachsenden unterschieden, allerdings weisen die Daten zusätzlich eine geschlechtsspezifische Differenzierung auf. Während die PKS die Tatverdächtigen nach dem Ort der Straftat den einzelnen Stadtteilen zuordnet, erfasst die JGH den Wohnort der jeweiligen jugendlichen Straftäter. Die Statistik der JGH beinhaltet allerdings keine zeitnahe Darstellung der Delikte; der jeweilige Fall wird erst dann in die Statistik aufgenommen, wenn die entsprechende Anklageschrift bei der Jugendgerichtshilfe eingeht. Das heißt, auch über die Statistik der JGH kann demzufolge lediglich ein Ausschnitt jugendlicher Kriminalität abgebildet werden.

Im Jahr 2003 sind 876 Anklageschriften bei der Rostocker Jugendgerichtshilfe eingegangen. Demgegenüber waren es zum Vergleich im Jahr 1999 1.648 Anklageschriften – mithin ein Rückgang um fast die Hälfte. Der Rückgang an Anklageschriften in 2003 beschreibt nicht automatisch die Abnahme von Jugendkriminalität, sondern spiegelt auch demographische Veränderungen, sowie Umstrukturierungsprozesse innerhalb der Staatsanwaltschaft, wodurch gegenwärtig viele Fälle einer längeren Bearbeitungszeit unterliegen. Für 2003 handelt es sich bei 381 Anklagen um Jugend-

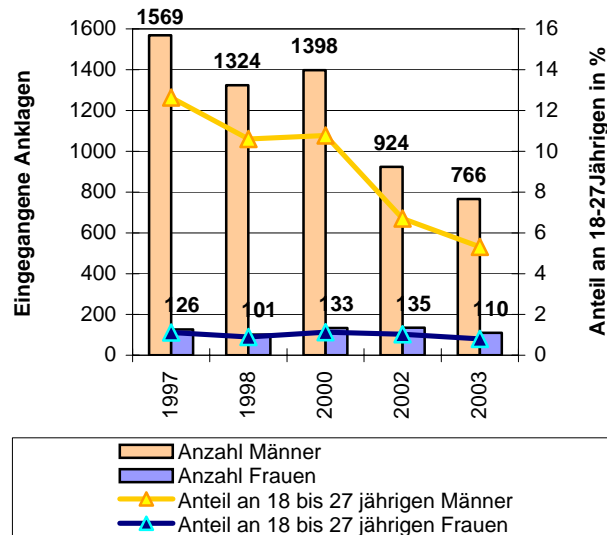
liche im Alter von 14 bis 18 (43,5% der Anklageschriften) und bei 495 Anklagen um Heranwachsende im Alter von 18 bis 21 (56,5% der Anklageschriften).

Betrachtet man die geschlechtsspezifische Verteilung der Anklageschriften, dann fällt das massive Übergewicht männlicher Straftäter auf. Jugendkriminalität ist vor allem ein Phänomen junger Männer. Zwar hat sich der Anteil der jungen Frauen unter den Straftätern in der Bundesrepublik in den letzten Jahren etwas erhöht, trotzdem bleiben Mädchen und junge Frauen im Bereich der Jugenddelinquenz eine „Randgruppe“. Unter den Anklagen gegen die 14-18jährigen Jugendlichen in Rostock entfielen im Jahr 2003 insgesamt 329 Delikte auf junge Männer, das entspricht 86,35% der gesamten Straftaten dieser Altersgruppe. 52 Straftaten wurden von jungen Frauen begangen (= 13,65%). Bei der Gruppe der Heranwachsenden sieht das Verhältnis ähnlich aus: 437 männliche Angeklagte (88,28%) und 58 weibliche Angeklagten (11,72%). Die Experten weisen zudem auf die geschlechtsspezifischen Deliktformen hin: So handelt es sich bei weiblichen Tatverdächtigen häufig um einfachen Diebstahl, wohingegen die männlichen Straftäter größere Diebstähle begehen.

Im Jahr 2003 bezogen sich von den insgesamt 876 Anklageschriften 216 auf Wiederholungstäter, was einem Anteil von 24,6% der Anklageschriften entspricht. Weil die JGH jedoch nur Täter als Wiederholungstäter zählt, die innerhalb eines Jahres erneut auffällig werden, ist eine Bewertung des Anteils der Wiederholungstäter sehr schwierig. Folgt man den Einschätzungen der Experten, dann ist dieser Anteil der Wiederholungstäter im Jugendalter in Rostock eher gering. Sie bestätigen für Rostock die sozialwissenschaftlichen Befunde, dass die meisten jugendlichen Straftaten Übergangsphänomene innerhalb der Jugendphase sind. Nur ein geringer Teil aller Ersttäter wird innerhalb eines Jahres wieder auffällig.

Laut der JGH-Statistik stellen in 2003 die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz mit 1.005 Vergehen die häufigste Gruppe der Delikte dar, gefolgt vom Diebstahl als zweitgrößter Deliktgruppe mit 643 Fällen. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu den Daten der PKS, der sich wie schon erwähnt, aus der unterschiedlichen Zählweise (Straftat vs. Täter) ergibt. Die Experten betonen dennoch, dass im Bereich der Verstöße gegen das BTMG, also Besitz und Verkauf von Drogen, in den letzten Jahren ein Anstieg der Fälle zu beobachten ist (1999: 453 Verstöße gegen das

Abb. 64: Eingegangene Anklageschriften in der Jugendgerichtshilfe, differenziert nach Geschlecht



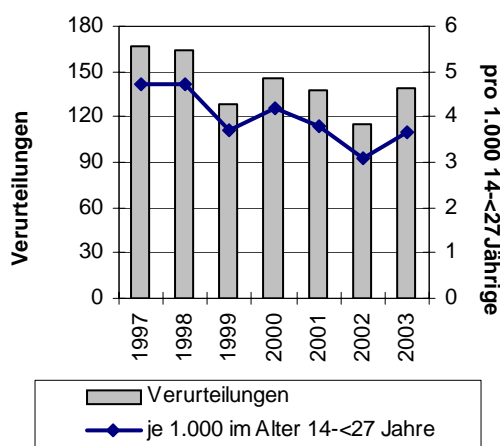
Anm.: Die Altersgruppenanteile liegen real etwas niedriger, da gegen Wiederholungstäter mehrere Anklagen im Laufe eines Jahres eingehen

BTMG). Insbesondere die Verstöße gegen das BTMG unterliegen einer hohen Dunkelziffer, da ein Großteil davon überhaupt nicht in einer Statistik aufgenommen wird. Um den Entwicklungen in Bezug auf Verstöße von Kindern und Jugendlichen gegen das BTMG entgegen zu wirken, gründete die Rostocker Staatsanwaltschaft ein Dezernat für Drogendelikte, das in Zusammenarbeit mit der Polizei umfassender dagegen vorgehen will.

1.4. Interventionen und Maßnahmen der Staatsanwaltschaft und der JGH in Rostock

Im Berechnungszeitraum 2003 wurden von der Staatsanwaltschaft 317 Verfügungen gemäß § 45 II JGG erlassen. Der §45 kennzeichnet die sog. Diversion, d.h. die Möglichkeit des Staatsanwalts ein Verfahren gegen einen Jugendlichen oder Heranwachsenden einzustellen. Die Diversion basiert auf dem Vorrang erzieherischer Sanktionen gegenüber der weiteren strafrechtlichen Verfolgung durch ein Jugendgericht, etwa Erziehungshilfen oder der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA). In diesen Fällen kommt es nicht zu einer Hauptverhandlung vor dem Jugendrichter. Davon betroffen waren 180 Jugendliche (147 Jungen und 33 Mädchen) und 137 Heranwachsende (männlich 101, weiblich 36). Weiterhin wurden von der Staatsanwaltschaft in 2003 insgesamt 335 Verfahrenseinstellungen erwirkt, die ohne Einbeziehung von Maßnahmen der Jugendgerichtshilfe abgeschlossen wurden. Davon waren 217 männliche und 118 weibliche Jugendliche und 101 männliche und 36 weibliche Heranwachsende betroffen. Insgesamt wurden damit im Jahr 2003 652 Verfahren nach dem Jugendstrafrecht eingestellt, das sind 74% aller Anklageschriften.

Abb. 65: Verurteilungen zur Jugendstrafe



Insgesamt wurden damit im Jahr 2003 652 Verfahren nach dem Jugendstrafrecht eingestellt, das sind 74% aller Anklageschriften.

Die Gesamtanzahl aller durch die JGH bewilligten Hilfen zur Erziehung, der durchgeführten Täter-Opfer-Ausgleiche (TOA) sowie der weiteren Maßnahmen (z.B. Soziale Gruppenarbeit (SGA), Soziale Trainingskurse, Betreuungshilfen, Unterbringungsanweisungen) nach dem JGG und dem KJHG betrug 2003 in Rostock 275. Von den verschiedenen

Instrumenten der Weisungen nach dem Jugendgerichtsgesetz wurden im Jahr 2003 insgesamt 73 Betreuungsweisungen ausgesprochen, in 56 Fällen wurde ein TOA angeordnet und in 60 Fällen kam eine Unterbringung in Frage.

Um diese Maßnahmen adäquat umsetzen zu können, kooperiert die JGH mit einer Vielzahl Rostocker Träger. Dabei handelt es sich zum Zeitpunkt der Untersuchung insbesondere um Balance of Power e.V., Jugendwohnen Rostock e.V., die Produktionsschulen GmbH, Hütte e.V., die Soziale Initiative e.V. und Phönix e.V. – Die Verkehrswacht Rostock e.V. führt das Verkehrstraining durch. Neben den genannten Trägern gibt es noch eine Vielzahl anderer Einrichtungen der Jugendhilfe, die die Maßnahmen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung realisieren. Die Experten der Jugendgerichtshilfe, Jugendrichter und Staatsanwaltschaft beurteilen das Angebot-

spektrum für Rostock im Bereich der JGH als außerordentlich positiv. Insbesondere die Maßnahmen, bei denen die jungen Straftäter sich innerhalb sozialer Interaktions- und Reflexionsprozesse mit ihren Tatmotiven oder der Perspektive der Opfer auseinandersetzen müssen, heben sie als sehr bedeutungsvoll für die Wiedereingliederung und als gelungene Form der Verantwortungsübernahme und der Opferunterstützung hervor.

In der öffentlichen Meinung existieren demgegenüber bisweilen kontroverse Standpunkte darüber, inwiefern die neuen, auf das Individuum bezogenen, sozialtherapeutischen Interventionsmodelle die gewünschten erzieherischen Ziele erreichen und ob nicht doch auf traditionelle Sanktionsmodelle zurückgegriffen werden sollte. Kritiker der neuen Konzepte in der Betreuung von jungen Straftätern befürchten, dass durch einen Verzicht auf sanktionsspezifische Maßnahmen und Verfahren, die betroffenen Jugendlichen noch weniger Recht von Unrecht unterscheiden können. Die Folge wäre ein weiterer Anstieg der Jugendkriminalität. Dieser Perspektive widersprechen allerdings die Ergebnisse aktueller Erfahrungsberichte. Nicht nur, dass sich in Bezug auf neue Interventionsformen noch keine negativen Entwicklungen zeigen. Es sind sogar durchweg bessere Ergebnisse bei den jungen Straftätern und deren Tatbewusstsein erzielt worden. Dennoch zeigt sich insbesondere im Blick auf die Bundesrepublik, dass die Maßnahmen nach den §§ 45 und 47 des JGG, nach wie vor weniger Anwendung finden, als klassische Sanktionen, wie Arbeitsauflagen oder Geldbußen (vgl. Albrecht 2002, 743ff.). Oftmals werden diese Entscheidungen auch aus finanziellen Gründen getroffen, da die neuen kommunikativen und therapeutischen Konzepte kostenintensiver sind. Die Rostocker Experten plädieren hier eher eindeutig für den Einsatz der neuen Instrumente. Arbeitsauflagen oder die Weisung zu sozialen Leistungen sind zwar prinzipiell auch in der Lage, dem Erziehungsauftrag des JGG gerecht zu werden, es fehlt aber häufig der explizite Bezug zum eigenen Unrecht, zur eigenen Tat und vor allem der Bezug zum Opfer. Hier sehen die Fachleute aber die Vorteile der neuen sozialtherapeutischen Ansätze: dass die jungen Menschen die Möglichkeit erhalten, über die eigene Tat zu reflektieren und sich selbstkritisch und konstruktiv mit den Konsequenzen für sich oder die Opfer auseinanderzusetzen.

Die Urteile des Jugendgerichts fielen 2003 sehr unterschiedlich aus. In 271 Fällen wurden die Angeklagten mit Arbeitsauflagen bestraft, die einen Gesamtumfang von 15.740 Stunden umfassten – das sind durchschnittlich 58 Stunden pro jugendlichem Straftäter. In 110 Fällen entschieden die Jugendrichter für eine Geldbuße, mit einer Gesamtsumme von 39.040 € - durchschnittlich etwa 350 € pro Fall. Es gab darüber hinaus 77 Schadenswiedergutmachungen und 12 heilerzieherische Behandlungen oder Entziehungskuren mit Drogen-, Sexualtherapien, Entgiftung oder psychologischen Behandlungen. Darüber hinaus wurden 22 junge Straftäter zu Arrest verurteilt, es kam zu einem Schuldspruch gemäß § 27 JGG, zu 30 Jugendstrafen gemäß §17 JGG, zu 65 Jugendstrafen gemäß §21 JGG, zu 11 Jugendstrafen gemäß § 57 JGG, zu 2 Unterbringungen in einer geschlossenen Einrichtung (§7 JGG; §61 Nr.1+2, §64 StGB) und 2 mal Führungsaufsicht (§7 JGG; §61 Nr. 4 StGB).

Im Jahr 2003 befanden sich 12 männliche Jugendliche sowie 14 männliche und zwei weibliche Heranwachsende in Untersuchungshaft. Des Weiteren verweilten zum Zeitpunkt der Untersuchung 6 männliche Jugendliche sowie 48 männliche und zwei weibliche Heranwachsende im Vollzug. Insgesamt bestätigt allerdings die Ju-

gendgerichtshilfe in Rostock, dass die Zahlen eher gering sind. Der programmatische Arbeitsschwerpunkt der Jugendgerichtshilfe liegt eindeutig auf dem Aspekt der Haftvermeidung.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Jugendkriminalität in Rostock in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben ist, dennoch sollte gerade in Bezug auf die hohe Dunkelziffer im Bereich der Verstöße gegen das BTMG die gute Infrastruktur in der Hansestadt weiter Bestand haben. Die Notwendigkeit zur Prävention ist nach den Einschätzungen der Experten aus Rostock bzw. entsprechend den Empfehlungen der Kommission des 11. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung nach wie vor eine aktuelle Anforderung an alle Akteure in diesem Handlungsfeld.

1.5. Kriminalitätsprävention in Rostock

Ein zentraler Ansatz in der Auseinandersetzung mit Kriminalität und Jugendkriminalität in der Gesellschaft zielt auf die Prävention von Straftaten. In der Fachdiskussion wird bisweilen zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. Primäre Prävention beschreibt die allgemeine Vorbeugung, Aufklärung und die Ursachenbekämpfung. Sekundäre Prävention meint demgegenüber vorbeugende Hilfe in Situationen, die belastend sind und sich zu Krisen entwickeln können. Tertiäre Prävention richtet sich an Jugendliche, die bereits Straftaten begangen haben. Die Maßnahmen der tertiären Prävention zielen darauf, erneute Rückfälle von Straftätern zu vermeiden und somit die Re-Integration in die Gesellschaft zu erreichen.

Insbesondere im Kontext der Jugendhilfe ist der Präventionsbegriff – gerade auch mit Blick auf jugendliche Delinquenz – umstritten. Befürchtet wird eine Instrumentalisierung und Indienstnahme sozialpädagogischer Angebote zum Zwecke der Kriminalitätsvorbeugung, mit der Folge, dass die Kinder und Jugendlichen als Zielgruppe einer präventionsorientierten Jugendhilfe immer schon einem Generalverdacht als potenzielle Straftäter ausgesetzt wären. Auch wird die Gefahr gesehen, dass unter einer solchen Perspektive Jugendhilfe für das Kriminalitätsgeschehen verantwortlich gemacht würde, ohne aber tatsächlich Einfluss auf die verursachenden Faktoren für Delinquenz zu haben. Auch wenn die Tendenzen zu einer sozial- und jugendpolitischen Instrumentalisierung von Jugendarbeit und Jugendhilfe durchaus real sind, wie die gesellschaftlichen Reaktionen auf Jugend-Gewalt und Rechtsextremismus in den 90er Jahren gezeigt hat, hat diese Debatte in Bezug auf den Präventionsbegriff letztlich aber wohl einen eher akademischen Charakter.

Jugendhilfe hat im Sinne des §1 KJHG gewissermaßen eine generalpräventive Funktion für das Kindeswohl von Kindern und Jugendlichen, die sich sowohl auf die Erziehung und Entwicklung des einzelnen Jugendlichen, wie auch auf die Förderung und Unterstützung der Eltern und Erziehungsberechtigten sowie auf die Mitgestaltung positiver kinder- und familienfreundlicher Lebenswelten bezieht. Alle Konzepte einer spezielleren kriminalpräventiven Jugendhilfe werden sich immer an diesen strukturellen Voraussetzungen für gelingende Aufwuchsbedingungen im Sinne des subjektiven Kindesrechts des KJHG messen lassen müssen.

Über den Bereich der Kriminalitätsprävention in Rostock kann in Bezug auf die Einschätzung der Experten gegenwärtig kein zusammenfassender Überblick gegeben werden. Es existieren einige Projekte, die von Vereinen und Trägern im Bereich schulischer und außerschulischer Bildung und Erziehung umgesetzt werden. Es fehlt

allerdings ein konsistentes ganzheitliches Konzept und eine sinnvoll und effektiv vernetzte Angebotsstruktur. In den Jahren von 1997 bis 2001 gab es eine Arbeitsgruppe „Jugendkriminalitätsprävention“, die sich mit der Entwicklung von Präventionsangeboten und Konzepten zur Kinder- und Jugenddelinquenz in der Hansestadt befasste. Sie untersuchte im Rahmen eines bundesweiten Modellprojektes die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen und Behörden im Bereich einer effektiven Maßnahmedurchführung und zeigte entsprechende Defizite in Rostock auf. Der Arbeitsgruppe gehörten Vertreter des Jugendamtes, der Richter- und Staatsanwaltschaft sowie freie Träger aus dem Kontext der Jugend- und Straffälligenhilfe an. Ein Schwerpunkt der Arbeit richtete sich insbesondere auf die Aspekte der tertiären Kriminalprävention (z.B. Strategien der Rückfallbekämpfung). Hier sind weiterführende Modelle und Arbeitsstrategien wünschenswert, die die Ergebnisse der Arbeitsgruppe aufnehmen und weiterentwickeln.

1.6. Perspektiven für die Situation der Jugendkriminalität in Rostock

Wünschenswerte Ansatzpunkte für die Akteure im Bereich Jugendkriminalität, Straffälligenhilfe und Jugendhilfe in Rostock sind nach Einschätzung der Experten zum einen die Festigung und der Ausbau von Kooperationen zwischen den Systemen Bildung, Jugendhilfe, Polizei und Justiz. Zum anderen sollte im Sinne der erzieherischen Zielstellung zukünftig die zeitnahe Reaktion und Interaktion auf Straftaten einen größeren Stellenwert erhalten.

Zeitnahe Reaktionen auf eine jugendliche Straftat ist nach Einschätzung der Experten die wichtigste und wirksamste Voraussetzung für die notwendige selbstkritische und verantwortliche Auseinandersetzung eines Jugendlichen mit seinem Fehlverhalten und dessen Folgen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die pädagogischen Erfolge umso effizienter erzielt werden, je unmittelbarer Interventionen, Hilfen und Sanktionen auf die Tat folgen. Straftaten Jugendlicher resultieren immer aus konkreten sozialen Situationen, adoleszenten Entwicklungen und Lebenslagen. Gesellschaftliche Reaktionen und Sanktionen müssen entsprechend unmittelbar auf das strafbare Verhalten folgen, um so den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung auch wirklich erfahrbar zu machen, und das bedeutet sowohl kognitiv wie auch emotional erfahrbar. Jugendliche müssen so die Chance erhalten den Zusammenhang von sozialer Situation und eigenem Fehlverhalten zu erkennen und zu reflektieren, um so mit alternativen Handlungsmustern konfrontiert zu werden.

Bei späteren Interventionen, die bisweilen eine zeitliche Distanz bis zu einem Jahr aufweisen können, verliert sich angesichts der dynamischen Entwicklungsprozesse in der Adoleszenz der reflexive Rückbezug auf das eigene Handeln und damit die notwendige Einsicht in die eigenen Fehler. Zeitnahe Interventionsformen bedürfen allerdings einer effizienten Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe/Jugendgerichtshilfe. Hier wird derzeit ein Problem deutlich, dass mit den Regionalisierungsprozessen innerhalb des Jugendamtes zusammenhängt. Der Bereich der Jugendgerichtshilfe ist seit Anfang 2004 dezentral in den Regionalteams integriert. In diesem Zusammenhang gibt es offenbar noch Mängel in der Erreichbarkeit von konkreten Ansprechpartnern und der Zuordnung von Zuständigkeiten. Die erfolgreiche Umsetzung der Umstrukturierung und die Konsolidierung des neuen Kooperationsnetzwerks sollen künftig die strukturellen Voraussetzung dafür schaffen, dass die zeitnahen Maßnahmen und Interventionen konzeptionell verbessert

werden. Insbesondere im Bereich der jugendlichen Mehrfachtäter scheint ein schneller Informationsaustausch unabdingbar.

2. Rechtsextremismus im Jugendalter

Rechtsextremismus ist seit Jahrzehnten in verschiedenen und sich wandelnden Erscheinungs- und Organisationsformen ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik. Forschungen nach der Wende 1989 zeigten darüber hinaus, dass auch in der DDR über ihre gesamte Entwicklung hinweg rechtsextreme Erscheinungsformen zu beobachten waren, wenngleich die Möglichkeiten eines organisierten Rechtsextremismus hier deutlich eingeschränkt waren.

Mit Beginn der 90er Jahre verzeichnete der Rechtsextremismus in Deutschland – sowohl in den neuen wie in den alten Bundesländern einen bis dahin unbekanntem Aufschwung. Die Zunahme rechtsextremer Erscheinungen betraf dabei alle Ebenen: von rechten Orientierungsmustern und Einstellungen in der Bevölkerung, über die rechtsextreme Jugendkultur, die Mitgliedschaften in rechten, rechtsextremen und neonazistischen Organisationen und Parteien, bis zu rechten Straf- und Gewalttaten. Ihren vorläufigen Höhepunkt und eine gesellschaftspolitische Zuspitzung fand diese Entwicklung in den Jahren 1992-1994, als zahlreiche spektakuläre und bundesweit Aufsehen erregende Gewaltexzesse mit rechtem und ausländerfeindlichem Hintergrund die Öffentlichkeit beunruhigten. Die tagelangen progromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen stellten einen der traurigen Höhepunkte in dieser Entwicklung dar.

Die staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen auf diese Entwicklung waren zahlreich, intensiv und vielschichtig: Sie betrafen sowohl die Ebene der Politik (Asylpolitik, Sicherheitspolitik, Jugendpolitik), der Forschung, der Jugendarbeit und Jugendhilfe und beförderten nicht zuletzt – unterstützt durch staatliche Mittel – ein breites Netz von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Initiativen, die teilweise bis heute existieren und entsprechend nachhaltige Arbeit leisten. Eine wachsame und insgesamt wohl effiziente kritische Öffentlichkeit begleitet seitdem den gesellschaftlichen Diskurs zum Thema Rechtsextremismus. Insofern hat diese Entwicklung der 90er Jahre wohl auch zu einer stärkeren Sensibilisierung und Politisierung der Bevölkerung gegenüber rechten Erscheinungen in der Bundesrepublik geführt. All diese Befunde lassen sich in gleicher Weise auf Mecklenburg-Vorpommern und Rostock beziehen.

Die Ursachenforschung erweist sich bis heute als schwierig und erbringt bisher kaum überzeugende ganzheitliche Erklärungsansätze. Der bis in die frühen 90er Jahre beispiellose Aufschwung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik hat wohl gleichzeitig internationale und spezifisch deutsche Ursachen. Er erklärt sich aus den sozialen Umbrüchen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse, aber auch aus den historischen Kontinuitäten in Deutschland. Der Zuwachs war auch in Westdeutschland zu verzeichnen, hatte aber eine ungleich stärkere Ausprägung in den neuen Bundesländern. Die Freisetzungprozesse in den ostdeutschen Jugendszenen liefen hier parallel zu einer beginnenden sozialen und ökonomischen Krise, während gleichzeitig die sozialstaatlichen Instanzen nach 1990 erst im Aufbau befindlich waren. Der Zuspruch zu rechten Parolen stand wohl auch teilweise in Zusammenhang mit den zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen in der Folge eines quantitativ

enorm ausgeweiteten Zuzugs von Asylsuchenden seit Ende der 80er Jahre (vgl. Willems 1993).

Die gesellschaftlichen Reaktionen auf den Rechtsextremismus seit 1993/94 waren zahlreich und intensiv – verhindern können sie ihn bis heute indes nicht. Zur gesellschaftlichen Wirklichkeit des Jahres 2005 gehört auch die Erkenntnis, dass Rechtsextremismus nach wie vor ein Stück politische, soziale und kulturelle Realität ist und auch künftig einer wachsamem, kritischen und engagierten Öffentlichkeit bedarf.

Dabei scheint es bisweilen so, als wenn rechtsextremistisches Gedankengut in den neuen Bundesländern – nimmt man die Landtagswahlen 2004 in Sachsen und Brandenburg als Indikator – an Akzeptanz gewonnen hätte. Vor allem die schwierigen Verhältnisse des Transformations- und Modernisierungsprozesses sowie die damit verbundenen sozioökonomischen Bedingungen in den neuen Ländern bieten nach wie vor Ansatzpunkte für rechtsextreme Organisationen und Initiativen (vgl. Stöss, 1999, 7). In einigen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns haben rechte Gruppierungen als sogenannte ‚Bürgerinitiativen‘ einigen Erfolg und werden von Teilen der Bevölkerung als politische Akteure akzeptiert. Strategie und Erscheinungsbild haben sich dabei entsprechend den Beobachtungen der Experten gegenüber den 90er Jahren gewandelt: Rechte Gruppen treten weniger gewaltbereit in der Öffentlichkeit auf und bemühen sich eher um ein bürgerliches Outfit. Das zielt auf eine stärkere Akzeptanz und Verankerung in der Mitte der Gesellschaft. Ungeachtet des bundesweit beobachteten Rückgangs rechtsmotivierter Straftaten besteht dennoch aktueller Handlungsbedarf.

Eine einheitliche Begriffsdefinition für Rechtsextremismus existiert nicht, da es verschiedene historische, sozial- und politikwissenschaftliche Erklärungsansätze gibt. Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, politische und soziale Einstellungen und Weltanschauungen, die einem rechtsextremen Orientierungsmuster zugeordnet werden. Vier zentrale Ideologeme sind dabei für ein rechtsextremes Orientierungsmuster zentral.

- Im Rechtsextremismus verbindet sich in der Regel übersteigerter Nationalismus mit einer Abwertung anderer Staaten und Völker.
- Rechtsextremismus negiert die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte des Menschen u.a. das Recht auf Freiheit und soziale Sicherheit, das Recht auf Gedanken- und Religionsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, oder das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit).
- Rechtsextremismus richtet sich gegen demokratische, parlamentarisch-pluralistische Systeme und
- er basiert in verschiedenen Facetten auf den völkisch-rassistischen Ideologien von der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft (Brodkorb, 2002).

Auf der Grundlage dieser begrifflichen Einordnung sollen im Folgenden die rechtsmotivierten Erscheinungsformen von jungen Menschen in Rostock dargestellt werden. Anschließend folgt ein Überblick über die Struktur und die Konzepte präventiver und zivilgesellschaftlicher Reaktionen auf den Rechtsextremismus in der Hansestadt. Schließlich sollen einige Überlegungen zu den künftigen Perspektiven und notwendigen Voraussetzungen einer präventiven Arbeit in diesem Feld angestellt werden.

2.1. Rechtsextremismus in Rostock unter Kindern und Jugendlichen

Um einen quantitativen Überblick über die Entwicklungen des Rechtsextremismus in Rostock geben zu können, stützen wir uns auf die Daten zu rechts motivierten Straftaten aus dem Verfassungsschutzbericht 2003, die Polizeiliche Kriminalstatistik, eine Stellungnahme des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommerns zum Rechtsextremismus in Rostock sowie auf Angaben der Polizeidirektion Rostock (PD).

Der Verfassungsschutz unterscheidet in seinem Extremismusbericht verschiedene Formen politisch motivierter Kriminalität – u.a. den Bereich politisch motivierte Kriminalität „rechts“. Diesem Phänomenbereich „rechts“ werden die rechtsextremistischen Straftaten zugeordnet. Dazu zählen Propagandadelikte, rechtsextreme Gewalttaten sowie antisemitisch und fremdenfeindlich motivierte Straftaten. Die quantitativen Angaben zum Rechtsextremismus in Rostock werden durch Einschätzungen und Bewertungen von Experten aus Rostock und durch Empfehlungen der Kommission des 11. Kinder- und Jugendberichtes ergänzt.

Nach Darstellung des Verfassungsschutzberichtes M-V (2003) lässt sich ein leichter Rückgang der Zahlen für den Gesamtbereich der „rechten“ Straftaten von 304 Delikten im Jahr 2002 auf 274 Straftaten 2003 beobachten. Von den 274 Straftaten des gesamten Phänomenbereiches „rechts“, sind 253 Fälle *rechtsextremistische* Straftaten.³⁶ (2002: 140).

Der Bereich rechtsextremer Straftaten wird noch einmal differenziert nach Delikten (Propagandadelikte, antisemitische und fremdenfeindliche Delikte rechtsextremistischer Motivation) und Gewalttaten (antisemitische und fremdenfeindliche Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation). In Bezug auf die Delikte wird festgestellt, dass die Propagandadelikte nach den §§ 86 und 86a des StGB (2002: 140; 2003: 156) und die fremdenfeindlichen Straftaten (2002: 26; 2003: 38) zugenommen haben. Dagegen haben die antisemitischen Delikte von 70 im Jahr 2002 auf 25 im Jahr 2003 abgenommen. Im Bereich rechter Gewalttaten wird insgesamt eine Zunahme von 15 (2002) auf 32 (2003) verzeichnet. Innerhalb der Gruppe rechter Gewalttaten haben die fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten allerdings abgenommen (2002: 20; 2003: 10). Im Zeitraum 2002-2003 gab es laut Verfassungsschutzbericht keine antisemitisch motivierten Gewalttaten. Der Bereich der Propagandadelikte bildet traditionell – auch bundesweit – den zahlenmäßigen Schwerpunkt der Straftaten im rechtsextremen Bereich des Phänomenbereichs „rechts“.³⁷

In Bezug auf die registrierten Tatverdächtigen im Phänomenbereich „rechts“, kann dem Verfassungsschutzbericht entnommen werden, dass im Jahr 2003 von insgesamt 358 Tatverdächtigen 323 Personen der Altersgruppe der 14- 29jährigen angehören. Damit sind ungefähr 90 Prozent aller Tatverdächtigen in diesem Bereich Ju-

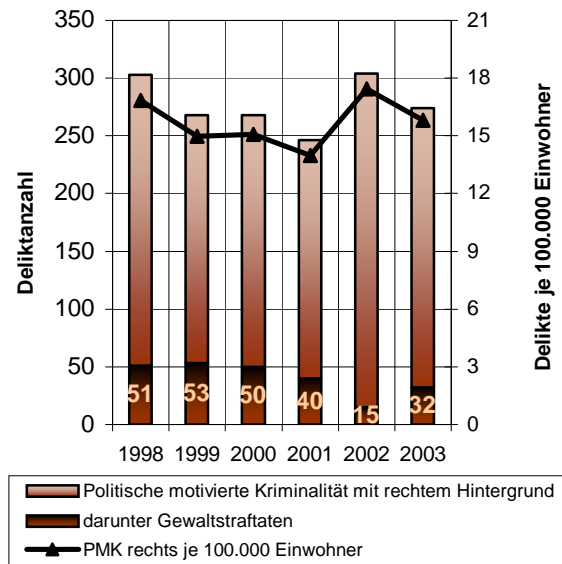
³⁶ Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern erklärt (und qualifiziert damit die aufgeführten Daten), dass rechtsextreme Straftaten real nicht wirklich angestiegen sind. Der zahlenmäßige Sprung wird auf eine Änderung des statistischen Erfassungssystems im Jahr 2001 zurückgeführt. Die scheinbar höhere Zahl an rechtsextremen Straftaten wäre damit ein Artefakt. Insofern muss die Entwicklung der nächsten Jahre abgewartet werden, um zu prüfen ob es einen realen Zuwachs gibt oder nicht (vgl. Innenministerium M-V 2004; Verfassungsschutzbericht 2003).

³⁷ Zählt man die Einzelstraftaten zusammen, erhält man eine Summe von 251, diese entspricht nicht der angegebenen Anzahl der Gesamtstraftaten von 253, dies ist aber so dem Verfassungsschutzbericht entnommen.

gendliche oder Heranwachsende (vgl. Innenministerium M-V 2004; Verfassungsschutzbericht 2003).

Den Angaben des Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr

Abb. 66: Politische motivierte Kriminalität mit rechtem Hintergrund in M-V 1998 bis 2003



Quelle: www.verfassungsschutz-mv.de/naeas/archiv.htm

wie vor das besondere Ausmaß des Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern auf. Im Bundesdurchschnitt wurden im Jahr 2003 durchschnittlich 8,4 Straftaten mit rechtem Hintergrund je 100.000 Einwohner registriert. In M-V liegt diese Quote demgegenüber etwa doppelt so hoch. Bei den rechten Gewalttaten ist die Quote in M-V mit 1,85 Gewalttaten je 100.000 Einwohner fast dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Diese Quoten sind keine neue Entwicklung, sondern lassen sich seit den frühen 90er Jahren im Ost-Westvergleich verzeichnen.

Insgesamt muss in diesem Bereich der rechten und rechtsextremen Kriminalität allerdings wohl auch von einer beachtlichen Dunkelziffer ausgegangen werden.

2.2. Organisationsformen rechtsextremer Jugendlicher in Rostock

Die rechte Jugendszene ist weder ein konsistenter und homogener sozialer und organisatorischer Zusammenhang, noch ein einheitlicher jugendkultureller Gruppenstil. Die Strukturen und Erscheinungsformen der rechten Jugendszene spiegeln vielmehr dieselben gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse wie die Jugendphase insgesamt. Das heißt, auch die rechte Jugendszene ist durch Ausdifferenzierung und Pluralisierung, durch Individualisierungsprozesse, durch Kommerzialisierung und Mediatisierung gekennzeichnet wie alle anderen Jugendkulturen auch. Zugleich gibt es auch in der rechten Jugendszene die Ambivalenz zwischen den Bemühungen um jugendkulturelle Autonomie und Abgrenzung einerseits und den Versuchen der Instrumentali-

2003 ist zu entnehmen, dass die rechtsextreme Szene in und um Rostock als eine der aktivsten Szenen des Landes gilt (vgl. Innenministerium M-V 2004). Für den Phänomenbereich „rechts“ wurden in Rostock im Jahr 2003 63 Tatverdächtige (25 aufgeklärte Fälle) im Alter von 14-21 Jahren registriert (Polizeidirektion Rostock 2003). 80 Prozent der rechts politisch motivierten Straftaten, so die Polizeidirektion Rostock, sind in Rostock Propagandadelikte nach den §§ 86, 86a (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) und § 130 (Volksverhetzung) des StGB.

Im Vergleich mit bundesweiten Daten zu rechtsextremen Straf- und Gewalttaten fällt nach

sierung und Funktionalisierung von jugendkulturellen Erscheinungsformen durch rechtsextreme Erwachsenenorganisationen (Parteien, Verbände usw.).

Innerhalb der Jugendszene müssen also verschiedene Grade der Identifikation und Mitwirkung an rechtsextremen Erscheinungsformen ebenso differenziert werden wie unterschiedliche Gruppenstrukturen und Organisationsformen.

So sind oftmals rechte Symbole und rechte Musik innerhalb der Alltagskulturen der Jugendszenen weit verbreitet, ohne dass alle diese Jugendlichen rechtsextreme Orientierungsmuster aufweisen. Andererseits zeigen die zahlreichen Jugendstudien, dass unter Jugendlichen rechte Orientierungsmuster (autoritative, nationalistische, ausländerfeindliche, gewaltbereite) oft weit verbreitet sind. Im bundesweiten Vergleich weisen dabei kontinuierlich seit Anfang der 90er Jahre insbesondere die ostdeutschen Jugendlichen jeweils höhere Zustimmungsraten zu rechten Orientierungen auf. Allerdings nehmen diese Unterschiede in den letzten Jahren langsam ab. Eine weitere Stufe sind (zumeist männlich dominierte) rechte Jugendcliquen, deren Mitglieder sich durch explizite rechtsextreme Orientierungen auszeichnen und die aus dem Cliquenzusammenhang oft durch rechtsorientierte Handlungen und bisweilen auch Straftaten auffallen. Rechte Jugendcliquen sind informelle Zusammenschlüsse, die auf den Nachbarschaftskontakten im Stadtteil basieren. Über einzelne überzeugte und engagierte Mitglieder in den Cliquen können dabei aber auch Kontakte zu rechten Organisationen und Parteien entstehen. Neben diesen eher informellen Strukturen existiert zugleich das Netz der organisierten rechtsextremen Szene. Die Szene ist indes hochgradig heterogen und zersplittert und stellt keinen konsistenten organisatorischen Zusammenhang dar. Unterscheiden lassen sich hier die Formen rechtsextremer Jugendkulturen zum einen und das Netz der rechtsextremen Verbände, Organisationen und Parteien zum Anderen.

Zur Szene der Jugendkultur auf der Basis rechtsextremer Gruppenstile lassen sich vor allem die rechtsextreme Skinhead-Szene, die rechten Kameradschaften sowie die Gruppierungen der rechten Esoterik im Kontext des neugermanischen Heidentums rechnen. Darüber hinaus gibt es in den letzten Jahren verstärkt Bemühungen der rechten Szene, auch in anderen jugendkulturellen Szenen Jugendliche zu rekrutieren: z.B. in der Dark-Wave-Szene, Black-Metal-Szene u.a.

Das Netz der rechtsextremen Verbände und Parteien in der Bundesrepublik ist dabei überaus vielschichtig und unübersichtlich. Neben den drei traditionell bundesweit vertretenen rechtsextremen Parteien (NPD, DVU, Republikaner) entstehen immer wieder kleinere Splitterparteien mit teilweise explizit neonazistischer Programmatik.

Die rechtsextremen Kameradschaften erwiesen sich in diesem Zusammenhang gewissermaßen als Zwitterwesen: Sie basieren zum einen auf den soziologischen Strukturmerkmalen einer typischen, männlich dominierten Unterschicht-Jugendkultur (informelle Struktur, Primärgruppenbeziehungen, solidarische Zusammenhänge, Gewaltbereitschaft, Männlichkeitsethos), zum anderen verfolgen sie aber im Kontext dieser informellen Struktur explizit politische Intentionen. Diese Doppelstruktur schafft offenbar stärker als in der Skinheadszenen systematisch Anknüpfungspunkte an das rechtsextreme Parteiensystem (v.a. NPD).

Das Innenministerium schätzt im Rahmen seiner Systematik für das Jahr 2002/2003 die Szene der rechten Skinheads sowie der sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten in Rostock auf ca. 80 Personen. Rund 60 Personen werden der

Gruppe der so genannten Neonazis³⁸ in Rostock zugerechnet. Beide Gruppierungen werden zumeist über die rechtsextremistischen Aktionen der seit Ende 2002 in Erscheinung tretenden „Aktionsgruppe Rostock“ (AGR) aktiv bzw. bei der „Festungsstadt Rostock“, die nach der Zerschlagung der Kameradschaft „Bund deutscher Kameraden“ (Ende 2001) auch den informellen Status einer Kameradschaft besitzt. Nach Angaben des Innenministeriums und der Polizeidirektion Rostock ist der AGR ein aktiver Kern von 10 bis 15 Personen zuzurechnen und gehört zu den acht aktivsten Gruppen im Land. Nach Angaben des Verfassungsschutzes unterhält die AGR Verbindungen zu Rechtsextremisten im gesamten Bundesland und vereinzelt auch zu anderen Ländern der EU oder sogar in die USA. Weitere Rechtsextremisten treten regelmäßig bei Demonstrationen in Rostock und in anderen Bundesländern unter Transparenten wie „Rostocker Widerstandsbund“, „Nationaler Widerstand Rostock“ oder „Arischer Widerstand Rostock“ auf. Sie beteiligen sich überregional mit Kameraden aus Bad Doberan und anderen Bundesländern an bundesweiten Demonstrationen: so etwa am 16. August, dem jährlichen Rudolf Hess Gedenkmarsch in Wunsiedel; am 15. November 2003 in Halbe anlässlich des „Heldengedenkmarsches“ oder an den Aktionen gegen die Wehrmachtsausstellung u. a. am 31.01. 2004 und 27.03. 2004 in Hamburg (vgl. Innenministerium M-V 2004).

Eine ähnlich offen nationalistisch auftretende Gruppe, die nach Einschätzung der Polizeiinspektion ca. 5-6 Personen umfasst, ist die „Hate-Crew 88“. Die Gruppe tritt bisweilen zu einschlägigen Anlässen, Demonstrationen oder im Internet öffentlich auf, agiert ansonsten jedoch eher verdeckt in Privatwohnungen (vgl. ebd.). Eine Gruppe, die nach Angaben von Experten zwischen rechter Kameradschaft und rechter Jugendclique einzuordnen ist, sind die „silbernen Wölfe“, die teilweise in Rostock aktiv ist. Andere informelle jugendliche Gruppierungen der rechten Szene in Rostock sind im Nordosten und im Nordwesten der Stadt zu finden.

Vor allem in den Sommermonaten werden informelle, zumeist jugendliche Gruppierungen am Warnemünder Strand oder in der Südstadt auf Spielplätzen und auf der Skaterbahn beobachtet. In diesem Zusammenhang kann von einer rechtsextrem geprägten Jugendkultur bzw. von rechten Jugendcliquen gesprochen werden. Quantitativ lässt sich die Stärke dieser Cliquen nicht bestimmen. Typisch ist für diese informelle rechte Jugendszene, wie auch im bundesweiten Trend, dass sich verschiedene jugendkulturelle Stile, Musikrichtungen, Symbolwelten oder Kleidungsstile mischen.

Rechtsextreme Musik ist ein wesentlicher identitätsstiftender Faktor für die rechte Jugendszene. Rassistische, gewaltverherrlichende und neonazistische Texte spiegeln nicht nur Selbstverständnis und Lebensart der rechtsextremen Jugendszene wider, sie erreichen über rechte Rockmusik auch zunehmend nicht-rechte Jugendliche, die mit dem neonazistischen Gedankengut vertraut gemacht werden sollen. Eine der bekanntesten rechtsextremen Musikbands ist die Rostocker Band „Nordmacht“.

Die rechte Szene profitiert insgesamt von dem Trend zur Mediatisierung jugendlicher Freizeit und der Jugendkulturen. Dazu nutzt sie das ganze Arsenal an Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsmedien, die auch sonst unter Jugendlichen

³⁸ Nach dem Verständnis von Polizei und Verfassungsschutz ist die Unterscheidung zwischen "Neonazis" und "Skinheads" auf den politischen Hintergrund der strafrechtlichen Auffälligkeiten zurück zu führen. "Skins" werden als Mitglieder einer rechten Subkultur verstanden, die durch übermäßiges Alkohol trinken, Randalen und gewalttätige Auseinandersetzungen auffallen, während "Neonazis" verbotenes Gedankengut verbreiten und damit verfassungsrechtlichen Grundsätzen widersprechen. "Neonazis" sind häufig äußerlich nicht auffällig bzw. auffallend. Die Grenzen zwischen der Neonaziszene und z. T. gewaltbereiten, subkulturellen Skinheadszenen sind fließend.

zu finden sind: z.B. Flyer, Plakate, CD's sowie das Internet, Handys, SMS oder auch das sog. ‚freie Infotelefon‘, das von Rostocker Neo-Nazis betrieben wird. Das ‚Infotelefon‘ ist eine Kommunikations- und Vernetzungsplattform norddeutscher Neo-Nazis, die in den Aktionsbund Norddeutschland eingebunden ist und von Hamburg aus organisiert wird. Bücher, Zeitschriften, indizierte CD's und Kleidung für die rechtsextreme Szene werden dabei im eigenen rechtsextremistischen Versandhandel (Parchim: BOT-Versand; Grevesmühlen: TTV- Versand, V7- Versand) oder in rechtsextremen Szeneläden verkauft. Auch in Rostock gibt es einen Szeneladen namens „Last Resort“ (Innenministerium M-V, 2004).

Manifeste öffentliche Treffpunkte jugendlicher Rechtsextremisten sind in Rostock nicht auszumachen. Zu beobachten ist tendenziell eher eine Verlagerung der Szene vom öffentlichen Raum in den privaten Bereich. Bisweilen werden öffentliche Räume in Gaststätten oder Jugendclubs für private Feiern, Musikveranstaltungen oder auch für Kameradschaftsabende und Informationsveranstaltungen im Vorfeld rechter Aktionen angemietet. Neben den bereits erwähnten einschlägigen öffentlichen Veranstaltungen, treffen sich nach Angaben des Verfassungsschutzes Anhänger der örtlichen Skinhead- und Neonaziszene zu rechtssymbolischen Veranstaltungen, wie den „Sommer- und Wintersonnenwendfeiern“, zu „Führergeburtstagsfeiern“ oder zum Todestag des Nationalsozialisten Horst Wessel (23.02.). Weitere öffentliche Aktivitäten der rechten Szene in der Hansestadt Rostock für das Jahr 2003 waren Demonstrationen, die sich u.a. gegen den Irakkrieg richteten (am 20.03.03 mit ca. 97 Teilnehmern) oder anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Rostocks am 24.04. 1942 (ca. 150 Teilnehmer) stattfanden (vgl. Innenministerium M-V 2004).

Auf parteipolitischer Ebene sind jugendliche Rechtsextremisten bisher nur in bestimmten Kreisverbänden der NPD wie denen in Stralsund, Greifswald und Waren aktiv geworden. Bisher galt der NPD Kreisverband Rostock nur als wenig aktiv, was sich nach den Angaben des Innenministerium M-V (30.09.04) im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen von NPD in Sachsen und DVU in Brandenburg in Zukunft ändern könnte. So ist u. a. ein gestiegenes Interesse der Bürger an den Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen zu beobachten. Bekannte rechte Akteure treten offenbar in die NPD ein, um die Zusammenarbeit von Neonazis und der rechtsextremen Parteiszene zu verstärken.

Bundesweit ist ein offensichtlicher Wandel im äußeren Erscheinungsbild junger Rechtsextremisten zu beobachten. Das Bild vom „klassischen Neonazi-Skinhead“ der frühen 90er mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln ist weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden. Rechtsextreme kleiden sich heute eher sportlich modern und übernehmen dabei auch gern Kleidungsstile sowie Symbole alternativer und linker Jugendkulturen. Sehr beliebt ist dabei die Kleidung aus der Hip- Hop-, Hardcore- oder Metal-Szene; Schmuck und andere Accessoires oder Tätowierungen, die um codierte Symbole und Elemente, z. B. bestimmte Zahlencodes oder Runen der germanischen Mythologie erweitert werden. Eine als rechts bekannte Kleidermarke ist „Thor-Steinar“, die in Königswusterhausen von Mitgliedern der rechtsextremen Szene für die rechtsextreme Szene hergestellt wird. Insgesamt ist wohl eine Verschiebung von parteipolitisch organisierten rechtsextremen Jugendlichen zu freien Bündnissen und Kameradschaften zu beobachten. Außerdem treten die entsprechenden Akteure weniger gewaltbereit und auffällig in der Öffentlichkeit auf, um auf der Ebene der gewaltfreien Agitation und politischer Diskussion Einfluss in

der Ebene der gewaltfreien Agitation und politischer Diskussion Einfluss in der Gesellschaft zu erlangen.

2.3. Angebotsstruktur und Gestaltungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in Rostock

In Rostock bieten einige Träger und Vereine Präventionsangebote und Projekte im Rahmen der Vermeidung jugendspezifischen Rechtsextremismus an. Eine hohe Bedeutung wird dabei u.a. der RAA e.V., Lobby e.V., Bunt statt Braun e.V., soziale Bildung e.V. oder dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) beigemessen. Zusätzlich integrieren viele Träger der Kinder- und Jugendhilfe diesbezügliche Aspekte in ihre regelmäßigen Angebote oder beteiligen sich vereinzelt an Projektinitiativen wie Xenos oder Civitas.

Die Zielstellung aller Angebote und Projekte in diesem Bereich beinhaltet ungeachtet divergierender Zielgruppen und pädagogisch-didaktischer Vorgehensweisen (Arbeitsgruppen, Seminare, Tagungen) eine Sensibilisierung der Teilnehmer gegenüber dem Thema Rechtsextremismus und zielt auf einen eigenverantwortlichen, kritisch-reflexiven Umgang damit. Die Maßnahmen dienen der Wahrnehmungsförderung und der Entwicklung von Verhaltensstrategien gegenüber rechtsextremem Gedankengut. Weiterhin nehmen die Begegnung und der Austausch mit Anderen oder die Auseinandersetzung mit Opfern rechter Gewalt einen zentralen Stellenwert der jugendpädagogischen Arbeit in diesem Zusammenhang ein. Rechten Ideologien und Angeboten soll damit frühzeitig die Agitationsgrundlage entzogen werden. Die Mehrzahl der Vereine hält eine primär-präventive Arbeit für einen zentralen Ansatzpunkt, die möglichst früh und möglichst differenziert in allen öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ansetzen sollte (Kindertagesbetreuung, Schule, Hort, Jugendarbeit usw.). Zur Erarbeitung und Durchführung von angemessenen präventiven Projekten spielt die Vernetzung der Träger und Vereine untereinander eine zentrale Rolle. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt stellt in Bezug darauf die Schulung von Multiplikatoren dar, die entsprechende Inhalte und Impulse in ihren jeweiligen Institutionen nachhaltig implementieren können. Das setzt allerdings die Vermittlung von einer grundlegenden Sach- und Methodenkompetenz voraus und zwingt die Träger von Weiterbildungsangeboten zu einer umfassenden und aktuellen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und gegenwärtigen Entwicklungen (s.o.).

Wünschenswert ist eine kontinuierliche finanzielle Planungssicherheit für die einschlägigen Träger und Vereine im Bereich zivilgesellschaftlicher Initiativen und demokratischer Bildungsarbeit, die sich langfristig und nachhaltig mit dem Thema Rechtsextremismus und rechten Orientierungen Jugendlicher auseinandersetzen. Als Problem erscheint nach wie vor die Kurzatmigkeit der Förderstrukturen auf diesem Feld der politischen Jugendbildung. Das zeitweise Ausbleiben spektakulärer Ereignisse und Gewalttaten führte in der Vergangenheit regelmäßig zu einer Kürzung oder Einstellung der Förderinstrumente. Rechtsextremismus ist aber kein Grippevirus, sondern eher eine chronische Gefährdung demokratischer Kultur. Jugendliche werden nicht als Demokraten geboren, sondern müssen demokratisch erzogen und gebildet werden. Diese Anforderungen an eine demokratische politische Bildung stellen sich dabei kontrazyklisch zu wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand. Gerade in Zeiten zugespitzter sozialer und ökonomischer Probleme müssen die Anstrengungen

um eine demokratische politische Bildung der Kinder und Jugendlichen ernst genommen werden. Der Rückgang der Zahlen im Bereich politisch motivierter Straftaten im Phänomenbereich „rechts“ (s.o.) sollte nicht zum Anlass genommen werden, das Problem rechtsextremer Jugendlicher leichtfertig zu bagatellisieren. Die Erfolge der Rechtsextremen in Sachsen und Brandenburg zeigen vielmehr zunehmend die politische Dimension des Problems. Allein kriminalpräventive oder kriminalpädagogische Konzepte als Reaktion auf (jugendlichen) Rechtsextremismus greifen hier offensichtlich zu kurz. Die politische Bildung in Deutschland (insbesondere für Kinder und Jugendliche) erweist sich bisher als offensichtlicher Schwachpunkt in dieser Auseinandersetzung – und das gilt in besonderer Weise für die Schule, aber auch für die außerschulische Jugendbildung. Hier gilt es neue attraktive Konzepte zu entwickeln, die nicht nur auf kognitive Wissensvermittlung setzen, sondern die Demokratie, demokratische Kultur, humanistische Werte, Zivilgesellschaft und politische Partizipation für Kinder und Jugendliche erlebbar und erfahrbar machen. Dazu gehört gerade auch eine vielschichtige, bunte und manchmal auch unbequeme jugendkulturelle Szene in der Stadt. Politische Partizipation von Jugendlichen vollzieht sich kaum durch die Integration von Jung-Funktionären in symbolische Surrogatformen der Erwachsenenwelt (z.B. Jugendparlamente). Politische Partizipation von Jugendlichen hat vielmehr oft genug den Charakter eines Generationenkonflikts, in dem jeweils auch neue, experimentelle und manchmal innovative Interessen und Anliegen der jungen Generation auch konflikthaft und unbequem geltend gemacht werden.

Die Initiativen und Verbände in Rostock, die sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen und für zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Stadt engagieren (s.o.), liefern dazu bereits ein vielschichtiges und attraktives Setting, das sich vor allem auch dadurch auszeichnet, dass immer wieder auch mit neuen Konzepten und methodisch-didaktischen Ansätzen experimentiert wird. Erfolge können in diesem Bereich nur durch nachhaltige Arbeit erreicht werden und das heißt, dass den entsprechenden Einrichtungen und Initiativen auch Planungssicherheit und Kontinuität gewährleistet wird.

3. Suchtverhalten und Drogenkonsum bei Kindern und Jugendlichen in Rostock

3.1. Risikoverhalten Jugendlicher in der Adoleszenz

Der soziale und kulturelle Wandel innerhalb der Lebensphase Jugend hat in den letzten Jahrzehnten zu einer tiefgreifenden Veränderung in den Altersnormen und Altersrechten sowie in den Erfahrungs- und Handlungsräumen von Jugendlichen geführt. Dieser Prozess ging einher mit einer weitreichenden Freisetzung der Jugendkulturen und ihrer Lebensstile. Generell lässt sich sagen, dass Erfahrungen und Handlungsräume, die in der Vergangenheit jeweils Heranwachsenden oder Erwachsenen vorbehalten waren, heute immer jüngeren Altersgruppen offen stehen. Das betrifft sowohl den Konsum, wie die öffentlichen kommerziellen Freizeiträume, den Bereich geschlechtlicher Beziehungen und die Sexualität. Das gilt aber auch für den Bereich der Genussmittel und der Drogen.

Diese Entwicklung muss keineswegs als durchweg negativ und generell problematisch betrachtet werden. Ging sie doch auch einher mit einem Wandel im Generationenverhältnis und in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Erziehung ist

heute tendenziell liberaler und demokratischer. Eltern und Kinder begegnen sich heute, im Vergleich zu früher, eher in einem vertrauensvollen, offenen Verhältnis. Über Probleme und heikle Themen wird wesentlich offener geredet als früher. Aus dem ehemals hierarchischen elterlichen Befehlshaushalt ist tendenziell ein partnerschaftlicher Verhandlungshaushalt geworden, in dem sich die Generationen eher wechselseitig respektieren und achten.

Kinder und Jugendliche lernen heute auch früher und selbstverständlicher, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich souverän mit den verschiedenen Risiken und Gefahren der Konsum- und Mediengesellschaft kritisch auseinanderzusetzen. Allerdings bedeutet das zugleich, dass die Anforderungen an Kinder und Jugendliche heute größer sind als früher. Die Freizeit-, Medien- und Konsumgesellschaft fordert eben keinen vollständigen Verzicht auf alle Lustbarkeiten, Genüsse und Triebenergien. Auch sind freizügige, genussorientierte und hedonistische Erfahrungen und Lebensstile nicht mehr durch religiöse oder staatliche Normen und Werte tabuisiert. Das Leitbild ist heute eher der freizeitorientierte, gesellige und konsumfreudige Jugendliche, der im Kreis seiner Peer Group einen lustvollen, zugleich aber gemäßigten und selbstverantwortlichen Hedonismus lebt.

Die Pubertät und die Jugendphase ist deshalb für die meisten Jugendlichen zu einer Experimentierphase geworden, in der sie mit ästhetischen, kulturellen und sozialen Erfahrungen, Beziehungen und Lebensformen experimentieren. Identitätsbildung vollzieht sich hier als Auseinandersetzung der eigenen Bedürfnisse, Neigungen und Interessen mit den sozialen und gesellschaftlichen Erwartungen, aber auch als Auseinandersetzung mit den Verheißungen, Verlockungen und Versprechungen der Konsum-, Freizeit- und Kulturindustrie. Dazu gehört insbesondere auch das Ausprobieren und Austesten von Grenzerfahrungen und Grenzüberschreitungen – Grenzen des eigenen Ichs und der eigenen Persönlichkeit, aber auch die normativen Grenzen gesellschaftlicher Konventionen.

Zu den Entwicklungsaufgaben im Jugendalter gehört es heute mithin, einen kulturellen Lebensstil auszubilden, in dem lust- und genussorientierte Bedürfnisbefriedigung im Spannungsverhältnis mit den gesundheitlichen, psychischen und sozialen Risiken ausbalanciert werden. Jugendliche sind mithin gezwungen Selbstkontrollinstanzen aufzubauen, die es ihnen erlauben, bewusst gewählte und latent vorhandene Risiken der alltäglichen Lebensführung abzuschätzen und in die Handlungsmuster und kulturellen Ausdrucksformen des eigenen Lebensstils einzubauen.

In der Jugendforschung wird dieses Experimentieren mit Grenzerfahrungen bisweilen als jugendliches Risikoverhalten beschrieben. Das umfasst sowohl bestimmte Sportarten (z.B. Bungee-Jumping), wie auch riskantes Moped-, Motorrad- oder Autofahren, das schließt den Abenteuerurlaub ebenso ein, wie die Erfahrung mit der eigenen Körperlichkeit in Hooligan-Cliquen oder Fußball-Fan-Cliquen, beim Dauer-Rave in der Techno-Szene oder auch das Experiment mit hochriskanten Freizeitformen wie S-Bahn-Surfen u.ä. – Jugendspezifische Risikoformen sind dabei insbesondere durch ihren gruppen- und cliquenspezifischen Kontext geprägt, in denen es um das Ausprobieren und die sinnliche Erfahrbarkeit expressiver Situationen und Zustände geht. Im Zusammenhang mit dieser experimentellen Suche nach Intensität und Grenzerfahrungen spielen insbesondere auch die Genussmittel und Drogen eine zentrale Rolle: Zigaretten, Alkohol, oder psychoaktive und illegale Drogen wie Cannabis, Ecstasy u.a.

3.2. Alkohol-, Nikotin- und Drogenkonsum Jugendlicher in Rostock

Psychoaktive Genussmittel und Drogen sind keine spezifische Thematik des Jugendalters, sondern kommen zu allen Zeiten in allen Altersgruppen, Kulturen und Gesellschaften vor. Jede Kultur definiert jeweils spezifische legale und illegale Drogen. Die Frage der Legalität oder Illegalität sagt dabei nichts über die Gefährlichkeit und die möglichen Folgeprobleme des Drogenkonsums. So entsteht in der Bundesrepublik traditionell der größte volkswirtschaftliche wie gesundheitliche Schaden für die Bevölkerung nicht durch illegale Drogen, sondern durch Alkohol, Tabak und Medikamente.

Der Elfte Jugendbericht geht davon aus, dass in Deutschland rund 3-4 Millionen Kinder und Jugendliche in Familien aufwachsen, in denen mindestens ein Elternteil von einem Suchtmittelproblem betroffen ist (v.a. Alkohol). Das wären demnach zwischen 16% und 22% der entsprechenden Haushalte mit Kindern – etwa jedes fünfte Kind. Diese Zahlen sind nicht nur wegen der jeweils akuten Problematik im familiären Kontext bedeutsam, sondern auch, weil das Genuss- und Suchtmittelverhalten der Eltern ein entscheidender Indikator auch für die späteren Handlungsmuster der Kinder ist – etwa für die Akzeptanz des Rauchens. Rund 35% der Jugendlichen rauchen heute täglich Zigaretten, wobei Hauptschüler deutlich mehr rauchen als Gymnasiasten und der Anteil der jugendlichen Raucher in Ostdeutschland etwas höher ist als in Westdeutschland. Für Rostock sind keine repräsentativen Daten zum Rauchverhalten Jugendlicher vorhanden, wohl aber zu Mecklenburg-Vorpommern: Demnach rauchen rund 50% der Schülerinnen und Schüler in M-V täglich Zigaretten; 42% der Jugendlichen sind demgegenüber Nichtraucher. Jeder dritte Schüler hat bereits vor dem 11. Lebensjahr erste Erfahrungen mit dem Rauchen gemacht. Die Risiken gelegentlichen Rauchens werden von den Jugendlichen eher gering geschätzt. Etwa die Hälfte sieht kein oder nur ein leichtes Risiko. Dagegen gehen mehr als 70% der Jugendlichen in M-V davon aus, dass täglicher Tabakkonsum ein großes gesundheitliches Risiko darstellt.

Zwischen 50 und 60% der bundesdeutschen Jugendlichen gaben in der europäischen Schülerstudie (2004) an, innerhalb der letzten vier Wochen Alkohol getrunken zu haben. Besonders beliebt waren dabei die Alkopops (63%), gefolgt von Bier (56%) und Spirituosen (51%)³⁹. 18% der Jungen und 9% der Mädchen gelten dabei als häufige Konsumenten (mehr als 10x im Monat). In M-V liegt der häufige Konsum von Alkohol dabei unter dem Bundesdurchschnitt: 13% der Jungen und 6,7% der Mädchen haben in den letzten 30 Tagen mehr als 10x Alkohol getrunken. Nur 1% der Schüler hat in Mecklenburg noch nie im Leben Alkohol getrunken; innerhalb des letzten Monats waren 13% gegenüber dem Alkohol abstinent (Kraus u.a. 2004, 58ff.).

Der Alkoholkonsum der Schülerinnen und Schüler findet überwiegend in häuslicher Umgebung statt. Rund 60% geben als Ort des Trinkens das eigene Zuhause oder das Zuhause von Anderen an. Die Präferenzen bei den Alkoholsorten entsprechen in etwa dem Bundesdurchschnitt.

Eine Zusatzbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bei Jugendlichen ergab, dass rund 80 % der 14- bis 17jährigen wissen, dass Bier- und Weinmixgetränke nicht an Jugendliche unter 16 Jahren und Spirituosenmixgetränke

³⁹ Konsum in den letzten 30 Tagen vor der Erhebung.

nicht an Jugendliche unter 18 Jahren abgegeben werden dürfen. Dieses Wissen hindert viele Jugendliche aber weder am Konsum von Alkopops noch am Konsum anderer alkoholischer Getränke (BZgA 2004b). Über die Hälfte der befragten Jugendlichen erwarten durch den Konsum alkoholischer Getränke Spaß, größere Geselligkeit sowie eine Zunahme von Glücksgefühlen und Entspannung (vgl. Drogenbeauftragte 2004, 20f.).

Der Boom bei den sog. Alkopops hat die Diskussion um den Drogenkonsum Jugendlicher im letzten Jahr belebt. Alkopops erwiesen sich als ausgesprochen ‚jugendliche‘ Genussmittel, die aufgrund ihrer poppigen und trendigen Marketings, ihres Zuckergehalts und der Verschleierung ihres Alkoholgehalts bei Jugendlichen großer Beliebtheit erfreuen. Der Konsum dieser alkoholhaltigen Getränke erfolgt dabei oft in großen Mengen und häufig bis zum Alkoholrausch. Aktuelle Ergebnisse der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung machen auf die Gefahr aufmerksam, die von Alkopops ausgeht. Fast die Hälfte aller 14 bis 29jährigen trinken mindestens einmal im Monat diese Getränke. Der Verkauf hat sich von 1998 auf 2003 vervierfacht. Die Studie warnt insbesondere vor dem hohen Gewöhnungsgrad für Kinder und Jugendliche. Die Bundesregierung hat 2004 mit einer Zusatzsteuer auf die Alkopops reagiert und eine deutlichere Kennzeichnung der Altersbegrenzung auf den Flaschen durchgesetzt. Dennoch sind die Getränke in den Jugendszenen nach wie vor verfügbar und beliebt. Notwendig erscheint deshalb wie bisher, den Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen nicht zu bagatellisieren und insbesondere die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes, die das Abgabeverbot von spirituosenhaltigen Alkopops an Jugendliche unter 18 Jahre festlegt, zukünftig stärker durchzusetzen und zu kontrollieren (vgl. ebd.). Neben den unmittelbaren gesundheitlichen Auswirkungen einer Alkoholabhängigkeit gilt immer noch die Erkenntnis, dass vor allem die legalen Suchtmittel Tabak und Alkohol Einstiegsdrogen für Jugendliche in eine Suchtkarriere sind.

Der Genuss illegaler Drogen ist in unserer Gesellschaft anders als bei Alkohol und Tabak seit den 60er Jahren ein typisches jugendkulturelles Phänomen. Rund 33% der Jugendlichen – also jeder Dritte – bekennen, wenigstens einmal in ihrem Leben illegale Drogen ausprobiert zu haben – vorrangig Cannabisprodukte (31%). Nur 5% der Jugendlichen haben schon einmal andere illegale Drogen ausprobiert. Aber auch das Haschischrauchen ist unter den Jugendlichen eine eher seltene Erfahrung. Nur 5% der Jugendlichen gaben an, innerhalb des letzten Monats mehr als einmal Cannabis geraucht zu haben. In Mecklenburg sind die Cannabis-Erfahrungen der Jugendlichen im Bundesvergleich relativ hoch: So gaben 32,2% der Jugendlichen an, schon einmal Erfahrungen mit Cannabis gemacht zu haben; fast jeder vierte Jugendliche (23,2%) innerhalb der letzten 12 Monate und 12,3% innerhalb der letzten vier Wochen (Kraus u.a. 2004, 242f.).

Die aktuelle Modedroge Ecstasy hat in den letzten Jahren zwar an Bedeutung gewonnen. Ihr nachweisbarer Anteil am Drogenkonsum von Jugendlichen geht den Umfragen zufolge aber nicht über 4% hinaus (vgl. BMFSFJ 2002, 221). In der europäischen Schülerstudie bekannten 9,2% der Jugendlichen aus M-V, Erfahrungen mit Ecstasy gemacht zu haben (Kraus u.a. 2004, 242).

Anders als bei Zigaretten und Alkohol sind es quantitativ fast ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene, die die verschiedenen illegalen Suchtmittel nutzen. Und: der Konsum bleibt in der Regel auch auf die Jugendphase und Postadoleszenz

begrenzt. Illegaler Drogenkonsum steht also offenbar in einem engen strukturellen Zusammenhang mit kulturellen Ausdrucksformen und Entwicklungsprozessen der Jugendphase. Eine Ausnahme bilden in diesem Zusammenhang die harten Drogen wie Heroin und die Mittelschichtdroge Kokain. Die physische Abhängigkeit von diesen harten Suchtmitteln reicht häufig auch in das Erwachsenenalter hinein. Zudem sind es gerade die sozialen Folgeprobleme dieser harten illegalen Drogen (Drogenkarrieren, Drogenszenen, Drogentote), die wesentlich zu den hartnäckigen gesellschaftlichen und kulturellen Stereotypen gegenüber allen Formen illegaler Drogen beitragen.

Der Konsum von illegalen Drogen enthält für Jugendliche ein doppeltes Risiko: Zum Einen bestehen die Gefahren gesundheitlicher bzw. psychischer Schädigungen durch die verschiedenen Suchtstoffe. Zum Anderen besteht in Zusammenhang mit illegalen Drogen vor allem auch ein soziales Risiko der Kriminalisierung. Bei einigen Suchtmitteln – insbesondere den Cannabisprodukten – sind vermutlich die sozialen Gefahren durch Kriminalisierung wesentlich größer als die gesundheitlichen Risiken des Genusses.

Im Folgenden soll die Entwicklung des Drogenkonsums und Suchtverhaltens von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Rostock beleuchtet sowie ein Überblick über das Hilfesystem im Bereich Sucht und Drogen der Stadt Rostock geben werden. Die Daten stützen sich auf die Erkenntnisse und Statistiken des Gesundheitsamtes in der Hansestadt, auf die Studie über die Lebenslagen und Lebensverhältnisse der 10-14-jährigen in Mecklenburg-Vorpommern sowie auf trägerspezifischen Statistiken aus dem Umfeld der die Rostocker Sucht- und Drogenhilfe. Die quantitativen Daten werden ergänzt durch die Befunde und Erfahrungen aus den Experteninterviews.

Für Rostock kann auf der Basis quantitativer Daten nur ein Ausschnitt des jugendlichen Drogenkonsums betrachtet werden, da es dazu keine übergreifende kommunale Statistik gibt. Insofern liegen vor allem Daten aus den Einrichtungen der Sucht- und Drogenhilfe vor, die aber ausschließlich die Klientel des Hilfesystems erfassen. Ein großer Bereich des Drogenkonsums von Kindern und Jugendlichen fällt in den Dunkelfeldbereich.

Insgesamt wurden die drei Beratungs-, Informations- und Vermittlungsangebote in Rostock⁴⁰ im Jahr 2003 von 1.864 Personen frequentiert, davon waren 462 Personen (ca. ein Viertel) im Alter von 14 bis 29 Jahren. Im Einzelnen stellt sich der Drogenkonsum junger Menschen in Rostock auf der Basis dieser Klientel wie folgt dar: Von den Klienten im Alter von 14 bis 29 Jahren konsumieren 35% Alkohol, 19% Cannabis, 6% Kokain und 5% Opiate. Unterscheiden muss man dabei zwischen den legalen Substanzen Alkohol und Nikotin und den illegalen Drogen Cannabis, Kokain und den Opiaten wie beispielsweise Heroin.

Nach den Erfahrungen des Gesundheitsamtes in Rostock stellt der Alkoholkonsum junger Menschen in der Hansestadt ein ebenso großes Problem dar wie in der Bundesrepublik insgesamt, insofern werden die bundesweiten Studienergebnisse tendenziell bestätigt. Alkohol wird demnach im Vergleich zu anderen Drogen insbesondere von den über 17-jährigen am häufigsten genutzt. Außerdem beginnt der Alkoholkonsum der Jugendlichen in immer früherem Alter und die Zahl Abhängiger

⁴⁰ Die Suchtberatungs- und Behandlungsstelle der Volkssolidarität M-V, der Fachdienst Suchtkrankenhilfe der Caritas M-V und die Evangelische Suchtberatung Rostock.

unter den Jüngeren nimmt zu (Suchtkoordination 2004). Insgesamt lassen sich aus der Perspektive des Gesundheitsamtes die bundesweiten Trends bei der Zunahme riskanter Konsummuster auch in Rostock beobachten. Nach den Erfahrungen der Experten in der Hansestadt trinken sich junge Menschen mit steigendem Ausmaß Rauschzustände (binge drinking) an, was immer häufiger vor allem bei den jüngsten Jugendlichen zur Bewusstlosigkeit führt. So ist die Zahl der Einweisungen zur Entgiftung in die Universitätsklinik Rostock von 2001 auf 2002 um 50% gestiegen. In krassem Gegensatz dazu stehen Selbsteinschätzungen von Jugendlichen, die ihren Alkoholkonsum oder den von Gleichaltrigen eher bagatellisieren. So überwiegen in großem Umfang die positiven Erwartungen an den Alkoholgenuß, während die Gefahren und negativen Folgen stark negiert werden. Alkoholkonsum erweist sich so als fatale Alltagsnormalität unter den Jugendlichen – auch in Mecklenburg-Vorpommern und Rostock. Die alarmierenden Konsumzahlen verdeutlichen allerdings die zunehmende Brisanz des Themas.

Cannabis ist laut der statistischen Klientenbewertung durch die Träger im Sucht- und Drogenbereich in Rostock die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Sie steht bei den unter 17jährigen an erster Stelle. Betrachtet man bundesweite Untersuchungen nimmt Cannabis mit anteilig 90% den ersten Platz der illegal konsumierten Substanzen ein. Insbesondere in Bezug auf den Konsum von Cannabis wird die gesundheitliche Schädigung immer noch geringer eingeschätzt als bei anderen illegalen Substanzen (Drogenbeauftragte 2004, 21). Für Rostock werden diese Fehleinschätzungen bei den jungen Konsumenten ebenfalls beobachtet.

Nach Einschätzung der Experten gibt es in Rostock ca. 120 Menschen, die Kokain oder Heroin intravenös verabreichen. In etwa 50 Fällen wird unter ärztlicher Kontrolle substituiert. Im Zusammenhang mit dem Heroin- und Kokainkonsum besteht nach wie vor das größte Krankheitsrisiko. In der gesamten Bundesrepublik liegt die Zahl der dadurch verursachten Hepatitisinfektionen bei 80 bis 90% der Abhängigen. Außerdem leiden 50% der konsumierenden Frauen und 60% der Männer an schweren körperlichen und psychischen Erkrankungen (BMFSFJ 2002, 222). Positiv erscheint dagegen der Trend zu risikoärmeren Konsum harter Drogen. Der in der Hansestadt angebotene Spritzentausch wird immer öfter frequentiert. Dabei bekommen die Drogenabhängigen durch die Mitarbeiter der Sucht- und Drogenhilfe für eine alte Spritze eine neue Saubere, um so die Verbreitung von Infektionen (HIV, Hepatitis) innerhalb der Drogenszene zu minimieren.

3.3. Das Hilfenetz bei Sucht und Drogen in Rostock

Die Rostocker Experten im Bereich Sucht und Drogen betonen, dass die aktuelle Entwicklung vor allem durch die Zunahme eines kombinierten Drogenkonsums gekennzeichnet ist. Die Wechselwirkungen der verschiedenen Rauschsubstanzen sind indes für den Nutzer kaum kalkulierbar und potenzieren insgesamt die Risiken und die Gesundheitsgefährdung. Gleichwohl wird dieses Problem von den jugendlichen Konsumenten bisher weitgehend ignoriert oder gering geschätzt. Für die Arbeit im Sucht- und Drogenbereich, insbesondere für die zentrale Aufgabe der Präventionsmaßnahmen stellen sich hier neue Anforderungen, auf die auch konzeptionell reagiert werden sollte.

Aus der Sicht der Rostocker Sucht- und Drogenhilfe besuchen doppelt so viele Männer wie Frauen die Beratungsstellen. Allerdings lassen sich daraus nicht unmit-

telbar Rückschlüsse auf die Nutzerstruktur ziehen, da die Klientel im Sucht- und Drogenbereich hochgradig selektiv ist und nur einen sehr spezifischen Teil der Drogenkonsumenten oder -abhängigen insgesamt ausmacht.

Im Jahr 2003 haben weniger Klienten ihre Beratung abgeschlossen, als neue dazugekommen sind – das verweist somit auf insgesamt eher steigende Zahlen von Abhängigen. Männer beenden häufiger als Frauen ihre Beratungen vorzeitig. Dennoch ist der männliche Anteil der Klienten in den Beratungsstellen deutlich höher als der weibliche Anteil. Spezifische Angaben über die verschiedenen Altersgruppen oder jüngere Konsumenten werden in den örtlichen Statistiken der Hansestadt nicht gemacht (vgl. Suchtkoordination 2004).

Tab. 8 : Beratungsverlauf im Bereich Sucht und Drogen für Rostock

	Männer	Frauen	Gesamt
<i>Übernahmen nach 2003</i>	365	110	475
Zugänge 2003	1.005	384	1.389
Beendet 2003	925	334	1.259
nicht abgeschlossene Betreuungen	445	160	605
Gesamt	1.370	494	1.864

Quelle: Sucht- und Drogenbericht 2004, Suchtkoordination Rostock

In Bezug auf das Erstkonsumverhalten der Klienten von Rostocker Beratungsstellen wird deutlich, dass Tabak und Alkohol als Einstiegsdrogen innerhalb eines Jahres deutlichen Zuwachs erfahren haben. Dagegen hat der Stellenwert von Kokain, MDMA-Substanzen (z.B. Ecstasy), Amphetaminen und Heroin als Einstiegsdroge abgenommen. Alkohol wird die höchste Bedeutung bezüglich des Drogeneinstiegs für junge Menschen zugeschrieben.

Tab. 9: Übersicht und Entwicklung von Erstkonsumverhalten in Rostock

	Alkohol	Heroin	Canna- binoide	Benzodi- azepine	Kokain	Amphe- tamine	MDMA	Tabak
2002	207	9	42	5	27	9	12	15
2003	214	7	43	7	16	6	9	34

Sucht- und Drogenbericht 2004, Suchtkoordination Rostock (bekannt gewordene Fälle)

Im Vergleich zu anderen Großstädten von der Größe Rostocks gibt es in der Hansestadt keine ausgesprochene Drogenszene bzw. explizite öffentliche Treffpunkte. Nach der Erfahrungen der Experten hier konsumieren die meisten Menschen in ihrem privaten Umfeld. Außerdem sehen die Fachleute aus der Sucht- und Drogenhilfe für Rostock auch keinen Zusammenhang zwischen sozialen Indikatoren oder sozialer Herkunft und dem Drogenkonsum in der Stadt. Die Klienten der Beratungseinrichtungen kommen aus allen sozioökonomischen Milieus, aus verschiedenen Stadtteilen und unterschiedlichen Familienverhältnissen. Abhängigkeit kann demnach jeden treffen.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen im Bereich des Drogenkonsums, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, hat sich in Rostock insgesamt eine gute Versorgungs- und Beratungsstruktur etabliert.

Es existieren zum Zeitpunkt der Untersuchung insgesamt 19 verschiedene Angebote in den Bereichen Suchtberatung und -behandlung (4)⁴¹, Stationäre Hilfen (4)⁴², Tages- und Kontaktgestaltung (2)⁴³, Betreutes Wohnen und Nachsorge (4)⁴⁴ sowie Angebote zur Selbsthilfe (3)⁴⁵ und Suchtprävention (2)⁴⁶. Nach Einschätzung der Experten ist ein differenziertes und gut ausgebautes Hilfesystem vorhanden und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Institutionen funktioniert sehr gut.

Nachholbedarf und konzeptionelle Veränderungen werden allerdings angesichts der beschriebenen Entwicklungen für Präventionsarbeit gesehen, etwa hinsichtlich der steigenden Kombinationskonsums verschiedener Drogen, aber auch mit Blick auf das sinkende Einstiegsalter beim Rauchen. Es wird im Allgemeinen von einer dreistufigen Prävention gesprochen. Die Primärprävention setzt frühzeitig und langfristig im Vorfeld des Suchtverhaltens an. Die Sekundärprävention hat das Ziel, Drogenmissbrauch früh zu erkennen und rechtzeitig zu intervenieren. Als letzte Möglichkeit bietet sich die Tertiärprävention, welche bei manifesten Abhängigkeiten einsetzt und die Chancen auf Wiedereingliederung erhöht. Auf Bundesebene gibt es eine Vielzahl von Projekten, die Lösungen auf der Ebene der Primär- und Sekundärprävention bieten (vgl. Bundesregierung/Drogenbeauftragte 2004). Hieraus können möglicherweise konzeptionelle und strukturelle Interventionsformen für die Sucht- und Drogenhilfe in Rostock abgeleitet werden. In diesem Zusammenhang sollte der Präventionsarbeit in Schulen ein großer Stellenwert eingeräumt werden und Angebote im Bereich Fort- und Weiterbildung bereitgestellt werden, um denjenigen, die an der Erziehung und den Aufwuchsbedingungen von jungen Menschen beteiligt sind (Eltern, Lehrern, Sozialpädagogen etc.), methodische und inhaltliche Kenntnisse bzw. Fertigkeiten zu vermitteln, so dass eine frühe Intervention möglich wird. Auch für den Bereich der Sucht- und Drogenhilfe in Rostock gilt Planungs- und Handlungssicherheit als eine der grundlegenden strukturellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit, um auch zukünftig die Qualität der Hilfen zu gewährleisten, konzeptionelle Impulse im Präventionsbereich zu entwickeln und das Hilfenetz in Rostock weiter auszubauen.

4. Jugend und Sexualität (Sexualerziehung, Sexualität und soziale Probleme)

4.1. Sexualität im Jugendalter – liberal und sozial verantwortlich

Das Verhältnis der Gesellschaft zur Sexualität ist seit den 60er Jahren, sowohl in Ost wie West, durch zunehmende Liberalisierungsprozesse gekennzeichnet, die sich insbesondere auch auf die Sexualität und die Sexualerziehung im Jugendalter ausgewirkt haben. Die Liberalisierung der Sexualität in Kultur und Gesellschaft hat dabei – ungeachtet der umfassenden Kommerzialisierung des Sex – keineswegs zu einer völligen, ungezügelter Freizügigkeit (Hedonismus) im Sexualverhalten der jungen Generation geführt. Vielmehr ist Sexualität auch heute eingebettet in einen sozialen

⁴¹ Fachdienst Suchtkrankenhilfe Caritas, Suchtberatungs- und Behandlungsstelle der Volkssolidarität, die Evangelische Suchtberatung, die Drogensprechstunde der KJPP (Kinder und Jugend Psychiatrie/Psychotherapie)

⁴² Universitätsklinik (Entgiftungsstation, Kinder- und Jugendpsychiatrie), Friedrich-Petersen-Klinik (ev. Suchtkrankenhilfe), Universitäts-Kinder- und Jugendklinik

⁴³ INTHIS (Tagestreff der Volkssolidarität), Kontaktladen der Caritas

⁴⁴ Evangelische Suchtberatung, GGP, Trockendock e.V., ASB-Nachsorge

⁴⁵ Trockendock e.V., Kreuzbund e.V., Blaues Kreuz

⁴⁶ Suchtpräventionskabinett Gesundheitsamt, Sucht- und Drogenprävention der Kriminalpolizeiinspektion Rostock

und kulturellen Kontext, der von gesellschaftlichen Normen, Konventionen und auch noch vereinzelt Tabus gekennzeichnet ist. Allerdings haben sich diese Normen und moralischen Imperative doch stark pluralisiert und verflüssigt. Sexuelle Normen und Konventionen werden heute nicht mehr verbindlich und rigide von gesellschaftlichen Zentralinstanzen wie den Kirchen definiert. Der Umgang mit Sexualität ist für Jugendliche heute vielmehr zu einer gesellschaftlich akzeptierten Entwicklungsaufgabe geworden, bei der es darum geht im Verlauf der Pubertät eine eigene Geschlechtsrollenidentität zu entwickeln. Sexualität ist dabei integraler Bestandteil einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit, die die eigene Sexualität im Spannungsfeld zwischen eigenen sexuellen Bedürfnissen, sozialer Verantwortung, partnerschaftlichem Respekt und kultureller Rücksichtnahme auf andere gestaltet.

In hohem Maße bleibt Sexualität dabei auch heute eingebunden in die sozialen Erwartungen an verbindliche und verlässliche soziale Beziehungen. Freizügigkeit und Promiskuität erweisen sich in allen Jugendstudien stets als nachrangige Bedürfnisse gegenüber einer sozialetisch eingebundenen Sexualität im Rahmen sozialer Intimbeziehungen. Treue und Monogamie sind seit vielen Jahren dominierende Leitbilder innerhalb der jungen Generation.

Liberalere und verantwortliche Sexualität im Jugendalter, das umfasst aber auch die Auseinandersetzung mit den Risiken und Gefahren, die nach wie vor mit Sexualität verbunden sind: etwa ungewollte Schwangerschaften, Geschlechtskrankheiten und vor allem AIDS als potenzielle Bedrohung für eine sexuell aktive Bevölkerungsgruppe. Die Enttabuisierung sexueller Themen hat allerdings die Voraussetzungen für eine moderne, offene Sexualpädagogik sowie für ein vielschichtiges Beratungs- und Hilfeangebot in diesem Bereich geschaffen.

4.2. Jugendsexualität und Sexualpädagogik in Rostock

In Rostock gibt es eine differenzierte Angebotsstruktur im Bereich Sexualpädagogik, von themenspezifischen Projekten (etwa zu Prävention) bis zu institutionalisierten Beratungsstellen. Dazu gehören etwa: das sexualpädagogische Seminarangebot für Schulen von ‚Rat und Tat e.V.‘, die eng mit der deutschen Aidshilfe zusammenarbeiten, das Rostocker Aidszentrum, das Mobile Aufklärungsteam (MAT) zu Sexualität und Aids, ein Projekt des Sozialministeriums M-V, das regionalspezifische Angebote macht oder auch der Verein ‚Frauen helfen Frauen e.V.‘ mit der Fachberatungsstelle für sexualisierte Gewalt. Dieses Beratungszentrum umfasst auch den Frauennotruf, das Mädchenhaus SELMA und die Zeuginnenbegleitung. Hervorzuheben sind insbesondere auch die vielfältigen Angebote im Bereich der Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit für Homosexuelle.

Seit diesem Jahr (2004) werden die Angebote von ‚ProFamilia e.V.‘ zu den Bereichen Schwangerschafts- und Aidsberatung sowie zur Sexualpädagogik nicht mehr in Rostock, sondern nur noch im Landkreis Bad-Dobersan durchgeführt. Ungeachtet der inhaltlichen und strukturellen Verschiedenheiten der einzelnen Träger in diesem Bereich, weisen die Experten insbesondere auf die sehr gute Kooperation zwischen den Einrichtungen hin und betonen, dass sich die unterschiedlichen Konzepte sehr gut ergänzen.

Statistische Daten zum Sexualverhalten und den Einstellungsmustern von Jugendlichen in Rostock liegen nicht vor. Generell gelten aber, wie die Fachleute betonen, die Entwicklungen, die sich auch bundesweit in den einschlägigen Jugendstudien

abbilden lassen: Auch für die Rostocker Jugendlichen nehmen, aufgrund eines immer früher einsetzenden körperlichen Reifungsprozesses, Sexualität, sexuelle Erfahrungen und geschlechtliche Beziehungen und Partnerschaften einen deutlich höheren Stellenwert ein, als noch bei ihrer Elterngeneration. So hat der Anteil derjenigen, die im Alter von 14 bis 17 Jahren Geschlechtsverkehr haben, deutlich zugenommen. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern ebnen sich hier zunehmend ein: Mädchen und junge Frauen machen in gleicher Weise und teilweise früher als die Jungen erste sexuelle Erfahrungen mit einem Partner (vgl. BZgA 2002).

Problematisch gestaltet sich das Thema Verhütung im Kontext jugendlicher Sexualität. Insbesondere bei den ersten sexuellen Erfahrungen junger Menschen werden Aspekte wie Verhütung oder Infektionsgefahren häufig ignoriert. Neben bildungs- und milieuspezifischen Unterschieden im Wissensstand zu Sexualität, spielen nach Ansicht der Fachleute zunehmend auch ökonomische Aspekte eine Rolle bei der Verhütung. Die Experten beobachten in ihrem Arbeitsalltag immer häufiger, dass sich Jugendliche aus sozial schwachen Elternhäusern Kondome nicht leisten können. Die Mädchen entscheiden sich aus diesem Grund zunehmend mehr für die gesundheitlich problematischere Pille, da diese von der jeweiligen Krankenkasse bezahlt wird. Der Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten ist dadurch allerdings nicht gewährleistet.

Der Zusammenhang zum Bildungsstand der Jugendlichen ist nach Einschätzung der Fachleute bedeutsam. So sind Gymnasiasten oft aufgeklärter als Hauptschüler. Es wird beobachtet, dass formal niedriger gebildete Jugendliche sich mit schriftlichen Informationsmaterialien nicht weiterführend auseinandersetzen oder es überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Demgegenüber definieren sich diese Jugendlichen stärker über sexuelle Erlebnisse oder das Ausleben von stereotypen Geschlechterrollenbildern und erfahren darüber innerhalb der Peer Group eher eine Aufwertung und Anerkennung als formal höher gebildete Jugendliche. Innerhalb von sexualpädagogischen Veranstaltungen oder Projekten sind es allerdings eher die formal niedriger gebildeten Jugendlichen, die sich viel offener und unverkrampfter auf die Angebote und Gespräche einlassen.

Die Jugendlichen tauschen sich vermehrt untereinander über das Thema Sexualität und ihre Erfahrungen aus. Einerseits eine positive Entwicklung, weil dieser jugendspezifische Erfahrungsbereich dadurch enttabuisiert wird und als normaler Erfahrungsbereich der Pubertät gilt. Andererseits werden darüber auch falsche Informationen und Stereotype transportiert. Dieses Halbwissen, die Fehleinschätzung der jungen Menschen gegenüber der eigenen Aufgeklärtheit sowie die normative Darstellung von Sexualität in den Medien stellt neue Anforderungen an die Fachleute im Bereich der Sexualität. Trotz weitreichender Liberalisierung und Enttabuisierung von Sexualität bestehen auch heute noch bedeutsame Defizite in der Aufklärung der Jugendlichen und Heranwachsenden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität sowie der Umgang mit Geschlechterrollenmustern junger Menschen umfassend und frühzeitig durch professionelle Beratung und Sexualpädagogik begleitet werden muss. Darüber hinaus muss stärker die Reflexion über Infektionsrisiken und sexuell übertragbare Krankheiten angeregt werden. Die Jugendstudien zeigen hier eher die Mängel der schulischen Sexualpädagogik: Lehrer werden von den Jugendlichen kaum als Gesprächspartner für das Thema Sexualität akzeptiert. Ge-

fragt sind entsprechend außerschulische Bildungs- und Beratungseinrichtungen, die auf der Basis niedrigschwelliger Präventionsarbeit auch den Zugang zu den Jugendkulturen und jugendlichen Freizeitstätten (Jugendclubs, Discos usw.) wählen.

4.3. Sexualität und soziale Probleme: AIDS, ungewollte Schwangerschaften, Abtreibungen

Die Datenlage zu sexuell übertragbaren Krankheiten in Rostock ist sehr begrenzt. Die wenigen statistischen Daten aus der Hansestadt zu Infektionen und Schwangerschaften im Jugendalter (BZgA, Robert-Koch-Institut, Sozialministerium M-V) werden im Folgenden durch Experteninterviews aus dem sexualpädagogischen Bereich ergänzt.

Obwohl es bundes- und landesweit ein breit gefächertes Angebot und Informationsnetz in den Bereichen Aidsprävention, Sexual- und Schwangerschaftsberatung, Sexualpädagogik, sexuelle Gewalt, Homosexualität, Mädchen- oder Jungenarbeit u.a. gibt, ist nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung die Anzahl der HIV-Infektionen in Deutschland erneut leicht angestiegen. Parallel dazu wird auch ein Rückgang bei den Verhütungsstrategien der jungen Menschen beobachtet, was durch die sinkenden Absatzzahlen der Kondomindustrie bestätigt wird (BZgA 2004a). Diese Entwicklungen zeigen, dass die bisherigen Anstrengungen im Bereich der Sexualaufklärung und AIDS-Prävention nicht ausreichen. Die heranwachsende Generation ist demnach weniger informiert und aufgeklärt als in der Öffentlichkeit angenommen wird.

Für Rostock gibt es keine konkreten Daten zu HIV-Infektionen, Aidserkrankungen oder anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Lediglich den Angaben des Robert-Koch-Instituts ist zu entnehmen, dass es eine sehr geringe Anzahl von jugendlichen HIV-Infektionen bzw. Aidsfällen in der Hansestadt gibt. Deutschlandweit nimmt die Anzahl der Syphiliserkrankungen stetig zu (vgl. Robert-Koch-Institut 2004). Diese Entwicklung wird auch von Experten aus Rostock bestätigt. Die sexualpädagogischen Experten in Rostock beobachten bei ihren jugendlichen Seminarteilnehmern gravierende Wissensdefizite zum Thema sexuell übertragbare Krankheiten, während die Jugendlichen sich gleichzeitig als kundig und kompetent einschätzen. Diese Unaufgeklärtheit und Fehleinschätzungen unter den Kindern und Jugendlichen verweisen darauf, dass künftig der Bereich der Sexualaufklärung und Prävention gestärkt werden müsste. Eine Folge dieser unzureichenden Sexualerziehung wird im Bereich der jugendlichen und ungewollten Schwangerschaften sichtbar.

Die Anzahl der Schwangerschaften im Jugendalter hat in Rostock, ähnlich wie in der Bundesrepublik insgesamt (vgl. Pro Familia 2004), deutlich zugenommen. Von 1997 bis 2002 hat sich die Zahl der Schwangerschaften in dieser Altersgruppe von 20 auf 68 verdreifacht; allerdings ist im letzten Jahr (2003) erstmals wieder ein Rückgang um 24% auf 52 zu verzeichnen (vgl. Jahrbuch Rostock 2004). Inwieweit diese Schwangerschaften geplant oder ungewollt waren, kann den Daten nicht entnommen werden. Die Experten beobachten allerdings, dass zunehmend mehr junge Mädchen den Wunsch nach früher Mutterschaft äußern. Bezüglich der Anzahl an Schwangerschaftsabbrüchen junger Mädchen unter 18 Jahren existieren lediglich Angaben für

ganz Mecklenburg-Vorpommern⁴⁷. Hier geht das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern von einer relativ konstanten Situation für diese Altersgruppe aus (2001: 305 Abbrüche unter 18 Jahren, davon 37 unter 15 Jahre; 2003: 309 Abbrüche, davon 39 unter 15 Jahre) (Sozialministerium M-V, Abtl. Jugend, Familie u. Sport 2004).

5. Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen in Rostock

Fragen nach der Gesundheit und Gesundheitsvorbeugung bei Kindern und Jugendlichen gehören traditionell zu den Feldern eines gesellschaftlichen Kinder- und Jugendschutzes. Nachdem der allgemeine Wohlstand in der Gesellschaft sowie die Fortschritte in der Medizin, Hygiene und Gesundheitserziehung im 20. Jahrhundert deutliche Fortschritte gemacht hatten, gerieten die Aspekte Gesundheit und Gesundheitsprävention aber zunehmend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Das hat sich in den letzten Jahren wieder deutlich verändert. Im Rahmen einer steigenden Sensibilität für ökologische Fragen und deren Auswirkungen auf Ernährung, Gesundheit und Wohlbefinden steigt auch das Bewusstsein der Menschen gegenüber dem eigenen Körper und der eigenen Gesundheit. Unterstützt wird diese neue Sensibilität durch einschlägige Skandale und Fehlentwicklungen, etwa im Zusammenhang mit Lebensmittel- oder Landwirtschaftsskandalen (z.B. BSE, Hormone und Dioxine) oder auch durch die Rückkehr großer Seuchen (AIDS, SARS, TBC usw.). Medien und Gesundheitspolitik warnen zudem seit einiger Zeit verstärkt vor den Auswüchsen der Wohlstandsgesellschaft, die zunehmend sichtbar negative Spuren im Gesundheitszustand der Bevölkerung hinterlässt: Fast Food, zucker- und fettreiche Ernährung befördern das Bild einer zunehmend übergewichtigen Bevölkerung und ‚dicker Kinder‘ mit entsprechend krankmachenden Folgen (Diabetes, Bluthochdruck, Herzkrankheiten). Im Gegenzug lässt allerdings auch die Zunahme gesellschaftlicher Armut und Ungleichheit hierzulande wieder die Zahl der Menschen ansteigen, die durch Fehlernährung, mangelhafte Lebensqualität oder unzureichende Gesundheitsbetreuung einen mangelhaften Gesundheitszustand aufweisen.

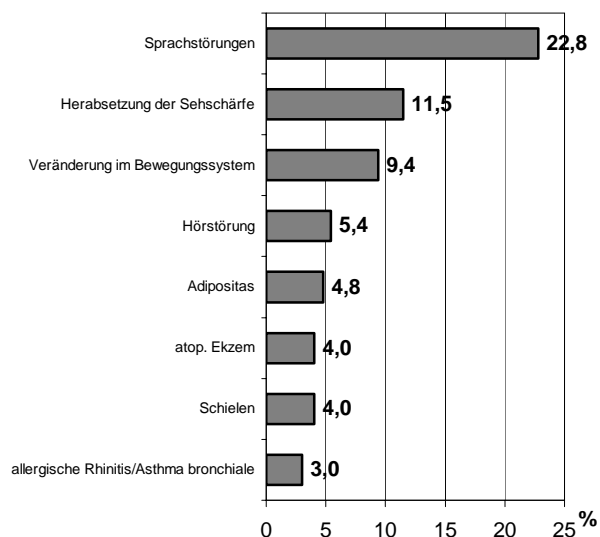
Im Folgenden sollen deshalb einige Informationen über die allgemeine gesundheitliche Situation von Kindern und Jugendlichen in Rostock gegeben werden. Dabei stützen wir uns auf den statistischen Daten aus dem Gesundheitsbericht 2002 der Hansestadt Rostock, auf die Schwerbehindertenstatistik des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie auf bundesweite Berichte und Studien zum Thema. Die Experteninterviews liefern auch hier eine zusätzliche Qualifizierung und Einschätzung der Daten.

Gesundheit ist ein schillernder, vielschichtiger und vor allem normativer Begriff, der sich kaum präzise definieren und abgrenzen lässt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) liefert im Jahr 1946 eine bis heute gebräuchliche, aber auch immer wieder kritisierte Definition: „Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“

⁴⁷ Bundesweit ist ein geringer Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen von Minderjährigen (bis 18 Jahre) zu beobachten (vgl. Pro Familia 2004).

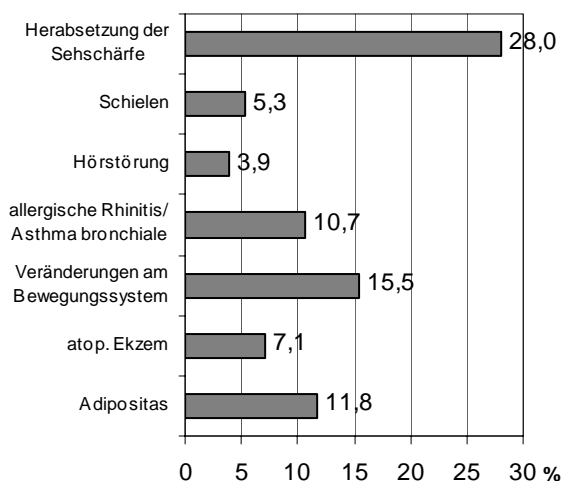
Kritik erfährt insbesondere das statische und idealistische Leitbild von Gesundheit; andererseits kann immer noch als wegweisend gelten, dass Gesundheit nicht nur eine Frage von Krankheit und Medizin ist, sondern auch eine Frage der Verteilung sozialer und ökonomischer Chancengleichheit in der Gesellschaft, die unmittelbar menschliche Grundrechte berührt.

Abb. 67: Am häufigsten erhobene Befunde bei der Einschulungsuntersuchung 2002 (Vollerhebung der Medizin-statistik)



Quelle: Gesundheitsbericht 2002 von HRO

Abb. 68: Befundhäufigkeit der Schüler 4. Klasse 2001/2002



Quelle: Gesundheitsbericht 2002 von HRO

für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Dem Bedarf steht demzufolge kein adäquates Angebot gegenüber.

Allgemein lässt sich in Bezug auf das Kindes- und Jugendalter sagen, dass es in den letzten Jahren bundesweit eine Zunahme an chronischen und zivilisationsbeding-

Im Einklang mit dem rasant voranschreitenden medizinischen Fortschritts sorgt mittlerweile ein differenziertes Versorgungssystem von medizinischen, psychosozialen und gesundheitserzieherischen Betreuungseinrichtungen in Deutschland für die Gesundheit aller Menschen und insbesondere auch der jungen Generation. Insofern ist auch in Rostock neben der allgemeinen Infrastruktur insbesondere für Kinder und Jugendliche ein breites Vorsorge- und Versorgungsangebot vorhanden. Im Bemessungszeitraum gibt es in Rostock insgesamt 30 Kinderärzte und eine Kinder- und Jugendklinik der Universität Rostock. Die Fachleute im Gesundheitsbereich beobachten allerdings, dass im Vergleich dazu die ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung für Kinder und Jugendliche nicht ausreichend ist. Die Versorgungsstruktur für psychische Erkrankungen besteht aus zwei stationären Einrichtungen (30 Betten/3 Stationen), einer teilstationären Einrichtung und einer Anzahl ambulanter Einrichtungen. Hier gibt es offenbar häufig lange Wartezeiten

ten Krankheiten wie Allergien, Diabetes, Übergewicht, aber auch bei psychischen Beeinträchtigungen und Störungen gegeben hat (vgl. BMFSFJ 2002, 219). Ähnliches gilt nach Einschätzung von Experten des Gesundheitsamtes auch für die Hansestadt Rostock.

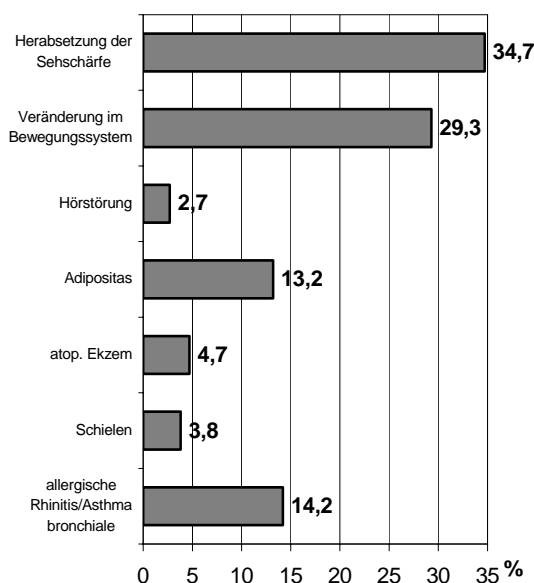
Relativ gering ist hingegen weiterhin die Sterblichkeit von Kindern und Jugendlichen in Rostock (Jahrbuch Rostock 2004). Dieses gilt laut den Angaben des 11. Kinder- und Jugendberichtes auch deutschlandweit (BMFSFJ 2002, 218).

Zur zahnmedizinischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Rostock sind für den Untersuchungszeitraum kaum auswertbare Daten vorhanden, da das Gesundheitsamt keine flächendeckende Untersuchung durchgeführt hat. Dennoch kann aus dem Gesundheitsbericht der Stadt von 2002 entnommen werden, dass in allen Altersgruppen eine Tendenz zu Zunahme gesunder Zähne besteht. Hierbei ist der Anteil der Kinder mit naturgesunden Zähnen (erste Zahngeneration, das Milchgebiss) im Bereich Kindertagesstätte am höchsten. Für Jugendlichen in der Pubertät ist jedoch eine steigende Behandlungsbedürftigkeit (der zweiten Zahngeneration) feststellbar, was mit der fehlenden Motivation der 10 bis 18jährigen zur regelmäßigen Zahnpflege und zu regelmäßigen Zahnarztbesuchen zu erklären ist.

Für die Gesundheitssituation von Schulanfängern liegen Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen der Hansestadt vor. Im Jahr 2002 hatten demnach 23% aller Schulanfänger Sprachstörungen, bei knapp 12% liegt eine Herabsetzung der Sehstärke vor, bei 9,4% ist das Bewegungssystem beeinträchtigt und 4,8% sind von Adipositas (Fettleibigkeit) betroffen. Dabei zeichnet sich ab, dass mit zunehmendem Alter die Sehschärfeprobleme, die Bewegungsstörungen und die krankhafte Fettleibigkeit (Adipositas) ansteigen, dagegen verlieren sich die Sprachstörungen weitestgehend. (vgl. Gesundheitsamt 2002) Neben den Ergebnissen der Einschulungsuntersuchungen, die darauf aufmerksam machen, dass sehr früh auf die Krankheitsentwicklungen reagiert werden muss, um das Risiko von Spätfolgen im Erwachsenenalter wie z.B. Herz-Kreislauferkrankungen durch Adipositas zu vermeiden, sind noch weitere Aspekte gesundheitlichen Wohlbefindens im Kindes- und Jugendalter relevant.

Bei stationären Aufnahmen in Kliniken waren in den Jahren 2000 und 2001 die Diagnosen Atemwegserkrankungen und Infektionen am zahlreichsten vertreten. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren am häufigsten stationär behandelt.

Abb. 69: Befundhäufigkeit der Schüler der 8. Klasse Schuljahr 2001/2002



Quelle: Gesundheitsbericht 2002 von HRO

Betrachtet man die Fallzahlen stationärer Behandlungen in Bezug auf den Wohnort der jugendlichen Klienten, dann fällt auf, dass in den sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen (z.B. Dierkow, Toitenwinkel, Schmarl oder Groß Klein) proportional eine höhere Fallzahl zu verzeichnen ist als in anderen Stadtteilen⁴⁸

Tab. 10: Stationäre Behandlungen nach Stadtteilen – Fälle pro 1000 Einwohner der Altersgruppe

Wohnort nach Stadtteilen	Klienten bis 2 Jahre	Klienten von 3-5 Jahren
Dierkow	340	80
Schmarl/Evershagen	260	55
Toitenwinkel	255	55
Lichtenhagen/Groß Klein	210	70
Lütten Klein	185	35
Stadtmitte	175	55
Reutershagen	150	35
Südstadt	110	25
Warnemünde	110	25

Hier könnte man auf einen Zusammenhang zwischen Herkunftsmilieu und Gesundheitssituation der Kinder und Jugendlichen schließen, was zukünftig einer besonderen Betrachtung seitens der Verantwortlichen bedarf.

Die Darstellung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen in Rostock beinhaltet neben der Beschreibung der Versorgungsstruktur bzw. der Entwicklung von Krankheitsbildern den Bereich des allgemeinen, gesundheitsbewussten Lebens, wozu beispielsweise gesunde Ernährung, Bewegung und Sport zählen. In diesem Zusammenhang wird von der Sachverständigenkommission des 11. Kinder- und Jugendberichtes darauf verwiesen, dass für Kinder und Jugendliche hier bundesweit noch zu wenig Angebote gemacht werden. In Bezug auf eine solche Gesundheitserziehung sind alle Institutionen und Verantwortlichen aufgefordert, Aspekte einer gesunden und bewussten Lebensführung in ihre Arbeit einzubeziehen. Soziologische Analysen zeigen hier stets den Zusammenhang zwischen dem sozialen Status und einer umfassenden gesunden Lebensführung. Je höher der soziale Status von Familien ist, desto intensiver setzen sich Eltern und Kinder mit einer ganzheitlichen und gesunden Lebensgestaltung auseinander (vgl. Sachverständigenkommission 2002, 133ff). Auch der Gesundheitsbericht der Hansestadt weist ausdrücklich auf den Zusammenhang von Gesundheit und Sozialstruktur hin: je geringer der soziale Status einer Familie, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Gesundheitsstörungen im Kindes- und Jugendalter. Insbesondere Sprachstörungen und Adipositas treten vor diesem Hintergrund am häufigsten auf.

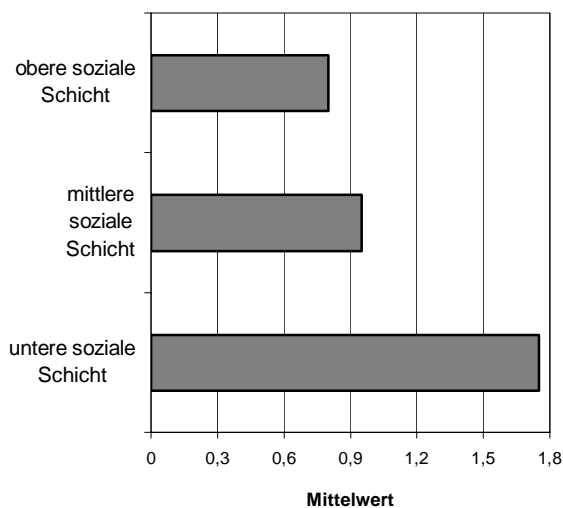
Im Bereich der psychischen Erkrankungen sind entsprechend den Erfahrungen der Rostocker Kinder- und Jugendpsychiatrie in den letzten Jahren keine wesentlichen Veränderungen in den Krankheitsbildern (Psychosen, Angststörungen, Depression

⁴⁸ Das Gesundheitsamt Rostock gibt an, dass ab dem 15. Lebensjahr keine auffallenden Unterschiede mehr zwischen Klientenanzahl und den jeweiligen Wohnorten zu erkennen sind. Einige Stadtteile sind in der Tabelle zusammengefasst dargestellt, weil die Universitätsklinik die Patienten nach den jeweiligen Postleitzahlen erfasst. Die genannten Zahlen sind Näherungswerte (vgl. Gesundheitsamt 2002).

etc.) aufgetreten und es wird auch kein zahlenmäßiger Zuwachs verzeichnet. Lediglich das gewachsene Bewusstsein und die gestiegene Sensibilität gegenüber psychischen Auffälligkeiten in der Gesellschaft erklärt die Wahrnehmung einer Zunahme von psychischen Krankheiten. Das Auftreten psychischer Erkrankungen ist im Allgemeinen nicht an soziale Herkunft, Status und Einkommen von Familien gebunden, d.h. für Rostock, dass Kinder und Jugendliche mit entsprechenden Krankheitsbildern aus allen sozialen Schichten kommen. Mit der Ausnahme von Deprivationssyndromen (Vernachlässigungssyndromen), die häufiger in sozial schwachen Familien zu finden sind.

Experten beobachten in diesem Zusammenhang allerdings, dass sozial schwächere Familien oftmals erst von den Familienhelfern auf die Therapiebedürftigkeit ihrer Kinder aufmerksam gemacht werden müssen, während Familien mit höherem ökonomischen und kulturellen Kapital öfter eigenständig um Therapien für die Kinder nachsuchen.

Abb. 70: Anzahl von Gesundheitsstörungen in Abhängigkeit vom Sozialstatus



Quelle: Gesundheitsbericht 2002 von HRO

gegenüber weniger gut entwickelt. Es existieren vereinzelte Angebote von Wohlfahrtsverbänden (z.B. DRK-Kreisverband Rostock) oder Bestrebungen sowie Projekte des Rostocker Sportbundes im Bewegungsbereich, dennoch sind hier nach Ansicht der Experten zukünftig differenzierte Konzepte und ein flächendeckendes, vernetztes Angebotsprofil wünschenswert.

Die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen als jugendpolitische Aufgabenstellung der Jugendhilfe lässt sich – so wurde schon im 11. Kinder- und Jugendbericht kritisiert – letztlich nur implizit aus der allgemeinen Zielstellung des KJHG ableiten. Die Kommission empfiehlt entsprechend eine Neuorientierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Allerdings kann unbeschadet dieser Kritik die Forderung nach gesundheitlicher Bildung im Kontext der Jugendarbeit (§ 11 KJHG) als eine rechtliche Grundlage für umfassende und integrale Präventions- und Vorsorgeangebote verstanden und genutzt werden. Insbesondere die Befunde zum Zusammenhang von Armut, sozialer Benachteiligung und dem Gesundheitszustand von

Resümiert man den Bereich der gesundheitlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Rostock, dann kann festgestellt werden, dass die Versorgungsstruktur insgesamt sehr gut ausgebaut ist. Nichtsdestoweniger sind das System und die entsprechenden Fachleute gefordert, sich kontinuierlich auf den sozialen und kulturellen Wandel in der Gesellschaft und dessen Auswirkungen und Risiken für die Gesundheit und Krankheitsbilder der Bevölkerung zu reagieren. Das Vorsorge- und Präventionsangebot im Gesundheitsbereich scheint dem-

Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien verlangt hier nach einer Gesundheitsprävention und Gesundheitsvorsorge durch öffentliche Stellen der Kinder- und Jugendsozialisation. Das würde auch die Möglichkeit eröffnen, dass gesundheitliche Bildung in Bereichen jugendlicher Lebenswelten stattfindet, in denen sie bisher noch keinen systematischen Platz eingenommen hat, etwa im Freizeitbereich. Dadurch könnte auch der häufig diagnostizierten Fehlernährung oder dem Bewegungsmangel von jungen Menschen entgegengewirkt werden.

Gegenwärtig entwickelt das Gesundheitsamt Rostock als Konsequenz auf die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen für die gesamte Stadt ein Präventionskonzept, das aus drei Gesundheitsschwerpunkten für junge Menschen besteht und diese in den Bereichen Familie, Kindertagesstätte und Schule umsetzen will. Die Schwerpunkte zielen auf die Stärkung von Bewegungsangeboten in der Stadt, eine Intensivierung von Ernährungsberatung und die Etablierung von Stressbewältigungsprojekten. Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung wird auf Seiten des Gesundheitsamtes in Kooperation mit Behörden, Ämtern und Trägern an einem Maßnahmeplan gearbeitet, um alle dafür notwendigen Ressourcen zu mobilisieren und das gesamte Interventionspotenzial zu aktivieren bzw. einzubinden. Das erfordert nicht zuletzt eine nachhaltige Verantwortungsübernahme aller Akteure und Bereiche (Politik, Schule, Familien, medizinische Versorgung etc.) auf diesem Feld. Erste Schritte werden bereits mit dem „Gesunde-Städte-Projekt“ der WHO in der Hansestadt gegangen. Für die Umsetzung einer nachhaltigen und umfassenden Gesundheitspolitik, die Realisierung von Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe aller Bereiche in Rostock sowie die Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins, physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden als Teil von Lebensqualität zu betrachten, wurde die Arbeitsgemeinschaft Kommunale Gesundheitsförderung eingerichtet.

6. Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Rostock und die Hilfe- und Betreuungseinrichtungen

Im Rahmen der Diskussion über die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und derer, die von Behinderung bedroht sind, wird seit vielen Jahren der Versuch unternommen, behinderten Menschen in der Gesellschaft eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Diese Teilhabe umfasst sowohl Aspekte der Lebenswelt, wie behindertengerechtes Wohnen, Abbau von Zugangsbarrieren usw., als auch die Optimierung der Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Bildung, Freizeit, Arbeit oder allgemeine soziale Dienstleistungen sowie ein Höchstmaß an Selbständigkeit, Integration und Akzeptanz. Es ist vielfach gelungen, Rahmenbedingungen für diese gesellschaftliche Teilhabe bereitzustellen. Dennoch fühlen sich viele Betroffene nach wie vor benachteiligt und ausgeschlossen. Wie sich diese Situation gegenwärtig in Rostock gestaltet, soll nachfolgend skizziert werden.

Nach wie vor ist die Definition von Behinderung innerhalb der gesellschaftlichen Debatte kontrovers und uneindeutig. Die Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahr 2000 zielt auf eine Differenzierung unterschiedlicher Dimensionen von Behinderung. Unterschieden werden Körperliche Schädigungen, Leistungs- und Aktivitätsstörungen sowie soziale und gesellschaftliche Teilhabe einschränkungen. Der §2 des SGB IX definiert dazu: „Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen

Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.“

Das macht deutlich, dass Behinderungen nicht nur eine körperliche, gesundheitsbezogene Dimension haben, sondern immer auch durch die sozialen und kulturellen Folgen einer eingeschränkten oder beeinträchtigten Handlungsfähigkeit definiert sind. In diesem Sinne sind Behinderungen immer auch gesellschaftlich bedingt. Viele Behinderte leiden unter den sozialen und gesellschaftlichen Reaktionen auf ihre Handicaps stärker als unter der Behinderung selbst.

Gleichwohl hat sich das Bewusstsein in der Gesellschaft gegenüber Behinderten in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. In vielen Bereichen hat eine Enttabuisierung des Themas stattgefunden und jahrzehntelange Bemühungen und Kampagnen haben die Sensibilität gegenüber den Formen der Benachteiligung und Desintegration behinderter Menschen erhöht. Parallel dazu sind viele Behinderte selbstbewusster geworden und haben durch Selbstorganisation in Initiativen und Verbänden den eigenen Interessen auch eine politisch wirksame Stimme verliehen.

Politik und Hilfesysteme zielen immer stärker auf eine Normalisierung der Alltagssituation von Menschen mit Behinderung, d.h. auf eine gleichberechtigte Partizipation, uneingeschränkte Zugangsmöglichkeiten zu allen lebensweltlichen Bereichen und einen (sukzessiven) Abbau noch verbliebener Diskriminierung und Ausgrenzung. Das umfasst die Einrichtung behindertengerechter Verkehrsmittel und Wohnungen ebenso, wie integrative Erziehungs- und Bildungskonzepte oder die selbstverständliche soziale und kulturelle Akzeptanz in Restaurants oder Urlaubshotels.

Insgesamt hat sich in Bezug auf den Behinderungsbegriff ein Umdenken vollzogen: Von einer ursprünglich Defizit-fixierten Betrachtung zu einem lebensweltlichen Ansatz, der mehr die selbstverantwortliche Lebensführung und -organisation der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt. Dadurch werden Teilhabestrategien deutlich mehr diskutiert als noch vor einigen Jahren. Dementsprechend auch die Entwicklungen in Politik und Recht. So bestimmt der §1 des neuen SGB IX von 2001, das die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen regelt, dass behinderte Menschen Hilfen erhalten, „um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Dabei wird den besonderen Bedürfnissen behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder Rechnung getragen.“

Zum Zeitpunkt der Untersuchung liegt kein umfassendes Datenmaterial über die kommunale Situation von behinderten Menschen in Rostock vor und damit auch keine aussagekräftige Statistik über die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung. Es können lediglich Befunde der Schwerbehindertenstatistik des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Daten des Rostocker Schulamtes in die Analyse einfließen. Ergänzt und qualifiziert werden diese Daten und Informationen durch Einschätzungen von Experten aus dem Bereich der Behindertenhilfe in der Hansestadt. Insofern kann hier lediglich ein Ausschnitt der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung abgebildet werden.

Eine insgesamt eher unbefriedigende Datenbasis ist indes kein spezifisches Rostocker Problem, sondern betrifft den Bereich der Behinderungen bundesweit.

Insgesamt fehlt ein flächendeckendes statistisches Berichtssystem, um aussagekräftige Angaben über die Anzahl in Deutschland lebender Menschen mit Behinderung machen zu können. Immerhin liegt seit Dezember 2004 ein erster umfassender

Behindertenbericht der Bundesregierung vor, der die gegenwärtig verfügbaren Daten zu den Behinderten in Deutschland zusammenträgt und vorstellt. Danach leben in Deutschland (31.12.2003) insgesamt 6.6 Millionen Schwerbehinderte mit einem Behinderungsgrad von über 50%. Das ist ein Bevölkerungsanteil von etwa 8%. Davon sind rund 271.000 Schwerbehinderte unter 25 Jahren alt.

Aus bundesweiten Studien kann geschlossen werden, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der sozioökonomischen Situation von Familien und dem Auftreten von Behinderung. Kinder und Jugendliche aus eher unteren sozialen Schichten sind nahezu von allen Behinderungsarten überproportional häufiger betroffen. Hier gehen aus Schuleingangsuntersuchungen deutliche Befunde hervor: 10 % der 6-jährigen Kinder aus Familien mit niedrigem sozialen Status waren von Behinderung bedroht, dagegen nur 1 % der Kinder aus Familien mit hohem sozialen Status (vgl. Sachverständigenkommission 2002, 202ff.).

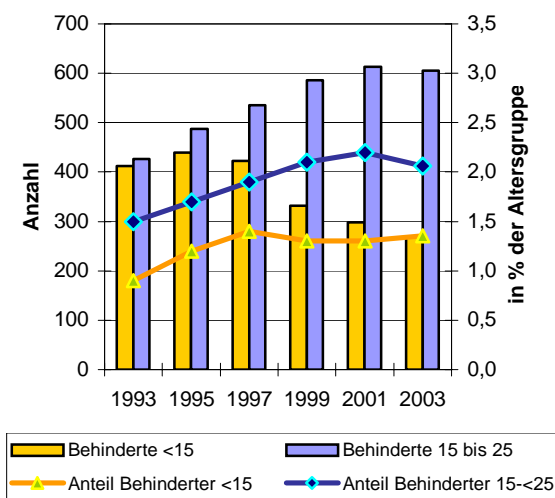
Im Jahr 2003 lebten in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 8.301 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (0-25 Jahren) mit einem Behinderungsgrad von über 50 %. Davon leben 874 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 25 Jahren in der Hansestadt Rostock. Gegenüber 1995 ist die Zahl der behinderten Kinder und Jugendlichen in der Hansestadt bei den unter 15-jährigen von 440 auf 268 zurückgegangen (- 40%), während die Zahl bei den 15-25-jährigen von 488 auf 606 zugenommen hat (+ 24%). Der Rückgang bei den Kinder steht vor allem in Zusammenhang mit dem Geburtenknick nach 1990. Allerdings liegt der Zuwachs bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich unter dem Anstieg der Behindertenzahlen in der erwachsenen und älteren Bevölkerung. Der Anteil der Behinderten insgesamt in Rostock liegt mit etwa 10% der Gesamtbevölkerung etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Tab. 11: Schwerbehinderte nach Altersgruppen (Stand: 31.12.2003)

	Insgesamt (in 2003)	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 6	6 - 15	15 - 18	18 - 25
Rostock	874	45	223	145	461

Quelle: Schwerbehindertenstatistik M-V; 2003

Abb. 71: Entwicklung von Schwerbehindertenquoten unter Jugendlichen 1993 bis 2003 (in Prozent)



Die öffentlichen Hilfen und Un-Unterstützungen für behinderte Kinder und Jugendliche beziehen sich, neben den medizinisch-gesundheitsbezogenen Leistungen, zum einen auf die finanzielle und fachliche Unterstützung der Familien, zum anderen aber vor allem auf die Integration und Hilfen im Bereich der öffentlichen Erziehung, Bildung und Ausbildung. Eine gleichwertige und gleichrangige Integration in die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, der Schulen sowie der beruflichen Bildung sind

auch im bundesweiten Maßstab noch keineswegs selbstverständlich. Gleichwohl zielen die Entwicklungen und Reformen auf eine bessere integrative Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher.

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt (31.12.2002) 9.801 integrativ arbeitende Kindertageseinrichtungen, das sind 20,7% aller Einrichtungen; 299 Tageseinrichtungen sind speziell für die Betreuung behinderter Kinder. In Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet die Kinder- und Jugendhilfestatistik für denselben Zeitraum 139 integrative Kindertageseinrichtungen, das sind 13,6% des Gesamtangebots. Neun Einrichtungen sind in M-V speziell für die Betreuung behinderter Kinder zuständig, das sind 0,9% des Gesamtangebots.

Ungeachtet der Tendenz zu integrativen Förder-, Erziehungs- und Bildungskonzepten hat in den letzten Jahren die Anzahl der Schüler in sonderpädagogischen Förderschulen zugenommen. Der Behindertenbericht der Bundesregierung verzeichnet hier bundesweit zwischen 1994 und 2002 einen Anstieg um rund 12%. Das betrifft nicht nur behinderte Kinder und Jugendliche, sondern in besonderer Weise auch den Komplex der Verhaltensauffälligkeiten, der sich im selben Zeitraum regelrecht verdoppelt hat (BMGS 2004, 63f.). In M-V wurden Ende 2002 insgesamt 14.527 Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf gezählt, davon 1.308 im Rahmen integrativer Konzepte in allgemeinbildenden Schulen und 13.218 in Sonderschulen. Auch hier gilt, dass der Anteil integrativer Konzepte in M-V mit rund 9% im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (13%) eher etwas geringer ist.

Es gibt in Rostock zum Zeitpunkt der Erhebung (Schuljahr 2004/2005) acht staatliche Förderschulen für Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Behinderungen und Beeinträchtigungen. Darunter befinden sich eine Schule für Körperbehinderte, eine Schule für Erziehungsschwierige, zwei Schulen zur individuellen Lebensbewältigung, eine Sprachheilgrundschule und drei allgemeine Förderschulen (Lernbeeinträchtigung). Zusätzlich gibt es eine Klinikschule in Gehlsdorf und den Schulteil des Michaelshofs. In den Förderschulen werden im Schuljahr 2004/2005 insgesamt 1.611 Schüler und Schülerinnen betreut. Darüber hinaus existieren sechs Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt, in denen 28 Schüler mit einem Kontingent von 34 Förderstunden integrativ beschult werden. Zusätzlich werden durch das Förderzentrum für Erziehungshilfe über 100 Schüler mit Förderbedarf, die allerdings allgemeinbildende Schulen besuchen, mit insgesamt 180 Förderstunden im gemeinsamen Unterricht sonderpädagogisch betreut (Schulamt Rostock 2004). Aus den Daten geht hervor, dass die Möglichkeiten für gemeinsamen Unterricht in allgemeinbildenden Schulen bzw. andere Formen der Integration (z.B. Förderstunden) im Verhältnis zur Betreuung durch spezielle Förderschulen in Rostock in geringerem Umfang vorhanden sind. Dadurch haben die betroffenen Kinder und Jugendlichen bzw. deren Eltern nur begrenzte Wahlmöglichkeiten, was die schulische Unterbringung angeht.

Demgegenüber steht in Rostock den entsprechenden Kindern und Jugendlichen bzw. ihren Eltern ein relativ umfangreiches und vielfältiges Unterbringungsangebot zur Verfügung. Nach Angaben des Büros für Behindertenfragen der Hansestadt Rostock gibt es im Bereich stationärer Unterbringung fünf Wohnheime für Menschen mit Behinderung. Hierzu zählen die Alternative Wohnoase der AWO (Schwerstpflegeheim für Kinder und junge Erwachsene), die ausschließlich junge Menschen betreut; das Internat und Wohnen für Kinder und Jugendliche mit geistiger und körper-

licher Behinderung von Ohne Barrieren e.V., das ebenfalls lediglich junge Menschen unterbringt; das Wohnheim der DRK-Werkstätten; die Wohnstätte Lebenshilfe Rostock e.V. und die Evangelische Pflege- und Fördereinrichtung Michaelshof, die sowohl Jugendliche als auch Erwachsene betreuen.

Im Bereich des ambulanten betreuten Wohnens sowie der Wohngemeinschaften bieten die Träger ‚Barrierefreies Rostock e.V.‘, das DRK, ‚Ohne Barrieren e.V.‘ und der Michaelshof Unterbringungsmöglichkeiten sowohl für Jugendliche als auch Erwachsene mit Behinderung an (Büro für Behindertenfragen Rostock 2004). In Bezug auf chronisch psychisch kranke junge Menschen existieren in Rostock u.a. Beratungs- und Betreuungsangebote der Universitätsnervenklinik, Abteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie; der Gemeinnützigen Gesellschaft für Gemeindepsychiatrie (u.a. eine Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Jugendwohngemeinschaften) oder der AWO (u.a. die Tagesstätten „Insel“ und „Sprungfeder“, die ein altersübergreifendes Beratungs- und Betreuungsangebot für psychisch chronisch kranke Menschen vorhalten).

In Bezug auf die Beratung, Förderung und Freizeitbeschäftigung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung gibt es zum Zeitpunkt der Untersuchung 10 Träger, Initiativen oder Projekte, von denen hier exemplarisch ‚Ohne Barrieren e.V.‘, die Behinderten Alternative Freizeit (BAF) e.V., der Sozialverband M.V., der Behindertenverband Rostock, der Blinden- und Sehbehindertenverein M-V, Integral e.V., der Integrative Treff e.V., die Lebenshilfe e.V. und der Verband für Behinderten- und Rehabilitationsport M-V e.V. genannt werden sollen. Die Einrichtungen in diesem Bereich bieten vielschichtige Freizeit- und Kulturmöglichkeiten an, an denen die Kinder und Jugendlichen sporadisch oder regelmäßig teilnehmen können. Die Angebote reichen von Musik- und Tanzworkshops, über Theatergruppen, Kunstarbeitsgemeinschaften bis zu Ausflügen, Festen, sportlichen Aktivitäten und offenen Jugendtreffs. Bildungsangebote in diesem Bereich beinhalten die Vermittlung medienbezogener Kompetenzen (Computer und Internet), aber auch die Förderung körperlicher und motorischer Fertigkeiten, eingebettet in spiel-, theater- und erlebnispädagogische Methoden und Settings wie Clownerie, Jonglieren oder Trommeln. Beispielhaft erwähnt seien hier das Projekt „Circus Fantasia“ von BAF e.V., das jährlich vom Frühjahr bis zum Spätsommer gemeinsam mit allen an Theater, Musik, Kunst oder Zirkustechniken Interessierten ein integratives Zirkusprogramm organisiert und durchführt; sowie das Projekt „Handikäff“, eine freizeitpädagogisches Angebot von ‚Ohne Barrieren e.V.‘, das als Café und offener Treff fungiert und regelmäßig Veranstaltungen, Kurse oder Kino anbietet.

Im Hinblick auf die Angebotsstruktur (Unterbringung, Förderung, Freizeitbeschäftigung) für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ist in Rostock ein vielschichtiges Profil vorhanden, dennoch betonen die Experten, dass programmatische Kozepte wie *Integration* (z. B. gemeinsamer Unterricht, Integration im Freizeitbereich) oder *Barrierefreiheit* in der Hansestadt bisher noch nicht ausreichend etabliert werden konnten. Um die entsprechenden Teilhabemöglichkeiten in Rostock zu verbessern, haben sich Vertreter der Stadt, aus den Wohlfahrtsverbänden sowie aus den verschiedenen Vereinen zusammengefunden und im Jahr 2004 den Rostocker Behindertenbeirat gegründet, der für alle Belange und Interessen von Menschen mit Behinderung in der Stadt eintritt. Zentrale Arbeitsschwerpunkte des Gremiums sind die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes einer barriere-

freien Stadt, die bedarfsgerechte Gestaltung und Erneuerung des Angebotsprofils (z.B. Beratung und Förderung) sowie die weitere Förderung und Durchsetzung von Integration und integrativen Konzepten im Erziehungs-, Bildungs-, Arbeits- und Freizeitbereich. Die jungen Menschen sollen mit Hilfe des Beirates, indem sie auch selber mitwirken und ihre eigenen Interessen vertreten können, annähernd die gleichen Wahlmöglichkeiten und Zugangsvoraussetzungen erhalten, wie junge Menschen ohne Behinderung.

Nach Einschätzung der Fachleute im Behindertenbereich können vermutlich nicht alle Zugangsschwierigkeiten ausgeräumt werden, dennoch betonen sie, dass über breit gefächerte Integrationsprojekte bessere Chancen für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in der Stadt bestehen, die künftig besser Ausgrenzung und Benachteiligung verhindern und die Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber der Lebenssituation von Behinderten fördern.

In Bezug auf die Entlastung von Familien insbesondere derer, die in schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen leben, wird gegenwärtig in Rostock das Modellprojekt „familienentlastender Dienst“ des Michaelshof erprobt, bei dem behinderte Kinder und Jugendliche etwa in den Ferien oder bei Verpflichtungen der Eltern betreut werden und eine individuelle Fürsorge in den Räumen und Werkstätten des Michaelshofs, aber auch zu Hause erhalten. Das Projekt befindet sich gegenwärtig am Ende seiner Modellphase; nach Auswertung der Begleitevaluation soll Ende 2004 entschieden werden, ob dieses Konzept weiter geführt wird.

In Rostock ist in den letzten Jahren in bezug auf die Integration junger Menschen mit Behinderung wie auch auf die Lebenssituation Behinderter in der Stadt (etwa: Freizeitbereich, Personennahverkehr) viel verbessert und erreicht worden. Dennoch sollten hier im Sinne eines umfassend auf Teilhabe und Integration zielenden Konzepts noch weiterführende Unterstützungs- und Förderungsprogramme konzipiert, Integrations- und Präventionsmaßnahmen gestärkt sowie eine komplexe Gesundheitsbildung in allen Bereichen jugendlicher Lebenswelten etabliert werden, um so das gleichberechtigte Miteinander von behinderten und nicht-behinderten Bürgern in Familie, Bildung, Freizeit und Beruf zu gewährleisten.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, G. (2002): Jugend, Recht und Kriminalität. In: Krüger, H.-H./Grunert, C.(Hrsg.): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Opladen, S. 743-794
- Amt für Stadtgrün der Hansestadt Rostock (2004): Informationen über die Anzahl von Grün-, Spiel- und Freiflächen in Rostock. Rostock
- Barthelmes, J.; Sander, E. (2001): Erst die Freunde, dann die Medien - Medien als Begleiter in Pubertät. München
- BMFSFJ (2002) - Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht - Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- BMFSFJ (2003): Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Für mich und für andere. Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr. Berlin
- BMGS (2004): Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe. Berlin
- Brettschneider, W.D.; Brandl-Bredenbeck, H.P.; Kleine, T. (2002): Jugendarbeit in Sportvereinen- Anspruch und Wirklichkeit. Hoffmann, Schorndorf
- Brodkorb, Mathias; Schmitt, Thomas. (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. 2.aktualisierte Auflage. Schwerin
- Bundesagentur für Arbeit (2004): Arbeitsmarktstatistik Nürnberg und Rostock
- Bündnis 90/die Grünen Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und Kreisverband Rostock (2004): Informationen über Mitgliederzahlen bei Bündnis90/die Grünen in M-V und Rostock. Schwerin und Rostock
- Büro für Behindertenfragen Rostock (2004): Auszug aus dem derzeit in Überarbeitung befindlichen Beratungs- und Behördenwegweiser. Rostock
- BZgA (2002): Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung; Abteilung Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung (Hrsg.): Jugendsexualität; Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-Jährigen und ihren Eltern (Ergebnisse der Repräsentativbefragung aus 2001). Köln
- BZgA (2004a): Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.). Aktuelle Aidssituation in Deutschland, Pressemitteilung vom 24.03.2004, Köln (www.bzga.de)
- BZgA (2004b): Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Alkopops bei Jugendlichen beliebter als Wein, Bier und Spirituosen. Pressemitteilung vom 19.01.2004, Köln (www.bzga.de)
- Drogenbeauftragte (2004): Bundesregierung - Drogenbeauftragte und Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.): Drogen- und Suchtbericht. Berlin
- Erzbischöfliches Amt Schwerin (2004): Statistik der katholischen Kirche. Schwerin
- Fischer, Arthur u.a. (2000): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Band 1. Opladen

- Fromme, Johannes (2001): Freizeitpädagogik. In Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 2. völlig neu überarbeitete und aktualisierte Auflage, Neuwied, S. 610 - 629
- Gängler, Hans (2001): Jugendverbände und Jugendpolitik. In: Otto, H.-U./ Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 2. völlig überarbeitete Auflage. Neuwied, S.894-903
- Gerdes, Johann (2000): Sozialatlas der Hansestadt Rostock. Universität Rostock. Rostock
- Gerdes, Johann; Minx, Bärbel (2003): Zwischen Differenz und Angleichung. Rostocker Wohnbefindlichkeitsstudie. Rostock
- Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock (2002): Gesundheitsbericht 2002 - Die Gesundheit der Kinder in der Hansestadt Rostock. Rostock
- Hartnuß, B.; Maykuß, S. (Hrsg.) (2004): Handbuch Kooperation von Jugendhilfe und Schule - ein Leitfaden für Praxisreflexion, theoretische Verortungen und Forschungsfragen. Gelsenkirchen
- Hecker, Ursula (2000): Ausbildungsabbruch als Problemlösung? Überlegungen zu vorzeitigem Ausstieg aus der Ausbildung. In: BIBB (Hrsg.): Jugendliche in Ausbildung und Beruf. Ergebnisse, Veröffentlichungen und Materialien aus dem BIBB. Bonn, S. 55 - 65
- Innenministerium M-V (Hrsg.) (2004a) Stellungnahme zur Situation des Rechtstextremismus in Rostock für 2002 und 2003. Schwerin.
- JIM (2004): Medienpädagogisches Forschungsinstitut Südwest (LFK, LPR): JIM-Studie 2004 - Jugend, Information und (Multi-)Media. Stuttgart
- Jugendamt Rostock (2004): Jugendhilfestatistik Rostock
- Junge Liberale Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (2004): Information über Mitgliederzahlen bei den Jungen Liberalen in M-V und Rostock. Schwerin
- Junge Union Kreisverband Rostock (2004): Information über Mitgliederzahlen bei der Jungen Union in M-V und Rostock. Rostock
- Jusos – Jungsozialisten Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (2004): Information über Mitgliederzahlen bei den Jungsozialisten in M-V und Rostock. Schwerin
- Kirchliches Meldeamt MV (2004): Statistik zur evangelischen Kirche in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin
- Kraus, Ludwig u.a. (2004): Die Europäische Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen. Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse in Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. München
- Lagebericht Rostock (2004): Gerdes, Johann; Jackisch, Annett; Schützler, Christoph: Lagebericht 2004 – Zur sozialen Situation in der Hansestadt Rostock (Entwurf). Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Rostock
- Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern (LJR) (2004): Übersicht über Jugendverbände in Mecklenburg-Vorpommern und deren Mitgliederzahlen. Schwerin
- Medienpädagogischer Atlas M-V; institut für neue medien Rostock; rok-tv (Offener Kanal der LRZ); NB-Radiotreff 88,0 (Offener Kanal der LRZ); Landesrundfunk-

- zentrale (LRZ) (Hrsg.) (2001): Handbuch Medienkompetenz. Medienpädagogischer Atlas Mecklenburg-Vorpommern. Rostock
- Neptunschwimmhalle/Verwaltung (2004): Information über allgemeine Besucherzahlen der Jahre 2002 und 2003. Rostock
- Olk, T.; Barthke, G.-W.; Hartnuß, B. (2000): Jugendhilfe und Schule. Empirische Befunde und theoretische Reflexionen zur Schulsozialarbeit. Weinheim und München
- Otto H.-U.; Coelen, T. (Hrsg.) (2004): Grundbegriffe der Ganztagsbildung - Beiträge zu einem neuen Bildungsverständnis in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden
- Pätzold, Günter (2001): Berufsbildung. In: Otto, H.-U./ Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 2. völlig überarbeitete Auflage. Neuwied, S. 153-161
- Picot, Sybille (2001): Jugend und freiwilliges Engagement. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Stuttgart
- Polizeidirektion Rostock (2004): Polizeiliche Kriminalstatistik Rostock 2003 (PKS) und Informationen zu politisch motivierten Straftaten (Jugendkriminalität PB Bereich Rostock, Tatverdächtige PMK „rechts“) im Jahr 2003. Rostock
- Pro Familia (2004): Deutsche Geschäftsstelle für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V. Landesverband Niedersachsen (Hrsg.): So jung, und ... schon ein Kind? – Minderjährige Schwangere und junge Eltern zwischen Sehnsucht und Überforderung. Hannover
- Quo Vadis (2003): Institut für Soziologie und Demografie Universität Rostock (Hrsg.): Quo vadis Kultur in Rostock? Eine Bestandsaufnahme der Kulturellen Szene und des Kulturangebotes in Rostock (Abschlussbericht eines Lehrprojektes des Instituts, Leitung Prof. Dr. Peter Voigt und Dipl. phil. Bärbel Minx). Rostock
- Robert-Koch-Institut (2004): Institut für Infektionsepidemiologie: Syphilismeldungen 2002 bei Jugendlichen und Erwachsenen nach Wohnort, Geschlecht und Infektionsrisiko. Berlin
- Rostock Jahrbuch (2004): Hansestadt Rostock – Kommunale Statistikstelle (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Rostock 2004. Rostock
- Sachverständigenkommission (Hrsg.) (2002): 11. Kinder- und Jugendbericht. Materialien zum 11. Kinder- und Jugendbericht. Band 4: Gesundheit und Behinderung im Leben von Kindern und Jugendlichen. München
- Schlattmann, Martin; Tietze, Wolfgang (2002): Früherziehung, Kindergarten und Kindertagesbetreuung. In: Chassé, K. A./Wensierski, H.-J. von (Hrsg.): Praxisfelder der Sozialen Arbeit. Weinheim und München, S. 19-33
- Schulamts Rostock (2004): Angaben zur Anzahl von Schulen und Schülerzahlen sowie Förderstunden in den Schuljahren 2003/04 und 2004/05. Rostock
- Solid (2004): Sozialistische Jugend Rostock: Informationen über Mitgliederzahlen bei Solid Rostock und M-V. Rostock

- Sozialministerium M-V (Hrsg.) (2001): Lebenslagen und Lebensverhältnisse der 10-14-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern. Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Schwerin
- Sozialministerium M-V (2004): Abtl. Jugend, Familie u. Sport: Informationen über Ratsuchende Frauen im Schwangerschaftskonflikt nach Altersgruppen (2001, 2002, 2003). Schwerin
- Stadtbibliothek Rostock (2004): Informationen zur Nutzung der Stadtbibliothek Rostock durch Kinder und Jugendliche. Rostock
- Statistisches Bundesamt (2003): Fachserie 11. Reihe 1: Bildung und Kultur. Allgemein bildende Schulen. Schuljahr 2002-03. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2003): Fachserie 11. Reihe 2: Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Schuljahr 2002-03. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2003): Fachserie 13. Reihe 5.1: Sozialleistungen. Schwerbehinderte Menschen. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004): Fachserie 11. Reihe 1: Bildung und Kultur. Allgemein bildende Schulen. Schuljahr 2003-04. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004): Fachserie 11. Reihe 2: Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Schuljahr 2003-04. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004): Fachserie 11. Reihe 7: Bildung und Kultur. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2003. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004): Regionalstatistik (geis online) 1997-2002. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004): Statistische Jahrbücher 1990-2004. Wiesbaden
- Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2004): Statistische Jahrbücher für Mecklenburg-Vorpommern 1990-2004. Schwerin
- Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2004): Statistische Berichte für Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin
- Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn
- Suchtkoordination (2004): Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock – Sucht- und Psychiatriekoordination (Hrsg.): Sucht- und Drogenbericht der Hansestadt Rostock. Rostock
- Tierparkverwaltung Rostock (2004): Information über die allgemeinen Besucherzahlen in 2001, 2002, 2003 des Rostocker Tierparks. Rostock
- Universitätsstatistik (2004): Statistik der Universität Rostock. Rostock
- Verfassungsschutzbericht 2003: Innenministerium M-V (Hrsg.) (2004): Verfassungsschutzbericht 2003. Schwerin
- Voigt, Peter; Gerdes, Johann (2002): Leben im Speckgürtel. Ergebnisse des Forschungsscolloquiums „Suburbanisierung im Raum Rostock am Beispiel zweier Gemeinden“. Universität Rostock. Rostock
- Wagner, B.; Witt, Kirsten (2003): Engagiert für Kultur. Beispiele ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich. Bonn

- Wensierski, H.-J. von; Schützler, Chr.; Schütt, S. (2005): Berufsorientierende Jugendbildung. Weinheim und München
- Willems, H.; Eckert, R.; Würtz, S.; Steinmetz, L. (Hrsg.): Fremdenfeindliche Gewalt - Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen